

LUXEMBURG 2

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

2009

UMKÄMPFTE DEMOKRATIE | FRANCO ›BIFO‹ BERARDI | PATRICK BOND | NICOLA BULLARD | FRANK DEPPE | BARBARA EPSTEIN HORST KAHRS | KATJA KIPPING | EVA KREISKY | FALK RICHTER INGAR SOLTY | JOÃO PEDRO STÉDILE | HILARY WAINWRIGHT U.A.

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-851-4
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Daniel Behruzi, Lutz Brangsch, Marcus Hawel, Vanessa Lux,
Silke Veth, Margit Mayer, Michael Brie.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA-Verlag,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: © Anne Steckner
Graphik und Satz: Kaiser Matthies, Berlin, www.kaisermatthies.com
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt

INHALT

SUBJEKTE

STRATEGIEN

ZUR DISKUSSION

IN EIGENER SACHE Wir haben die Gestaltung der *Luxemburg* gewandelt: Nach Erscheinen der letzten Nummer hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein neues Corporate Design erhalten. Die Zeitschrift ist nun auf einen Blick als der Stiftung verbunden zu erkennen – und weiter den linken Themen, Strategien, Theorien und Kulturen zugewandt.

Leider hat Peter Porsch unsere Redaktion verlassen. Wir bedauern das sehr und bedanken uns herzlich für gemeinsame Arbeit und Diskussion.



Transparent an der besetzten Alademie der Künste, Wien. Foto: Jens Kastner

EDITORIAL

UMKÄMPFTE DEMOKRATIE

Die Bundesrepublik hat seit Anfang November eine schwarz-gelbe Regierung. Angela Merkel hat noch am Wahlabend den Anspruch erhoben, die Kanzlerin aller Deutschen zu sein. Dies galt als eine Zurückweisung besonders radikaler Ansprüche der Liberalen. Nun wird das Projekt, das die drei bürgerlichen Parteien schon 2005 angekündigt hatten und das ihnen eine Niederlage einbrachte, in einer gemäßigten Weise verfolgt. Merkel hat »verstanden«, Westerwelle eher nicht. Die FDP will ihrer Kernwählerschaft ein enormes Steuergeschenk machen – ausdrücklich um den Preis der weiteren öffentlichen Verschuldung. Eingeführt werden soll die Kopfpauschale, die Krankenkassen sollen in den Wettbewerb um Beiträge und Leistungen eintreten können. Der Mieterschutz soll geschwächt, Nachtarbeits- und Wochenendzuschläge sollen abgeschafft werden. Die Solarenergie soll nicht weiter gefördert werden, die Nuklearenergie wird begünstigt. Die Bundeswehr wird kriegerischer.

POSTDEMOKRATISCHES

Die neue Regierung trägt zur Destabilisierung der Politik und Eingrenzung demokratischer Handlungsmöglichkeiten bei, daran ändern auch die liberalen Fingerübungen zum Abbau der Schäuble'schen Exzesse des Überwachungsstaates nichts. Die Diagnose der »Postdemokratie« (Colin Crouch) bietet sich an: die fortexistierenden parlamentarischen Fassaden und Verfahren ähneln potemkinschen Dörfern. Es fanden Wahlen statt, das Parlament hat seine Arbeit aufgenommen. Die breite Öffentlichkeit hat wenig Einfluss auf die Politik, ihre Entscheidungen

und die Ausführung. Das Parlament wird weiter entfunktionalisiert. Hatte sich nicht der Haushaltsausschuss ohne jeden Erfolg dagegen verwahrt, dass die Gremien des Wirtschaftsfonds Deutschland oder des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung ohne öffentliche Kontrolle in der Form eines Küchenkabinetts über Milliardenbeträge entscheiden könnten? Die Schuldenbremse und die Pläne zu Steuersenkungen nehmen den Ländern und Kommunen jede Handlungsfähigkeit und damit demokratische Gestaltungsfähigkeit. CDU, CSU und SPD wurden für diese Politik, die sich über die demokratischen Rechte und die materiellen Belange der Bevölkerung hinwegsetzt, von den Wählern sanktioniert: Der Anteil der Nichtwähler war höher als der der CDU. Die große Rezession verbreitet Angst, Lähmung, Resignation und politische Willfährigkeit. Über 60 Prozent der Nicht-Wähler stimmt dem Satz zu, dass Politiker nur ihre Interessen verfolgten. Personen sind nicht unwichtig: Personalpolitik ist Sachpolitik. Doch auch strategische Politik ist relevant – in den Ländern Thüringen und Saarland wurde gegen die weit reichende Option einer politikstrategischen Wende entschieden. Noch deutlicher war die Tendenz zu erkennen in der Art und Weise, wie das Projekt einer rot-grünen Landesregierung unter Andrea Ypsilanti, die sich auf die Partei Die Linke stützen wollte, von der SPD selbst zu Fall gebracht wurde.

KÄMPFE UM SOUVERÄNITÄT

In *Demokratie und Sozialismus* hat Artur Rosenberg in seiner Analyse der Auseinandersetzungen um Demokratie im 19. Jahrhundert gezeigt, dass aus einer materialistischen Perspektive der Volkssouverän kein abstrakter Begriff ist, keine einheitliche, staatsrechtlich bestimmte politische Körperschaft meint. Vielmehr ist der Volkssouverän in ständiger Veränderung, ein ständig sich veränderndes Gleichgewicht der Kräfte. Insofern ist Volkssouveränität ein historischer Begriff, sie ist bestimmt durch das Verhältnis der sozialen Klassen zueinander, die Kämpfe zwischen im Vorhinein in ihrer Identität und in ihrem Umfang keineswegs feststehenden sozialen Gruppen, die Regeln, nach denen Individuen diesem Volkssouverän zugerechnet oder ausgeschlossen werden, die Medien wie Presse oder Parteien, in denen der politische Willen gebildet oder nicht gebildet wird, die Verfahren, die es Interessen erlauben, sich zur Geltung zu bringen oder die Artikulation verhindern, die Institutionen und Apparate, in denen Entscheidungen beschlossen, und Apparate, von denen sie ausgeführt werden. All dies kann über Jahre und Jahrzehnte stabil bleiben, es kann aber auch plötzlich umstritten sein – und die Unruhe und die Kämpfe setzen sich fort. Die neoliberale Strategie trägt seit langer Zeit den Willen zur Veränderung in die gesellschaftlichen Kom-

promisslinien, erzeugt systematisch Unsicherheit, propagiert ›Klassenkampf von oben‹: drängt die Betroffenen aus dem gesellschaftlichen Leben und macht sie überflüssig, drückt auf die Löhne, erzwingt, dass Menschen mehr von ihrer Lebenszeit für die private Bereicherung opfern, verschlechtert die Gesundheitslage vieler, mindert die Bildungsmöglichkeiten.

Wer denkt schon daran, dass jeder einzelne dieser Mechanismen auch die Möglichkeit zur Wahrnehmung demokratischer Rechte mindert. Diejenigen, die Arbeitslosengeld beziehen, müssen der Arbeitsvermittlung von Montagmorgen bis Samstagnachmittag zur Verfügung stehen. Wer sich politisch für eine Partei, eine NGO engagiert, auf eine Tagung, eine Versammlung fährt, eine Bildungsveranstaltung besucht, geht das Risiko ein, sich regelwidrig zu verhalten. Was jetzt schon als Zumutung betrachtet werden kann, wird durch das politische Klima weiter verschärft. Da werden Forderungen laut, »Nettosteuerprofiteuren« – also Arbeitslosen, Beamten, Rentnern – das Wahlrecht zu entziehen, und der »bedeutendste Philosoph« Deutschlands, Peter Sloterdijk, argumentiert mit seiner Polemik gegen den kleptokratischen Nehmerstaat ebenfalls in die rechtspopulistische Richtung, im Steuerstaat die Hauptursache der gesellschaftlichen Probleme zu sehen.

Dem entspricht eine Haltung bei den Vertretern der Wirtschaft. Sie wollen Demokratie, aber Demokratie ist ihnen immer auch unheimlich. Lästigerweise ermächtigt sie das Volk, die Leute, die Vielen, sich und ihr Leben zur Geltung zu bringen. Legislaturperioden werden verlängert und die Legitimation ist an kein Quorum der Wahlbeteiligung geknüpft – die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main etwa wurde von gerade 15 Prozent der Wählerschaft gewählt. Demokratische Öffentlichkeit, Diskussion oder Protest werden von Wirtschaft und Politik als Standortnachteile bewertet, weil sie dem Dezisionismus Fesseln anlegen. China oder die Theokratien im Nahen Osten oder in Südostasien gelten als Vorbild für effizientes politisches Handeln, so sei zu erklären, dass die Wirtschaft hohe Wachstumsraten aufweise.

Entsprechende Politikinstrumente werden entwickelt: das Regieren durch und mit Kommissionen, an die der Gesetzgebungsprozess delegiert wird, tritt an die Stelle formeller Verfahren oder ergänzt diese. Verwaltungsroutinen, eingespielte Kontaktsysteme zwischen Verwaltung und Gesellschaft und die Kompetenzen von öffentlichen Bediensteten werden von Unternehmensberatungen systematisch zerstört. Küchenkabinette in und zwischen den politischen und Verwaltungseinheiten entstehen. Vieles wird als Partizipation bezeichnet und stellt doch nur eine Verlagerung der Entscheidungen in neue Arkana der Macht dar: nationale, regionale und transnationale Governance-Mechanismen, an denen formelle und

informelle Machtträger beteiligt sind, eine Partizipation, die den Platz der Demokratie in den Spielen der Macht verschiebt und sie dadurch auszehrt.

Vieles spricht dafür, dass die große Rezession diese Prozesse beschleunigt, und es ist offen, welche Machtkonstellation die von ihr geprägte neue Regierungsphase bringen wird. Aber es ist dringlich zu fragen – wie im vorliegenden Heft –, wie lange Kampfzyklen (»Seattle«) zu bilanzieren und aktuelle Oppositionen und Gegenwehr zu verstehen sind. Denn die Regierungsphase wird ja nicht ohne Einspruch bleiben. Eine neue, Ost- und Westlinke vereinigende Partei ist entstanden, ebenso Bewegungsorganisationen wie Attac. Die Gewerkschaften sind offensichtlich inmitten der Suche nach einem neuen Kurs, der nicht nur ihr historisches Verhältnis zur SPD betrifft, sondern sie auch zur Diskussion einer inhaltlichen Neuorientierung und zu neuen Formen transstaatlicher Solidarität drängt. Der Volkssouverän formiert sich neu – auch auf globalem Niveau: die Weltsozialforen, die Proteste gegen die G8-Treffen, gegen die G20-Treffen, die Mobilisierungen zu den großen internationalen Konferenzen, die Zeit nach Seattle. Aber die Schwierigkeiten sind immens: es gibt Ressourcenprobleme, sprachliche Probleme.

Das Potenzial der kritischen Intellektuellen ist gering. An den Hochschulen und Bildungseinrichtungen überwiegt trotz zahlreicher Proteste eine reaktionäre und elitäre Mentalität. Es wird Jahre dauern, bis sich erneut ein Wissen und ein Personal heranbilden kann, das nicht den »stummen Zwang der ökonomischen und politischen Verhältnisse« nachbetet, sondern ein kritisches Wissen über die Dynamik der kapitalistischen Ökonomie, über Gemeinwirtschaft, über Beteiligungsformen von Beschäftigten und Konsumenten, über Parlament und Parteien, über Demokratie und ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Praxis erarbeitet und einen entsprechenden Kanon des Wissens bildet: Themen, Begriffe, Theorien, Traditionen.

Gegenwärtig leidet die Gesellschaft an einer Amnesie, wesentliche Begriffe zum Verständnis der verhängnisvollen Zustände sind tabu. Es fehlt an vielen Stellen der Wille ebenso wie die Fähigkeit, die Zeit und die Muße, die Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Alternativen zu diskutieren. Eine Diskussion, die auf der Einsicht beruht, dass der Ernstfall, die Katastrophe schon eingetreten ist in einer Gesellschaft, die auf einem Wirtschaftssystem beruht, das jeden Tag viele Menschen in den Tod reißt und trotz aller hehren Verlautbarungen demokratische Ansprüche, Ansprüche auf Gleichheit, Freiheit und Solidarität, immerfort enttäuscht. Es bedarf des Denkens des Gesamtzusammenhangs, der politischen Urteilskraft und der Einübung in die Kunst der Strategie, die mit dem Blick auf das radikal Mögliche die erreichbaren konkreten Alternativen anstrebt.

VON SEATTLE NACH KOPENHAGEN

HERAUSFORDERUNGEN DER GLOBALEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

**EINE DEBATTE MIT:
FRANCO ›BIFO‹ BERARDI,
NICOLA BULLARD, THOMAS SEIBERT,
IAN GREER, PATRICK BOND,
TADZIO MÜLLER, BEN TROTT,
ULRICH BRAND**

Pünktlich zum Jahrestag des WTO-Treffens in Seattle vom 30. November 1999 erhielt die Redaktion ein Manifest von Franco ›Bifo‹ Berardi, italienischer Aktivist und Intellektueller seit den frühen 1970er Jahren: *Ten years after Seattle. One strategy, better two, for the movement against war and capitalism.*

In Seattle kam es überraschend zu breiten militanten Protesten. Es gelang, Abkommen zu Ungunsten des Globalen Südens zu verhindern und die ökonomischen und ökologischen Folgen der neoliberalen Globalisierung zu skandalisieren. ›Seattle‹ symbolisiert seitdem den kraftvollen Neubeginn der Kämpfe gegen kapitalistische Globalisierung.

Heute bezieht Berardi Stellung gegen diese Erfolgserzählung. Zwar sei ›Seattle‹ eine erfolgreiche Rebellion mit großem Zukunftsversprechen gewesen, dennoch – so Berardi – konnten soziale Bewegungen letztlich gegen neoliberalen Kapitalismus, die Zunahme globaler Kriege und die Ausbreitung



Seattle, 30.11.1999
Foto: Dang Ngo

von Fundamentalismen nichts ausrichten. Berardis Bestandsaufnahme der Erfolglosigkeit sozialer Bewegungen wie seine Schlussfolgerungen lösten in der Redaktion eine heftige Kontroverse aus: Wollten wir einem solch düsteren Text und mehr noch, wollten wir Schlussfolgerungen Raum geben, mit denen Aktivisten – »Militanten« – und Intellektuellen der Rückzug ins Kloster nahe gelegt wird, um neue Strategien zu ersinnen und genügsames Leben zu erproben? Doch zwingt Berardis Einschätzung zu Reflexion und Analyse. Die Kontroverse verdeutlicht die Notwendigkeit einer Debatte, wie zehn Jahre nach Seattle die globalen sozialen Bewegungen einzuschätzen sind – ihre Niederlagen, Grenzen, verlorenen Hoffnungen genauso wie neue Entwicklungen, Bündnisse und kleinere und größere Fortschritte inmitten katastrophischer Zeiten.

Wir haben Intellektuelle und Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Bewegungen und Regionen der Welt gebeten, ausgehend oder unabhängig von Berardis Analyse ihre Perspektiven auf Kämpfe der globalen sozialen Bewegungen in wenigen Absätzen darzustellen. Die Antworten zeichnen ein vielfältiges Bild von Kräftekonstellationen, Bündnisoptionen und neuen strategischen Aufgaben. Die sehr verschiedenen Kommentare und Analysen nehmen das Verhältnis von spezifischen Anordnungen der Kräfte und allgemeinen Herausforderungen – die sich beispielsweise durch die drohende ökologische Katastrophe stellen – in den Blick. Das ist Voraussetzung, um produktiv zu streiten, wie ›Zehn Jahre nach Seattle‹ der ›Zustand der Welt‹ verändert werden kann und wo mögliche und notwendige Interventionsfelder liegen. Wir möchten diese Debatte fortführen und laden alle Leser/innen dazu ein, auf *www.zeitschrift-luxemburg.de* eigene Texte zu verfassen oder die bisherigen zu diskutieren.

Corinna Genschel für die Redaktion

ZEHN JAHRE NACH SEATTLE: RÜCKZUG IN SICHERE HÄFEN

FRANCO ›BIFO‹ BERARDI

Franco »Bifo« Berardi, führender Aktivist der italienischen Autonomia der 1970er Jahre, Mitbegründer des Magazins A/traverso (1975 –1981) und des legendären »Radio Alice«, des ersten Piratensenders Italiens. Nach der unterm Vorwand der »Terrorismusbekämpfung« betriebenen Zerschlagung der Autonomia – unter Verweis auf ihr deutsches Vorbild germanizzazione genannt – floh Bifo mit Hunderten anderer AktivistInnen nach Frankreich und war dort Mitinitiator der (theorie-)politischen Kooperation zwischen den italienischen EmigrantInnen um Toni Negri und dem Kreis um den Philosophen Gilles Deleuze und Felix Guattari; publizierte in dieser Zeit u.a. in den Magazinen Chimeeres (Paris), Semiotexte (New York) und Metropoli (Rom), später vor allem in Derive Approdi (Rom) und im internationalen Magazin Multitudes. Weitere Texte unter: www.generation-online.org/p/pbifo.htm

Im November 1999 begann in Seattle eine politisch-ethische Rebellion: Der Protest unterschiedlicher Gruppen aus aller Welt gegen die Folgen kapitalistischer Globalisierung, sozialer und ökologischer Zerstörung kristallisierte sich an diesem Ort des WTO-Gipfels. In den folgenden zwei Jahren entwickelte eine globale Bewegung eine effektive Kritik neoliberaler Politiken und machte Hoffnung auf einen radikalen Wandel. Dann, nach dem G8-Gipfel in Genua, bricht die Erzählung – Krieg rückt in den Vordergrund. Die Bewegung lässt nach, ihre Wirkung reduziert sich nahezu auf Null. Es gelingt ihr nicht, in den Alltag der Weltgesellschaft auszustrahlen. Es gelingt ihr nicht, einen Prozess der alltäglichen Selbstorganisation der techno-wissenschaftlichen Arbeiter in Gang zu setzen.

Zehn Jahre nach Seattle müssen wir eine neue Strategie der Bewegung entwickeln. Neoliberale Politik hat die Idee des Öffentlichen zerstört. Sie hat Produktion, Kommunikation, Sprache und Affekte privatisiert und in Wert gesetzt. Konkurrenz hat den Platz der Solidarität eingenommen. Die vorherrschende Form ökonomischer Beziehungen ist kriminell geworden. Krieg begleitet diese kriminelle Mutation der kapitalistischen Produktionsweise. Eine systematische Verwahrlosung der physischen und psychischen Umwelt ist logische Folge dieser Mutation.

Die Wahl von Barack Obama hat ein Fenster geöffnet. Doch das Paradoxon der gegenwärtigen Situation ist deutlich zu sehen. Die USA hat ihre militärische Vorherrschaft verloren, weil religiöser Fanatismus, islamischer Fundamentalismus, wieder erstarkter russischer Nationalismus und Terror in weiten Teilen der euro-asiatischen Welt befördert wurden. Die westliche Hegemonie verliert an Grund. Die Finanzkrise bringt darüber hinaus den Zusammenbruch der finanziellen US-Vorherrschaft mit sich und führt zur Ausbreitung der Krise, produziert Unruhe und Misstrauen auch in den westlichen Gesellschaften.

Zu Zeiten der Präsidentschaft Bill Clintons war es möglich (wenn auch nie überzeugend), von einem amerikanischen Empire zu sprechen. Mit George W. Bushs Staatsstreich innerhalb des Empires beginnt die Zeit des ›permanenten‹ Krieges. Sofern dies zutreffen sollte, hat der Staatsstreich seine Ziele erreicht. Bush und seine kriegerische Meute haben zwar ihre Kriege verloren (der Irak-Krieg ist ein vollständiger Misserfolg, Afghanistan eine nicht endende Niederlage und der ›Krieg‹ gegen den Iran nicht zu gewinnen). Doch sie gewannen ihren Krieg zur Aneignung von Ölprofiten, ihren Krieg gegen den Frieden, gegen die Menschheit. Nun, da das Weiße Haus mit einem Präsidenten besetzt ist, der über wirkliche demokratische Kultur verfügt, fällt das amerikanische Empire auseinander. Chaos ist der alleinige Herrscher der Welt.

Was kann in einer solchen Situation getan werden? Welche Strategie ist nötig für eine Bewegung von Frauen und Männern, die Frieden und Gerechtigkeit wollen? Es ist keine Hoffnung in Sicht. Die kriminelle Wende des Kapitalismus hat unumkehrbare Effekte in der Kultur und dem Verhalten der planetarischen Gesellschaft hervorgebracht. Ein Drittel der Menschheit ist vom Tode bedroht: Hunger verbreitet sich wie nie zuvor. Die Energiekrise füttert Aggressionen und Inflation. Ein Drittel der Menschheit arbeitet zu Bedingungen, die Sklaverei nahekommen, oder sind gezwungen, Prekarisierung und Ausbeutung hinzunehmen. Ein Drittel der Menschheit ist bis an die Zähne bewaffnet, um seinen Lebensstandard gegen ein Heer von Migranten zu verteidigen. Wir sollten uns auf eine lange Phase der Barbarisierung und der Gewalt vorbereiten.

Wir müssen einen sicheren Hafen für die kleine Minderheit der Weltbevölkerung schaffen, die das Erbe einer humanistischen Zivilisation und der Potenzen des *General Intellect* bewahren will, die in ernsthafter Gefahr sind. Das bevorstehende Zeitalter ist durchaus zu vergleichen mit dem so genannten europäischen Mittelalter. Während Invasoren durch das Land streiften und die Spuren antiker Zivilisationen zerstört wurden, retteten Mönche die Erinnerung an die Vergangenheit und die Samen einer möglichen Zukunft.

Wir können nicht wissen, ob das anstehende Zeitalter der Barberei Jahrzehnte oder Jahrhunderte währen wird. Noch können wir sagen, ob unsere physische Umwelt die Verwüstungen des kriminellen Kapitalismus überleben wird. Aber wir wissen sicher, dass wir nicht über die Waffen verfügen, den Zerstörern entgegenzutreten. So müssen wir uns selbst und die Möglichkeit einer Zukunft retten. Eine Strategie reicht nicht aus, wenn

die Dinge so unvorhersehbar sind wie jetzt. Wir kennen weder die Konsequenzen des Niedergangs amerikanischer Vorherrschaft, noch die Entwicklung und Folgen der Kriege von Pakistan bis Gaza. Wir haben keine Vorstellung von den Folgen der mit niedriger Intensität geführten ethnischen Bürgerkriege, noch welche Explosionen den krisenbedingten Verwüstungen der politischen Ökonomie der Arbeiter nachfolgen.

Wir stehen vor einer langen Periode mönchhaften Rückzugs und müssen zugleich mit der Möglichkeit einer plötzlichen Verschiebung der globalen politischen Landschaft rechnen. Stellen wir uns etwa die Revolte chinesischer Arbeiter gegen den nationalkommunistischen Staatskapitalismus vor, die Unfähigkeit des US-Militärs, einer neuen Welle des Terrors entgegenzutreten, den Kollaps von Ökosystemen in wesentlichen Teilen der Welt – Szenarios, die realistisch sind. Solche Ereignisse könnten dramatische Veränderungen der politischen Haltungen einer Mehrheit der Weltbevölkerung nach sich ziehen. Auch auf ein solches Ereignis müssen wir vorbereitet sein, bereit, die Erzählung einer solchen Wendung zu schreiben und aufzugreifen. Und wir müssen freudvolle Beispiele einer anderen Lebensweise entwickeln, die nicht auf Konsumismus, Wachstum und Konkurrenz basiert. Eine der wichtigsten Aufgaben liegt darin, unser Verständnis von ›gutem Leben‹, Wohlstand und Glück neu zu definieren.

Unsere Aufgabe wird sein, Klöster zu errichten, in denen ein frugales, genügsames Wohlergehen gelebt und erprobt wird – eine gelebte Kritik der Naturalisierung der Wachstumsnotwendigkeit. Wir sollten Schritte einer kulturellen Produktion eines neuen Paradigmas gehen, weg vom obsessiven Wachstum, hin zu Genügsamkeit, kultur-intensiver Produktion, Solidarität, der Wertschätzung von Faulheit und Zurückweisung von Konkurrenz. Der Kapitalismus setzt gutes Leben mit Akkumulation gleich, Glück mit Konsumismus und Reichtum mit der Zerstörung von Natur. Wir hingegen sollten Lebensweisen vorleben, in denen gutes Leben Genügsamkeit bedeutet, Glück Großzügigkeit heißt und Reichtum den Genuss von Zeit einschließt.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

EIN KLÖSTERLICHER RÜCKZUG IST NICHT MÖGLICH

NICOLA BULLARD

Direkt nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen 1999 schrieb Walden Bello in der Ausgabe von *Focus on Trade* (Nr. 42). Sein Beitrag ist nicht durch triumphierenden Jubel über die Erscheinung einer Antiglobalisierungsbewegung charakterisiert. Stattdessen liefert er eine sorgsame Wiedergabe des Scheiterns der Gespräche an den Streitpunkten Transparenz, Umwelt- und Arbeitsstandards und einer verärgerten afrikanischen Delegation. Die beeindruckenden Demonstrationen werden selbstverständlich erwähnt, etwa der Marsch der 1 000 zum Bezirksgefängnis, um die Freilassung von mehr als 400 Aktivisten zu fordern. Aber es

gibt keinen Hinweis auf eine Art Folklore oder den Mythos des so genannten *Battle of Seattle*.

Sicher ist, dass die WTO sich nie vom Scheitern in Seattle erholt hat – und sie wird es vielleicht niemals. Als offensichtlich wurde, wie verletzlich eine machtvolle internationale Organisation durch eigene Widersprüche sein kann, und wie wirksam eine gut durchdachte Strategie ›innen‹ und ›außen‹, gab es kein Zurück mehr. Die Folgetreffen in Cancún und Hongkong haben ihre eigene Mythologie geschaffen. Der Protest-Selbstmord von Lee Hyung-kae und die heroischen Campesinas, die in ihren farbenprächtigen Tüchern die Tore zum Verhandlungszentrum blockierten, haben bewiesen: Es ist möglich, in die Festung vorzudringen, die Legitimation der WTO zu erschüttern. In Hongkong prägten koreanische Bauern das Bild, über die Kilometer die Erde mit zeremoniellen zehn Schritten ehrten und sich verneigten; andere sprangen von Booten in die kalten Wasser der Hafens, um zum Tagungszentrum der versammelten Minister zu schwimmen. Ich war an beiden Orten nicht und doch gehören sie zu meiner Geschichte, ebenso wie die Ereignisse in Prag, Genua oder Quito, wo ich die ungestüme Verbindung von Tränengas und schwarzem Block erfahren habe, die zugegebenermaßen einen gewissen Adrenalinschub auslöst. Genua markiert eine besondere Erfahrung: An jenem Freitag gingen wir zusammen – glorreich – durchs Feuer. Und die außerordentliche Solidarität, in der wir am Samstag zusammen marschierten, im Angesicht der Gewalt der Polizei und im Gedenken an Carlo Guliani. Diese Erinnerung wird bleiben.



Rainforest Action Network, September 2009
Foto: Dang Ngo

Wenn ich unsere Geschichte(n) wieder lese, bekomme ich Gänsehaut: Etwas zieht sich durch unsere Versuche, den Widrigkeiten mit Humor, Kreativität und Überzeugung zu begegnen. Wir experimentierten mit neuen Formen Politik zu machen, schufen groß(artig)e Projekte wie das Weltsozialforum und wir haben Wirkung entfaltet, im Kleinen wie im Großen. Am letzten Tag des WTO-Treffens in Hongkong zirkulierte ein Dankesschreiben der *Group of Hongkong People* an ›unsere internationalen Freunde‹: »Danke für eure Geduld, mit der ihr uns und

unseren Medien die verheerenden Effekte der WTO deutlich gemacht habt, obwohl eure Stimmen in den Medien verzerrt und unterdrückt wurden. Danke, dass ihr uns mit euren Schritten den Wert und die Bedeutung von Solidarität wieder vorgeführt habt. Nur durch die wechselseitige Solidarität, Unterstützung und Kämpfe mit langem Atem kann Demokratie Wirklichkeit werden.«

Sind es wirklich erst zehn Jahre seit Seattle? So viel ist geschehen, so vieles hat sich verändert (mich eingeschlossen). Es ist uns nicht gelungen, den geschichtlichen Moment der Krise von 2008 zu nutzen, um den Kapitalismus in die Knie zu zwingen, noch haben wir den Irak-Krieg gestoppt. Doch wir bauen eine (nicht-sektiererische) globale Bewegung mit geteilten Werten und Zielen auf, die Nord und Süd verbindet und mit neuen Formen der Kooperation über einzelne Demonstrationen oder Kampagnen hinausgeht. Gegenwärtig bereiteten wir uns auf den Weltklimagipfel 2009 in Kopenhagen vor – und zu spüren ist dieselbe Energie und der gleiche Enthusiasmus, der uns beim Blockieren der WTO oder dem Aufbau des Weltsozialforums trieb. Die entstehende Bewegung für Klimagerechtigkeit ist etwas Reales. Ihre Wurzeln reichen bis Seattle und Porto Allegre.

Daher ist Franco Berardis Pessimismus so deprimierend. Obwohl noch so viel Arbeit zu tun ist, empfiehlt er, uns in Klöster zurückzuziehen. Er klingt eher wie ein Überlebenskünstler als ein lebensbejahender Streiter für Veränderung. Was genau möchte er in den Klöstern bewahren? Wer gehört zur kleinen Elite, die es Wert ist, gerettet zu werden? Die an AIDS erkrankten Menschen, die die Patentierung von Medikamenten abschaffen wollen? Die landlosen Frauen in Brasilien, die in den frühen Morgenstunden mit ihren Macheten Hektar um Hektar Eukalyptus schneiden? Die Indigenen, die hunderte ihrer Schwestern und Brüder verloren, als sie ihr Land, Wasser und Leben verteidigten? Oder nur diejenigen, die Evo Morales wählten? Was ist mit den gegen Umsiedlung und Vergiftung ihrer Umwelt kämpfenden Townshipbewohnern in Durban? Was ist mit den verlassenen Menschen von New Orleans? Etc.

Die Aufgabe, die uns Bifo stellt, »die Neudefinition von ›gutem Leben‹, Wohlstand und Glück«, ist eurozentristisch und traurig. In anderen Teilen der Welt – vielleicht weit entfernt von Bifos Lebensmittelpunkt – leben Familien, Gemeinden, Frauen und Männer alltäglich ihr Verständnis von Glück und gutem Leben, gegen die Widrigkeiten alltäglicher Unterdrückung und konfrontiert mit Militarismus, Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus. Statt im Kloster nach Sinn zu suchen oder eine weitere (westliche) Erzählung der Geschichte zu schreiben, könnte Genosse Bifo mit uns in die Niederungen des alltäglichen Kampfes steigen und sich die Hände schmutzig machen. Komm mit uns nach Kopenhagen! Werde Teil der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit! Dies mag vielleicht kein Wendepunkt wie Seattle sein, doch zumindest holt es dich aus deiner bedrückenden Selbstbeschau heraus.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

DIE KLÖSTER DER MILITANTEN

THOMAS SEIBERT

Jede/r kennt das: man liest einen Text, stimmt fast jedem Satz zu und weiß trotzdem schon kurz danach nicht mehr, worum es eigentlich ging. Es gibt Autor/innen, deren ganze Produktion aus solchen Texten besteht. Bifo gehört nicht zu ihnen, das zeigt sich auch in *Zehn Jahre nach Seattle*. Dem widerspricht nicht, dass ich seinen »Punkt« so nicht teile. Nein, unsere Situation lässt sich nicht mit der des europäischen Mittelalters vergleichen. Nein, das Empire versinkt nicht im Chaos – und das, obwohl die Phänomene, die Bifo anführt, wirklich vorliegen. Ja, imperiale Herrschaft wird systematisch militarisiert und mafiotisiert. Ja, ihr amerikanisches Nicht-Zentrum verliert an Boden, gibt Kräftekonstellationen Raum, die möglicherweise noch furchtbarer sein werden. Die Erde wird systematisch verwüstet. Im Doppel von Liberalismus und Fundamentalismus, also von Transzendenzverleugnung und Immanenzverachtung, schließt sich der politische Raum schon gegen die Idee von Befreiung. Die kulturindustriell simulierte Öffentlichkeit produziert systematische Konfusion. Vergesellschaftung und Vereinzelung gehen tendenziell in einer klassenspezifisch fragmentierten, aber stets egoistischen Mobilmachung aller gegen alle auf, die schon dort tiefe Wunden schlägt, wo sie (noch) nicht blutig ausgetragen wird. Die ökonomische Krise barbarisiert diese Tendenz. Und doch: Wir sprechen von mächtigen, nicht von unumkehrbaren Tendenzen. Daher mein erster Einwand: Wörtlich genommen, trüge Bifos »Doppelstrategie« selbst zur fortschreitenden Entpolitisierung bei.

Was schlägt er vor? Die klösterliche Sezession der »übriggebliebenen« Militanten einerseits, die Öffnung zum unberechenbaren Einbruch des ganz Anderen andererseits. Ist das so falsch, angesichts der gegebenen Lage? Nein, nicht ganz. Es ist auch nicht wirklich neu. Die individuelle und kollektive Absonderung war immer schon Moment der Selbstkonstitution militanter Subjektivität und ist dies auch und gerade im kulturindustriellen Spektakel wie im konkurrenzegoistischen Rattenrennen. Dasselbe bleibt vom Sichbereithalten für eine plötzliche Wende, für ein Ereignis, zu sagen: nicht zufällig ein Fokus neuerer philosophischer Debatten (etwa von Alain Badiou). Beides gehörte schon in der christlichen Sezession zusammen, artikuliert in der apokalyptischen Formel »Das Reich Gottes ist nah.« Die bezieht sich gerade nicht auf eine demnächst eintretende Begebenheit, sondern auf eine Möglichkeit, die ihr Sein und also ihre Wahrheit in ihrem Kommen selbst hat, nicht in einer letztendlichen Ankunft: Allein so war und ist sie der bleibende Bezugspunkt des subjektiven Bruchs mit der Normalität wie der subjektiven Öffnung zum ganz Anderen.

Und dennoch: »Zwischen« diesen beiden Grenzoptionen liegt eine breite Palette anderer Optionen – die ganze Alltäglichkeit der politischen Militanz, des profanen Aktivismus. Zu ihr gehören auch die Feineinstellungen der historischen Analyse, also das breite Tableau der Phänomene, die Bifos Szenario systematisch ausblendet, ohne deshalb ganz



Seattle 1999
Foto: flickr/
djbones

falsch zu sein. Nur auf diesem Tableau aber bleibt anzugehen, was auch er früher als »Massenlinie« bezeichnet hat: die Suche nach einer organischen Verbindung der Minderheit militanter Intellektueller mit der Masse derer, die potenziell Militante, potenziell Intellektuelle sind. Natürlich geht es dort weniger dramatisch und vor allem uneindeutiger zu als im Neuen Mittelalter; doch liegt hier die eigentliche Probe der Politisierung.

Bifos Perspektive ist euro-, wenn nicht italozentrisch und hat ihren Ausgangspunkt im Zerfall der globalisierungskritischen Linken Italiens seit den Massendemonstrationen von Genua (2001) bzw. Florenz (2002). Doch auch wenn die Stagnation, wenn nicht Rückläufigkeit der Bewegungen nicht nur Italien betrifft, ist der daraus resultierende resignative Unterton seiner »Doppelstrategie« politisch fragwürdig. Zum einen, weil Bifo gegenläufige Tendenzen außer Acht lässt: Ich nenne hier nur die verschiedenen hochinteressanten, in sich konfliktiven Konstellationen einer kämpfenden und einer regierenden Linken in Lateinamerika.

Zum anderen und vor allem, weil die unterschwellige Resignation nicht an der Idee eines Rückzugs ins Kloster hängt, die an sich eine legitime Antwort auf die Frage »Was tun?« sein könnte. Nein, sie hängt an seinem bestimmten Entwurf, und ihm gilt mein zweiter Einwand. Zu Recht weist Bifo der klösterlichen Absonderung die Aufgabe zu, unter der erstickenden Hegemonie des Doppels von Liberalismus und Fundamentalismus das Erbe eines jahrhundertealten Befreiungswissens zu retten. Auch hier ist der Bezug auf die christliche Sezession treffend: Es waren die mittelalterlichen Klöster, in denen dies schon einmal gelang, nach dem Zusammenbruch des Römischen Imperiums. Doch zentriert Bifo das klösterliche Überlieferungswerk um die Idee des »guten Lebens«. Das aber ist ganz falsch. Nicht, weil ein gutes Leben falsch wäre, sondern weil es sich dabei um eine konkrete inhaltliche Bestimmung unserer Möglichkeiten handelt, noch dazu um eine häufig aus Positionen des Verzichts entworfene. Natürlich gehören solche Bestimmungen zu dem, was in klösterlicher

Absonderung und attentistischer Bereitschaft zu bewahren bliebe. Doch wäre vor ihnen erst deren erste Bedingung selbst zu retten. Diese ist aber keine inhaltlich-konkrete (z.B. »Solidarität, Genügsamkeit und Faulheit«), sondern eine formal-abstrakte: das Faktum, dass wir Wesen sind, die ihr Sein in Möglichkeiten und folglich in der freien Bindung an solche Möglichkeiten haben. So führt der zweite Einwand auf den ersten zurück: Bifos Szenario und die ihm entlehnte »Doppelstrategie« sind zu konkret und in ihrer Konkretion zwar nicht in jeder Hinsicht, doch im Ansatz falsch. Wenn sie trotzdem bedenkenswert sind, dann weil sie eine Abstraktionsleistung provozieren. Die klösterliche Abscheidung, die Aktualisierung historischen Befreiungswissens und die damit erreichte Öffnung zum Ereignis nach Lage der Dinge sind zwar keine zwingenden, aber auch keine abwegigen Möglichkeiten, weil sie wörtlich genommen nur spezifische Variationen einer Wahl sind, die Militante immer schon zu treffen haben. Diese Wahl gilt einem nicht-wörtlichen Verständnis sowohl der Abscheidung wie des Sichbereithaltens, das Bifos Szenario eingeschrieben ist und ganz zweifellos auch heute, gerade heute an der Zeit ist. Wer sie für sich getroffen hat, wird bei der Lektüre seines düsteren Textes befreit auflachen und dem Autor danken, *quod erat demonstrandum.*

Lesenswert die Debatte zwischen Žižek und Negri, in denen ersterer für das venezolanische, letzterer für das brasilianische Experiment streitet – jeder mit guten Gründen. Vgl. Slavoy Žižek, Auf verlorenem Posten, Frankfurt 2009, S. 263ff und Toni Negri, Goodbye Mr. Socialism, Berlin 2009, S. 136ff.

KLÖSTER ODER MOBILMACHUNG?

SEATTLE UND DIE BEWEGUNGSFRAGE

IAN GREER

Am 30. November 1999 füllten gut 50000 Protestierende die Straßen der Innenstadt von Seattle, um gegen das WTO-Treffen zu protestieren. Mindestens die Hälfte von ihnen waren Gewerkschafter aus westlichen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten und Kanada, die gegen Freihandel und damit verbundene Bedrohung von Arbeitsplätzen und den Abbau von Rechten der Beschäftigten protestierten. Ebenso protestierten Vertreter hunderter NGOs aus aller Welt, tausende lokale Umweltaktivisten, Feministinnen, Anarchisten, Sozialisten, Studierende, Akademiker und Aktivisten verschiedener ethnischer und religiöser Zugehörigkeit. ›Seattle‹ wurde zur Ikone. Es inspirierte mehrere große Demonstrationen gegen die konzerngetriebene Globalisierung der Welt.

Zehn Jahre danach fragt Bifo Berardi nach den Auswirkungen von ›Seattle‹. Neoliberale Politik habe jedes einzelne Element von Produktion, Kommunikation, Sprache und Zuneigung privatisiert. Konkurrenzkampf habe Solidarität abgelöst. Bifo schlägt neue Klöster vor, aus denen ein ›neues Paradigma‹ hervorgehen könne, das auf »Genügsamkeit, kulturintensiver Produktion, Solidarität, der Wertschätzung von Faulheit und Zurückweisung von Konkurrenz« basiere. Bewohner dieser hybriden Hippie-Kommune und Altenheime würden dort die Tugenden und Kräfte für eine Befreiung entwickeln, während

die übrigen sich in einer mörderischen und chaotischen Welt durchwurstelten.

Es mag wahr sein, dass Proteste nicht den Krieg in Irak und Afghanistan stoppen oder den Kapitalismus haben beenden können; aber heißt dies umgekehrt, dass alles auf einen militanten diktatorischen Staat hinausläuft, in dem Aktivismus nur noch Zeitverschwendung ist? Bezweifelt Europas linke Intelligenz wirklich, dass Solidarität und staatseigene Betriebe existieren? Wie sollte sich eine kritische Gesellschaftsanalyse getrennt von Politik, Gewerkschaften und anderen Teilen der Zivilgesellschaft entwickeln?

In der realen Welt ist es für Intellektuelle nicht ungewöhnlich, mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Eine Umfrage unter 425 Gewerkschaftern, die ich mit Lowell Turner durchführte, zeigte, dass 27 Prozent in den USA und 33 Prozent in Deutschland mit akademischen Forschern kooperierten. Die Themen erstreckten sich von Bemühungen, Arbeitsplätze zu erhalten, bis zu Gewerkschafts-Organizing und Kampagnen um Löhne, von denen man leben kann. In vielen dieser Arbeitsfelder sind die Aktivisten von 1999 involviert. Das spricht dafür, dass wir alles andere als »verloren« sind.

Es ist auch nicht schwierig, Beispiele für gesellschaftliche Bündnisse zu finden, die Ungerechtigkeit bekämpfen. Anhand von Seattle kann dieser Prozess gut studiert werden. Viel Vorbereitungsarbeiten für die Proteste gingen von den Mitarbeitern der lokalen und nationalen Gewerkschaftsbündnisse und der AFL-CIO auf lokaler und nationaler Ebene aus. Das spiegelt eine Verschiebung in der lokalen Gewerkschaftsszene wider, weg von marktorientierten Business-Gewerkschaften. Mit Hilfe der Union-Cities-Programme der bundesweiten AFL-CIO brachte eine neue Führungsgruppe das Gewerkschaftswesen ins 21. Jahrhundert – durch eine Kombination aus breitem sozialen Aktivismus und dem Organisieren der Unorganisierten. Ihre Arbeit mit anderen Aktivisten an den WTO-Protesten führte so zu einem Prozess der Verbesserung von bis dahin zum Teil vergifteten Beziehungen.

Wie veränderte sich ›Seattle‹ in den 1990er Jahren? Gewerkschaften begannen, neue Formen des Protests einschließlich des zivilen Ungehorsams aufzunehmen, Bewusstsein für verschiedenste politische Probleme zu entwickeln und Streiks und politische Kampagnen zu unterstützen. Zusammen mit lokalen Vertretern von Religionsgemeinschaften schufen sie »Jobs with Justice« und gewannen so lokale Unterstützung über die Gewerkschaftsbewegung hinaus. Mitgliedszahlen in lokalen Gewerkschaften nahmen seit den 1990er Jahren zu, zum Teil auf Grund von Organizing in etablierten Sektoren wie dem Gesundheitsbereich, Baugewerbe und Öffentlichen Dienst, zum Teil wegen neu geschaffener lokaler Gewerkschaften für prekär beschäftigte Hauskrankenpfleger, für Forschungsassistenten an Universitäten oder Hightech-Beschäftigte. Begleitet war dieser Prozess von einer Verbesserung des Verhältnisses zu anderen Teilen der Zivilgesellschaft. Etwa im Bereich der beruflichen Chancengleichheit: Seit den 1970er Jahren haben Aktivisten aus Seattles nichtweißen Communities dafür gekämpft, dass die Bau-Gewerkschaften

die Diskriminierung in Ausbildung und Einstellungsverfahren beenden. Eine Startbahn wurde blockiert, Bauausrüstung zerstört und ein Verfahren geführt und gewonnen. Der geschlossene Vergleich war die finanzielle Basis zur Gründung der Bürgerrechtsorganisation LELO.

In den 1990er Jahren entschieden sich die Gewerkschaften, Rassismus direkt zu bekämpfen. Zusammen mit der LELO unterstützten sie neue Richtlinien zur Gleichberechtigung von Frauen und Minderheiten. Diese Maßnahmen stellten unter anderem praktische Mentoring-Unterstützung im Umgang mit der weiß-männlich beherrschten Kultur auf Baustellen zur Verfügung; zusätzliche Vorbereitungskurse für potenzielle Lehrlinge wurden geschaffen; es gab Hilfe bei der Anfahrt zur Arbeit wie auch unabhängige Mentoringprogramme, mit denen die Implementierung der Maßnahmen überwacht wurde.

Auch die Beziehungen zu Umweltaktivisten haben sich verbessert. Während es lang anhaltende Konflikte zwischen Industriebelegschaft (»blue-collar-employment«) und grünen Aktivisten gab – meist ging es um Abholzung und Bebauung –, weisen einige lokale Praxen über diese »blau-grün«-Trennung hinaus. Das Ergebnis waren gemeinsame Kampagnen von Gewerkschaften und Umweltaktivisten gegen »Schurken-Firmen«, die WTO-Proteste (»Teamsters and Turtles Together at Last«), die Verteidigung von Industrieimmobilien gegen Spekulanten und Forderungen nach massiven Staatsinvestitionen in »grüne Jobs« (vgl. *Apollo Alliance oder Sound Alliance*). Gewerkschaftlich organisierte Jobs in Sanierungsgebieten wurden geschaffen. Diese Initiative schuf Ausbildungsplätze für junge Leute aus den ärmsten Vierteln Seattles und half so, die Unorganisierten zu organisieren.



WTO Protest 2005
Foto: flickr/fuzheado

Nach dem Zusammenbruch der Regierungen des »Dritten Weges« wie in Großbritannien und Deutschland, könnten solche Kooperationen linken Intellektuellen als Basis dienen, um eine intellektuelle Agenda in Europa auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene zu entwickeln. Während selbstverständlich Verbündete nicht immer

einer Meinung sind, zeigt die Geschichte von Seattle, dass Koalitionen zwischen Leuten, die auf jede Weise anders gesinnt sind, sich dennoch als sehr produktiv erweisen können. Diese neuen Konzepte, die soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden, können sich jedoch nicht getrennt von der wirklichen Politik entwickeln. Die Ereignisse vor zehn Jahren zeigen, dass solch unwahrscheinliche Bündnisse globale Resonanz erzeugen können.

Aus dem Amerikanischen von Harry Adler

VON SEATTLE NACH KOPENHAGEN: KANN AFRIKA ERNEUT EIN SCHLECHTES ABKOMMEN BLOCKIEREN?

PATRICK BOND

Zwei wichtige Dinge sollten Regierungschefs wie auch Aktivisten und Aktivistinnen afrikanischer Zivilgesellschaften aus den zehn Jahren seit Seattle gelernt haben: Wenn sie zusammenarbeiten, können sie das System der *Global Governance* sprengen, ihm wesentliche Zugeständnisse abringen. Einem System, das auf die kurzfristigen Interessen des Globalen Nordens aus- und gegen die langfristigen (Überlebens-) Interessen des Globalen Südens gerichtet ist.

Die meisten von uns verbinden mit Seattle den spektakulären Protest vom 30. November 1999 gegen das WTO-Treffen, weniger die Auseinandersetzungen bei den Verhandlungen selbst. Dort warnten afrikanische Regierungsvertreter vor den zerstörerischen Folgen der geplanten Handelsliberalisierung für ihre landeseigenen Ökonomien. Sogar die OECD sah den afrikanischen Kontinent als Verlierer eines liberalisierten und von Global Players dominierten Handels.

Die WTO-Vertreterin der USA, Charlene Barchefsky, reagierte auf diese Kritik nur mit Beleidigungen. Mit Ausnahme Südafrikas, das Teil der exklusiven *Green-Room*-Verhandlungen war, waren die Delegationen der Organisation Afrikanischer Staaten (heute Afrikanische Union) wutentbrannt. Deren stellvertretender Direktor, V. J. McKeen, brichtete: »Man wurde zum Abendessen gefahren, dann dort stehen gelassen und musste nach Hause laufen. Im Verhandlungsraum der afrikanischen Delegationen stand keinerlei Übersetzung zur Verfügung; zumindest Englisch und Französisch hätte es doch geben müssen. Also mussten wir improvisieren. Schließlich sind sogar die Mikrophone ausgeschaltet worden.«

Tetteh Hormeku vom African Trade Network – ein Netzwerk progressiver zivilgesellschaftlicher Gruppen – ergänzt: »Am zweiten Tag der offiziellen Verhandlungen waren die Delegierten der afrikanischen und anderer Entwicklungsländer total an den Rand gedrängt. Das war Resultat von intransparenten – wenn nicht – illegalen Methoden, die die mächtigen Länder – unterstützt vom Gastgeber und dem WTO-Sekretariat – für sich entwickelt hatten.« Und weiter: »Die afrikanischen Länder konnten ihre Positionen und Themen gar nicht auf den Tisch bringen, denn dieser war aus dem Verhandlungsraum

der Arbeitsgruppen verschoben worden, hin zu exklusiven *Green-Room*-Diskussionen, zu denen sie keinen Zugang hatten.«

Mitglieder des African Trade Networks forderten die NGOs aus dem Norden auf, »diese empörenden Methoden ihrer Regierungen zu skandalisieren. Eine erste gemeinsame Pressekonferenz vom African Trade Network mit Friends of the Earth, Oxfam, dem World Development Movement, Focus u.a.m. war das Ergebnis. [...] Verhandlungsführer von Entwicklungsländern wie Sir Sonny Ramphal taten sich mit Vertreter/innen von NGOs zusammen, um diese machtvollen Manipulationen im WTO-Prozess anzuprangern. Immer mehr Vertreter/innen afrikanischer Länder und Organisationen schlossen sich an« (Hormeku). Der für den Abschluss des Treffens notwendige Konsens drohte sich in Luft aufzulösen. Die ›rauen Taktiken‹ der USA waren vergebens gewesen.

Beim nächsten WTO-Gipfel 2001 in Doha konnten größere Zugeständnisse erreicht werden. Afrikanische Eliten zogen dort erneut mit Aktivisten und Aktivistinnen an einem Strang. In diesem Fall erreichten sie, dass das WTO-Übereinkommen um handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum ergänzt wurde. Es war nunmehr erlaubt, Generika in medizinischen Notfällen wie AIDS zu verwenden. Hintergrund dieses Erfolgs waren die unnachgiebigen Aktivitäten der (süd-)afrikanischen Gruppen im Kampf gegen AIDS. Bereits 1997 hatte der *Medicines Act* in Südafrika die Herstellung von Generika möglich gemacht (eine äußerst wichtige Frage in einem Land, in dem ca. 10 Prozent HIV-positiv sind). Sofort schaltete sich das US State Department ein und drohte Südafrika mit Gerichtsverfahren. »Geistige Eigentumsrechte« sollten geschützt werden, um das Auftauchen einer weitaus günstigeren Versorgung mit AIDS-Medikamenten zu verhindern. Proteste des US-amerikanischen AIDS-Bündnisses ACT UP, ein Verbündeter der Treatment Action Campaign aus Südafrika (TAC), machte in den USA Druck. Die Konzessionen in Doha stellten einen großen Sieg für Afrika dar. Endlich war eine Logik überwunden, die Afrikanerinnen und Afrikanern lebensrettende Medikamente vorenthielt.

2003, als ein weiteres WTO-Abkommen mit fürchterlichen Folgen für Afrika in Cancún verhandelt wurde, und 30 000 Menschen vor dem Verhandlungsraum protestierten, verweigerten afrikanische Regierungen erneut US-amerikanischen und europäischen Plänen für weitere Handelsliberalisierungen ihre Zustimmung.

Dies zeigt, was notwendig ist, um den drei Herausforderungen in den UN-Klimaverhandlungen begegnen zu können: Der Globale Norden muss seine Co_2-Emissionen bis 2020 massiv zurückfahren. Dafür darf er nicht auf den freien Markt für Emissionshandel zurückgreifen; und ökologische Schulden sind an die Opfer des Klimawandels zurückzuzahlen. Die derzeitige Situation erlaubt es nicht, lediglich einzelne Fragen zu lösen, geschweige denn Rückschläge in allen drei Bereichen hinzunehmen. Afrika ist der Kontinent, der vom Klimawandel am schlimmsten betroffen ist. So befürchtet R.K. Pachauri, Direktor des Intergovernmental Panel on

Climate der UNO, »dass der Nettoertrag landwirtschaftlicher Produkte bis 2100 um 90 Prozent zurückgehen wird«. Die ökologischen Schulden des Nordens alleine gegenüber Afrika werden sich um 2020 auf schätzungsweise 67 Milliarden Dollar pro Jahr belaufen. Im September drohte der äthiopische Premier Meles Zenawi: »Wir sind darauf vorbereitet, die Verhandlungsrunde wieder zu verlassen, wenn eine weitere Vergewaltigung unseres Kontinents droht.«

Für Kopenhagen sollten wir daraus lernen: Verhandlungen zusammen mit Gruppen der Zivilgesellschaft zu verlassen und so schlechte Abkommen zu verhindern. Das kann den Weg für einen anschließenden Fortschritt ebnen, sobald unsere Kräfte neu aufgestellt sind.

Aus dem Englischen von Corinna Genschel

WIE INSTITUTIONALISIERT MAN EINEN SCHWARM?

BEN TROTT UND TADZIO MÜLLER

Ereignisse, so der französische Philosoph Alain Badiou, sind Zäsuren, sind Brüche, die ein klares ›Davor‹ und ein klares ›Danach‹ produzieren, wobei das ›Danach‹ nicht innerhalb des Ereignisses vorhergesehen werden kann. ›Seattle‹ war ein solches Ereignis, das den normalen Fluss der Dinge unterbrach: Für viele unerwartet wurde eine anscheinend hegemoniale globale Herrschaftsstruktur unterbrochen und gestört. Verantwortlich dafür zeichnete sich ein neues, vielfältiges, antagonistisches Subjekt: ein Subjekt, das später viele Namen haben sollte, aber doch am besten mit dem französischen Begriff des *mouvement altermondialiste* beschrieben ist – Bewegung für eine andere Globalisierung.

DIE VERHEISSUNG VON SEATTLE

Die Bedeutung von Seattle lag nicht nur darin, *dass* dort ein neues soziales Subjekt entstand. Sie gründet auch darin, *wie* dieses neue Subjekt zusammengesetzt war, sich bewegte und kämpfte. Die Proteste in Seattle verhielten sich wie ein Schwarm: ein anscheinend chaotisches Ensemble, das sich in Echtzeit selbst organisiert; vielfältig, dynamisch und rhizomatisch. Darin liegt auch der überraschende Erfolg des zunächst unwahrscheinlichen Bündnisses von Gewerkschaften und Öko-AktivistInnen, AnarchistInnen und KommunistInnen, Nonnen und Queers. Der Schwarm war ein Hauptmerkmal der frühen globalisierungskritischen Bewegung. 1997 wurde der Begriff benutzt, um die Zusammenarbeit verschiedener sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen um den zapatistischen Aufstand in Chiapas zu beschreiben. 1998 konnte die erfolgreiche Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsschutzabkommen (MAI) über nationalstaatliche, sprachliche und andere Barrieren hinweg mobilisieren, ohne über eine zentralisierte oder zentralisierende Struktur zu verfügen. Die traditionellen Institutionen der Linken spielten zu Beginn der Bewegung nur eine vergleichsweise kleine Rolle. Die Verheißung von Seattle lag in der heterogenen Zusammensetzung der Bewegung

und ihrer Fähigkeit, über verschiedene Arten von Grenzen hinweg zu kommunizieren und zu koordinieren.

Waren Strategie und Taktik der Bewegung von der Idee des Schwarms gekennzeichnet, so hatte dies nur begrenzt mit einem starken politischen Bekenntnis zur Unabhängigkeit von Institutionen zu tun. Der Antiinstitutionalismus war vor allem Resultat der Hegemonie des Neoliberalismus. Um die Jahrhundertwende hatte dieser viele ›progressive‹ Kräfte effektiv kolonisiert: Zahlreiche sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften und Entwicklungs-NGOs hatten das Dogma der Alternativlosigkeit zum herrschenden System akzeptiert. Innerhalb dieser Institutionen bestanden deshalb nur wenige Möglichkeiten zur produktiven Auseinandersetzung für eine Bewegung, die lautstark verkündete, dass andere Welten wirklich möglich seien.

DIE VERHEISSUNG DER GEGENWART

Die Welt der Gegenwart ist eine andere. Der Neoliberalismus steckt in einer tiefen ideologischen und materiellen Krise, es haben sich auch real-existierende Alternativen herausgebildet. So bricht der Linksruck in Lateinamerika mit den Politiken des neoliberalen *Washington Consensus*, und die globalisierungskritischen Bewegungen selbst stellen die Frage, wie ein Schwarm institutionalisiert werden kann. Wie kann den vielfältigen Kämpfen der Bewegung eine permanente(re) Form gegeben werden? Wie kann Gegenmacht entstehen, ohne das zu opfern, was durch »Antimacht« erkämpft wurde? Wie basteln wir eine Multitude, ein »heterogenes soziales Subjekt, das zu politischer Aktion fähig ist« (Hardt und Virno)?

Die ambitioniertesten Antworten auf diese Frage waren wohl die *Caracoles* und *Juntas de Buen Gobierno* der zapatistischen Bewegung, sowie das Weltsozialforum und dessen subglobale Manifestationen. Darüber hinaus findet sich heutzutage in den globalen Bewegungen eine größere Offenheit gegenüber Beziehungen zwischen Bewegungen und Institutionen (einschließlich politischer Parteien in Opposition und Regierung), die komplexer sind als bloße gegenseitige Äußerlichkeit. Natürlich sind die Beziehungen zwischen beispielsweise dem Movimento Sem Terra und Lulas PT in Brasilien, zwischen (post-)autonomen sozialen Bewegungen und der Partei Die Linke oder zwischen radikalen Gewerkschafts- und AntikriegsaktivistInnen in den USA und der Obama-Regierung äußerst unterschiedlich. Sie haben aber etwas gemeinsam: auf der Seite der ›konstituierten‹ Macht ein Eingeständnis, dass dem durch repräsentative Politik allein zu erreichenden Wandel Grenzen gesetzt sind; auf der Seite der Bewegungen die Einsicht, dass mit totaler Indifferenz gegenüber ›offiziellen‹ Politikformen nur wenig erreicht werden kann. Die die Rolle der Bewegungen wird darin gesehen, das ›konstituierende‹ Moment so lange wie möglich offen zu halten – als Praxis von Zerstörung und Schöpfung, als produktive, dynamische und im Prinzip unbegrenzte Kraft, die neue Logiken und Gesetze für unser Zusammenleben schafft.

Die globalisierungskritische Bewegung hat immer mit radikalen Formen der Demokratie experimentiert. Heute geht dieser Pro-



Foto: griid.org

zess mit dem Versuch der Schaffung offener, manchmal vergänglicher Institutionen einen Schritt weiter. Der Erfolg dieses Experiments hängt auch davon ab, dass ein neues Verhältnis zu ›konstituierten‹ Formen institutioneller Macht gefunden wird. Ein derartiges Verhältnis könnte auf der Strategie von *Richtungsforderungen* basieren, also auf Forderungen, die kollektive menschliche Bedürfnisse und Begehren vermitteln und aus konstituierenden Prozessen entspringen. Beispiele solcher Forderungen sind die nach einem allgemeinen Grundeinkommen, unabhängig von der Notwendigkeit, die (eigene) Arbeitskraft verkaufen zu müssen, nach globalen BürgerInnenrechten oder nach Klimagerechtigkeit. Jede dieser Forderungen würde, sofern erkämpft, die Verheißung einer anderen Welt näher bringen. Natürlich hat niemand ein Monopol darauf, diese Forderungen zu formulieren oder zu bestimmen, was ihr Inhalt ist oder wie sie artikuliert werden. Vielleicht werden die Institutionen des Schwarms genau darin begründet werden: nicht in der Symphonie, sondern der Kakophonie der vielfältigen Artikulationen von Richtungsforderungen.

GEGEN-HEGEMONIE STATT KLOSTER

ULRICH BRAND

Ich teile Bifo Berardis Annahme, dass wir einen globalen Kriegszustand haben und die emanzipatorischen globalen sozialen Bewegungen – den weltweiten Anti-Kriegsdemonstrationen am 15. Februar 2003 zum Trotz – wenig ausrichten können. Ich teile auch die Diagnose, dass die Bewegungen in Westeuropa hinsichtlich alternativer Formen der Vergesellschaftung wenig erreicht haben und, das zeigen die aktuellen Krisenpolitiken, ihnen kaum ein Eingriff in die neoliberalen Kräfteverhältnisse gelingt. Sehen wir uns allerdings die Entwicklungen in Lateinamerika an, trifft dies nicht zu. Anders als Berardi halte ich den Kriegszustand nicht in allen Gesellschaften für dominant. Emanzipatorische Politik in Bagdad, La Paz oder Wien vorantreiben zu wollen, unterliegt unterschiedlichen Bedingungen.

Zeitgenössische Herrschaft und ihre Brutalisierung sind vielfältig und daher schwer angreifbar: Sie reicht von Subjektivierung und anti-emanzipatorischen Bedürfnissen, über katastrophische Krisendiskurse (etwa in der Klimapolitik) und sich damit vermeintlich aufdrängende autoritäre »Sicherheits«-Politiken. Sie reicht vom stummen Zwang flexibilisierter Lohnarbeit, hin zum offenen Zwang von Hartz IV; von Politiken in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die die Interessen der Eliten sichern, über die krisenbedingte Infragestellung hegemonialer Geschlechterverhältnisse, die viele »Nicht-Mehr-Ernährer« aggressiv macht, bis hin zu offenen Kriegen und der Verrohung der Gesellschaften.

Das haben, trotz und wegen der sehr unterschiedlichen Erfahrungskontexte und politischen Herangehensweisen, die globalen sozialen Bewegungen erkannt – Bifo Berardi nicht. Analysen, die unter Bewegungen lediglich die sichtbaren Proteste als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation verstehen, greifen zu kurz. Bei Berardi reduziert es sich gar auf die »Selbstorganisation technisch-wissenschaftlicher Arbeit«, womit dann die Kämpfe chinesischer WanderarbeiterInnen, lateinamerikanischer Indigener oder europäischer SozialhilfeempfängerInnen als nicht auf der Höhe der Weltgesellschaft abgewertet werden. Hardt und Negri haben dafür in »Empire« die Vorlage geliefert.

Demgegenüber haben die globalen sozialen Bewegungen wichtiges gelernt: Nicht nur transnationale Aktionen wie in Seattle, Genua, Heiligendamm oder das Europäische und Weltsozialforum machen die Dynamik der Bewegung aus. Sie sind vielmehr Ausdruck von Gärungsprozessen und innenpolitischen Dynamiken. Seattle war ein Fixpunkt der nordamerikanischen Gewerkschaften gegen 20 Jahre neoliberale Politik, Genua ein massiver Protest gegen Berlusconi, Heiligendamm ein Ausdruck davon, dass sich in Deutschland mit Ausnahme der Partei Die Linke das politisch-institutionelle System abgeschottet hat. Wichtiger aber ist, dass Gesellschaften in vielen Bereichen und entlang diverser Konfliktlinien emanzipatorisch verändert werden.

Die Metapher vom Rückzug in Klöster – als befreite und vor der Brutalität der Welt geschützte Räume – ist irreführend, weil Zerstörung und die gewaltförmige Veränderung von Herrschaft im Gegensatz zum Mittelalter eben nicht nur territorial stattfindet. Die Verfügung über Territorien war im Mittelalter und der beginnenden Neuzeit die zentrale Quelle von Herrschaft. Im imperialen Kapitalismus ist sie nur eine Quelle neben anderen, um Hegemonie zu sichern. Sicher liegt im Irakkrieg auch das Interesse, strategische Räume der globalen Ölversorgung zu kontrollieren. Aber geopolitische Akkumulation ersetzt nicht die Dynamik der erweiterten Reproduktion des Kapitals, die vielfältigen Formen ursprünglicher Akkumulation und viele andere Herrschaftsverhältnisse.

Dies betrifft auch die Frage gegenhegemonialer Praxen. Es ist etwas dran an der Kloster-Metapher: Rebellische Subjektivität entsteht teilweise außerhalb von Institutionen, aber nicht nur. Wesentlich entsteht sie in Kämpfen, aus Erfahrungen und auch in und durch Erfolge. An Erfahrungen mangelt es in

den letzten Jahren nicht, in Westeuropa wohl aber an Erfolgen, an relevanten Eingriffen in die Zumutungen der politisch-institutionellen, sozio-ökonomischen wie kulturellen Strukturen und Prozesse.

Herrschaft hat sich in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts renoviert – in den nordwestlichen Gesellschaften nicht so sehr, weil sie aufgrund von Kämpfen in Frage gestellt wurde, sondern weil der neoliberal-imperiale Kapitalismus die damit verbundenen Widersprüche nicht bearbeiten kann. Das haben die Berater von Bush und anderen Eliten um 2001 geahnt (Stichwort: Enron-Krise) und 9/11 war ein Möglichkeitsfenster der konservativen Kräfte, unter Bedrohungsszenarien die gesellschaftlichen Verhältnisse ›versicherheitlichen‹ zu wollen – mit offenen oder subtilen Formen der Gewalt. Das findet – das ist eines unserer politischen Hauptprobleme – in den nordwestlichen Gesellschaften breite Zustimmung.

Berardi artikuliert hier zudem einen patriarchalen Typus von Politik, der für viele eher abschreckend wirkt. Zentral gesetzt ist eine bestimmte Form der Militanz, die andere emanzipatorische oder sich im Prozess als solche herausbildende Praxen abwertet: jene kleinteiligen Verschiebungen in Alltagsverhältnissen; jene auf Veränderung institutioneller Praxen abzielende Politiken in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften, staatlichen Einrichtungen, Medien (die oft genug defensiv sind, um Verschlechterungen abzuwehren).

Ich schreibe diesen Text in Tagen, in denen Studierende in Österreich eine Bewegung initiiert haben, mit der gegen neoliberale Hochschulpolitik und ihre Implikationen von Sparhaushalten und permanenter Konkurrenz, aber auch für andere Bildungsinhalte und eine Demokratisierung der Hochschulen protestiert wird. »Brrrr« , würde Bifo Berardi schaudernd vor solch fürchterlichem Reformismus zurückweichen. Es wäre zu prüfen, ob diese Position auch zur dramatischen Schwächung der Linken in Italien beigetragen hat. So bleibt er einer Haltung verfangen, die Foucault als revolutionäre Eschatologie bezeichnete und die mit einer aus Frustration geborenen Note versehen wird. Der Militante empfiehlt das Wohlsein und Experimentieren im Kloster. Er darf an den sicheren Platz.

Mit der Bezugnahme auf den globalen Krieg weicht er zudem der Frage aus, wie sich denn in der Krise der neoliberal-imperialen Globalisierung die Kräftekonstellationen und dominanten Orientierungen verändern. Die Kritik an der Naturalisierung des Wachstumsparadigmas, praktische Solidarität und die Zurückweisung von Konkurrenz – um Punkte von Berardi aufzugreifen – entstehen gerade nicht in Abgeschiedenheit. In der aktuellen Krise aber ist eine plausible und praktisch auszuprobierende Wachstumskritik ein Feld, auf dem eine emanzipatorische, sozial-ökologische Fragen ernst nehmende Linke etwas bewegen kann. Viele Menschen sind angewidert vom Konkurrenzimperativ, ohne dass sie dem voluntaristisch entkommen können – aber über Auseinandersetzungen, Lernprozesse und praktische Alternativen vielleicht doch. Das ist jedoch eine Frage von Praxis und Reflexion in den Niederungen gesellschaftlicher Realität.

KAMPF UM HEGEMONIE

DIE GESUNDHEITSREFORM IN DEN USA

INGAR SOLTY

Das zentrale Versprechen von Obamas Wahlkampf war die Reform des US-Gesundheitssystems. Sie ist aus mehreren Gründen der entscheidende Baustein seiner Reformagenda. Die Gesundheitsversicherung befindet sich *erstens* an der Schnittstelle mehrerer Krisenprozesse. *Zweitens* berührt sie grundlegende gesellschaftliche Fragen, an denen sich die Philosophie des Neoliberalismus und solidarische Ökonomiekonzepte grundsätzlich voneinander unterscheiden. Obama hat sich dabei klar in das Lager derjenigen gestellt, die Gesundheit als ein Grundrecht ansehen. Dafür sieht er den Staat zumindest als letzten Garanten in der Pflicht. Schließlich ist die Gesundheitsreform *drittens* der erste Test der neuen Regierung, an dem sich die Tragfähigkeit der charismatischen Herrschaft Obamas insgesamt entscheiden wird.

Die zivilisatorische Errungenschaft kollektiver Sicherungssysteme gegen die Lebensrisiken in kapitalistischen Gesellschaften ist in

den USA dramatisch unterentwickelt. Erst mit Roosevelts *New Deal* entstand Mitte der 1930er Jahre ein schwaches soziales Netz der Arbeitslosen-, Invaliden- und Rentenversicherung, das in den folgenden 30 Jahren durch zusätzliche Sozialleistungen für die Armen ergänzt wurde. Eine universelle Krankenversicherung entstand in der Zeit des New Deals nicht (vgl. Cohn 2007). Stattdessen entwickelte sich im Kontext des Fordismus ein arbeitsplatzgebundenes Gesundheitssystem, das im Rahmen der »Great Society« 1965 durch eine Krankenversicherung für Arbeitslose/Arme (»Medicaid«) und Rentner (»Medicare«) staatlich ergänzt wurde. Im Zuge der neoliberalen Konterrevolution geriet dieses sozialstaatliche Rumpfgebäude unter Druck. Mehr und mehr Lebensrisiken wurden auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt.

DIE HEGEMONIEPOLITISCHE KONSTELLATION

Eine Folge dieser amerikanischen Sonderentwicklung ist ein mit europäischen Verhältnissen kaum zu vergleichendes Maß an sozialer Unsicherheit. So zeigte eine Studie der Harvard University 2007, dass in gut drei Fünfteln aller Fälle nicht die Arbeitslosigkeit für Insolvenzen von Privathaushalten verantwortlich war, sondern (plötzliche) Krankheit und entsprechende Behandlungskosten. Dabei waren in 80 Prozent der Fälle die Betroffenen formell sogar irgendwie krankenversichert (vgl. etwa Himmelstein et al. 2009). Eine weitere Untersuchung ergab, dass etwa 1,5 Mio Familien jährlich ihre Häuser durch Zwangsversteigerungen verlieren, weil sie die Kosten für ihre Gesundheit nicht mehr schultern können (vgl. Robertson et al., 2008). Gleichzeitig verschränken und multiplizieren sich die zahlreichen Lebensrisiken miteinander. Da für die Mehrheit der US-Arbeiterklasse (2008: 176,3 Mio. bzw. 58,5 Prozent der Bevölkerung insgesamt, vgl. US Census Bureau 2009, 28) die Krankenversicherung an den Arbeitsplatz gekoppelt ist, ist der Verlust des Arbeitsplatzes häufig gleichbedeutend mit dem Verlust der Krankenversicherung. Mit dem Übergang zu den atypischen, prekären Beschäftigungsverhältnissen im Neoliberalismus hat sich die soziale Unsicherheit hinsichtlich der Gesundheitsfrage dramatisch verschärft. Dies gilt verstärkt für die aktuelle Krise. Mit der schon im Herbst 2009 trotz schuldenbasierter Konjunkturerholung die 10-Prozent-Marke überschreitenden Arbeitslosigkeit (*jobless growth* bzw. *jobless ›recovery‹*) erhöhte sich der Bevölkerungsanteil ohne Krankenversicherung noch einmal auf 15,4 Prozent bzw. 46,3 Mio. Menschen (vgl. US Census Bureau 2009, 28). Hinzu kommen die so genannten Unterversicherten – rund 25 Mio. Erwachsene – deren Zahl zwischen 2003 und 2007 besonders dramatisch um 60 Prozent angestiegen ist. Auffallend ist, dass der Anstieg der Unterversicherten stark mit der Prekarisierung der mittleren Einkommensschichten korreliert. Für die Bevölkerungsgruppe mit einem Einkommen von 200 Prozent oder mehr der landesweiten Armutsgrenze (etwa 40 000 US-Dollar pro Haushalt) verdreifachte sich im selben Zeitraum die Zahl der Unterversicherten (vgl. Schoen et al. 2008).

Das ist hegemoniepolitisch äußerst relevant. Die Entwicklung der letzten Jahre hat

damit die Grundlage für eine breite gesellschaftliche Reformbewegung gelegt, die die Form eines *Mitte-Unten-Bündnisses* annehmen könnte. Das zeigt sich auch an den unzähligen Umfragen der letzten Jahre, die belegen, dass es eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die Einführung eines nationalen Gesundheitssystems gibt. Obama hat in seiner Krisenpolitik die Vision eines Übergangs zu einer postneoliberalen Ordnung auf grünkapitalistischer Akkumulationsgrundlage entworfen. Ob dies gelingen kann, hängt von der Entstehung und institutionellen Verankerung eines solchen Mitte-Unten-Bündnisses ab. Dieses Bündnis wäre ein historischer Wendepunkt in der politischen Geschichte des Neoliberalismus in den USA, der wohl nur mit der Entstehung der New-Deal-Koalition in der letzten Weltwirtschaftskrise zu vergleichen wäre.

Um das zu verstehen, muss man sich kurz die Spezifik des autoritär-marktliberal-imperialistischen Projektes vergegenwärtigen, das bei allen Schattierungen den Neoliberalismus von Reagan bis Bush jr. gekennzeichnet hat. Dieses Projekt beruhte auf Grenzziehungen zwischen den prekarisierten, aber leistungs- und nach oben orientierten Mittelschichten und den entkoppelten Armen. Damit war der Neoliberalismus von einem mehr oder weniger stabilen *Mitte-Oben-Bündnis* gekennzeichnet. Erleichtert wurde die Entstehung dieses Bündnisses vor dem Hintergrund der geschichtlichen Sonderentwicklung der USA. Dazu gehören neben dem entsolidarisierend wirkenden Radikalindividualismus v.a. die spezifischen Formen der ›Rassisierung‹ und Ethnisierung sozialer Klassenauseinandersetzungen. Im Neoliberalismus wurde hierbei die Anrufung »arm« weitgehend gleichbedeutend mit »schwarze oder hispanische Transferleistungsbezieher«, während »Mittelschicht« und »*hard-working* Americans« gleichbedeutend wurde mit »verängstigte weiße Mittelschicht«. Als Katalysator dieser Spaltung diente die »Entsozialdemokratisierung« der Demokratischen Partei,[1] die sich ähnlich wie in den meisten Ländern Europas in zunehmender Wahlenthaltung und im Aufstieg des Rechtspopulismus niederschlug.[2] Ideologischer Kohäsionsfaktor zwischen Oben und Mitte war dabei die US-Variante der autoritären Leistungsideologie, der »producerism«,[3] der die Entsolidarisierung zwischen Unten und verängstigter Kleinbürgermitte möglich werden ließ. Gelänge es Obama nun, mit Hilfe seines zentralen Reformwerks ein solches Mitte-Unten-Bündnis zu schmieden, wäre das ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der USA. Gleichzeitig ist angesichts der Zentralität der Gesundheitsreform für das Obama-Projekt davon auszugehen, dass von der Entstehung und Befestigung eines solchen Bündnisses im Rahmen der Gesundheitsfrage (oder im Umkehrschluss seiner erneuten Spaltung durch die politische Rechte und die Gegner der Gesundheitsreform) das Gelingen oder Scheitern des Obama-Projekts insgesamt abhängt.

Das Besondere an der gegenwärtigen Situation ist, dass Obama seine Präsidentschaft weniger der Existenz und Mobilisierung eines Mitte-Unten-Bündnisses verdankt, sondern eher der tiefen Krise des Neoliberalismus und

US-Imperialismus und damit der politischen Rechten. Damit ist Obama nicht die politische Krönung eines neuen historischen Blocks, sondern im Rahmen seiner Präsidentschaft entscheidet sich, ob ein solcher neuer Gesellschaftsblock zustande kommt oder nicht. Die Mobilisierung während Obamas Wahlkampf sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von Richard Sennett beschriebene »Passivitätskrise« der US-Gesellschaft nicht überwunden ist.[4] Diese ist eine Folge langfristiger Prozesse des Zerfalls der öffentlichen Infrastruktur und Fragmentierung und Entsolidarisierung im Neoliberalismus, die den Aufstieg charismatischer Führungsgestalten begünstigte. Obama unterscheidet sich darin von Bush, dass er die Tendenzen zum autoritären Kapitalismus zumindest verbal kritisiert und die Bevölkerung zum Selbsthandeln aufruft. Die Bedingungen gesellschaftlicher Ohnmacht, die Sehnsucht nach befreienden Führern hervorrufen, sind jedoch unverändert. Genau wie Bush ist Obama Ergebnis dieser allgemeinen Autoritarismustendenz im neoliberalen Kapitalismus. Die Bestandsdauer der charismatischen Herrschaft Obamas wird sich deshalb gerade anhand der Frage entscheiden, wie es ihm gelingt, seine charismatische Glaubwürdigkeit zu nutzen, ein solches Mitte-Unten-Bündnis von oben zu schmieden. Dass Obama sich dabei darüber bewusst ist, dass es hierfür der Mobilisierung von unten bedarf, zeigt sich an seinen regelmäßigen Aufrufen zur Unterstützung seiner Reformvorhaben durch Kampagnen, Demonstrationen etc. Gleichzeitig unterscheidet er sich von Roosevelt, der die Arbeiter energisch zum Gewerkschaftsbeitritt aufrief, dadurch, dass er zögert, die Gewerkschaften z.B. durch die Verabschiedung des »Employee Free Choice Act« zum Kernelement seiner Antikrisenpolitik zu machen.

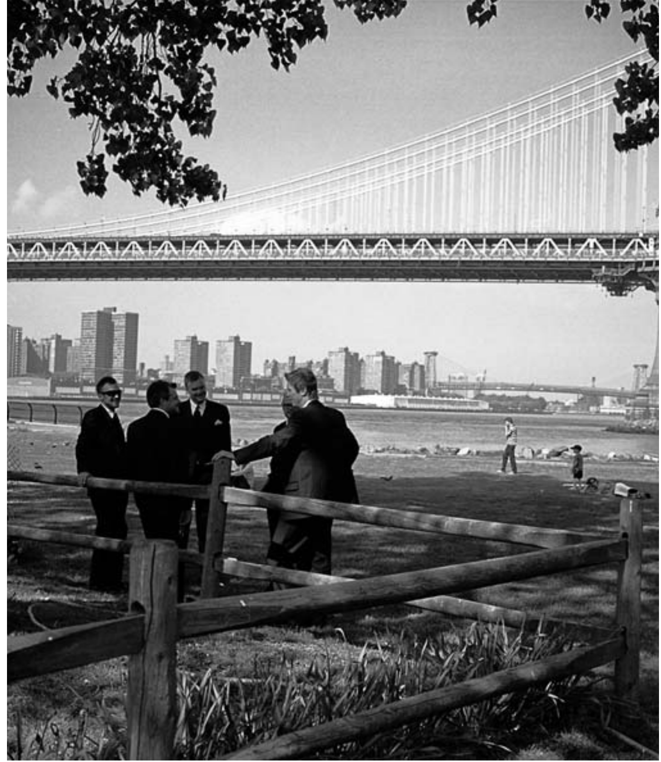
DIE KRISE DES US-GESUNDHEITSSYSTEMS

Die Herausforderungen an eine wirkliche Gesundheitsreform sind (1.) die Beseitigung der Gesundheitsprekarität, (2.) die Eindämmung der Kosten für die Versicherten und für den Staat und (3.) die Anhebung der Behandlungsqualität. Denn die USA haben mit einem Gesamtumfang von 16 Prozent des BIP nicht nur das teuerste, sondern auch eines der schlechtesten Gesundheitssysteme aller OECD-Länder. Dabei liegen die vom Staat getragenen Kosten trotz des relativ geringen Anteils staatlich Versicherter höher als in universellen Gesundheitssystemen wie z.B. in Kanada. Dieser Zusammenhang ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Staat ein Notsystem für unabweisliche Operationen eingerichtet hat, deren Kosten dramatisch höher ausfallen, wenn aus Kostengründen auf Vorsorgeuntersuchungen verzichtet werden musste. Gleichzeitig springt der Staat zunehmend für jenen Teil der pauperisierten Bevölkerung ein, der von den Versicherungskonzernen mit Erfolg aufgrund von so genannten *pre-existing conditions* diskriminiert werden konnte. Dazu gehören u.a. Asthmabeschwerden, ein hoher Blutdruck und Diabetes; sie ermöglichen, höhere Beiträge anzusetzen, Leistungen einzuschränken oder den Patienten die Aufnahme zu verweigern. Nur sechs Bundesstaaten verbieten solche Praktiken (vgl. Furnas 2009). Eine zynische Konsequenz

der Gesundheitsmisere in den USA ist daher, dass in keinem anderen fortgeschritten kapitalistischen Land der Welt die Lebenserwartung so unmittelbar und banal-brutal eine Klassenfrage ist. Jährlich sterben rund 45 000 erwachsene Amerikaner aufgrund von heilbaren Krankheiten wie Lungenentzündungen (vgl. Wilper et al. 2009).

Die Tatsache, dass die USA gleichzeitig das mit Abstand teuerste und ineffektivste Gesundheitssystem der Welt haben, ist ein erklärungsbedürftiges Paradox. Eine wesentliche Erklärung ist die Verwandlung von Ärzten und Krankenhäusern in Unternehmer. Der Anteil der Krankenhäuser und Privatpraxen an der Kostenexplosion im Gesundheitssektor ist der expansivste. Hinzu kommt die gigantische Bürokratie in einem unübersichtlichen System aus miteinander konkurrierenden privaten Krankenkassen. Diese geben nicht nur Unsummen an Geldern für Kundenwerbung, Verwaltungs- und Rechtsabteilungen sowie politischen Lobbyismus aus, sondern etablieren die viel gepriesene neoliberale Freiheit eines mündigen Bürgers, der seine Zeit damit verschwendet, Versicherungspolicen zu vergleichen, Rückerstattungsanträge zu schreiben und Anspruchsberechtigungen gerichtlich durchzufechten. Vertreter eines nationalen Gesundheitssystems wie die *Physicians for a National Health Program* haben ausgerechnet, dass allein die Verwaltungsausgaben aller privaten Krankenkassen 31 Prozent der Gesamtausgaben des US-Gesundheitssystems ausmachen. Gleichzeitig ist die neoliberale Annahme einer Kostenkontrolle durch Wettbewerb falsch. Der Konzentrationsprozess





unter den privaten Krankenkassen ist drastisch: In wenigstens 21 Einzelstaaten kontrollieren ein Versicherungskonzern und in 39 Staaten zwei Versicherungskonzerne mehr als die Hälfte des Marktes (vgl. Furnas u.a. 2009) und in über 95 Prozent aller Versicherungsmärkte hielt ein Konzern 30 Prozent und mehr Marktanteile (vgl. American Medical Association 2007). Die logische Folge dieser Monopolisierungsprozesse waren gigantische Profitraten. So erhöhte die Versicherungsindustrie ihre Profitraten zwischen 2002 und 2007 um 43,3 Prozent. Die Kehrseite dieser Entwicklung waren sprunghaft ansteigende Beitragssätze. In den betrieblichen Versicherungen stieg der Arbeitnehmeranteil an den Versicherungsbeiträgen zwischen 2000 und 2009 von 1543 auf 3515 US-Dollar (128 Prozent). Dass die Reallohnentwicklung mit den Kosten der Gesundheitsversorgung nicht Schritt hielt, muss dabei eigentlich nicht erst erwähnt werden.

Der Zusammenhang zwischen schlechter Gesundheitsversorgung und Rekordkosten erklärt sich weiter aus der Rolle der pharmazeutischen und medizinischen Produkt- und Zubehörindustrie. So rangierten diese in der Fortune-500-Rangliste der profitabelsten Branchen in den USA 2008 noch vor der Öl- und Rüstungsindustrie auf den Plätzen drei und vier. Dabei wiesen auch sie hohe Profitmargen von 19,3 und 16,3 Prozent auf. Profite dieser Art sind dabei einerseits auf die fehlenden staatlichen Preiskontrollen und andererseits auf ihr lukratives und eigentumsrechtlich abgesichertes Anbietermonopol zurückzuführen. Allein die Patentierung einzelner Gene im Rahmen des Genom-Projekts durch Brustkrebsforscher hat zur Folge, dass zahlreiche Frauen keinen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen haben und die Kosten für die öffentliche Gesundheitsversicherung explodieren.

AKTEURE UND KÄMPFE

Die US-Gesundheitsdebatte vollzieht sich vor diesem Hintergrund. Im Präsidentschaftswahlkampf äußerte sich Obama als Befürworter des Rechtsanspruchs auf eine Gesundheitsversorgung im Rahmen einer Fernsehdebatte mit John McCain. Er stellte sich damit in die Tradition der UN-Menschenrechtscharta und der *Second Bill of Rights*, die Roosevelt kurz vor seinem Tod anstrebte, um damit der liberalen eine sozialdemokratische Grundrechtscharta hinzuzufügen. 2003 sprach sich Obama in einer Rede vor dem mittlerweile gespaltenen Dachverband der Gewerkschaften *AFL-CIO* für ein universelles Gesundheitssystem nach kanadischem, britischen, australischen oder taiwanesischen Vorbild aus, das in den USA »single-payer health care« genannt wird. Dieses hat mit der Gesetzesvorlage HR 676 einen Prototyp im Kongress und hat seit seiner ersten Einbringung im Kongress bis zum Oktober 2009 rund 100 Unterstützer unter den Abgeordneten gefunden.

Obama schränkte seine Unterstützung dieses Vorschlags später ein, indem er betonte, dass er zwar prinzipiell für das *single-payer*-System sei, aber nur, wenn man wirklich von Null anfangen könne. Gleichzeitig betonte er, dass er offen dafür sei zu eruieren, unter welchen Umständen die Verwirklichung des

single-payer-Ansatzes möglich sei. Nach seiner Wahl zum Präsidenten, die Obama nicht zuletzt der Unterstützung durch zahlreichen Graswurzelorganisationen für ein solches System verdankte, darunter eine stattliche Mehrheit aller Ärzte in den USA und unzählige Gewerkschaften, beteuerte er, dass alle Reformvarianten einschließlich des *single-payer*-Systems im Finanzausschuss des Senats, in dem die Gesundheitsreform diskutiert wird, auf dem Tisch lägen. Mit Erstaunen und vielfach Empörung nahm die Öffentlichkeit darum Anfang Mai 2009 zur Kenntnis, dass dem 23-köpfigen Ausschuss kein einziger Vertreter des *single-payer*-Ansatzes angehörte und auch keine Befürworter dieses Ansatzes im Ausschuss gehört werden würden. Zahlreiche Ärzte und Aktivisten, die in der ersten öffentlichen Sitzung danach protestierten, ließ der demokratische Ausschussvorsitzende Max Baucus von der Polizei abführen. Die Forderung »We want a seat at the table« kommentierte er mit dem Satz »We want police«.

Jenseits der Anhörungen tummeln sich unzählige Lobbyisten in und um den Senatsausschuss. Denn die Industrie – deren Gesamtdachverband, das Business Roundtable, früh gegen die Reformpläne optierte – zieht genauso wie die American Medical Association alle Register, um die Gesundheitsreform zu torpedieren. So gibt sie gegenwärtig nicht nur gigantische Summen für die Lobbyarbeit im Kongress aus (nach Angaben der Washington Post täglich 1,4 Mio. US-Dollar), sondern wirbt gezielt ehemalige





Alle Fotos: Daniel Seifert

führende Parlamentarier und Angehörige des Gesundheitsausschusses sowie deren Mitarbeiter als Lobbyisten an. Aktuell sollen drei von vier Gesundheitsunternehmen einen solchen Berater auf ihrer Gehaltsliste stehen haben. Insgesamt geht es um mehr als 350 Personen. Das hat z.B. zur Folge, dass Baucus bei den zahlreichen Treffen mit Lobbyisten seinen beiden alten Staatssekretären Jeffrey A. Forbes und David Castagnetti als Repräsentanten des Dachverbands Pharmaceutical Researchers and Manufactures of America (PhRMA) gegenübersitzt.[5] Zudem ergab eine von der Sunlight Foundation in Auftrag gegebene Überprüfung von zehn der 13 demokratischen Ausschussmitglieder, dass 20 ihrer ehemaligen Mitarbeiter jetzt als Pharmalobbyisten in Washington tätig sind. Bei den Republikanern, von denen neun der zehn Ausschussangehörigen untersucht wurden, sind es insgesamt 22 ehemalige Mitarbeiter, die als Gesundheitsindustrielobbyisten Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen. Die beste Illustration der kapitalistischen Einflussnahme auf die Gesetzgebung ist allerdings Baucus selbst, der in seiner Karriere 2,80 Mio. US-Dollar von der Gesundheits- und 1,17 Mio. US-Dollar von den privaten Krankenkassen erhielt. Davon entfielen 1,15 Mio. bzw. 286 000 US-Dollar allein auf das Wahljahr 2008. Das macht ihn – mit Ausnahme des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten John Kerry, der ebenfalls Mitglied des Ausschusses ist – zum gewichtigsten Bezieher von Spenden aus dieser Branche. Zudem arbeiten neben Forbes und Castagnetti noch drei weitere seiner ehemaligen Mitarbeiter als Lobbyisten der Gesundheitsindustrie, die zusammen und teilweise gemeinsam insgesamt 27 Konzerne und Interessensverbände vertreten. Dies ist der Grund, dass bei der vorschnellen Übertragung der theoretischen Annahme von der »relativen Autonomie des Staates« auf die Wirklichkeit Vorsicht geboten ist. Sie ist kein Zustand, sondern stets prekäres Ergebnis gesellschaftlicher Klassenkämpfe.

Der *single-payer*-Ansatz ist trotz unzähliger Kampagnen, nationaler Demonstrationen und weiterer Proteste in den Ausschusssitzungen nicht wieder auf die Agenda gehoben worden. Viele gemäßigte Linke und ein kleiner Teil der Sponsoren der Gesetzesinitiative HR 676 haben sich deshalb hinter dem Vorschlag der so genannten *public option* versammelt. Die *public option* ist praktisch eine Kapitulation vor den bizarren »Sozialismus«- und »Totalitarismus«-Vorwürfen von Seiten der extremen Rechten und verkörpert die Bestrebung, die Frage der Gesundheitsversicherung als eine Frage der »Wahlfreiheit« darzustellen. In den USA sind Gesetzesinitiativen dann erfolgreich oder zum Scheitern verurteilt sind, wenn es ihnen gelingt oder misslingt, die Reformvorschläge als eine Ausweitung der Freiheit darzustellen. Die Strategie vieler Aktivisten beruht dabei auf der Hoffnung, dass die *public option* in der Lage ist, die privaten Krankenversicherer niederzukonkurrieren und die nationale Gesundheitsversicherung so quasi durch die Hintertür einzuführen.

Dass diese Strategie tragfähig ist, muss bezweifelt werden. Wenn staatliche und private Krankenkassen parallel existieren, verschwinden alle Kosteneinsparungen, die in

einem einheitlichen System möglich gewesen wären: durch Verminderung des bürokratischen Aufwands, ungeteiltes Haushalten, staatliche Rundumeinkäufe von Leistungen und die allgemeine Planbarkeit der Kosten. Erfahrungen mit parallel existierenden staatlichen und privaten Krankenversicherungen in den Einzelstaaten (Massachusetts, Oregon, Tennessee und Washington) zeigen, dass die Kosten für die Regierung steigen werden, weil Millionen Unversicherte aufgenommen werden und der Privatsektor unprofitable Schwerkranke auf die Regierung abwälzen wird. Über kurz oder lang wird die Regierung daher vor der Alternative Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen stehen. Es wird also schwer möglich sein, mit der *public option* die privaten Anbieter niederzukonkurrieren. Wahrscheinlicher ist, dass die steigenden Kosten dazu führen, dass sich die staatlichen von den privaten Versicherungen letzten Endes weder hinsichtlich der Leistungen noch hinsichtlich der Höhe der Beiträge unterscheiden und teilweise sogar deutlich schlechtere Leistungen anbieten wird. Dann müssten weiterhin zahlreiche Leistungen von der US-Arbeiterklasse privat geschultert werden und das Problem von krankheitsbedingtem Ruin würde fortbestehen. Dabei gilt bei alledem, dass die Orientierung auf die *public option* weniger auf der Überzeugung, dass sie funktionieren wird, beruht. Vielmehr ist sie als ›kleineres Übel‹ Ausdruck eines spezifischen politischen Ansatzes – des Institutionalismus und Zentrismus – und der realpolitischen Kapitulation vor den im Staat verdichteten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Was als Strategie daherkommt, entpuppt sich bei genauerem Hinschauen als schlichte Hoffnung, dass die universelle Krankenversicherung auch ohne Strukturreform, ohne Systemwechsel zu verwirklichen wäre. Dabei hat erst der politische Ansatz das *single-payer*-System zunehmend zu utopischem Wunschdenken gemacht, weil Obama die Unterstützung außerhalb der Machtapparate des Staates in unerwartet rasantem Tempo verliert.

Gleichzeitig wird mit der Orientierung auf die *public option* auch der anfänglichen Zögerlichkeit des AFL-CIO Rechnung getragen. Nicht zu Unrecht befürchteten viele typisch beschäftigte Arbeiter, dass eine rein steuer- und nicht umlagefinanzierte Krankenversicherung letzten Endes weniger Leistungen decken und zudem aus dem unmittelbaren Klassenkampf genommen würde, auf den Arbeitermacht noch mehr Einfluss hat als auf den staatlich-institutionellen. Für die übrig gebliebenen fordistischen Kernbelegschaften ist der Wunsch nach Wahlfreiheit so verständlich. Gleichzeitig zeigt sich ein Ungeschick des Dachverbands, der im September 2009 ausgerechnet dann geschlossen und mit einer Resolution auf die *single-payer*-Option umsattelte, als diese schon vom Tisch war. Die jetzige Gesetzesvorlage wird wiederum ablehnt, weil sie alle bislang betriebliche Krankenversicherungen unterhaltenden Unternehmen *ent*laste, anstatt diejenigen Unternehmen, die nicht versichern, steuerlich zu *be*lasten. Die Sorge, eine Abschaffung der Betriebsversicherungen würde für die »Mittelschicht«, zu der die abgesicherten Arbeiter sich zählen, zu Steuererhöhungen führen, ist

durchaus begründet. Gleichzeitig hat diese eher kurzfristig gedachte Klientelpolitik es erschwert, die Gesundheitsfrage, gerade weil sich in ihr die verschiedenen gesellschaftlichen Krisenmomente verdichten, in ein Treibhaus für einen Mitte-Unten-Reformblock zu verwandeln. Stattdessen ist mit der Versteifung auf die *public option* den Gegnern der Gesundheitsreform ein mächtiger Keil in die Hand gegeben worden, mit dem die prekarisierte Mittelschicht und die entkoppelten Armen entlang der Frage höherer Steuern gespalten werden können. Das gemeinsame Interesse an einem universellen Gesundheitssystem jenseits der Profitlogik wurde in eine Frage des Humanismus, der Versicherung der Unversicherten, verwandelt.

Die Strategie des Gesamtkapitals scheint zu sein, die *public option* zu kippen und nach Massachusetts-Vorbild eine staatlich-finanzierte Gesundheitsfürsorge für die Armen einzuführen. Statt sich in totaler Opposition gegen die Demokraten und eine Reform zu stellen, wurden Obama und die Demokraten in ihrem Vorstoß unterstützt und alle Hebel in Bewegung gesetzt, zunächst die *single-payer*-Option entgleisen zu lassen. Als Obama im August 2009 durchblicken ließ, unter Umständen auch die *public option* aufzugeben, entstand ein Ansturm auf Aktienpapiere der größten Versicherungskonzerne United Health, Aetna und Wellpoint.[6] Gelingt die Strategie, auch die *public option* zu Fall zu bringen, hat das Kapital zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Profite der Gesundheitsindustrie bleiben unangetastet. Mehr noch: Sie können weiter steigen, weil mit dem Einspringen des Staates für die Nichtversicherten auf einen Schlag mehrere zehn Millionen Menschen Gesundheitsprodukte in Anspruch nehmen werden, für die die öffentliche Hand aufzukommen hat. Die Reform hätte dann eine weitere gigantische Ausplünderung des Staates durch das Kapital zur Folge.

Die Profitproblematik in der Gesundheitsversorgung wirklich zu thematisieren ist gescheitert. Das führt zu einer Suche nach alternativen Schuldigen für die Kostenexplosion, die weitere krasse Entsolidarisierungsprozesse in Gang setzt. Diese finden sich auch in der Gesetzesvorlage wieder. So wird hier das Moment der »Eigenverantwortung« verstärkt, indem die Möglichkeiten zur Verweigerung von Versicherungspolicen für Menschen mit »ungesunder Lebensführung« erweitert wird. Der Gesetzgeber hat bislang eine Obergrenze von 20 Prozent für erhöhte Krankenkassenbeiträge für Raucher, Übergewichtige und Menschen mit hohem Cholesterinspiegel gesetzt. Die Gesetzesvorlage des Finanzausschusses im Senat erlaubt dagegen bis zu 30 Prozent höhere Beitragssätze von Seiten der privaten Krankenkassen und eine Option für bis zu 50 Prozent von Seiten der Regierung.[7] Von der von manchen neoliberalen Ökonomen und Medizinern geforderten »Dickensteuer«, die die soziale Konstitution der Fettleibigkeit ignoriert und letzten Endes nichts anderes als eine Arbeiter- und Armensteuer wäre, ist das nicht mehr weit entfernt (vgl. Leonhardt 2009).

Noch ist unklar, ob die *public option* aus dem Gesetzeswerk verschwinden wird. Eine vom *Progressive Caucus* bestimmte Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus

kündigte mit der Unterstützung von Howard Dean an, dass man gegen jede Gesetzesvorlage stimmen werde, die »keine robuste *public option*« beinhaltet. Trotzdem wurde die bisherige Gesetzesvorlage am 6. November 2009 verabschiedet. Nach Veröffentlichung einer Lobbyistenstudie, die enorme Kostensteigerungen prognostiziert, haben 35 rechte Demokraten im Senat – von denen zahlreiche dem fiskalkonservativen Blue Dog Caucus angehören – angekündigt, dass sie gegen das Gesetz stimmen werden, wenn es keine Änderungen gibt, die Kostenkontrolle gewährleisten. Ein erneuter Kursschwenk, der die wirklichen Kostenverursacher des Gesundheitssystems attackiert, ist von keinem der beteiligten Demokraten mehr zu erwarten und glaubwürdig zu vertreten. Denkbar ist höchstens, dass die jetzige Gesetzesvorlage noch am Widerstand der Fiskalkonservativen im Senat scheitert, die Reformbewegung dadurch zu einer neuen Einheit zurückfindet und erfolgreich die regionalen *single-payer*-Kampagnen wie in Pennsylvania durchsetzt, wodurch diese Variante unter Umständen zurück in die öffentliche Debatte findet.

ERSTE BILANZ: KEIN NEUER GESELLSCHAFTSBLOCK

Was aber auch immer bei der Gesundheitsreform herauskommt, die Rechte hat mit ihren paranoiden Angstkampagnen durchaus Erfolg gehabt. Obamas Glaubwürdigkeit ist bei der Gesundheitsreform am Stärksten angekratzt worden. Auch wenn Umfragen bestätigen, dass bis heute noch Mehrheiten existieren, die die Gesundheitsreform auch im Falle von höheren Steuern noch unterstützen, scheint die Strategie der Bourgeoisie aufgegangen zu sein, die Gesundheitsdebatte von einer populären sozialistisch/sozialdemokratischen Fragestellung des Interesses in eine sozialliberale der humanitären Hilfestellung zu überführen, indem man der Bevölkerung weismachte, es gehe um die Alternative zwischen höheren Steuern und Versicherung für alle oder Beibehaltung des Status quo. Die Frage der Unversicherten hat dabei genauso wie die Affirmative-Action-Gesetzgebung oder die zahlreichen staatlichen Almosen von Food Stamps bis Medicaid die Arbeiterklasse entlang traditioneller, ›rassisierter‹ Grenzen gespalten. *Das realistische Mitte-Unten-Bündnis ist dadurch mehr oder weniger zerbrochen oder wenigstens brüchig geworden*. Eine wirkliche Gesundheitsreform, die auf der Entmachtung der Pharmakonzerne durch Preiskontrollen und die Ausschaltung des Mittelsmanns Versicherungsindustrie beruht, würde beide Ziele erreichen, d.h. die Senkung der Gesundheitskosten, die Erhöhung der Qualität der Gesundheit und die Ausdehnung auf die gesamte Bevölkerung. Das wurde dabei mehr oder weniger erfolgreich aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verdrängt.

Wie in den anderen Politikfeldern (Bankenrettung, Konjunkturprogramm, Automobilindustriekrise, Finanzmarktregulierung) zeigt sich, dass Obamas Zögern, seine charismatische Herrschaft durch Mobilisierung von sozialen Bewegungen in politische Macht umzumünzen, und seine Entscheidung, den Weg durch das institutionelle Kleinklein und die Zusammenarbeit mit den undankbaren

Republikanern zu wählen, ein großer Fehler waren. Stück für Stück hat das Kapital und die politische Rechte sein Reformvorhaben verwässert und zerstückelt und Obama von Millionen desillusionierten Unterstützern entfremdet. Zurecht hat der einzige sozialistische Senator Bernie Sanders kritisiert, dass die Regierung nicht erwarten kann, dass die Graswurzeldemokraten diese Gesundheitsreform verteidigen, wenn gegen den Willen der Mehrheit der Demokratenbasis die Aussicht auf eine wirkliche Gesundheitsreform in Form einer nationalen Gesundheitsversicherung versenkt worden ist. Vielleicht wäre Obama gut beraten gewesen, den Ratschlag von Alexander Kluge einzuholen. »In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod.«

LITERATUR

American Medical Association, 2007: *Competition in Health Insurance, A Comprehensive Study of US Markets: 2007 Update,* www.ama-assn.org/ama1/pub/upload/mm/368/compstudy_52006.pdf, Stand 10.11.2009

Berlet, Chip, 2000: *Right-Wing Populism in America. Too Close For Comfort,* Guilford Press, New York u.a.

Brecher, Jeremy, 1975: *Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1871–1970,* Frankfurt/M

Cohn, Jonathan, 2007: *Sick. The Untold Story of America's Health Care Crisis.* New York

Furnas, Ben, 2009: *Pre-Existing Conditions Can Lead to Insurance Discrimination,* Center for American Progress (Hg.), www.americanprogress.org/issues/2009/04/pdf/preexisting_conditions.pdf, Stand 10.11.2009

Ders., und Rebecca Buckwalter-Poza, 2009: *Health Care Competition. Insurance Market Domination Leads to Fewer Choices*, Center for American Progress (Hg.), www.americanprogress.org/issues/.../health_competitiveness.pdf, Stand 10.11.2009

Gramsci, Antonio, 1991ff: *Gefängnishefte.* Argument Verlag, Hamburg

Himmelstein, David, u.a., 2009: *Medical Bankruptcy in the United States, 2007: Results of a National Study,* in: *American Journal of Medicine,* Mai

Leonhardt, David, 2009: *Fat Tax,* in: *New York Times* vom 12.8.2009

Robertson, C.T., u.a., 2008: Get Sick, Get Out: The Medical Causes of Home Mortgage Foreclosures, in: *Health Matrix,* 18, Winter, 65–105

Schoen, Cathy, Sara R. Collins, Jennifer L. Kriss and Michelle M. Doty, 2008: How Many Are Underinsured? Trends Among US Adults, 2003–2007, in: *Health Affairs,* 102, June, 298–309

Solty, Ingar, 2008: Das Obama-Projekt. Krise und charismatische Herrschaft. Supplement der Zeitschrift, in: *Sozialismus,* 10/2008

US Census Bureau, 2009: *Income, Poverty and Health Insurance Coverage: 2008,* www.census.gov/prod/2009pubs/p60-236.pdf, Stand 10.11.2009

Weber, Max, 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Fünfte revidierte Auflage. Studienausgabe, Tübingen

Wilper, Andrew P., Steffie Woolhandler, Karen E. Lasser, Danny McCormick, David H. Bor u. David U. Himmelstein, 2009: Health Insurance and Mortality in US Adults, in: *American Journal of Public Health*, September

---

1 Die Demokratische Partei war niemals eine sozialdemokratische Partei im herkömmlichen Sinne, sondern hat vom New Deal bis zur Krise des Fordismus bloß die Funktion einer solchen erfüllt. Die Besonderheit der Kapitalismusgeschichte in den USA besteht darin, dass sich die Arbeiterbewegung hier keine eigenständige politische Partei schaffen konnte.

2 Gerade weil in den USA seit den 1930er Jahren integrierende proletarische Massenparteien fehlen und das US-Parteiensystem dem des Frühliberalismus ähnelt, konnte sich hier v.a. in der Form der »Christlichen Rechten« eine Variante des modernen Rechtspopulismus herausbilden, die die europäischen Rechtspopulismen an Größe und Einfluss bei weitem übersteigt. Häufig übersehen worden ist diese Tatsache lediglich, weil sich der US-Rechtspopulismus vor dem Hintergrund des US-Mehrheitswahlrechts keine eigenständige politische Partei geschaffen hat, sondern mit einigem Erfolg um die Vorherrschaft in der Republikanischen Partei gekämpft und damit das politische Spektrum insgesamt deutlich nach rechts verschoben hat.

3 Vgl. hierzu näher das Standardwerk Berlet 2000, v.a. 1–18 sowie 419.

4 Das lässt sich besonders daran ablesen, dass es im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren bislang nur wenig Ansätze sozialer (Selbsthilfe-)Bewegungen gegen Zwangsversteigerungen, Lohnkürzungen, Entlassungen und Fabrikschließungen gibt. Vgl. zu den innovativen Widerstandsformen damals Brecher 1975, 131ff.

5 Familiar Players in Health Bill Lobbying, in: *Washington Post* vom 6.7.2009

6 Vgl. United Health, Aetna and Wellpoint Get Bullish Signal, in: *Wall Street Journal* vom 18.9.2009.

7 Vgl. Health Care Bill Contains Penalties for Preexisting Conditions, in: *Washington Post* vom 16.10.2009.

KAPITALISMUS UND DEMOKRATIE

REFLEXIONEN ÜBER EIN PROBLEMATISCHES VERHÄLTNIS

FRANK DEPPE

In den frühen 1990er Jahren triumphierten die Marktwirtschaft (und das System der individuellen Freiheit) des Westens über das System der Staatswirtschaft (und des Kollektivismus) des Ostens. Francis Fukuyama schrieb, das »Jahrhundert, das voller Vertrauen auf die westlichen liberalen Demokratien begann, ist an seinem Ende [...] wieder zu seinen Anfängen zurückgekehrt: nicht zu einem ›Ende der Ideologien‹ oder einer Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, wie man geglaubt hatte, sondern zu einem klaren Triumph des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus« (1990, 3). Mit der Weltwirtschaftskrise, der im Gefolge der Krise ansteigenden Armut und Unsicherheit in der Welt und der schamlosen Bereicherung der Reichen und Mächtigen ist der »Kapitalismus« wieder ins Gerede gekommen – auch in der Politik und den Sozialwissenschaften.

EIGENTUM UND POLITIK

Hier wird von verschiedenen Seiten eine »Krise der Demokratie« festgestellt: Der britische Soziologe Colin Crouch spricht von »Postdemokratie«[1] (2008); der ehemalige Arbeitsminister von Bill Clinton, Robert Reich, schreibt über den »Superkapitalismus«, der »unsere Demokratie untergräbt« (2008, 10). In Deutschland hat die Debatte über den »Notstand der Demokratie« erst zaghaft begonnen, obwohl die Eingriffe in die Grundrechte der Bürger auf der einen und die Verfallserscheinungen demokratischer Kultur auf der andern Seite deutlich zugenommen haben (vgl. Deppe/Schmitthenner/Urban 2008; Fisahn 2007; Fisahn 2008, 320ff). Andererseits zeigt sich die Renaissance eines staatsautoritären Denkens in der Tradition von

Carl Schmitt, das der – von Ex-Innenminister Schäuble empfohlene – Verfassungsrechtler Otto Depenheuer (2007) verfolgt. Angesichts der vermeintlichen »Bedrohung durch den Terrorismus« fordert er, dass der »Ausnahmezustand« zu einem »Paradigma des Regierens« werden muss und plädiert für die Verselbständigung bzw. Kompetenzerweiterung der Exekutivapparate, die für die »Staatssicherheit« zuständig sind.

Ökonomie und Politik funktionieren zwar nach eigenen Codes (Geld/Gewinn; Macht/Mehrheit), aber sie stehen in wechselseitiger Abhängigkeit. Historisch ist der Zusammenhang deutlich: Wo sich frühe Formen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung entwickelten und durchsetzten – genauer: in England seit dem 17. Jahrhundert –, entwickelte sich (im Gefolge der so genannten »Glorious Revolution« von 1688) die repräsentative Demokratie als eine Form der Staatsorganisation.

C.B. Macpherson hat gezeigt, wie sich im 17. Jahrhundert die Herausbildung einer Eigentümer-Marktgesellschaft auf der Ebene des politischen Denkens reflektiert: Thomas Hobbes konstruiert den starken »Leviathan«, der Staat, der durch den Vertrag freier und vernünftiger Individuen geschaffen wird, als Voraussetzung für die Sicherheit der Bürger und ihres Eigentums, also für das Funktionieren einer Rechtsordnung. Für John Locke tritt die Frage in den Mittelpunkt, wie die bürgerliche Klasse, deren Privateigentum zu einem vorstaatlichen Naturrecht erklärt wird, Einfluss auf die Staatsgeschäfte nehmen kann und die Macht der staatlichen Zentralgewalt begrenzt wird. »Die Gesellschaft wird zu einer Anzahl freier und gleicher Individuen, die zueinander in Beziehung stehen als Eigentümer ihrer eigenen Fähigkeiten und dessen, was sie durch deren Anwendung erwerben. Die Gesellschaft besteht aus Tauschbeziehungen zwischen Eigentümern. Der Staat wird zu einem kalkulierten Mittel zum Schutz dieses Eigentums und der Aufrechterhaltung einer geordneten Tauschbeziehung« (Macpherson 1973, 15).

Darin ist schon – wie Franz Neumann in seiner Studie über die »Herrschaft des Gesetzes« (1936) gezeigt hat – der Widerspruch angelegt, dass die Bürger einerseits vor den Eingriffen des Staates geschützt werden wollen, andererseits die Souveränität des Staates und des »allgemeinen Gesetzes« – als unabdingbare Voraussetzung von Eigentum und Sicherheit – akzeptieren müssen. Marx (MEW 1, 363ff) hatte dies mit der Doppelung des bürgerlichen Individuums in die Rollen des Bourgeois (ökonomisch) und des Citoyen (politisch) umschrieben. In liberaler Lesart[2] wird politische und ökonomische Freiheit als gegenseitige Voraussetzung gefasst. Milton Friedman, einer der Vordenker des Neoliberalismus, sieht im »wettbewerblich organisierte[n] Kapitalismus [...] ein System von wirtschaftlicher *und* politischer Freiheit und eine notwendige Bedingung für politische Freiheit« (1976, 22).

Angesichte der Geschichte von Demokratie und Kapitalismus müssen solche Positionen als durch und durch ideologisch gelten. Immerhin werden bei Macpherson neben Hobbes und Locke auch die »Levellers« und Harrington gewürdigt, also frühe sozialistische bzw. utopisch kommunistische Bewegungen und deren Ideologen[3]. Die Herausbildung von Elementen der bürgerlichen Klassengesellschaft – noch im überwiegenden Milieu feudaler Herrschaftsverhältnisse – ging stets einher mit der Forderung a) nach radikaler Demokratie von unten (als Voraussetzung der Selbstherrschaft des Volkes), und nach einer demokratisch legitimierten Staatsgewalt, die b) ihre Macht dazu benutzt, die soziale Ungleichheit und die Machtansprüche des Reichtums zu beseitigen. Schon früh war deutlich, dass die ans Privateigentum gebundene Freiheit partikularen Interessen dient, während der durch die Demokratie legitimierte »allgemeine Wille« (*volonté générale*) des Gesetzes stets auch die Macht zur Beschränkung dieser partikularen Interessen zur Voraussetzung hat. Luciano Canfora (2006) hat gezeigt, wie die durch Eigentum privilegierten Klassen seit der Antike die demokratische Herrschaftsform immer nur insoweit unterstützt haben, als diese nicht zu einer Bedrohung ihrer Eigentumsprivilegien wurde. In der »Bonapartismustheorie« von Marx wurde – vor dem Hintergrund des Scheiterns der Revolution von 1848 in Frankreich – dieser Befund für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft konkretisiert: Wenn die Bourgeoise ihre gesellschaftlich-ökonomische Macht durch die Arbeiterklasse (und durch die proletarische Revolution) bedroht sieht, ist sie bereit, auf ihre direkte politische Macht zu verzichten bzw. diese an eine autoritäre Diktatur zu übertragen (MEW 8, 154ff).

FREIHEIT, GLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT

Dieser Widerspruch entfaltet sich im Prozess der bürgerlichen Revolutionen. Die Losung »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (Solidarität)« von 1789 wurde von den großen Systemen des politischen Denkens seit dem 19. Jahrhundert – Liberalismus und Sozialismus – unterschiedlich, ja gegensätzlich interpretiert. Für den Liberalismus bedeutete Freiheit die Aufhebung der »feudalen Fesseln« – politische Selbstbestimmung der bürgerlichen Klasse gegen die absolutistische Monarchie und Herstellung der freien Mobilität der Arbeitskraft (auf dem »Arbeitsmarkt«, Aufhebung der Leibeigenschaft und der Sklavenarbeit). Die Gleichheit bezog sich im Wesentlichen auf die Rechtsgleichheit, keineswegs auf die politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger: Das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde (gegen den Wahlzensus) erst im 20. Jahrhundert durch die Arbeiterbewegung durchgesetzt. »Demokratie« war im 19. Jahrhundert die Losung der Linken, für viele ein Synonym für Sozialismus (vgl. Rosenberg). Der Gleichheitsbegriff des

Liberalismus bezieht sich ausdrücklich (bis heute) nicht auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Für die Linke bedeutete der Dreiklang von »Freiheit, Gleichheit und Solidarität« zuerst, dass Freiheit (auch des Einzelnen) nur unter der Voraussetzung ökonomischer Gleichheit und Sicherheit bestehen kann, dass die Freiheits- und Bürgerrechte (die mit den Erklärungen der Menschenrechte proklamiert worden waren) tatsächliche universelle Geltung beanspruchen können, dass gegen die Gesetze der individualistischen Marktkonkurrenz in der Gesellschaft solidarische Beziehungen und soziale Sicherungen gleichsam eingebaut sein müssen. Der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi hat die Katastrophen des frühen 20. Jahrhunderts auf die Verselbstständigung der Marktkräfte gegenüber ihrer gesellschaftlichen »Einbettung« zurückgeführt. Freiheit steht für ihn in einem direkten Zusammenhang mit der Kontrolle der Märkte. »Bürgerrechte, die bisher nicht anerkannt wurden, müssen dem Staatsgrundgesetz einverleibt werden [...] Das Ende der Marktwirtschaft könnte der Anfang einer Ära nie da gewesener Freiheit bedeuten [...] Freiheit, nicht nur als ein schon vom Ansatz her pervertiertes Recht der Privilegierten, sondern als ein verbrieftes Recht, das weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft reicht« (Polanyi 1978, 335ff).

Die Beziehung von Kapitalismus und Demokratie, auch das Demokratieverständnis selbst, kann also keineswegs so naiv gedeutet werden, wie es Fukuyama und Friedman (und ihre zahllosen Adepten) verkünden. Diese Beziehung und damit das Verständnis von Demokratie selbst sind vielmehr durch Widersprüche charakterisiert, die in den politischen und sozialen Kämpfen bis in die Gegenwart immer wieder aufbrechen und (entsprechend den konkret historischen Zeitumständen) variiert werden. Die Doppelrolle des Bourgeois und Citoyen, die der junge Marx herausgestellt hatte, markiert einen Grundwiderspruch bürgerlicher Demokratie: Die formelle Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger (die allerdings vor der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes keineswegs gegeben war) steht in einem Strukturkonflikt mit der sozialen Ungleichheit zwischen Produktionsmittelbesitzern und Lohnarbeitern. Diese gesellschaftliche Ungleichheit (zwischen den Klassen) wiederum bildet die Basis der politischen Machtverhältnisse, die sich im Staat zusammenfassen.[4]

Die Kämpfe der Subalternen zielen darauf, mit der Ausweitung der Demokratie auf die Gesellschaft selbst diesen Strukturkonflikt aufzuheben. Marx fasste das als »die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst« (Marx 1962, 543) und meinte damit eine kommunistische Perspektive. In der Realität hat sich diese nach 1917 ganz anders entwickelte.

In der reformistischen Perspektive der Sozialdemokratie ging es demgegenüber darum, ein Kräftegleichgewicht zwischen den Klassen verfassungsrechtlich fest-

zuschreiben (und durch den demokratischen Staat zu sichern). Die Anerkennung des Privateigentums und des Marktes sollte mit der kollektiven Sicherung der Lohnabhängigen durch Gesetze, Tarifverträge und den modernen Wohlfahrtsstaat (einschließlich der »Vollbeschäftigung«) verbunden sein. Diese zeitweilige »Vermählung zwischen Demokratie und Liberalismus« (Göran Therborn) vollzog sich freilich erst in den Zeiten des »Golden Age«, des fordistischen Nachkriegskapitalismus. Die Ausgestaltung dieses Kompromisses ist stets ein Resultat des Klassenkampfes und der daran eingeschriebenen Entwicklung der jeweiligen – historisch konkreten – Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. Wolfgang Abendroth hatte die (für das 20. Jahrhundert bestimmende) Grundproblematik des Verhältnisses von Klassenkampf, Arbeiterbewegung und Demokratie auf die Formel »Politische Demokratie und antagonistische Gesellschaft« gebracht (1967). Verfassungsfragen werden daher zum Terrain dieses Kampfes: Wie wird das Verhältnis zwischen den Marktfreiheiten und der Staatsintervention jeweils vermessen und inhaltlich bestimmt? Vor allem in den »großen Krisen« kapitalistischer Entwicklung, in denen die für eine Entwicklungsperiode charakteristische Regulationsweise der Kapitalakkumulation brüchig wird und das Verhältnis von Politik und Ökonomie neu vermessen werden muss, entscheidet die Dynamik und die Kraft der Klassenauseinandersetzungen darüber, welche Interessen sich jeweils durchsetzen.
Der britische Soziologe T.H. Marshall (1950) argumentiert, dass sich die Demokratie vor allem in Westeuropa und Nordamerika in verschiedenen Stufen entwickelt: von der Anerkennung der Individuen als Rechtssubjekte über politische Partizipationsrechte (allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit) bis zu einem System *sozialer* Bürgerrechte. Das meint den modernen Wohlfahrtsstaat, den Marshall auf die Zeit nach 1945 (mit einer Vorgeschichte in der Zwischenkriegsperiode) bezieht. Esping-Anderson (1990) führt diese Linie fort und plädiert für eine sozialdemokratische, skandinavische Variante. Dieses Modell war Ergebnis des Wirkens der Arbeiterbewegung. Es zielte auf gesellschaftliche Integration, d.h. auf den Abbau der Klassenspaltung, auf die Herauslösung eines weiten nicht-kommodifizierten, d.h. nicht warenförmigen Sektors (und eines entsprechenden Arbeitsmarktes) aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Gesellschaftliche Integration bedeutet auch die Politisierung (und Organisierung) der Zivilgesellschaft. Mit den sozialen Interessenverbänden (z.B. die Gewerkschaften) bilden sich intermediäre Organisationen zwischen Gesellschaft und Staat im engeren Sinne. Für die Konservativen ist das ein Zeichen für die substanzielle Schwächung des Staates durch die Macht der organisierten Verbandsinteressen. Dagegen handelt es sich tatsächlich um Elemente einer Selbstverwaltung der Gesellschaft und damit einer Zurücknahme des Staates







in die Gesellschaft. Infolge der Bürokratisierung der Verbandsmacht (und zum Teil von deren »Verstaatlichung«, d.h. Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln) sind diese Momente freilich in den Hintergrund getreten. Gleichzeitig konstituieren sie ein wichtiges Feld für den Kampf um Hegemonie: Gramsci betont dies mit dem Begriff vom »integralen Staat« (Gramsci H6, §§88,783).

WIDERSPRÜCHE

Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie ist also äußerst spannungsreich. Der Grundwiderspruch zwischen *formeller* (politischer) Rechtsgleichheit und *reeller* (sozialökonomischer) Ungleichheit wird ergänzt durch weitere, von denen nur einige kurz benannt seien: Dazu gehört das Spannungsverhältnis zwischen (individueller) Freiheit und (staatlicher) Souveränität. Dieses bildet das Zentralthema konservativer Diskurse, die die Souveränität gegenüber den individuellen Freiheitsrechten aufwerten und die (angeblichen) Gefahren zügelloser individueller Freiheit (Anarchie) beschwören[5]. Auf der anderen Seite ist die Geschichte der neueren Demokratie durchzogen vom Konflikt um die konkrete Form der Demokratie. Also: repräsentative oder plebiszitäre Demokratie, demokratisch legitimierte Elitenherrschaft oder »Selbstverwaltung« im Sinne einer Basisdemokratie, wie sie Anfang des 20. Jahrhunderts im Rätesystem konzipiert wurde (Demirovič 2009). Elemente davon wirken in unseren Verfassungen (den Kommunalverfassungen und der Betriebsverfassung) ebenso noch nach wie autoritär-korporativistische Momente. Die neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre haben eine Öffnung der Verfassungen





Fotos v.l.n.r.: 1–3: Daniel Seiffert, 4: flickr/416style/sookie

und der Wahlgesetzgebung für plebiszitäre Elemente durch Volksabstimmungen durchgesetzt. Noch in der Auseinandersetzung um die so genannte »europäische Verfassung« (Verfassungsvertrag, Lissabon-Vertrag) wurde die Forderung erhoben, das Demokratiedefizit der EU durch die Einfügung plebiszitärer Elemente in die Rechtsordnung der EU zumindest abzumindern.

KRISE UND DEMOKRATIE

Die Krise der Demokratie, von der heute vielfach die Rede ist, bezieht sich in erster Linie auf die Zurückdrängung oder Zurücknahme der Elemente einer sozialstaatlich legitimierten Demokratie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Sie erscheint als Krise der Partizipation und als Krise der Legitimation, die sich nicht nur in der so genannten »Politikverdrossenheit«, sondern im Glaubwürdigkeitsverlust der »politischen Klasse und [in der] Attraktivität von antidemokratischen Wertorientierungen« zeigt (vgl. Deppe u.a. 2008, 19ff). Der Neoliberalismus hat vor allem jene Elemente der gesellschaftlichen Integration in Frage gestellt, die durch den modernen Wohlfahrtsstaat als universelle soziale Sicherungen (und als Bürgerrechte) durchgesetzt worden waren. Soziale Ungleichheit und soziale Unsicherheit (Robert Castel) fungieren bei ihm als Momente einer Wettbewerbsideologie, die Steigerung individueller Leistung und Anpassungsbereitschaft an die Anforderungen des Marktes propagiert.

Für Colin Crouch bilden sozialökonomische Veränderungen die Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik: die Auflösung der industriellen Arbeiterklasse und

ihrer Repräsentativorgane, der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Damit wurde auch dem Korporatismus – als der dominanten Politikform wohlfahrtsstaatlicher Demokratien – die Basis entzogen. »Postdemokratie« bezeichnet also ein »neuartiges« Phänomen, bei dem die formalen Regeln der Demokratie (Wahlen, Parlamente) beibehalten werden, aber gleichzeitig die Machtverhältnisse und Entscheidungskompetenzen zugunsten der Wirtschaftseliten verschoben werden. Die »wichtigste Ursache für den Niedergang der Demokratie« besteht heute in dem »Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft [...] dies führt zu einer Form der Politik, die wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird – so wie es in vordemokratischen Zeiten der Fall war« (Crouch 2008, 133). In dem Maße, wie sich diese Transformation durchsetzt, treten die Widersprüche und Spannungsfelder im Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus deutlicher zutage. Die Zunahme sozialer Ungleichheit (in internationalen Dimensionen) erzeugt Spannungen, die der Macht der Eliten gefährlich werden könnten – zumal dieses Drohpotenzial durch die ökonomischen Krisenprozesse der Gegenwart noch gewaltig gesteigert werden könnte. Demokratie bleibt nur dann stabil (»krisenfest«), wenn sie über die Sicherung der individuellen Freiheit und der Rechtstaatlichkeit hinaus die demokratischen Verfahren, die Gewaltenteilung garantiert – aber eben auch ein Programm sozialstaatlicher Sicherungen zum Abbau der sozialen Ungleichheit, zur Herstellung von Chancengleichheit und von Elementen der demokratischen Selbstverwaltung der Gesellschaft beinhaltet. Crouch konzentriert sich allerdings eher auf die *politischen Phänomene* der »Postdemokratie«, also auf den Machtverfall der reformistischen Abeiterbewegung, auf die Auflösung des fordistischen »Klassenkompromisses« und seiner korporatistischen Institutionalisierung. Die »Refeudalisierung«, die Crouch als den direkten Zugriff der Wirtschaftseliten – ihrer Lobbyisten, Anwälte, Werbeagenturen, der von ihnen bezahlten Journalisten, Wissenschaftler und Politik – wahrnimmt, ist jedoch nicht allein Resultat der Erosion korporatistischer Arrangements, sondern auch Folge der Anerkennung des Primats der Ökonomie, d.h. der Wettbewerbsfähigkeit und der so genannten Standortsicherung durch die Politik selbst. Der Zusammenhang zwischen dem krisenhaften Übergang vom Fordismus zum Finanzmarktkapitalismus und der Transformation der Demokratie ist durch den Nachweis, dass politische Entscheidungen und Gesetze durch Konzerne und Wirtschaftsverbände direkt beeinflusst werden[6], nicht hinreichend zu erklären. Der transnationale Finanzmarktkapitalismus verfügt über verschiedene Hebel, um politische Entscheidungen – jenseits der parlamentarischen Gremien – direkt oder indirekt zu beeinflussen: Auf den in-

ternationalen Finanzmärkten (auf denen die institutionellen Anleger, die Banken und Versicherungen sowie die Rating Agenturen die wichtigsten Akteure sind) wirken die Kurse der Währungen, der Aktien, die Gewinne der Fonds, die Kapitalströme usw. direkt auf die nationale Politik und setzen sie unter Druck. Allein die Drohung von Kapitalflucht oder das »Downgrading« der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens bzw. eines ganzen Landes durch die Rating-Agenturen und die Wirtschaftspresse vermochte in den letzten Jahren politische Entscheidungen über die Privatisierung öffentlicher Unternehmen bzw. über die Öffnung der sozialen Sicherungssysteme für private Anleger massiv zu beeinflussen. Gegen die Kritik von Pierre Bourdieu an der Herrschaft der Finanzmärkte – verbunden mit der Aufforderung an die streikenden Arbeiter in Frankreich, die Errungenschaften des modernen Wohlfahrtsstaates zu verteidigen –, verwies Hans Tietmeyer, der frühere Chef der Deutschen Bundesbank, auf die »wohltuenden« Wirkungen der internationalen Finanzmärkte: Sie seien in der Lage, gleichsam über Nacht (eben: durch Kapitalflucht) »falsche politische Entscheidungen« nationaler Gesetzgeber zu korrigieren. Diese Tendenz wird dadurch unterstützt, dass die Nationalstaaten durch die Internationalisierung von Staatsfunktionen durch Organisationen wie den IWF und die Weltbank, die Europäische Union (EU) und die Europäische Zentralbank gerade im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik Funktionen abgegeben haben, deren demokratische Kontrolle auf der internationalen Ebene nur noch schwach ist.

TENDENZEN ZUM AUTORITÄREN KAPITALISMUS

Die Tendenz zum autoritären Kapitalismus wird heute einerseits durch den seit Jahren betriebenen Ausbau des Sicherheitsstaates, d.h. durch den Ausbau der Kompetenzen von Exekutivorganen des Staates (Geheimdienste, BKA, Bundeswehr) vorangetrieben, denen erweiterte Zugriffe auf die Privatsphäre und die Freiheitsrechte der Bürger zugestanden werden (zur EU-Ebene vgl. Hayes 2009). Andererseits bleiben die demokratischen Institutionen sowie die Verfassungen selbst weitgehend intakt – mit anderen Worten: eine »bonapartistische« Variante wird derzeit innerhalb der Wirtschafts- und Machteliten nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Ihre billige Farce in Gestalt eines Berlusconi ist eher peinlich, obwohl der Verfall der alten Parteien (Anfang der 1990er Jahre), die tiefe Krise der politischen und gewerkschaftlichen Linken, die Medienmacht von Berlusconi und seine mafiösen Verstrickungen und sein Kampf gegen die Justiz wesentliche Elemente der Zerstörung der Demokratie (in Italien) zusammenfassen. Nach wie vor bremst allerdings die Schwäche der politischen wie der gesellschaftlichen Linken die Dik-

taturgelüste jener Fraktionen des herrschenden Blocks, die davon überzeugt sind, dass die Demokratie, der Parlamentarismus, eine kritische Öffentlichkeit und die Macht der zivilgesellschaftlichen Verbände einer entschlossenen Politik zur Rettung ihrer Vermögenswerte auf der einen und zur Durchsetzung ihrer Interessen auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik (nach dem Vorbild von George W. Bush und Dick Cheney) auf der anderen Seite entgegensteht. Die bisherigen Varianten des »Bonapartismus« versuchten stets, mit extrem nationalistischen und rassistischen Ideologien Masseneinfluss zu gewinnen.

Gleichwohl hat sich im Zuge der Globalisierung des Kapitalismus auch die herrschende Klasse internationalisiert. Chauvinistische Ideologien werden daher – weil sie auch ökonomisch kontraproduktiv sein könnten – durch universale »Kreuzzugsideologien« ersetzt, die nicht nur Gewalt nach außen legitimieren, sondern – wie John Gray (2009, 259) am Beispiel der USA unter Bush zeigt – mit einer »Erweiterung der Exekutiv-Befugnisse« nach innen einhergeht: »In den USA hat sich eine Verschiebung der Staatsform vollzogen, so dass sie heute irgendwo zwischen dem Rechtsstaat, der sie die meiste Zeit ihrer Geschichte waren, und einer Art illiberalen Demokratie stehen« (260).

Der Übergang zum »autoritären Kapitalismus« setzt sich mit dem »disziplinierenden Neoliberalismus« durch. Damit sind die Individuen – aber auch die politischen Institutionen und Organisationen – immer mehr solchen Marktzwängen ausgesetzt. Sie drängen auf Anpassung als »Arbeitskraftunternehmer«, auf eine Selbstdisziplinierung, die nicht der autoritären Anleitung »von oben« bzw. der permanenten Androhung von Zwang bedarf (vgl. Hirsch 2005, 202ff). Massenarbeitslosigkeit, die Angst vor Arbeitslosigkeit und dem mit ihr verbundenen sozialen Absturz, auch die Erfahrung von Prekarität und sozialer Unsicherheit am Rande des Arbeitsmarktes wirken in diesem Sinne als permanenter Disziplinierungsdruck.

Die Anpassung der Politik an die Anforderungen der Märkte, genauer der Kapitalbewegung und Profitproduktion, bezeichnet Stephen Gill als einen »neuen Konstitutionalismus« (Gill 2000, 43). Sie »gestatten die Konsolidierung oder Festschreibung beschränkter, aber noch immer mächtiger neoliberaler Staatsformen, die sich einer popular-demokratischen Verantwortlichkeit entziehen« (ebd.). Die Überwachungspraktiken durch die exekutiven Staatsapparate dienen nicht alleine realen oder vermeintlichen Gefahren durch den Terrorismus, sondern sollen den Staatsapparat in die Lage versetzen, die Kontrolle über die möglichst individualisierte Wettbewerbsgesellschaft, die immer auch zu Krisen und Instabilität tendiert, zu behalten. Schließlich sorgt die neoliberale »Kommodifizierung des Überbaus« durch die gewaltig gesteigerte Macht der transnationalen Medienkonzerne dafür, dass weltweit

stereotype »Bilder« von Politik und Krieg, aber auch von den Scheinwelten eines »schönen Lebens« verbreitet werden.

Die große Krise seit 2007 und ihre sozialen wie politischen Folgen werden diesen Disziplinierungsdruck verstärken. Nunmehr sind auch Schichten der Arbeiterklasse betroffen, die sich (im Bereich der Automobilproduktion und ihrer Zulieferer) bislang eher zu den »Gewinnern« der Globalisierung gezählt haben. Angesichts der »Wiederkehr des Staates« bei der Bewältigung der Krise und ihrer Folgen wird die »demokratische Frage« heute nicht allein von der Abwehr der Eingriffe des Staates in die Bürgerrechte bestimmt, sondern von der Auseinandersetzung mit einer Antwort auf die Krise, die die Reparatur des Finanzmarktkapitalismus in den Vordergrund stellt und dabei eben jene Voraussetzungen stabilisieren will, die die innere Logik der Kette der Finanzkrisen seit den frühen 1980er Jahren und verstärkt seit dem Crash von 2007 bestimmt haben.

Umfang und Richtung der Staatsintervention werden so zum Terrain des Kampfes der gesellschaftlichen und politischen Kräfte. Sollte sich eine Politik durchsetzen, die die Sanierung des Finanzsektors und die Wiederankurbelung des Exports als ihre wichtigsten Ziele betrachtet, werden sich die Elemente des Übergangs zum autoritären Kapitalismus verstärken: Denn gleichzeitig werden die sozialen Widersprüche und auch Formen des sozialen und politischen Protestes zunehmen. Ein Kampf für eine Alternative zu dieser Politik und gegen die ihr zugrunde liegende Herrschaftskonstellation richtet sich auf eine Stärkung der Binnennachfrage, einen breiten Sektor öffentlichen Eigentums (einschließlich der Vergesellschaftung der Banken), strikte Kontrollen der Kapitalmärkte, einen Ausbau der sozialen Dienstleistungen und der gesellschaftlichen Infrastruktur, eine Ausweitung der Wirtschaftsdemokratie und eine internationale Politik der Konfliktprävention. Ein solcher Kampf ist zugleich gegen den »Notstand der Demokratie« gerichtet. Er wird keineswegs ausschließlich im Parlament ausgetragen, sondern vollzieht sich auf den verschiedenen Feldern der staatlichen und zivilgesellschaftichen Terrains. Indem er den krisenhaften Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie nicht aus dem Auge verliert, umschließt er notwendig auch die Perspektive einer Transformation des Kapitalismus. Diese Transformation ist ihrerseits Bedingung für die Entfaltung einer Selbstregierung des Volkes und der Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft.

Der Text beruht auf einem Vortrag, gehalten am 16.1.2009 zur Eröffnung des Promotionskollegs »Demokratie und Kapitalismus« der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Siegen.

LITERATUR

Abendroth, Wolfgang, 1967: *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied/Berlin
Adamek, Sascha, und Kim Otto, 2008: *Der gekaufte Staat*, Köln
Canfora, Luciano, 2006: *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union*, Köln
Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt/M
Demirović, Alex, u.a. (Hg.), 1992: *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster
Ders., 2009: *Rätedemokratie oder das Ende der Politik*, in: *Prokla* 155, 181ff
Depenheuer, Otto, 2007: *Selbstbehauptung des Rechtsstaates*, Paderborn
Deppe, Frank, 1997: Kapitalismus und Demokratie – Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt? in: ders., *Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert*, Köln, 22–62
Ders., Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban (Hg.), 2008: *Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus?* Hamburg
Esping-Anderson, Goesta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton/New Jersey
Fisahn, Andreas, 2007: Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat, in: *Sozialismus*, 7–8, 4ff
Ders., 2008: *Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates*, Köln
Friedman, Milton, 1976: *Kapitalismus und Freiheit*, München.
Fukuyama, Francis, 1990: Das Ende der Geschichte, in: *Europäische Rundschau*, Winter 1990, 1ff
Gill, Stephen, 2000: Theoretische Grundlagen einer neogramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen und Jochen Steinhilber (Hg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 23ff
Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte*, Hamburg 1991–2002
Gray, John, 2009: *Politik der Apokalypse. Wie die Religion die Welt in die Krise stürzt*, Stuttgart
Hayes, Ben, 2009: *NeoConOpticon. The EU Security-Industrial Complex*, Amsterdam
Hirsch, Joachim, 2005: *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg
Macpherson, Crawford Brough, 1973: *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Frankfurt/M
Marshall, Thomas H., 1950: Excerpts from »Citizenship and Social Class«, in: Christopher Pierson und Francis G. Castels (Hg.), *The Welfare State Reader*, Cambridge, 32–41
Marx, Karl, 1871: *Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW 17, Berlin/DDR 1957ff
Mehring, Reinhard, 2009: *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biografie*, München
Panitch, Leo, 1994: Globalisation and the State, in: Miliband, Ralph und Leo Panitch (Hg.), *Between Globalisation and Nationalism*, *Socialist Register* 1994, London, 60ff
Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M1978
Rosenberg, Arthur, 1938: *Demokratie und Sozialismus*, Frankfurt/M 1988
Therborn, Göran, 2000: *Die Gesellschaften Europas 1945–2000*, Frankfurt/M
van der Pijl, Kees, 2006: *Global Rivalries. From the Cold War to Iraq*, London/Ann Arbor

---

1 »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind […], entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.« (Crouch 2008, 131)

2 Die »angelsächsische Perspektive« universalisiert sich im Amerikanischen Jahrhundert (vor allem nach 1945). Die Weltsystemtheorie (Wallerstein, zuletzt Kees van der Pijl 2006) hat demgegenüber gezeigt, dass die »nachholende kapitalistische Industrialisierung« in der Semiperipherie (seit dem 19. Jahrhundert: von Deutschland seit 1871 bis nach Ostasien im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts) stets mit autoritären politischen Herrschaftsformen verbunden gewesen ist.

3 Diese haben eine Vorgeschichte in den Klassenkämpfen im späten Mittelalter, vor allem in den Städten: plebejische Volksbewegungen, z.B. der Aufstand der Ciompi in Florenz (1378) und in den Bauernbewegungen 14./15. Jahrhundert. Beim utopischen Sozialismus und Kommunismus ist das Motiv der Aufhebung von Herrschaft stets präsent – Ernst Bloch hat dies immer wieder aufgerufen.

4 Die marxistische Kritik der bürgerlichen Demokratie hat freilich allzu lange übersehen, dass in den Herrschaftsbeziehungen zwischen den Geschlechtern nicht einmal die formelle Gleichheit anerkannt war.

5 In der Carl-Schmitt-Biographie von Reinhard Mehring (2009) wird dieses Spannungsverhältnis als Zentralmotiv seiner verfassungsrechtlichen und politischen Arbeiten vor 1933 herausgearbeitet.

6 Vgl. Adamek und Otto (2008).

RISKANTE FREIHEITEN

DIE »VERMARKTUNG« VON DEMOKRATIE

EVA KREISKY

»Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat«
(J. Kenneth Galbraith, zit.n. Kurnitzky 1994, 7)

Demokratie reflektiert zugleich normative Versprechen politischer Denker und sozialer Bewegungen sowie reale Herrschaftskonfigurationen alltäglicher Praktiken. Demokratie »in Vollendung« gab es in der neueren Geschichte noch nie. Stets fanden sich Demokratiedefizite und Demokratiedefekte. Demokratische Wahlregime bei undemokratischen sozialen Alltagspraktiken, Beteiligung an Politik ohne reale Entscheidungs- und Gestaltungsmacht, zunehmende Entpolitisierung im Sog antipolitischer Ambitionen politischer und ökonomischer Eliten verbinden sich zu einem unaufrichtigen Typ westlicher Demokratie.

Kapitalistisches Marktgeschehen setzt Freiheit und Gleichheit als Lebensform wie als

Politikziel voraus. Das »bürgerliche« Bemühen um Kompromisse – im Sinne der Neutralisierung divergierender Interessenlagen – zeigten sich in den Prozessen der Republikanisierung und Parlamentarisierung (unter Berufung auf Karl Marx: vgl. Demirović 1997, 12). So wurde Vereinbarkeit und Zusammengehörigkeit von Kapitalismus und Demokratie als politisches Narrativ gehegt. Dies galt für die fordistische Ära der Nachkriegsjahre ebenso wie für die postfordistische Wendephase anlässlich des Endes des Kalten Krieges.

Die politische Beteiligung sollte Massenloyalität herstellen und bewahren: nicht nur Zufriedenheit mit parlamentarischer Politik- und Staatsform, sondern Einverständnis mit der kapitalistischen Gesellschaftsform suggerieren. Doch die Geschichte bürgerlicher Demokratien war durch wiederkehrende autoritäre Intermezzi in Frage gestellt. Demokratieanalysen fokussierten zumeist auf die kurzen Momente der Konjunktur und blendeten rezessive Entwicklungen aus, die autoritäre Verfremdungen von Demokratien einleiteten und allmählich verfestigten. Die so begründeten Schönwettertheorien von Demokratie erlaubten nicht, die unlauteren Spiele mit Demokratie oder antidemokratische Gegenentwicklungen angemessen zu theoretisieren.

Selbst etablierte westliche Demokratien unterliegen der Ausdünnung demokratischer Strukturen und der Entleerung demokratischer Prozesse. Und sie werden einer zunehmenden »Monetarisierung« und »Vermarktung« unterworfen: Alle möglichen Lebenswelten werden kommerzialisiert, öffentliche Güter werden zu Waren gemacht, in Geld bewertet und über Märkte verhandelt. Selbst staatliche Gewalt wird (re)privatisiert und demokratische Phantasien werden auf straffes Marktdenken hingebogen. Demokratische Freiheit wird auf Markt- und Handelsfreiheiten ausgerichtet.

Es stellt sich die Frage: Welche Handlungsräume im Sinne politisch-demokratischer Gesellschaftsalternativen ergeben sich überhaupt im Rahmen weitgehend unverrückbarer kapitalistischer Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen?

DIE VERANKERUNG VON FREIHEIT UND GLEICHHEIT ALS LEBENSFORM

Demokratie und Kapitalismus stehen zueinander in einem widerspruchsvollen, rivalisierenden Verhältnis: Das Wertedepot von Demokratie steuert einerseits die soziale Beschaffenheit kapitalistischer Lebensverhältnisse bzw. den Umgang mit knappen Ressourcen für gesellschaftliche Ziele. Andererseits müssen Freiheit und Gleichheit als Lebensform angemessen verankert sein, um kapitalistische Marktformen überhaupt realisieren zu können.

Das Entstehen von Geldwirtschaft bildete die Grundlage zur Genese und Ausdifferenzierung von Märkten und modernen Marktgesellschaften. Trotz dieser engen Liaison stehen sie auch für gegensätzliche mentale Welten: Zum einen bilden Geld und Markt Kerninstitutionen realer ökonomischer, sozialer wie politischer Prozesse gesellschaftlicher Veränderung – sowohl in lokaler, nationalstaatlicher, transnationaler wie auch in globaler Hinsicht. Zum anderen bieten Geld und Markt trotz

ihres Wirklichkeitsanspruchs auch phantasmagorische Schneisen in einer vermeintlich nüchtern-kapitalistisch geregelten Welt. Obwohl in kultischen und religiösen Erfahrungskontexten vormoderner Welten wurzelnd (Kurnitzky 1994), bestehen sie auch in modernen, weitgehend vernunftbestimmten Zivilisationen in Gestalt von (modernisierten) Mythen fort (Polanyi 1978, 19). Schon Marx hatte eine semantische Nähe zwischen »Credo und Credit«, zwischen »Schuld und Schulden« ausgemacht (Wirtz 1998). Ökonomische Sachverhalte sind daher stets auch in ihren »nicht-wirtschaftlichen« Dimensionen und Folgen zu erfassen. Max Weber (1920–1921) hat die kapitalistische Mentalität, das geradezu pathologische Streben nach Gelderwerb und Geldvermehrung, aus der asketischen Haltung im Kontext protestantischer Ethik hergeleitet.

Für das monetäre Denken und Fühlen der Gegenwart können Ähnlichkeiten zum sozialen Feld der Religion beobachtet werden: Neoliberale Marktgläubigkeit wird als »Sachzwang« in öffentliches Bewusstsein eingeschrieben, um sich nicht als »interessengeleitetes Handeln« zu entblößen, sondern als »unausweichliches Wirken anonymer Kräfte« zu erscheinen (Gerlach 2000, 1055). Die Gesetze des Marktes, aber auch die Sichtweisen der (neoklassischen) Ökonomen, muten »sakralisiert« an: An ihnen kann – Naturgesetzen gleich – nicht gerührt werden; Marktgesetze können verkündet, bekräftigt und administriert, nicht aber verändert werden. Auch Neoliberalismus beruht auf einem Fundament von »Gläubigkeit«, Marktgläubigkeit, und generiert dementsprechend eine »Glaubensgemeinde« jener, die materiell direkt von ihm profitieren, wie jener, die über ihn ihre politische Existenzberechtigung zu behaupten trachten und dazu die großen Massen der Bevölkerung zu bändigen haben (Bourdieu 1998, 110). Offene Interaktion und kritischer Dialog bilden kaum Regulative von Glaubenspraxis. Gläubigkeit, selbst jene an die paradiesischen Marktgesetze, mündet leicht in abgeschottete Orthodoxie, in einen Fundamentalismus des Marktes.

»Der Markt« erscheint ebenso als »utopischer Ort«, wie er sich auch als »Markt für neue gesellschaftliche Utopien« inszeniert (Kurnitzky 1994, 8f). Deshalb sehen neoliberale Ökonomen auch traditionell »außerökonomische« Lebenswelten mit ökonomischen Augen und ordnen sie nach ökonomischen Kalkülen (Bröckling 2007, 88). So bezeichnet Gary S. Becker seine Humankapitaltheorie selbst als »ökonomischen Imperialismus«: »Ökonomen können nicht nur über den Bedarf an Autos sprechen, sondern auch über Themen wie Familie, Diskriminierung und Religion, über Vorurteile, Schuld und Liebe« (Interview mit Gary S. Becker, in: *Religion & Liberty* 2, 1993, 3; zit. n. Bröckling 2007, 86).

Michel Foucault (1978–1979, 304) fasste Neoliberalismus – in Kontrast zum historisch reaktiven, »normativen« Ordoliberalismus – als universell gültige »Denkmethode« und als »Analyseraster«. Das impliziert, dass das Individuum selbst zur »ökonomischen Institution« wird. Es ist zugleich als Marktsubjekt zu begreifen und als Mensch, »der in eminenter Weise regierbar ist« (372). Er wird als »Kapitalist wie als Souverän seiner selbst« entworfen (Bröckling 2007, 93). Der Markt wird zum

zentralen Ort, an dem sich die »Wahrheit über die Natur des Regierens« offenbart (79).

Wirtschaftsliberale Ideologen kreierten den Entwurf einer »Regierung der Freiheit« (Fach 2003). Sie entfalteten einen speziellen Eigensinn von Freiheit, der durch ihr Regierungsprojekt realisiert werden sollte. Demgemäß definierten sie ihre Politik als pragmatisches Management von Freiheit: »Es ist nicht das ›Sei frei‹, was der Liberalismus formuliert, sondern einfach Folgendes: ›Ich werde dir die Möglichkeiten zur Freiheit bereitstellen. Ich werde es so einrichten, dass du frei bist, frei zu sein‹« (Foucault 2004, 97). Freiheit im klassisch-liberalen, im ordoliberalen und im neoliberalen Verständnis bedeutet jeweils anderes: Das Spektrum reicht von »in der menschlichen Natur angelegt« bis zum »Artefakt der Zivilisation« (Bröckling 2007, 96f). Desgleichen ist der Kreis der durch Freiheit Begünstigten differenziert zu sehen. Gegenwärtig laborieren wir weltweit an riskanten Folgen neoliberaler Deregulierungspolitik vergangener Jahrzehnte: Träume fortschreitender Marktfreiheit, als Freiheit für alle propagiert, als definitive Freiheit von (wohlfahrts)staatlichen Eingriffen gedacht, scheinen mehr oder weniger entzaubert. Zugleich verblasst die »Magie« ökonomischer Losungen (Kurnitzky 1994, 7). Gesellschaftliches Vertrauen in »freies« Unternehmertum wie in »befreite« Finanzmärkte, zunächst vor allem durch Kritiker des Neoliberalismus missbilligt, schwindet allgemein. Die Blase der Scheingeschäfte ungeregelter Finanzmärkte ist – vorerst – geplatzt. Staatshilfe wird nun gerade von jenen, die sie stets diffamiert haben, vermehrt begehrt. Die Freiheiten des Marktes haben sich als allzu riskant erwiesen.

LIBERALISMUS UND DEMOKRATIE: EIN MISSVERSTÄNDNIS?

Liberalismus repräsentiert zum einen Ideen politischer Freiheit und bestimmte nötige Instrumente moderner Rechtsstaatlichkeit. Zum anderen steuerte er als wirtschaftsfreiheitliche Doktrin das machtpolitische Geschehen in kapitalistischen Gesellschaften. Politischer Liberalismus strebt Freiheit zur Politik an, während Wirtschaftsliberalismus die Freiheit von Politik zum Ziel hat. Liberalismus setzt »Autonomie des Politischen in einer sehr starken Form voraus«, er »arbeitet mit der Annahme, dass es möglich ist, das politische Leben auch dann in einer demokratischen Form zu organisieren, wenn dies auf der Grundlage sozioökonomischer und soziosexueller Strukturen geschieht, die systemische Ungleichheiten erzeugen« (Fraser 2001, 125f).

Wirtschaftsliberalismus, aktuell Neoliberalismus, konstituierte sich nie auf gleicher Augenhöhe, als Kompagnon politischen Freiheitsdenkens. Er verstand sich als besserer, authentischer Liberalismus, der den über das vermeintlich erträgliche Maß an Gleichheit hinausschießenden politischen Liberalismus bremsen sollte. In verschiedenen Ländern war die Verbreitung von Liberalismus mit der Entstehung von Demokratien zufällig zusammengefallen, was nicht heißt, dass er deshalb »mit der Praxis der Demokratie [...] unauflöslich und unzweideutig verbunden« wäre

Foto: flickr/canales



(Schmitter 2003, 153). Liberale Rechtsstaatlichkeit und repräsentative Demokratie: im gegenwärtigen Denken scheinen sie identisch, dabei kamen sie keineswegs als Zwillinge zur Welt. Vielmehr liegen selbst in westlichen Gesellschaften beinahe 200 Jahre zwischen ihren Anfangspunkten. Die Ausformung des Typs liberaler/repräsentativer Demokratie ist daher als historische und territoriale Kontingenz einzuschätzen und kann keinesfalls als von vornherein kohärentes und Erfolgsmodell westlicher Provenienz vorgeführt werden.

Diese anarchisch gewachsene liberale Demokratie befindet sich aktuell in einem kritischen Zustand. Weniger ist »das Prinzip Demokratie umstritten als ihre alltägliche Praxis enttäuschend« (Leggewie/Bieber 2003, 124). So erweist sich die breite Bevölkerung dem »professionellen, auf Spektakel abhebenden« Politikbetrieb zunehmend entfremdet; selbst »gut informierte, urteilsfähige und argumentationsbegabte Bürger« (nach Pippa Norris, 1999, *critical citizens*, zit.n. Leggewie/Bieber 2003, 128) ziehen sich zurück. Der Befund der Krise bezieht sich primär auf das formelle Gefüge politischer Entscheidung und Gestaltung, auf Parteien, parlamentarische Wahlen und BerufspolitikerInnen. Er »[betrifft] nicht notwendigerweise unkonventionelle Formen politischer Partizipation« in NGOs an den Rändern des formellen demokratischen Systems oder an zivilgesellschaftlichen und gesellschaftskritischen Bewegungen verschiedener Art (ebd.). In die Krise geraten ist nicht das Muster von »zusammen mit anderen handeln«, sondern Politik von oben herab, die »für andere« handelt (ebd.).

(Mangelnde) Demokratiequalität hängt mit dem jeweiligen Grad an Geschlechter(un)-gerechtigkeit in einer Gesellschaft zusammen. Nur in demokratiebereiten Gesellschafts- und Lebensverhältnissen können egalitäre Geschlechterverhältnisse gedeihen. Theoretische Demokratiearbeit sowie praktische Demokratie verblieben vom politischen Ziel der Geschlechtergerechtigkeit erstaunlich weit entfernt. Die Demokratiedebatte wurde »über Jahrhunderte hinweg geführt, als ob es keine Frauen gäbe« (Phillips 1995, 9). Dies gilt für androzentrische und sexistische Vordenker der Demokratie, die das eingeschriebene und sedimentierte männliche Geschlecht neutralisiert, unsichtbar, aber beständig an der Macht gehalten haben. Gleichermaßen bedeutsam waren triviale Praktiken von Männern, die Frauen ausgeschlossen oder politisch marginalisiert haben.

Zusätzlichen materiellen Flankenschutz bot die Eigentumsordnung, die unter besonderem »Schutz« des Rechtsstaates stand. Die Unstimmigkeit zwischen ökonomischer und politischer Gleichheit bildet eine dauerhafte diskursive wie politisch-praktische Folie sozialer und geschlechtlicher Diskriminierung, auf der die Vorstellung von liberaler und egalitärer Demokratie zu »ökonomisch determinierter Oligarchisierung« gerät. Auf deren Grundlage wird das Geschlechtermodell repatriarchalisiert und remaskulinisiert (Fischer 2006, 50).

DIE 1970ER JAHRE: LEDIGLICH EIN »AUGENBLICK DER DEMOKRATIE«?

Die Vorstellung von einem direkten Konnex von Demokratie und Gleichheit kam vergleichsweise spät auf. Im 19. Jahrhundert

kamen auf Grund zunehmenden Drucks sozialer und frauenpolitischer Bewegungen auch die »soziale Frage« (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989, 7) und die »Frauenfrage« auf die Agenda der Politik.

Die politische Ära des Postfaschismus war in Deutschland und Österreich durch zumeist feige, dürftige formale Demokratisierung staatlicher Institutionen gekennzeichnet. Konrad Adenauers Slogan »Keine Experimente!« drückt das bremsende Bestreben des restriktiven Paradigmas damaliger minimalistischer Demokratiepolitik und die Abwehr direkt demokratischer Formen oder partizipatorischer Demokratie nur zu deutlich aus.

Im Nachspiel zur 1968er-Bewegung wurden neue Ansprüche auf Erweiterung demokratischer Bürgerrechte, individuelle wie kollektive, artikuliert. Alltagsdemokratie sowie neue Praktiken sozialer und wirtschaftlicher Demokratie wurden eingefordert. Die offizielle (sozialdemokratische) Politik reagierte mit lautstarken Ankündigungen weiterer Demokratisierung, denen jedoch – mit Ausnahmen: z.B. Universitätsorganisation, Familien- und Eherecht – nur punktuell politische Umsetzung und rechtliche Kodifizierung folgten. Viele wurden aus neokonservativen oder neoliberalen Motiven angehalten oder aufgehoben. »[D]ie wahrhaft demokratischen Phasen [sind] begrenzt«, resümiert Crouch (2008, 20). Auch Zeiten, in denen es hieß, »wir wollen mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt, Regierungserklärung 1969) sind heute als politische Entgleisungen und Konzessionen der Sozialdemokratie an die schrille 1968er- und neue Frauenbewegung verfemt. Angela Merkel instrumentalisierte in der Regierungserklärung 2005 die Popularität von Brandts Slogan und wendete ihn neoliberal zu »Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen«. Gemeint waren »weniger Bürokratie, weniger Wachstumsbremsen, weniger Rituale und Regeln bei der Entwicklung politischer Entscheidungen«. »Unbeschränkte Freiheit« lautet die Devise, die vor allem wirtschaftliche Eliten einfordern. Korruption und Wirtschaftskriminalität flankieren nicht zufällig die aktuell populären Pfade der Deregulierung. »Wir können den Schwachen mehr abgeben, wenn es mehr Starke gibt« (Merkel, Regierungserklärung 2005). Entsprechend muss Politik zunächst Reiche und Reichtum fördern, um dann gegen Armut vorgehen und eine Demokratisierung des Alltags einleiten zu können. Die fordistischen Antriebe des »demokratischen Augenblicks« (Crouch 2008, 17) werden seit den auslaufenden 1970er Jahren Schritt für Schritt außer Kraft gesetzt, die Prekarisierung von sozial Schwachen und politisch Marginalisierten schreitet voran und befördert eher antidemokratische Bewegungen und antipolitische Verhaltensmuster denn umgekehrt.

DEMOKRATIERÜCKBAU IM ZEICHEN NEOLIBERALER BESCHRÄNKUNGEN

Seit den 1990er Jahren wird verlautbart, dass es nun so viel Demokratie gebe wie noch nie. Gemessen wird dies an der Zahl der Fassadendemokratien (»defekte Demokratien«, Merkel 1999, 361), weniger aber an ihren faktischen sozialen oder integrativen Qualitäten. Die politische Konstruktion zunehmender Unsicherheit seit 9/11 begünstigt stillschweigende Einschrän-

kung bürgerlicher Freiheiten und verdeckten Abbau von Grund- und Menschenrechten bei gleichzeitig überproportionalem öffentlichen Ressourcenverbrauch für private Sicherungsmaßnahmen. Sicherheit wird zur Ware und als privatisierte Dienstleistung auf speziellen Märkten feilgeboten. Soziale Bürgerrechte hingegen werden der neoliberalen Schwächung des Sozialstaats ausgeliefert. Die zu beobachtende »Verarmung öffentlicher Haushalte« läuft offensichtlich auf »Zerstörung von Demokratie« hinaus. Soziale Demokratie bräuchte hingegen erstarkte öffentliche Budgets und lebenswichtige Budgetentscheidungen wären als kollektive zu treffen (vgl. die Konzepte der Sozialforen der globalisierungskritischen Bewegung: *social budgeting, gender budgeting* usw.). Dazu müsste auch großes Eigentum vermehrt in die soziale Pflicht genommen werden, um die »Steuergrundlagen der Demokratie« zu sichern (Brie o.J., 3).

Schon John Stuart Mill wollte das demokratische Wahlrecht den Steuerzahlenden reservieren: »Soweit es sich um Geldfragen handelt, ist jedes Wahlrecht, das diese Leute besitzen, eine Verletzung des Grundprinzips einer freien Regierung« (1861/1971, zit.n. Losurdo 1993, 36). Mills Vorwegnahme einer plutokratisch eingeschränkten Demokratie wurde schließlich durch Margaret Thatcher mit ihrer Politik der Minimalisierung von Demokratie und der Idee einer Bindung politischer Rechte an die Steuerkraft der WählerInnen tatsächlich eingeleitet.

Die in die Krise geratene repräsentative Demokratie entfacht eine Vielzahl antiegalitärer, elitärer und autoritärer »Spielarten einer Neodemokratie« (Barber 1994, 12), die seitens der politischen Öffentlichkeit und der Politikwissenschaft ohne großen Widerspruch hingenommen wird. Diese Transformationen von Demokratie, ihre Entleerung und Entwertung, sind nicht allein auf verantwortungslosen Massenjournalismus, auf skrupellose Marketingstrategen und Politikberater zurückzuführen. Vielmehr gerät die Utopie eines egalitären Politikprojekts selbst in Bedrängnis. Demokratie büßt politische Substanz und aktives Potenzial ein (Crouch 2008, 13). Demokratiequalität wird nicht mehr bestimmt durch partizipatorischen oder integrativen Input (z.B. zunehmende Inklusion von Frauen, MigrantInnen, Jugendlichen). Nur effektiver Output für ökonomische Interessen vermag als einzig rational scheinendes Kriterium das demokratische System noch zu rechtfertigen. Unlegitimierte Expertennetze, wirtschaftliche Eliten oder Unternehmenslobbys erhalten zunehmenden Einfluss. Gleichzeitig werden »postdemokratische Ansätze des Regierens« in Gestalt neokorporatistischer Governance-Formen institutionalisiert (137, 142). Strukturen der Demokratie bleiben erhalten, während soziale Grundlagen der Politik, die eigentliche Substanz des Demokratischen, ausgelöscht werden. Zusammen führen diese Entwicklungen zum Syndrom der Postdemokratie.

Demokratie wird immer mehr als »minimale«, als »magere« praktiziert: Neopopulistische Meinungs- und Führungstechniken, Personalisierung und Elitisierung von Politik, Fassadendemokratie in Gestalt formaler Wahlbeteiligung für eine politisch vorwiegend passive Bevölkerung, weit reichende Entfaltungsmöglichkeiten für Lobbyisten der Wirtschaft bei gleichzeitigem Verzicht der

Politik auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie. Zwar werden nach wie vor Wahlen abgehalten, aber »konkurrierende Teams professioneller PR-Experten [kontrollieren] die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark«, dass sie zum Spektakel verkommt. Politik erweist sich abermals als »eine Angelegenheit von Eliten« (ebd., 23). Symptome für tendenziellen Rückfall in vordemokratische und vorfeministische Zeiten sind nicht zu leugnen. Die Chancen stehen »schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen« (11).

Es soll keineswegs ein Ende der Demokratie herbeigeredet werden. Doch wenn die genannten Veränderungen wirksam bekämpft werden sollen, gilt es, Tendenzen entleerender und entwertender Transformationen des Demokratischen auszumachen und jene Aspekte des neoliberalen Regimes zu stoppen, die Demokratie zerstören. Es gab Zeiten, da galt Demokratieentwicklung als Gegenstand utopischen Denkens und alternativer politischer Praktiken. Demokratie wurde nicht als bloße Regierungstechnik erträumt, sie wurde als »Lebensform« (John Dewey, zit.n. Barber 1994, 25), als egalitäre »Form menschlicher Beziehungen« (10), eingefordert. Daran wäre für eine andere Zukunft wieder anzuknüpfen.

LITERATUR

Barber, Benjamin, 1984: *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*, Hamburg 1994

Bourdieu, Pierre, 1994: Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität, in: ders., *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz, 109–18

Brie, Michael, o.J.: *So viel Demokratie war noch nie. Beitrag für ein Seminar auf dem Europäischen Sozialforum*, www.Brangsch.de/partizipation/mbriedemo.htm

Bröckling, Ulrich, 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt/M

Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt/M

Demirović, Alex, 1997: Demokratie und Kapitalismus, in: ders., *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster, 12–20

Fach, Wolfgang, 2003: *Die Regierung der Freiheit*, Frankfurt/M

Fischer, Karsten, 2006: Die jüngste Versuchung der Demokratie. ›Postdemokratie‹ und Politik-Netzwerke, in: *Forschungsjournal NSB*, 4, 47–57

Foucault, Michel, 2004: *Geschichte der Gouvernementalität, Bd. 2, Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978–1979*, Frankfurt/M

Fraser, Nancy, 1997: *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*, Frankfurt/M 2001

Gerlach, Thomas, 2000: Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus, in: *UTOPIE kreativ*, 121/122, 1052–65

Kurnitzky, Horst, 1994: *Der heilige Markt. Kulturhistorische Anmerkungen*, Frankfurt/M

Leggewie, Claus, und Christoph Bieber, 2003: Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei? in: Claus Offe (Hg.), *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt/New York, 124–51

Losurdo, Domenico, 1993: *Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts*, Köln 2008

Merkel, Wolfgang, 1999: Defekte Demokratien, in: Wolfgang Merkel und Andreas Busch (Hg.), *Demokratie in Ost und West*, Frankfurt/M, 361–81

Mill, John Stuart, 1861: *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, Paderborn 1971

Norris, Pippa, (Hg.) 1999: *Critical Citizens: Global support for Democratic Government*, Oxford

Phillips, Ann, 1991: *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg 1995

Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M 1978

Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel, 1989: *Die demokratische Frage. Ein Essay*, Frankfurt/M

Schmitter, Philippe C., 2003: Wie könnte eine »postliberale« Demokratie aussehen? in: Claus Offe (Hg.), *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Franfurt/New York, 152–65

Weber, Max, 1920–1921: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, Tübingen 1988

Wiesenthal, Helmut, 2004: Wahrheit und Demokratie. »Neoliberale« Reformen als Katalysator eines neuen Parteiensystems? in: *Die Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur*, 4, 56–67

Wirtz, Thomas, 1998: Kultischer Kapitalismus. Wallfahrt zum Warenfetisch: Ein Fragment Walter Benjamins, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29.4.1998

DEMOKRATISIERUNG ALS TRANSFORMATION

ÖFFENTLICHER DIENST WIE WIR IHN NICHT KANNTEN

HILARY WAINWRIGHT

Die britische Regierung ist entschlossen, eine Teilprivatisierung der Royal Mail durchzusetzen. Das ist eine deutliche Absage an den – nach allgemeinem Empfinden notwendigen – Aufschub weiterer Finanzspritzen für die Privatwirtschaft. Der Bedarf an überzeugenden Alternativen zur marktgesteuerten Politik ist groß.
Die Communication Workers Union und das Management von Parcel Force, einer Tochter von Royal Mail, haben einen gelungenen Vorstoß zur Demokratisierung der Wirtschaft entwickelt. Es konnte den Zusammenbruch der öffentlichen Einrichtung abwenden und zeigen, dass ein demokratisch geleitetes Unternehmen des öffentlichen Sektors ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen kann als die meisten Privatunternehmen, mit denen es konkurrieren muss.
Was ergibt sich, wenn wir solche praktischen Experimente systematisieren und weiter reichende Lehren daraus ziehen?

EIN LABORATORIUM DES UMBAUS DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Ich hatte Gelegenheit, eine selbstbewusst von öffentlichen Kräften getragene Reform des öffentlichen Dienstes von innen zu untersuchen. Dafür bezog ich für mehrere Monate ein Büro im Gemeindezentrum von Newcastle[1] und interviewte Personal, Management und Gewerkschaftsaktivisten einer Kommunalverwaltung. Diese ist verantwortlich für ein Fünfjahresprogramm zur Modernisierung der Informationstechnik (IT) und daran angelagerter Dienste, d.h. für Verbesserungen und Kostensenkungen im kommunalen System der Steuereinziehung, für die Erbringung von Leistungen und für den öffentlichen Zugang zu den Diensten. Der

Prozess war außergewöhnlich. Er war vom Stolz der Beschäftigten getragen, dass sie wichtige Leistungen des öffentlichen Dienstes in Eigenregie umstrukturierten, nachdem ein harter Kampf durch die Unison – die in Großbritannien für den öffentlichen Dienst zuständige Gewerkschaft – gegen die Privatisierung der Kommunalverwaltung gewonnen worden war. »Es ging nicht um Widerstand gegen Veränderung«, erklärt Tony Carr, Unison-Vertreter der Beschäftigten. »Es ging um die Kontrolle über das eigene Schicksal – darum, nicht jemanden hereinzulassen, der durch diese Veränderung unsere Führung übernimmt.«

Dieser explizit als Reform unter öffentlicher Führung angelegte Versuch bildet ein ideales Laboratorium, um die Hypothese zu prüfen und auszuarbeiten, dass Demokratisierung – eher als Privatisierung – den effektivsten und angemessenen Weg zur Modernisierung und Verbesserung der öffentlichen Dienste darstellt. Was sind die besonderen Mechanismen einer Umstrukturierung, die von demokratischen Zielen des öffentlichen Dienstes statt von Profitmaximierung angetrieben ist?

ÖFFENTLICHES ÖFFENTLICH HALTEN: EINE STRATEGISCHE KAMPAGNE

Das Programm einer internen Reform war Ergebnis eines Kampfes zwischen 2000 und 2002, in dem es darum ging, die strategischen Dienste in öffentlicher Hand zu behalten. Auf dem Spiel stand ein Elf-Jahres-Vertrag für ein Privatunternehmen über 250 Mio. Pfund. Für das Personal und die Gewerkschaft ging es um 650 Arbeitsplätze und die Qualität strategischer Dienstleistungen, von denen andere Gemeindeabteilungen abhängig waren und die eine Grundlage für (*public-public*) Partnerschaften zwischen öffentlichen Akteuren sein könnten.

Die Strategie der zuständigen Abteilung von Unison, um die Dienste in öffentlicher Hand zu halten, bestand aus fünf Hauptelementen, die Grundlage für den demokratischen Charakter des Transformationsprozesses waren:

1. Die Einbindung der Mitglieder hat Priorität bei jedem Schritt der Kampagne. Damit wurde auf die Tradition partizipatorischer Organisation gebaut: Als die Prüfung des Marktgangs bekannt gegeben wurde, wurden Massenversammlungen organisiert und Vertreter gewählt; gegen die Privatisierung wurde mit Arbeitskampfmaßnahmen vorgegangen, und die Bevollmächtigten haben das private Angebot genau analysiert und am ›hauseigenen‹ Angebot mitgewirkt.

2. Es wurde in den Ausschreibungsprozess interveniert und eine Kampagne für ein effektives hauseigenes Angebot organisiert. »Es wurde klar, dass wir auf dieser Ebene eingreifen mussten, wenn wir uns mit einem hauseigenen Angebot durchsetzen wollten. Auch wenn wir gegen das gesamte Konzept der Prüfung des Marktgangs waren«, so Kenny Bell, der Versammlungsleiter der Unison-Abteilung.

3. Eine Kampagne zu führen, erfordert Ausstrahlung in der Öffentlichkeit, den Aufbau breiter Unterstützung für eine generelle Opposition gegen Privatisierung. »Unsere Stadt steht nicht zum Verkauf«, stand als Leitspruch auf dem Spruchband, das bei verschiedenen Demonstrationen von Gewerkschaften, kommunalen Einrichtungen und dissidenten Labour-Stadträten getragen wurde.

4. Obwohl die Gewerkschaft ein politisches Vakuum füllte, indem sie gegen Privatisierung aufstand, wollte Unison nicht die endgültigen Entscheidungen treffen, wer die Dienstleistungen erbringt, und auch das Management sollte dies nicht tun. Das Ziel war nicht, dass die Gewerkschaft die Gemeindeverantwortlichen ersetzt, sondern es ging darum, die Kommunalverwaltung demokratischer Führung zu unterstellen. Der Druck auf die gewählten Politiker zahlte sich aus: Der Gemeinderat entschied, dass Alternativen zur Privatisierung gefunden werden müssten.

5. Es ist wenig nützlich, eine Kampagne zu führen, wenn sie nicht auf strategischer Forschung basiert. Schlüssel zum Erfolg der Unison-Abteilung war die Arbeit des Zentrums für Öffentliche Dienste (CPS), das im Verlauf von 30 Jahren Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und kommunalen Einrichtungen eine partizipative Arbeitsmethode weiter verbessert hatte, die auf der gemeinsamen Nutzung von Qualifikationen und intellektuellem Selbstbewusstsein beruht. Die Arbeit des CPS hatte Auswirkungen auf das Bewusstsein der Mitglieder und auf die Gewerkschaftsstrategie: »Als wir das private Angebot durchgesehen hatten, fanden wir vieles, von dem wir wussten, das kann man besser machen. Von da an war ich zuversichtlich, die Sache im Haus behalten zu können« (Unison-Vertrauensfrau Lisa Marshall).

Schließlich behandelte die Unison-Führung ihre Mitglieder als qualifizierte Menschen, die sich für ihre Arbeit interessieren. Josie Bird, Leiterin der Unison-Abteilung, meint: »Wir sehen, dass unsere Mitglieder eine Dienstleistung bereitstellen wollen. Es geht nicht um die romantische Vorstellung, dass sie leben, um zu arbeiten. Nein, sie arbeiten, um zu leben – aber es ist entscheidend, dass es der öffentliche Dienst ist, für den sie arbeiten.«

Die Kampagne war erfolgreich. Das hauseigene Angebot, das vom Management im Einverständnis mit den Gewerkschaften erarbeitet wurde, bot klar höheren öffentlichen Nutzen bei geringeren öffentlichen Kosten. 2002 gab die damals von Labour (ab 2004 von den Liberaldemokraten) geführte Gemeinde grünes Licht. Aufgrund der Erwartung, dass durch die Einsparungen mehr als die Investitionssumme zurückfließen würde, nahm sie 20 Mio. Pfund Kredit für die Investition auf. Arbeitsplätze sollten wegfallen, ohne dass Entlassungen erzwungen würden; für Einarbeitung und Umsetzung wurden außergewöhnliche Mittel bereitgestellt (jetzt über die gesamte Gemeinde verteilt).

GEWERKSCHAFTLICHE STÄRKE IST ZENTRAL FÜR DEMOKRATISCHE REFORM

Die Gewerkschaftskampagne bereitete den Boden für ein echtes Engagement der Mitarbeiter bei der Umstrukturierung. Die Gewerkschaft war auf allen Stufen eingebunden, von der Auswahl neuer Manager bis zur Diskussion aller wesentlichen Veränderungen. »Es ist unsere Aufgabe, das Management in die Verantwortung zu nehmen, nicht so sehr gegenüber dem Personal, sondern gegenüber dem Umbau«, beschreibt Kenny Bell die Rolle der Gewerkschaft. »Die Gewerkschaft sorgt dafür, dass wir ehrlich bleiben«, formuliert umgekehrt Ray Wards, der als Direktionsleiter die Umstrukturierungen leitet. Die Gewerkschaft hat sich in der Zusammenarbeit die Kraft bewahrt, unabhängig zu handeln und, wenn nötig, den Konflikt eskalieren zu lassen. Das Management weiß das. Die Gewerkschaft hätte nicht das Vertrauen der Mitglieder, wenn sie dazu nicht in der Lage wäre. Das Ergebnis ist ein Experiment der Demokratisierung der Arbeitswelt mit wirklichem Nutzen für die Qualität der Dienstleistungen und die beste Vergabe öffentlicher Gelder.

2008 wurden Netto-Einsparungen von 28,5 Mio. Pfund erzielt, ausgelegt auf einen Zeitraum von elf Jahren. Jeder Dienstleistungsbereich hat sich signifikant verbessert, von der Schnelligkeit und Zielgenauigkeit bei den Leistungszahlungen bis zur hohen Zufriedenheit mit dem neuen Telefondienst und dem ›einheitlichen Ansprechpartner‹ (*one stop shops*) für alle kommunalen Dienste.

Zwar wird inzwischen über das *Empowerment* der Arbeiter im öffentlichen Dienst weithin gesprochen, aber kaum erkannt, dass dafür eine gut organisierte und demokratische Gewerkschaft notwendig ist.

BRUCH MIT DEM HERGEBRACHTEN ELITE-DENKEN IM MANAGEMENT

Es gehören immer zwei zur Veränderung. Auch die Form des Managements bei City Service war wichtig (City Service heißt die neue Abteilung, in der die reformierte Informationstechnologie und die angrenzenden Dienste zusammenkommen).

»Es sind die Menschen, Dummkopf«, war der Slogan von City Service. Die Fähigkeit und der Einsatz von Menschen sind Werte, die zu realisieren sind, nicht Kosten, die es zu senken gilt. Dieser Blick auf die Menschen, der ermutigt an sie zu glauben, ist von *systemischer* Bedeutung für die Transformation. Beim Management geht es um ›Coaching, nicht Kommandieren‹. Initiative und Verantwortlichkeit sind aus dem Zentrum herausgerückt, Leitungsebenen eliminiert und durch Unterstützung ersetzt worden. Die Dynamik der Abteilung verdankt sich einer bereichsübergreifenden Arbeit mittels Projektgruppen, in die alle eingebunden sind, aus deren Blickwinkel das Problem relevant ist; sie kommen zur Problemlösung zusammen.

Im Ganzen transformierte City Service sein organisatorisches Zentrum von einem traditionellen Managementmodell für eine Kommunalverwaltung in eine Drehscheibe, von der aus das Management zahlreiche weitgehend autonome Projekte und Aktivitäten unterstützt. Es bildete sich eine Einrichtung neuer Art im öffentlichen Sektor heraus, mit einer Führungsrolle, bei der es stärker um Ermöglichung und Entwicklung einer gemeinsamen Ausrichtung als um die Ausübung von Kontrolle geht. Es ging darum, Newcastles Management-Systeme so zu reorganisieren, dass sie dem Gemeindepersonal ermöglichten, bei der täglichen Arbeit, im Dienste der Öffentlichkeit, Gebrauch von der eigenen Kreativität zu machen. Kath Moore, die Newcastles System der Schulspeisung durch die Einbindung von Köchen und Küchenpersonal umstrukturiert hatte, sah ihre Aufgabe u.a. darin, das Expertenwissen des Personals freizusetzen, das unter den Hierarchien und dem Verfahrensfetisch begraben lag – wie im öffentlichen Sektor allzu oft der Fall. Die Fähigkeit des City Service-Managements, das Personal wirklich bei der Gestaltung des Wandels einzubeziehen und nicht nur zu akzeptieren, war der besondere – nicht der einzige – Schlüssel zum Erfolg.

EINE GEMEINSAME VISION

Eine Voraussetzung für den Erfolg eines dezentralisierten Managementsystems in einer Organisation mit riesigen Aufgaben war eine klare gemeinsame Vision qualitativ hochwertiger, öffentlich bereitgestellter Dienste. Jeder Aspekt des Umstrukturierungsprogramms war auf dieses Ziel ausgerichtet und wurde danach bewertet. Das gemeinsame Ziel bildete einen wechselseitig anerkannten Bezugspunkt, der Auseinanderdriften verhinderte und über Konflikte hinweghalf. Es ermöglichte dem Management und der Gewerkschaftsführung, den Prozess weiter voranzutreiben.

Die gemeinsame Vision half auch, eine in Vergessenheit geratene oder auf formale Rhetorik reduzierte Ethik des öffentlichen Dienstes vom Staub zu befreien und unter die Leute zu bringen. Konsequenzen für die Praxis wurden aktiv durchdacht, so dass sie praktische Kraft für die Umwälzung entfalten konnten.

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER DEMOKRATIE

Es gab eine finanzielle Grundlage für diese wiederbelebte Kultur des öffentlichen Dienstes. Das Ziel war, den öffentlichen Nutzen, nicht den Profit zu maximieren. Wiederum war es die Form einer entschlossen unter öffentlicher Führung vorangetriebenen Transformation, die diese Unterscheidung in jedem wesentlichen Punkt scharf hervortreten ließ.





London, 28.3.2009
London 2008
Fotos: Steve Punter



Betrachten wir das Verhältnis von Leistungskriterien und Demokratie. Ray Ward fasst den Unterschied so: »Für ein Privatunternehmen ist alles in Ordnung, solange es den Wert für die Anteilseigner vermehrt, die Aktienkurse und die Profite stimmen. [...] Wenn es sich aber um öffentliche Mittel handelt, sind die Kriterien schärfer.« Das Ziel des ›größtmöglichen öffentlichen Nutzens‹ hängt – wenn es mehr als eine leere Formel sein soll – an der Bedeutung von Demokratie als einer Lebenskraft, die die Anstrengungen jedes Einzelnen in einer öffentlichen Einrichtung antreibt.

Bisher richtete sich der Blick bei der Stärkung lokaler demokratischer Kontrolle über öffentliches Geld auf die Partizipation der Bürger. Die Erfahrung von Newcastle bringt unser Denken über Demokratisierung weiter, indem es die normalerweise verborgenen, als selbstverständlich angenommenen *inneren* Prozesse der Verwaltung öffentlicher Ressourcen aufdeckt und demokratisiert. Solange die innere Organisation des öffentlichen Sektors von oben nach unten strukturiert und fragmentiert, das wirkliche Potenzial des Personals nur halb bewusst ist, kann jede partizipatorische Demokratie der Welt aufgesaugt und entschärft oder von hierarchischen Strukturen und bürokratischen Verfahren blockiert werden. Der Prozess innerer Demokratisierung ist daher eine Frage von ökonomischer wie von politischer Bedeutung und schafft die Voraussetzung für ein Wirtschaftsmodell des öffentlichen Sektors, das grundlegend ist für eine *politische Ökonomie der Demokratie*.

Wenn wir eine solche neue politische Ökonomie im Detail betrachten, ist ein wichtiger Bestandteil des Maximierens des öffentlichen Nutzens die Minimierung (bzw. Eliminierung) der Kosten jener institutionellen Abläufe und Vermittlungen, die nicht Teil einer Dienstleistung selbst sind. An diesem Punkt entsteht ein Teil der enormen Kosten von Outsourcing und Privatisierung.

Verschiedentlich habe ich das Newcastle-Personal gefragt, worin der Unterschied der hausinternen Lösung zu einem Kooperationsverhältnis zu einem Privatunternehmen bestanden hätte (ob auf höchster Ebene zwischen dem Finanzleiter der Kommune und den City-Service-Managern oder bei der täglichen Bereitstellung eines Dienstes in vorderster Front, wie beim Telefondienst). Die Antwort war immer: Das hätte Aufwand und Kosten aller Art nach sich gezogen – für Veränderungen, die auf Bedarf oder Probleme reagieren, die im ursprünglichen Vertrag mit dem Privatunternehmen nicht vorhergesehen sind – und viel Zeit, die für die Verhandlung dieser Aufwendungen und Änderungen abgezweigt worden wäre.

City Service hatte Geschäftsbeziehungen mit dem Privatsektor, aber nur dort, wo der öffentliche Sektor nicht über die entsprechenden Fähigkeiten verfügte – z.B.

bei der Beschaffung der für das Modernisierungsprogramm benötigten IT-Hardware. Hier orientierte sich die Beziehung eng an den vom öffentlichen Sektor gesetzten Bedingungen, einschließlich eines vertraglich gesicherten Höchstpreises, um sicherzustellen, dass keine unvorhergesehenen Mehrausgaben entstehen. Ein weiterer Aspekt war der rigorose Wissenstransfer vom Privatunternehmen zum Personal des öffentlichen Sektors. Meistens verläuft es umgekehrt: Wissen wird privatisiert und als profitorientierte Leistung wieder angeboten.

DER KRISE BEGEGNEN

Die Reform von Newcastles kommunalen Informations- und Kommunikationstechnik-Diensten zeigt auf bescheidene, aber praktische Weise, wie der öffentliche Sektor seine eigenen Effizienz-Kriterien und -Mechanismen fernab von Profitzielen realisieren kann. Sie erbringt den Nachweis, dass der öffentliche Sektor mit einer klaren, gemeinsam geteilten Vision, einem egalitären und professionellen Management, einer starken Gewerkschaft und Demokratie am Arbeitsplatz generell die Fähigkeit besitzt, sich in einen hoch effektiven Verwalter von öffentlichem Geld zu transformieren. Insbesondere kann er den außerordentlichen Wert qualifizierten Personals, das sich für seine Mitbürger engagiert und diesen dient, realisieren. Das ist genau der Wert, den Lord Mandelsons Pläne der Privatisierung der Royal Post verspielen werden.

Aber diese Erzählung ist nicht nur von Bedeutung, wenn es gegen Privatisierung geht. Sie ist auch grundlegend für eine alternative wirtschaftliche Strategie, die dem beschleunigten wirtschaftlichen Abstieg etwas entgegenzusetzen hat. Eine Reform des öffentlichen Dienstes unter öffentlicher Leitung, die dem Beispiel Newcastle folgt, bereitet den Boden für die Schaffung neuer und nützlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor – Sozialer Wohnungsbau, Sozial-, Jugend- und Umweltdienste, Informations- und Kommunikationstechnologie. Und stärkt die soziale Ökonomie. Es ist nicht so, als gäbe es nicht genügend zu tun!

Wirtschaftliche Depression führt zu sozialer Verwüstung. Ein Grundstein für eine neue, menschlichere politische Ökonomie sollte die Erweiterung eines demokratisch reformierten öffentlichen Sektors sein.

Aus dem Englischen von Christian Wille

---

1 Für genauere Informationen vgl. Public service reform … but not as you know it!, veröffentlicht von Unison und Compass, http://compassonline.org.uk und dem Transnational Institute, http://tni.org.

BOLIVIANISCHE DEMOKRATIE

INDIGENE AUTONOMIEN UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

TANJA ERNST UND ISABELLA RADHUBER

Die Wiederwahl des bolivianischen Präsidenten Evo Morales am 6. Dezember 2009 gilt als sicher. Entscheidend wird sein, ob es der Regierung gelingt, die jetzige Vetomacht der Opposition im Senat zu brechen und eine Zweidrittelmehrheit in der neu zu wählenden Plurinationalen Versammlung zu erreichen. Neben der Neuwahl der Exekutive und Legislative wird im Dezember in zwölf Pilotgemeinden auch über die Einführung indigener Autonomie abgestimmt, in den fünf Hochlanddepartments über departamentale Autonomie und im Chaco über die Einführung regionaler Autonomie.

DAS INDIGENE AUTONOMIEPROJEKT

Die Rechte der indigenen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und Selbstregierung sind zentral, wenn es darum geht, den bolivianischen Staat von unten zu dekolonisieren und demokratisieren. Ihre Rechte sind mit der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 und seit Februar 2009 auch über die Verfassung garantiert. Die Autonomien reichen über politische und steuerliche Dezentralisierung hinaus: Mit der Anerkennung indigener Organisations-, Entscheidungsstrukturen sowie Rechtsvorstellungen bilden sie einen der Grundpfeiler für die Realisierung eines plurinationalen und plurikulturellen Staates. Sie sind damit Teil einer territorialen Neuordnung.

Autonomie ist für die Indigenen derzeit nur auf lokaler bzw. kommunaler Ebene möglich. Rechtliche Anerkennung ist über zwei Wege möglich: Indigene Gemeinschaften, die bereits über einen staatlich anerkannten kollektiven Besitztitel für

ihr Territorium (*Tierras Comunitarias de Origen*) verfügen, können dieses in ein indigenes Territorium (*Territorio Indígena*) überführen (*La Razón* 18.10.2009). Zum anderen können indigene Gemeinschaften, deren Territorien mit den willkürlichen politisch-administrativen Grenzziehungen der 1994 eingerichteten Stadt- und Landkreise (Munizipien) übereinstimmen, am derzeitigen Pilotprozess der Regierung teilnehmen. Das im April verabschiedete Übergangswahlgesetz sieht eine Reihe von Voraussetzungen vor:

1. Autonomien und Dezentralisierung werden gewährt, sofern die indigene Gemeinschaft bis zum 24. August 2009 ein Dokument eingereicht hat, das a) nachweist, dass die heutigen Munizipalgrenzen mit dem historischen Territorium übereinstimmen; b) die präkoloniale Existenz der indigenen Gemeinschaft belegt; und c) glaubhaft macht, dass die Bevölkerung dieses Stadt- und Landkreises über eine gemeinsame kulturelle Identität, Sprache, Traditionen, Geschichte, Territorialität, Weltanschauung und eigene juristische, politische, soziale sowie ökonomische Organisationsformen und Institutionen verfügt.

2. Die eigenständige Durchführung einer Volksinitiative, die von mindestens zehn Prozent aller Wahlberechtigten des jeweiligen Stadt- und Landkreises unterstützt wird und ebenfalls bis zum 24 August beim departamentalen Wahlgerichtshof eingereicht sein musste. Darüber hinaus war eine kommunale Anordnung (ordenanza municipal) notwendig, die die Durchführung des Autonomiereferendums offiziell bei der zuständigen Wahlbehörde erbittet und vom Bürgermeister/der Bürgermeisterin sowie Zweidrittel des Stadt- bzw. Gemeinderates befürwortet werden musste (DS 0231).

Es war sehr schwierig, diese bürokratischen und formaldemokratischen Auflagen in der Kürze der Zeit zu erfüllen: So gab es Abstimmungsschwierigkeiten mit den Wahlgerichtshöfen hinsichtlich der eigens gedruckten Register. Zu den Druckkosten kam die notarielle Beglaubigung jeder einzelnen Seite. In Oruro wurden die Register erst zehn Tage vor Ablauf der Frist von den Wahlgerichtshöfen autorisiert. Hinzukam die Auflage, dass alle erhobenen Daten vor der Abgabe zu digitalisieren seien. Formale Fehler beim Ausfüllen der Register sowie einzelne fehlende Angaben[1] führten dazu, dass das Softwareprogramm die Registrierung nicht akzeptierte und das Votum nicht gezählt wurde. Angesichts von Armut, räumlicher Abgeschiedenheit und oft fehlender Verkehrsmittel wäre eine Unterschriftensammlung ohne finanzielle, personelle, technologische und technisch-administrative Unterstützung für keine der indigenen Gemeinschaften realisierbar gewesen.

Das größte rechtliche Hindernis stellte die notwendige Resolution der Kommunalregierung dar. Das Interesse der amtierenden Kommunalpolitiker, den indigenen

Autonomieprozess zu unterstützen, ist gering.[2] Die Kommunalregierung würde mit der Einführung indigener Autonomie im April 2010 durch traditionelle Autoritäten abgelöst werden. In 187 der 327 Stadt- und Landkreise bezeichnet sich die Bevölkerung mehrheitlich, meist zu über 80 Prozent als indigen. Dennoch haben lediglich 19 Stadt- und Landkreise versucht, die Auflagen zu erfüllen, 12 haben es geschafft und erarbeiten ein eigenes Autonomiestatut (vgl. *La Razón* 18.10.2009). Neben der Anerkennung von eigenen Werten, Normen und Rechtsvorstellungen sowie der Bewahrung und Förderung kultureller Identität geht es bei der indigenen Autonomie auch um sozioökonomische Verbesserungen.

Produktive Projekte und eine bessere Planung sowie Investition werden von allen als zentral erachtet, um Armut zu überwinden und neue lokale Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Intensiv diskutiert wird, wie die indigenen Autoritäten neben ihren rituellen Aufgaben eine effiziente und transparente öffentliche Planung und Verwaltungsarbeit gewährleisten und Korruption vermeiden können. Im produktiven Sektor ist die Förderung gemeinschaftlich verwalteter Unternehmen – *empresas comunitarias* – vorgesehen, Kollektive und Einzelpersonen sollen Kleinkredite erhalten und regionale traditionelle Produkte vermarkten können. So sollen lokal Einkünfte und Arbeitsplätze entstehen, auch um die Migration insbesondere der Jüngeren zu bremsen und den territorialen und kulturellen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken.

Im Bereich Bildung wird die Anpassung des Schulkalenders an lokale Besonderheiten sowie den landwirtschaftlichen Rhythmus diskutiert. Unterricht soll in der indigenen Muttersprache stattfinden und eigene Geschichte und Kultur in Schulbücher und Unterrichtspläne integriert werden. Darüber hinaus soll die Unterrichtsversorgung auch in Dörfern mit wenigen Kindern verbessert werden, Internatslösungen sollen vermieden werden, indem Lehrende spezielle Anreize erhalten. Die oft nicht vorhandene oder nur schwer erreichbare Gesundheitsversorgung soll durch traditionelle Heilmethoden und die Anwendung lokaler Heilpflanzen gestärkt werden.

Die Bevölkerung soll über Themen wie Ernährung und präventive Gesundheitsmaßnahmen informiert werden. Ein höheres Maß an interkultureller Sensibilität soll in die Ausbildung der wissenschaftlichen Medizin Eingang finden. Musik, Tanz, Kleidung sollen gefördert, rituelle Orte und Zeremonien hervorgehoben werden. Umweltschutz und Mitspracherecht über die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen sollen gesichert werden. Indigene Autonomie soll kein Weg zurück sein, sondern die eigene Kultur bewahren – offen für technologische Entwicklung sowie andere Kulturen, zum Beispiel um Umweltschäden zu begrenzen

oder die Produktivität zu steigern. Vor allem im Hochland werden von der eigenen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft zusätzliche Ressourcen und eine Kompensation der kolonialen Schuld gefordert. Die indigenen Akteure sehen die Autonomien als historische Chance, die auch Gefahren birgt.

Zwischen der Basis der indigenen Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern der Organisationen kommt es zu Differenzen. Viele Informationen des langjährigen und intensiven Diskussionsprozesses haben die Basis nicht oder nur ungenügend erreicht. Dazu kommen die unterschiedlichen Interessen der lokalpolitischen Akteure. Viele Kommunalpolitiker, Gewerkschaftsmitglieder und ein großer Teil der Mitglieder der Regierungspartei MAS machen aus Eigeninteresse Stimmung gegen die indigenen Autonomien.[3] Daher hegen Teile der indigenen Basis große Zweifel, ob die indigenen Autonomien der Regierung schaden, ob sie überhaupt von Santa Cruz[4] aus finanziert werden. Warum bestehe ein solcher Zeitdruck, wenn die Regierung die Autonomien doch wolle?

Das indigene Autonomieprojekt macht reale Fortschritte in der Demokratisierung von unten, aber auch die Fragilität und Prozesshaftigkeit und die oft widersprüchlichen Politiken auf verschiedenen Regierungsebenen sowie innerhalb der indigenen Organisationen werden deutlich.

DIE WIRTSCHAFTLICHE BASIS FÜR EINE PLURALE, DEKOLONIALE PRAXIS

Wirtschaftliche Dekolonisierung, Demokratisierung und Anerkennung der unterschiedlichen Produktionsformen gelten als zentral für den politischen und sozialen Transformationsprozess. Bis dato ist die bolivianische Wirtschaft im lateinamerikanischen Vergleich durch einen extremen Grad an Informalität von 70,2 Prozent auf nationaler Ebene (2007) und 87,7 Prozent im ländlichen Raum gekennzeichnet (vgl. INESAD 2009).

Die wirtschaftliche Dekolonisierung zielt auf eine plurale, gleichberechtigte und untereinander verbundene Praxis der unterschiedlichen Wirtschaftsformen Boliviens. Diese sind in der neuen Verfassung erstmals als »kommunitäre, staatliche, private und sozial-kooperative wirtschaftliche Organisationsformen« festgeschrieben (NCPE 2008, Art. 206 II).

Wirtschaftliche Dekolonisierung Boliviens meint das Aufbrechen von Formen und Strukturen, die Unterordnung im nationalen und internationalen Kontext bedeuten. Eine solide wirtschaftliche Grundlage ist wichtig, um bisher benachteiligte wirtschaftliche Organisationsformen zu stärken, (mehr) sozioökonomische Gleichberechtigung zu schaffen, internationale Souveränität zu sichern sowie Verteilungsprozesse zu finanzieren.

Das neue Entwicklungsmodell Boliviens orientiert sich an der Verbesserung der Lebensqualität aller Bolivianer und zielt auf das »gute Leben«[5] in Harmonie mit der Natur (vgl. NCPE 2008, Art. 307 II). Es beabsichtigt, an der nationalen produktiven Matrix anzusetzen und eine neue bolivianische Identität und multinationale Institutionalität mit Schwerpunkt auf den Kommunen zu schaffen (vgl. PND 2007, I). Dieses Entwicklungsmodell basiert auf der Industrialisierung der natürlichen Rohstoffe, der Staat ist hier Protagonist. Er soll private Gemeinde-Initiativen unterstützen (vgl. Plan de Gobierno 2010–2015, 55).

Im »national-produktiven Wirtschaftsmodell« (ebd.) und »sozial-komunitär produktiven Wirtschaftsmodell« (vgl. Ministerio de Economía 2009, 4) stehen die Nationalisierung und Kontrolle der strategischen Rohstoffe im Vordergrund – durch steigende Kontrolle des BIPs und staatlichen Anteil an den Gewinnen. Hinzu kommen die Industrialisierung und produktive Entwicklung der kleinen und mittleren ländlichen und urbanen Produktion, die Diversifizierung der Produktion, die Bevorzugung des Binnenmarktes, sowie die Umverteilung der erwirtschafteten Überschüsse. Die makroökonomische Stabilität wird dabei als grundlegend, im Sinne eines sozialen Erbes (*patrimonio social*) definiert (vgl. Ministerio de Economía y Finanzas 2009, 5; García 2008, 5).

Der nationale Entwicklungsplan beschreibt zwei sich bedingende strategische Sektoren: Einen zur Schaffung von Mehrwert, der Erdöl, Erdgas, Bergbau, Elektrizität und andere Umweltressourcen wie Biodiversität, Wasser, Wälder umfasst. Der zweite Sektor zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen schließt Industrie, Manufaktur, Kunsthandwerk, Tourismus, Landwirtschaft, Viehzucht, Wohnen, Handel, Transport und andere Dienstleistungen ein (vgl. PND 2007, 89ff).

Die makroökonomischen Daten Boliviens haben sich seit 2005 explosionsartig verbessert. Das ist in erster Linie auf die Erdgaspolitik zurückzuführen – auf die »Nationalisierung«, den Anstieg des internationalen Erdgaspreises und den Anstieg des Produktions- und Erdgasvolumens.[6]

Diese Erdgaspolitik erwirtschaftete 2008 52 Prozent der Staatseinnahmen. Der Anteil der Erdgaseinnahmen am BIP hat sich in den letzten Jahren fast verdreifacht und erreichte 2008 16,19 Prozent (vgl. Ministerio de Hidrocarburos 2008, 12). Die kurz- bis mittelfristigen Industrialisierungspläne sehen bis 2013 zwei Erdgasförderanlagen, drei petrochemische Projekte und langfristig Gasverflüssigungsanlagen vor.

Dennoch beruhte das Wachstum des BIP (6,7 Prozent im ersten Halbjahr 2008) in erster Linie auf Mineralien, dem Baugewerbe und Dienstleistungen der öffentlichen Hand (vgl. Ministerio de Economía 2009, 37).

Dieses Wirtschaftswachstum hat sozialpolitische Handlungsspielräume ermöglicht, die der ärmsten Bevölkerung zugutekommen sollen: Der *Bono Juancito Pinto* für Schulkinder, der *Renta Dignidad,* eine Rente in Höhe von 2400 bzw. 1800 Bolivianos für über 60jährige, und der *Bono Juana Arzuduy*, eine im April 2009 eingeführte Unterstützung für Mütter von 1820 Bolivianos pro Kind.
Die Rohstoffrente aus den Kohlenwasserstoffen besteht aus der direkten Besteuerung der Kohlenwasserstoffe, *Impuesto Directo a los Hidrocarburos* (IDH) von 32 Prozent und den *Regalías* (Lizenzgebühr/Hoheitsrecht) von 18 Prozent. Von den *Regalías* gehen elf Prozent an die produzierenden Departments, ein Prozent an die übrigen Departments und sechs Prozent an die nationale Staatskasse.[7] Die Neuverteilung des Haushaltes hat direkt mit der Verteilung und Dezentralisierung politischer Macht zu tun. Das zeigt sich auch daran, dass diese Umverteilung ein wichtiger Grund für die Zuspitzung der regionalen Konflikte, d.h. vor allem zwischen den Präfekturen der *media-luna* (Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando) und der nationalen Regierung ist.
Überdies wird in neue Sozial- und Produktivprogramme investiert: Hier sei beispielsweise das Programm *Evo cumple* erwähnt, im Rahmen dessen von 2006 bis 2009 201,4 Mio. US-Dollar in Sport, Bildung, Gemeindeausstattung, Basisinfrastruktur investiert wurden; oder die von Juni 2007 bis August 2009 gewährten (Klein-)Kredite des *Banco de Desarrollo Productivo*. Zudem wurde die staatliche Initiative im produktiven Sektor potenziert, etwa durch die Gründung der teils schon funktionierenden, teils real noch nicht funktionierenden staatlichen Unternehmen in den Bereichen Papier, Milch, Zement, Zucker, Kohlenwasserstoffe (YPFB) und Luftfahrt. Im nichtproduktiven Sektor wurden die Telekommunikationsfirma ENTEL und die Eisenbahngesellschaft ENFE verstaatlicht. Außerdem interveniert der Staat durch die neuen Budgetierungen des Staatshaushaltes. Die vorgesehene, öffentliche Investition verdoppelte sich von 2008 auf 2009 auf 2850,76 Mio. US-Dollar. Davon sind etwa 49,2 Prozent für den produktiven Sektor vorgesehen, für Infrastruktur 30,5 Prozent und für den sozialen Sektor 16,6 Prozent (vgl. Ministerio de Economía 2009, 16ff).
Obwohl die beschriebenen Initiativen messbare positive ökonomische Fakten schaffen, so bleibt vor allem in Bezug auf das neue plurale Wirtschaftsmodell einiges offen. Der Horizont des neuen Wirtschaftsmodells ist noch nicht klar. Hinzu kommen fehlende Verwaltungskapazitäten, um die Regierungspläne effektiv umzusetzen; 2008 etwa setzten die Ministerien zwischen 24,4 und 94,5 Prozent ihrer Budgets um, insgesamt wurden ca. 504 Mio. US-Dollar ihrer Budgets nicht investiert. Die staatliche Erdgasfirma YPFB schöpfte nur 40,2 Prozent ihres Bud-

gets aus (vgl. *La Prensa* 2.3.2009). Alte Regierungspraktiken wie Korruption setzen sich fort.

Vor allem stellt sich die Frage, wohin dieses staatskapitalistisch angehauchte Übergangsmodell führen soll? Handelt es sich nur um eine temporäre Stärkung des Staates, der langfristig ein plurales, und damit auch sozial-kommunitäres Wirtschaftsmodell fördert? Offen bleibt ferner, ob die existierenden unterschiedlichen Wirtschaftsformen innerhalb des kapitalistischen Systems verbleiben oder alternative Wege zum Kapitalismus darstellen?

Dabei besteht das Risiko, dass alternative Wirtschaftsformen (bspw. indigen-kommunitäre oder bäuerliche Produktionsstrukturen) der kapitalistischen Produktion grundsätzlich untergeordnet bleiben und ihre Förderung anhand der beschriebenen Sozial-, Produktiv-, Kleinkreditprogramme etc. ausschließlich vom Wirtschaftswachstum, den Staatseinnahmen und der Rohstoffrente abhängig bleiben. Denn die notwendige Akkumulation des Mehrwerts entspringt der kapitalistischen Wirtschaftslogik und wird innerhalb der staatskapitalistischen Initiativen generiert. So bleiben auch der Grad und die Form der Staatsintervention zu definieren, und wie damit in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse eingewirkt werden kann.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Förderung alternativer Wirtschaftsformen durch die Staatsinitiativen auf der Basis der kapitalistischen Ressourcen wie der Rohstoffrente, jene in das kapitaldominierte System integrieren. Wenn aber ihre genuine Funktionsform graduell zerstört wird, konterkariert dies die beabsichtigte Förderung einer pluralen Wirtschaft. In diesem Sinn sind nicht nur die Beziehungen zwischen verschiedenen Sektoren und Wirtschaftsformen mit dem kapitalistischen System, sondern auch die Beziehungen der Wirtschaftsformen untereinander zu definieren, und die Formen und Wege der Positionierung im internationalen Kontext.

Das bolivianische Transformationsprojekt birgt interessante Potenziale. Gleichzeitig bestehen unterschiedliche politische Visionen. Ein deutlicher Wahlsieg des MAS im Dezember etwa bietet die Möglichkeit, das Reformtempo zu erhöhen und den Prozess des Wandels zu stärken, zumal das historische innenpolitische Moment durch das regionale politische Panorama unterstützt wird. Bestehen bleibt dabei die immanente und widersprüchliche Spannung zwischen Staat und sozialen Bewegungen und die Tendenzen zur Monopolisierung versus Demokratisierung der politischen Entscheidungen. Die Herausforderung besteht darin, trotz der Widersprüche Gemeinsamkeiten herzustellen und Erfolge zu erzielen, welche die kollektive soziale Kraft stärken und die Transformation des Politischen fortsetzen.

LITERATUR

DS – Decreto Supremo 0231, 2.8.2009, www.derechoteca.com/gacetabolivia/decreto-supremo-28421-del-21-octubre-2005.htm
Ders. 28421, 5.10.2009, www.derechoteca.com/gacetabolivia/decreto-supremo-29322-del-24-octubre-2007.htm
Ders. 29322, 5.10.2009, gültig ab 1. Januar 2008, www.derechoteca.com/gacetabolivia/decreto-supremo-28421-del-21-octubre-2005.htm
INESAD, 2009: La informalidad laboral en Bolivia, Marginalización o Preferencia? in: ebd., 5.10.2009, www.inesad.edu.bo/mmblog/mm_20090706.htm#Footnote1
Interview mit Álvaro García, 25.9.2008, o.O.
La Prensa, 2.3.2009: En 2008, ministerios no pudieron ejecutar unos Bs 3.490 millones, www.laprensa.com.bo/noticias/02-03-09/02_03_09_nego1.php
La Razón, 18.10.2009: Inicios y escollos de las autonomías indígenas, www.la-razon.com/versiones/20091018_006884/nota_246_896368.htm
Ministerio de Economía y Finanzas, 2009: El nuevo modelo económico y política económica en Bolivia. Foro – Debate UMSA, 30 de Septiembre, La Paz
Ministerio de Hacienda, 2009: Presupuesto General de la Nación (PGN). Título I, Resumen General
Ministerio de Hidrocarburos y Energía, 2008: Datos Hidrocarburos (Participación sector público en el PIB), unveröffentlichtes Dokument
NCPE – República de Bolivia/Asamblea Constituyente/Honorable Congreso Nacional, 2008: Nueva Constitución Política del Estado. Texto Final Compatibilizado. Versión Oficial, La Paz
Plan de Gobierno del MAS 2010–2015, in: CNE, 5.10.2009, www.cne.org.bo/PadronBiometrico/programas.aspx
PND – Ministerio de Planificación del Desarrollo, 2007: Plan Nacional de Desarrollo. »Bolivia Digna, Soberana, Productiva y Democrática para Vivir Bien«. Lineamientos Estratégicos 2006–2011, La Paz

1 Zum Beispiel kennen viele ältere Menschen auf dem Land ihr Geburtsdatum nicht.

2 Im Norden des Departements Potosí führte dies im September 2009 zu massiven Konflikten, die mit dem gewaltsamen Tod eines Indigenen endeten. In Oruro kam es zu massiven Einschüchterungsversuchen des Bürgermeisters gegen eine Führungsperson von CONAMAQ, die den Autonomieprozess unterstützt.

3 Die Einführung indigener Autonomien würde auch das Primat parteipolitischer Vertretung beenden, da innerhalb der indigenen Autonomien zukünftig nach den jeweiligen Sitten und Bräuchen (*usos y costumbres*) gewählt werden würde.

4 Santa Cruz steht stellvertretend für die Oppositionshochburgen im Tiefland. Diese versuchen ihren Machtverlust auf nationaler Ebene regional zu kompensieren. Ihr Autonomieprojekt trägt separatistische und rassistische Züge und will die Verteilung der aktuell vor allem im Tiefland erwirtschafteten Einnahmen (Erdgas, Agroindustrie, Vieh- und Holzwirtschaft) stoppen. Die Erschließung des Tieflands wurde jahrzehntelang von den ökonomischen Erträgen des Hochlandes (Bergbau) alimentiert.

5 Dieses bedeutet den »Zugang zu materiellen Gütern und die effektive, subjektive, intellektuelle sowie spirituelle Verwirklichung in Harmonie mit der Natur und in Gemeinschaft mit den anderen Erdenbürgern« (Plan Nacional de Desarrollo 2007, I).

6 Die Staatsbeteiligung lag nach der Privatisierung 1996 bei 18 Prozent, wurde 2005 im Rahmen des neuen Kohlenwasserstoff-Gesetzes 3058 auf 50 Prozent angehoben. Das Nationalisierungsdekret von 2006 sieht vor, dass dem Staat eine Beteiligung von 81 Prozent zusteht, real liegt die Beteiligung zwischen 57 und 67 Prozent. Im Rahmen der Nationalisierung mussten die Verträge mit den ausländischen Firmen innerhalb von 180 Tagen neu verhandelt werden. Der bolivianische Staat verlangte eine Beteiligung von 51 Prozent, um die Kontrolle über die internationalen Unternehmen zu gewährleisten. Zudem wurde 2005 und 2006 festgesetzt, dass das Eigentum über die Kohlenwasserstoffe dem Staat zusteht (vgl. Decreto Supremo 28701, 2; Gesetz 3058, 2) bzw. der bolivianischen Bevölkerung, vertreten durch den bolivianischen Staat (vgl. NCPE 2008: Art. 359 I). Zwischen 1999 und 2005 lagen die Exportpreise nach Brasilien durchschnittlich bei 1,7 US-Dollar/MMBTU, im März 2008 wurden 5,5 US-Dollar vereinbart. Für Argentinien wurden die Preise im selben Zeitraum von 2,1 auf 7,9 US-Dollar angehoben. Die Erdgasproduktion stieg von 2000 bis 2007 von 8,92 auf 37,93 m^3 pro Tag (vgl. Ministerio de Hidrocarburos y Energía 2008, 50).

7 2005 wurde die staatliche Beteiligung von 18 Prozent auf 50 Prozent angehoben und die direkte Besteuerung der Kohlenwasserstoffe IDH eingeführt. Das Umverteilungsdekret 2008 veränderte die 2005 festgesetzte Verteilung des IDH: 2005 gingen 57 Prozent an die Präfekturen, 34 an die Munizipien und neun an die Universitäten. Seit 2008 erhalten die Munizipien 67 Prozent, damit Dezentralisierung vorangebracht und lokale Initiativen und Entwicklung gefördert werden (vgl. DS 28421; DS 29322, 5.10.2009).

LANDNAHME IN AFRIKA

AMA BINEY

Wie kann es sein, dass im 21. Jahrhundert die Welt in der Lage wäre, alle Menschen zu ernähren, und doch die Mehrheit der Menschen in Afrika und dem Rest des Globalen Südens hungert, während im Westen Fettleibigkeit um sich greift? Weshalb können reiche Staaten zu einer neuerlichen »Landnahme« in Afrika ansetzen? Die ungleiche Verteilung und Kontrolle des Reichtums und Eigentums, das in nur wenigen Händen liegt, beantwortet die erste Frage. Die Antwort auf die zweite Frage hängt mit der ersten zusammen:

Der Anstieg der Weltmarktpreise für Getreide im Jahr 2008 führte zu Aufständen in über 20 Ländern, darunter Haiti, Senegal, Ägypten und Kamerun. Schwankende Lebensmittelpreise und Spekulationen an den internationalen Rohstoffmärkten haben die Entwicklung verstärkt. Die Erzeugerländer erließen Ausfuhrbeschränkungen für Grundnahrungsmittel und erhoben Ausfuhrzölle. Die Situation der Nahrungsmittelversorgung

eskalierte daraufhin. Die Golfstaaten – Saudi Arabien, Bahrain, Oman, Katar – stellten fest, dass sie sich bei der Frage der Ernährung ihrer Bevölkerung nicht länger auf regionale und globale Märkte verlassen können und begannen, sich in Afrika Land anzueignen. Sie sind Pioniere eines neuen Agrar-Kolonialismus zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung. Hinzu kommt die Unfähigkeit im Umgang mit Umweltveränderungen, etwa dem Klimawandel, der vielerorts zu Wasserknappheit und Dürre geführt hat.

Diese globalen Entwicklungen haben dazu geführt, dass Länder wie China, Südkorea, Saudi Arabien und Kuwait, die über keinerlei oder nur wenig Ackerland verfügen, versuchen, Landwirtschaftsinvestitionen in Afrika zu tätigen. Länder wie Katar, Bahrain, Indien, Schweden, Libyen, Brasilien, Russland und die Ukraine gesellen sich ihnen zu. Geopolitisch werden Nahrungsmittel zu einer heiß begehrten Ware werden, wie das Rohöl. Angesichts eines geschätzten Anstiegs der Weltbevölkerung auf neun Milliarden im Jahr 2050 müssen die Erzeugung von Nahrungsmitteln, der Konsum durch die reichen Länder und das Zurückdrängen umweltzerstörerischer Einflüsse in globaler Perspektive verändert werden. Andernfalls wird in den kommenden Jahren die Nahrungsmittelkrise katastrophale Ausmaße annehmen.

REINE PANIKMACHE?

In westlichen Medien wird mit Schlagzeilen auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht[1] und sie wird als »neo-koloniales System« interpretiert (Jacques Diouf, Leiter der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, FAO). »Dies könnte eine Win-win-Situation sein oder eine Art ›Neo-Kolonialismus‹ mit desaströsen Auswirkungen für einige der beteiligten Länder. Die Gefahr besteht, dass die Gastländer, in denen der Anbau stattfindet, insbesondere wenn sie sich in einer politisch heiklen Lage befinden oder Nahrungsmittelknappheit herrscht, die Kontrolle über ihre eigene Nahrungsmittelversorgung genau dann verlieren, wenn sie sie am dringendsten brauchen.« (David Hallam, stellvertretender Direktor der FAO) Tatsächlich haben in den letzten Jahren Ghana, Äthiopien, Mali, Tansania, Kenia und Sudan mehrere Millionen Hektar Ackerland für die Produktion von Biotreibstoffen und Agrarwirtschaft an andere Staaten verpachtet. Für und Wider der Landkäufe im großen Stil diskutiert ein Bericht, den die FAO zusammen mit dem Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED) und dem Internationalen Fond für Agrarentwicklung (IFAD) im Juni 2009 vorgestellt haben: »Landnahme oder Entwicklungschancen?« Die Autoren vertreten, dass nicht die Investition in ausländische Agrarbetriebe neu sei, sondern das Ausmaß der Geschäfte mit Agrarland (Vgl. *The Economist*, 21.5.2009). Der in Washington D. C. ansässige Think-tank International Food Policy Research Institute (IFPRI) schätzt deren Geschäftsvolumen auf 20 bis 30 Mio. US-Dollar. Das betrifft etwa 15 bis 20 Mio. Hektar Agrarfläche in armen Ländern Afrikas, Kambodschas, Pakistans und auf den Philippinen. Laut FAO-Bericht sind solche Großgeschäfte möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs. Zweieinhalb Millionen

Hektar Anbaufläche in fünf Subsahara-Staaten wurden bereits zu einem Preis von 920 Mio. US-Dollar (620 Mio. Euro) verkauft oder verpachtet.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Landaufkäufe ist die Konzentration auf die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln oder Biokraftstoffe. Im Jahr 2002 unterzeichnete etwa der Sudan ein Sonderabkommen über Agrarinvestitionen mit Syrien. Dazu gehört u.a. ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 50 Jahren. Laut Bericht der FAO kaufte die saudische Firma Hadco 25000 Hektar Anbaufläche in Sudan mit Geldern, die zu 60 Prozent aus dem *Saudi Industrial Development Fund* der saudischen Regierung stammen (FAO 2009, 39). In Äthiopien hat die Regierung unter Meles Zenawi ein Geschäft über 100 Mio. Dollar abgeschlossen, das Saudi Arabien ermöglicht, in Äthiopien Gerste und Weizen anzubauen.

Schließlich sind die Investitionen in der Vergangenheit durch private Investoren getätigt worden, während viele der neuen Geschäfte zwischen Regierungen getätigt werden. In Kambodscha etwa verpachtete die Regierung im August 2008 Land an kuwaitische Investoren. Im selben Jahr gründeten die Regierungen Sudans und Katars ein Joint-Venture im Sudan. Das Land wird in der Regel verpachtet oder mittels Konzessionen zugänglich gemacht, manchmal auch verkauft. Zu der Unübersichtlichkeit dieser Bodengeschäfte kommt hinzu, dass es kein einzelnes, vorherrschendes Modell für die Finanz- und Eigentumsverhältnisse gibt, sondern eine Vielzahl lokal besonderer Vereinbarungen zwischen Regierungen und Privatwirtschaft (ebd. 35).

GEWINNE FÜR ALLE?

Der FAO-Bericht versucht, sich zwischen dem Anpreisen der Vorteile dieser Land-Geschäfte und ihrer Kritik durchzulavieren. Die ärmeren Länder könnten wirtschaftlich profitieren und ihren Lebensstandard verbessern, zugleich bestehe für die verarmten Bevölkerungsteile die Gefahr, dass sie von lebensnotwendigen Ressourcen abgeschnitten würden.

Die Umweltkosten, die intensive Bodennutzung mit sich bringt – ausgelaugte Böden, ausgetrocknete Wasserläufe und durch chemische Verunreinigung zerstörte Ökosysteme –, tauchen in den Geschäftskalkulationen bisher nicht auf. Diese Rechnung wird das Gastgeberland begleichen müssen – nicht anders als bei den Umweltzerstörungen, die die Ausbeutung durch die britisch-niederländische Shell im Niger-Delta Nigerias hinterlassen hat.

Vandana Shiva, Leiterin der *Research Foundation for Science, Technology and Ecology* in Indien, stellt die momentane Begeisterung des Westens für Biokraftstoffe in Frage. Sie benötigen nicht nur Millionen Hektar Anbaufläche, sondern sind verantwortlich für den weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008. Die Erzeugung von Biokraftstoffen zwinge viele Bauern dazu, etwa den Anbau von Jatropha – die Pflanze enthält ölhaltige Samen, mit denen Biodiesel hergestellt werden kann – auf Feldern zu betreiben, die sie eigentlich für den Anbau von Nahrungsmitteln nutzen (Future of Food). In der zentralindischen Region Chattisgarh wurden Jatropha-Felder von Dorfbewohnern zerstört. Eine der festgenommenen Frauen sagte: »Wir können es nicht essen. Wir

können es nicht verbrennen, wir können es für überhaupt nichts benutzen. Die Armen müssen ihren Lebensunterhalt vom Acker holen können. Jatropha ist nur als Treibstoff nützlich. Und wir haben kein Auto, unsere Tiere sterben, wenn sie Jatrophy essen« (ebd.).

Walden Bello weist darauf hin, dass viele afrikanische Staaten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ihren Nahrungsmittelbedarf selbst decken konnten und Nahrungsmittel exportierten (2008). Diese Situation hat sich dramatisch gewandelt. Die Strukturanpassungsprogramme, die in den 1980er und 1990er Jahren vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank durchgesetzt wurden, haben zur Zerstörung der afrikanischen Agrarwirtschaft beigetragen. Die afrikanischen Regierungen wurden gezwungen, Kontroll- und Unterstützungsmechanismen der Landwirtschaft zu kappen und sie mussten »die Preiskontrolle für Dünger aufheben. Gleichzeitig führte der Abbau von Landwirtschaftskrediten nur dazu, dass es weniger Anträge, geringere Erträge und weniger Investitionen gab« (ebd.).

IWF und Weltbank behaupteten beharrlich, dass ihre Politik zu ausländischen Direktinvestitionen führen würde. Aber das Zurückziehen des Staates schreckte private Investitionen eher ab. Strukturanpassungen bedeuten nicht nur den Rückzug aus staatlichen Investitionen, sondern den Abbau des Staates. Mit dem Verweis auf ausländischer Direktinvestitionen laden afrikanische Regierungen reiche Länder ein, Agrarflächen in ihren Staaten zu kaufen. Bereits zuvor waren Bauern in Afrika gezwungen, die Feldfrüchte anzubauen, die der Markt verlangte. Sie verschulden sich, um Landwirtschaftsmaschinen oder Samen und Dünger kaufen zu können, oder sie geben den Anbau auf und suchen in städtischen Regionen nach anderen Möglichkeiten der Lebensgewinnung.

Die politischen und wirtschaftlichen Risiken dieser Geschäfte mit Anbauflächen sind enorm. Das Machtungleichgewicht der Geschäfte gefährdet den Lebensunterhalt der Armen. Der ausländische Investor verfügt über die Macht des Geldes, die lokalen und die Regierungseliten zu kaufen. Auf diesem Weg werden Kleinbauern legal zugrunde gerichtet, umgesiedelt, wenn nicht enteignet und ihres Landes beraubt. »Die Verhandlungsmacht bei der Aushandlung dieser Vereinbarungen liegt auf Seiten des ausländischen Investors, vor allem dann, wenn seine Bestrebungen von den Eliten des Gastgeberlandes unterstützt werden« (Ruth Meinzen-Dick, www.ifpri.org).

Die Kleinbauern verfügen oft nur über geringe formale Bildung und verstehen die weit reichenden Implikationen des Kleingedruckten in den Verträgen nicht. Zudem haben viele afrikanische Bauern formal nicht das Recht, den von ihnen genutzten Boden zu bebauen und werden einfach vertrieben, damit der Investor sein Vorhaben realisieren kann.

Anders als die afrikanischen Häuptlinge der Kolonialzeit unterschreiben Staatschefs wie Meles Zenawi und Omar Bashir die Verträge nach reiflicher Überlegung und mit Kalkül. Das »Outsourcing« afrikanischer Böden und Anbauflächen ist ein zutiefst negativer Aspekt der Globalisierung. Es ist notwendig, dass wir unsere Staatsführungen

davon abhalten, uns freiwillig wieder in eine Kolonie zu verwandeln und die Ressourcen Afrikas zu rekolonisieren.

Die Europäische Union zahlte im Jahr 2008 125 Mio. Pfund (138 Mio. Euro) an Entwicklungsländer, damit moderne europäische Flotten in deren Gewässern fischen dürften. Seit Jahren haben Trawler aus der ganzen Welt vor der Küste Senegals gefischt, einige legal, einige illegal. Jedes Jahr werden etwa 25000 Tonnen Fisch in die EU exportiert. Viele große Trawler fahren unter senegalesischer Fahne. Moussa Faye von Actionaid, einer Kampagne gegen die Überfischung, kritisiert dies als Betrug an der senegalesischen Regierung und dem senegalesischen Volk. Tatsächlich handele es sich um europäische Unternehmen, die den Fisch exportieren, um Profit zu machen. Fisch ist die Hauptquelle tierischen Eiweißes für die örtliche Bevölkerung. Wenn er exportiert wird, müssen Menschen, die Fleisch nicht bezahlen können, auf tierische Eiweiße verzichten. Mangelernährung ist die Folge.[3]

Zu Zeiten des Sklavenhandels und der kolonialen Ära in Afrika gelang es den europäischen Nationen, ein stillschweigendes Abkommen mit ihren Arbeiterklassen aufrechtzuerhalten: Die herrschende Klasse würde das Ausmaß an Hunger und Entbehrung so gering wie möglich halten, indem sie dafür sorgte, dass eine ausreichende Menge an Nahrungsmitteln vorhanden war. Diese Abkommen wurde in der Neuen Welt auf dem Rücken von Millionen afrikanischer Sklaven ausgetragen und in den afrikanischen Kolonien dem der kolonialisierten Subjekte, die preiswerten Zucker, Tee, Baumwolle, Gummi, Zinn und Palmöl für den Export in die Metropolen der Kolonialmächte erzeugten. Ähnliches geschieht heute: Wie damals dienen billiger Zucker und andere Agrarerzeugnisse dazu, die Körper der europäischen Arbeiter zu befriedigen und zu befrieden. Angesicht der Aufstände, die von 2007 bis 2008 stattfanden, spielt die Flut der neuen Landaufkäufe dieselbe Rolle. Sie dienen der Ruhigstellung der aufständischen Bürger auf Kosten der afrikanischen Armen und insbesondere der afrikanischen Bauerngemeinden. Wer wird in dieser Situation die Hungernden Afrikas versorgen?

WAS MUSS GETAN WERDEN?

Vor kurzem zeigten madagassische Bauern den Bauern der Welt, was zu tun ist. Als bekannt wurde, dass die Regierung einen Pachtvertrag mit Daewoo Logistic abgeschlossen hatte, der dem südkoreanischen Autokonzern für 99 Jahre das Recht auf die Nutzung von 1,3 Mio. Hektar Anbaufläche in Ost- und Westmadagaskar garantiert, wurde die Regierung gestürzt. Der madagassische Bauernverband (Fekritana) mobilisierte seine Mitglieder zum Widerstand gegen diesen Vertrag. In der Verpachtung von Feldern sahen sie die Interessen Madagaskars verletzt. Rihatiana Rasonarivo von Fekritana forderte, dass die Regierung zuerst den Bauern Land zur Verfügung stellt.

Ähnliches spielte sich auf den Philippinen ab. Der Politiker Rafael Mariano, der die philippinischen Bauern vertritt, brachte eine Resolution ein, in der er eine sofortige Untersuchung der »großen ausländischen Landnahme« forderte. Für die Philippinen sei es die größte Dummheit, zum Nutzen der

Nahrungsmittelsicherung anderer Nationen die eigenen Agrarflächen zur Ware zu machen, während es selbst auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen sei.

Auch die Kampagne der militanten Bauernkoalition Asien (APC) und der Internationalen Liga einer asienweiten Bauernkarawane für Land und Lebensunterhalt fanden in westlichen Medien und in Afrika nur wenig Aufmerksamkeit. Von Juli bis November 2009 zog sie durch zehn asiatische Länder, unter dem Motto: »Stoppt die weltweiten Landnahmen. Kampf für allgemeine Landreform und Nahrungsmittelsouveränität für alle Menschen.« Diese Graswurzelbewegung will Aufmerksamkeit für die Notlage armer Bauern schaffen, deren Lebensverhältnisse durch neoliberale Politik und transnationale Unternehmen rapide verschlechtert wurden. Zu den Zielen der Bewegung gehört, Siege der Bauern, Erfolge in den Kämpfen um Landreformen bekannt zu machen und auf diese Weise einen Agrarwandel zu erzielen, der im Interesse der asiatischen Bauern ist. Um die nötigen Handlungsschritte auf die Agenda zu setzen, bedarf es vieler Initiativen und der Öffnung neuer Kampffelder. Erstens müssen afrikanische Regierungen der ausreichenden Versorgung der eigenen Bevölkerungen mit Nahrungsmitteln den höchsten Stellenwert beimessen. Agrarinvestitionen sind eine Notwendigkeit und erste Priorität. Die Unterstützung von Kleinbauern bei der Erzielung größerer Erträge ist notwendig, um dem Hunger in Städten und auf dem Land Einhalt zu gebieten. Zweitens muss die Zivilgesellschaft unter Beteiligung von afrikanischen Bauernverbänden und Kooperativen die lokale Bevölkerung und Kleinbauern darüber aufklären, dass Landverkäufe nicht in ihrem Interesse sind. Drittens müssen die Erfahrungen wie die der madagassischen Bauern oder der asiatischen Bauernkoalition an andere Bauerngewerkschaften des Globalen Südens weitergegeben werden, nicht nur im Sinne der Solidarität, sondern als konkrete Beweise dafür, dass im gemeinsamen Kampf gegen Landverkäufe Veränderungen möglich sind. Schließlich müssen wir für das Recht kämpfen, dass afrikanische Menschen über Anbauflächen und andere wichtige Ressourcen Kontrolle erhalten.

Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg

Der Originaltext ist erschienen auf www.pambazuka.org/en/category/features/58809

LITERATUR

Bello, Walden, 2008: Destroying African Agriculture, in: *Global Research*, 5.6.2008, www.globalresearch.ca

Fanon, Frantz, 1966: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt/M

FAO, 2009: *Land Grab or Development Opportunity? Agricultural Investment and International land Deals in Africa*. London/Rom, ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/011/ak241e/ak241e.pdf

Future of Food, British Broadcasting Corporation, Channel BBC2 documentary, presented by George Alagiah, 24.8.2009

Patel, Raj, 2007: *Stuffed and Starved: Markets, Power and the Hidden Battle for the World's Food System*. Portobello

P. Sainath, The Largest Wave of Suicides in History, in: *CounterPunch*, 12.2.2009, www.counterpunch.org/sainath02122009.html

1 Vgl. *The Guardian*, 3.7.2009; *BBC*: http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/business/8150241.stm

UNIVERSITÄT IN AUFRUHR

BARBARA EPSTEIN

Am 24. September wurde auf den zehn Campus der *University of California* (UC) gegen Kürzungen des staatlichen Haushaltes für die Universität protestiert: Im gesamten Universitätsverbund verließen Lehrende ihre Unterrichtsräume, unterstützt von einem Bündnis aus Studierendenorganisationen und Campusgewerkschaften. Auf dem Gelände der UC Berkeley fand, so beschreiben es einige der älteren Lehrkräfte, der größte und leidenschaftlichste Protest seit der Bewegung für Meinungsfreiheit 1964 statt. Die Proteste werden durch die Angst angetrieben, dass wir derzeit eine Privatisierung der Universitäten erleben. Ein neues System von Werten scheint sich zu etablieren, das sich mehr um Geld und Profit dreht, als um Bildung und Beförderung von Erkenntnis.

Die UC war ein hervorragendes Beispiel einer Einrichtung der öffentlichen höheren Bildung mit einer außergewöhnlichen Erfahrung in Lehre und Forschung. Sie wurde durch den *Master Plan for Higher Education*

(einem Plan zum Umbau des Universitätswesens) ausgestaltet, der 1960 den Zugang zum freien öffentlichen Hochschulewesen für alle Bewohner Kaliforniens gesetzlich garantierte. Der *Master Plan* beinhaltet ein ganzes Netz von Institutionen höherer Bildung, mit den berufsbildenden Schulen (*community colleges*) als unterer Schiene, dem staatlichen Universitätssystem mit Bachelor- und Master-Abschlüssen als mittlerer und dem forschungsorientierten Universitätssystem der UC mit Promotionsrecht als höchster Schiene. Ursprünglich sollte das beste Drittel der Highschoolabsolventen Zugang zu einem Campus entweder der staatlichen Hochschulen oder der UC erhalten, so dass abgesehen von kleineren Gebühren eine kostenfreie Bildung garantiert würde. Dieses Konzept einer freien, staatlich geförderten Hochschulbildung erodierte in den letzten Jahrzehnten schrittweise, mit der Zurücknahme öffentlicher Förderung, dem Bemühen um externe, besonders unternehmerische Unterstützung und der beständigen Erhöhung von Studiengebühren. Die Universität hat sich mehr und mehr auf Privatisierung hin ausgerichtet.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise löst einen plötzlichen Sprung in dieser Entwicklung aus. Die Maßnahmen, die von der Universitätsleitung in Anschlag gebracht und vom Präsidium durchgesetzt werden, laufen darauf hinaus, das Prinzip einer öffentlichen Hochschulbildung abzuschaffen. In den letzten Monaten wurde die staatliche Unterstützung für die Universität um 20 Prozent zurückgefahren, Lehrkräfte und Angestellte wurden beurlaubt, der Lohn um vier bis zehn Prozent

Aus dem Aufruf zur Demonstration gegen die Kultusministerkonferenz am 12.12.2009 in Bonn

- Kultusminister nachsitzen!
- Freier Zugang zu allen Bildungs- und Kultureinrichtungen und Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren
- Abschaffung der Leih- und Zeitarbeit und prekärer Arbeitsverhältnisse
- Wir sind nicht eure »Generation Praktikum«!
- Demokratisierung – durch Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen
- Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems – ohne Einfluss der Wirtschaft
- Weg mit Hartz IV! Her mit 500 Euro Grundsicherung, 30-Stundenwoche und
- 10 Euro Mindestlohn – sonst kann man von Bildung und Kultur nur träumen

Bundesweiter Bildungsstreik 2009

Für eine tatsächliche Demokratie ist unsere Forderung nach einem frei zugänglichen, öffentlich finanzierten und emanzipatorisch ausgerichteten Bildungssystem unerlässlich. Derzeit geht es durch die Ökonomisierung der Bildung in eine andere Richtung: Die Hochschulen sind zunehmend abhängig von der Wirtschaft, ihre Funktion in der Gesellschaft hat sich gewandelt. Das ist kein Zufall! Bildung wird den Gesetzen des Marktes unterworfen; Konkurrenz reproduziert soziale Ungleichheit und Verwertungslogik. Um unsere Forderungen durchzusetzen, bedarf es daher letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderung.

Communiqué aus einer abwesenden Zukunft Aus der studentischen Besetzung der Universität Santa Cruz

Wie die Gesellschaft, für die sie die Rolle eines treuen Dieners gespielt hat, ist die Universität bankrott. Dieser Bankrott ist nicht nur ein finanzieller. Er ist ein Symptom für einen tiefer liegenden Bankrott, der politisch und ökonomisch ist und sich seit langem aufgebaut hat. Niemand weiß, wofür die Universität noch da ist. Das alte Projekt, in dem es um die Herstellung kultivierter und gebildeter Bürger ging, ist vorbei. Vorbei ist auch die Vorzugsbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, auf die die Absolventen einst zählen konnten.

Das sind nun Fantasiebilder, gespenstische Überbleibsel, die sich an diesen nur schlecht in Stand gehaltenen Mauern festkrallen. Ungereimte Architektur, die Geister verschwundener Ideale, die Aussicht auf eine tote Zukunft: dies sind die sterblichen Überreste der Universität.

Unter ihnen sind wir meist nur eine Ansammlung von missmutigen Gewohnheiten und Pflichten. Wir machen unsere Prüfungen und Hausaufgaben in Gedankenlosigkeit und unabänderlichem Gehorsam, genährt von unausgesprochenem Unmut. Nichts ist interessant und dringt zu uns durch. Das Weltgeschichtliche in seiner Katastrophenfestung ist nicht wirklicher als die Fenster, durch die wir es beschauen.

gekürzt, bei den Lehrenden ohne gleichzeitige Arbeitszeitverkürzung. Die Universitätsleitung hat für das Frühjahr 2010 eine Anhebung der Studiengebühren um 16 Prozent vorgesehen sowie eine weitere im darauf folgenden Herbst um neuerliche 16 Prozent. Die Studiengebühren würden von derzeit 7788 auf 10 000 Dollar pro Jahr steigen (mit einigen Schwankungen von Universität zu Universität). Lehrbeauftragte, die unverhältnismäßig viel Lehre betreiben, werden entlassen. Die Graduiertenförderung in »weichen« Sozialwissenschaften wie Soziologie oder Anthropologie soll gestrichen werden, so dass einzig Tutorien in der Lehre zur finanziellen Sicherung der Graduiertenförderung zur Verfügung stehen – obendrein soll die Anzahl dieser Stellen reduziert werden. Weitere Kürzungen von ähnlicher Tragweite sind für Juli 2010 angedacht. In dem Fall wird es, so der Dekan der Humanwissenschaften an der UC in Santa Cruz, kein Geld für die grundlegendsten Arbeitsabläufe des Bereiches mehr geben: Die Einrichtung von Computern oder notwendige Reparaturen an Gebäuden wären infragegestellt.

Die Kürzungen staatlicher Mittel für die Universität werden von einer Krise des Staatshaushalts verschärft, die weit schlimmer ist als in anderen Bundesstaaten zu befürchten steht. Die Spekulationsblase und die Immobilienblase waren zentrale Faktoren in der kalifornischen Wirtschaft der letzten Jahre. Als diese Blasen platzten, gingen auch die staatlichen Einnahmen drastisch zurück. Staatliche Investitionen sind zusätzlich durch überkommene gesetzliche Bestimmungen erschwert. Im Jahr 1933 wurde die so genannte »Zweidrittelregel«

eingeführt, nach der für Steuererhöhungen und Genehmigung des Haushaltes eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist. Die republikanische Partei stellt etwas mehr als ein Drittel der Sitze. In Zeiten staatlicher Prosperität fielen diese Bestimmungen nicht weiter ins Gewicht. In der Rezession und mit der kompromisslosen Politik der Republikaner in Bezug auf Steuern und Investitionen entfalten sie Wirkung. Die Republikaner in Kalifornien eint – wie die Bundespartei – vor allem die Opposition gegen öffentliche Investitionen, besonders im Bildungsbereich und der öffentlichen Daseinsfürsorge. Ohne ihre Opposition wären sicherlich bereits zusätzliche Steuern erhoben worden (wie bspw. eine Steuer auf Ölgewinnung).

Die wichtigste gesetzliche Beschränkung der staatlichen Investitionen ist *Proposition 13*, eine durch die populistische konservative Bewegung 1978 durchgesetzte Maßnahme zur steuerlichen Entlastung einiger Hausbesitzer und Gewerbetreibender. In der Folge sind staatliche Einnahmen zurückgegangen und die Qualität der öffentlichen Bildung in Kalifornien hat beständig nachgelassen. Darüber hinaus sind Volksbefragungen zur Bewilligung staatlicher Förderung für einzelne Projekte populär; jede schluckt einen Teil der Mittel und schränkt die Flexibilität des Haushalts ein. Durch wirtschaftliche Konjunktur und den Einfluss von »Gemäßigten« innerhalb der republikanischen Partei fiel dies in der Vergangenheit weniger ins Gewicht. Diese mildernden Faktoren sind mittlerweile verschwunden.

Soziale Ungleichheit innerhalb der Universität nimmt seit Jahrzehnten zu – angesichts

Für diejenigen, deren Jugend von der nationalistischen Hysterie vergiftet war, die auf 9/11 folgte, ist öffentliches Sprechen nur eine Aneinanderreihung von Lügen und öffentlicher Raum etwas, in dem Dinge explodieren könnten (obwohl sie es nie tun). Geplagt von der vagen Sehnsucht, dass etwas geschehen möge – ohne sich jemals vorzustellen, dass wir das Geschehen selbst machen könnten – rettet uns die sanfte Gleichartigkeit des Internet, und wir finden Zuflucht zwischen Freunden, die wir niemals treffen, deren ganze Existenz eine Aneinanderreihung von Ausrufen und dümmlichen Bildern ist, und deren einziger Diskurs das Geschwätz von Waren ist. Sicherheit und Trost waren unsere Losungen. Wir schlittern durch die fleischliche Welt, ohne dass wir berührt oder bewegt werden. Wir geleiten unsere Leere von Ort zu Ort. Aber wir können dankbar sein für unsere Entbehrungen: Ent-Täuschung ist nun ein Befinden, kein Projekt. Das universitäre Leben erscheint endlich nur als das, was es immer gewesen ist: eine Maschine, die verlässliche Produzenten und Konsumenten produziert. Selbst die Freizeit ist eine Form der Erziehung der Arbeitskräfte. Die Idiotenmannschaften der Burschenschaftshäuser trinken mit derselben Hingabe bis zum Stupor, wie die Anwälte bis in die Nacht in ihren Büros arbeiten. Jugendliche, die Gras geraucht und die Schule geschwänzt haben, werfen nun Amphetamine ein, um sich an die Arbeit zu machen. Auf den Tretmühlen

der Fitnessstudios halten wir die Diplom-Maschine am Laufen. Unermüdlich laufen wir elliptisch im Kreis […]
Mitten in der gegenwärtigen Krise, die sich noch lang hinziehen wird, wollen viele Linke ins Goldene Zeitalter der Öffentlichen Bildung zurückkehren. Sie stellen sich ganz naiv vor, dass die Krise der Gegenwart eine Gelegenheit ist, die Rückkehr der Vergangenheit zu fordern. Aber gesellschaftliche Projekte, die auf einer hohen Profitrate und einem lebhaften wirtschaftlichen Wachstum basierten, sind verloren. […]
Die Funktion der Universität lag immer in der Reproduktion der Arbeiterklasse, indem die zukünftigen Erwerbstätigen nach den Notwendigkeiten des Kapitals gebildet wurden. Die Krise der Universität ist die Krise der Reproduktion der arbeitenden Klasse, die Krise einer Zeit, in der das Kapital uns nicht länger als Arbeiter benötigt. Wir können die Universität nicht von den Anforderungen des Marktes befreien […]
Die einzige Autonomie, auf die wir hoffen können, liegt jenseits des Kapitalismus. Für unseren Kampf bedeutet das: es führt kein Weg zurück. Die alten Kämpfe der Studierenden sind Überbleibsel einer untergegangenen Welt. In den 1960ern, als der Nachkriegs-Boom sich aufzulösen begann, haben die Radikalen in den Universitäten begriffen, dass eine andere Welt möglich war. Doch weil ihre Form der Radikalisierung nur schwach mit der ökonomischen Logik des Kapitalismus

des Rückgangs der öffentlichen Finanzierung und des Anstiegs der Studiengebühren. Die Abhängigkeit von Drittmitteln hat ebenfalls stark zugenommen. Abteilungen und Bereiche, die Drittmittel einwerben können (vorrangig im Bereich der Naturwissenschaften, nur wenige im Bereich der Sozialwissenschaften), haben Macht und Einfluss in den Universitäten gewinnen können, andere wie die Humanwissenschaften und die »weichen« Sozialwissenschaften haben Einfluss und Ressourcen verloren. Gehälter, Zugang zu Ressourcen und Forschungsförderung haben sich diversifiziert. Dies gilt auch für die Förderbedingungen der Studierenden: In Bereichen, die Drittmittel einwerben können, werden die Graduierten gefördert, in anderen, insbesondere in Human- und Sozialwissenschaften müssen sie Assistenzstellen und Tutorien hinterherlaufen, die ihnen nicht mal genügend Zeit für eigene Forschungen und zum Schreiben lassen. Seinerzeit hatten einige Campus der UC (z.B. UC Davis) einen Schwerpunkt auf Naturwissenschaften, andere (z.B. UC Santa Cruz) auf Human- und Sozialwissenschaften. Alle Campus der UC werden derzeit in naturwissenschaftliche Campus umgewandelt. Gleichzeitig ist die Verwaltung zu ähnlicher Macht und Größe angewachsen wie der Lehrkörper. In den 1990er Jahren war das Verhältnis von Lehrkräften zu Verwaltungsangestellten 2:1, heute ist es 1:1. Diese Ausweitung ist einerseits eine Antwort auf die wachsende Informationspflicht gegenüber dem Staat. Andererseits drückt sich darin eine Verschiebung der Perspektive aus, die zentrale Funktionen der Universität im Einwerben und Verwalten von

Drittmitteln sieht und Lehrende und Studierende für entbehrlich hält. Daraus ergeben sich bestimmte Strategien, wie die Finanzmisere an den Universitäten zu bearbeiten ist. Der Aufbau vor allem von naturwissenschaftlichen und medizinischen Gebäuden geht auf vielen Campus weiter; die Belastungen belaufen sich auf mehrere Millionen Dollar. Ein Stopp der Baumaßnahmen und eine Verringerung der Stellen und der Bezahlung im gehobenen Verwaltungsbereich würden eine Lösung der Haushaltskrise voranbringen.

Als die Mittelkürzungen im Haushalt für 2009/10 bekannt gemacht wurden, wurden die Lehrkräfte gleichzeitig informiert, dass Bereiche, die der Universität Geld einwerben, nicht gekürzt würden. Alle Lehrkräfte wurden zu unternehmerischem Handeln ermuntert und dazu, ihre Forschung so umzugestalten, dass sie für Drittmittel attraktiv werden. Nicht erklärt worden ist, wie z.B. Forschungen über Geschichte des Mittelalters oder jüdische Dichtung, die erst noch übersetzt werden muss, umgestaltet werden können, dass sie für externe Finanzierung interessant werden. Gerüchten zufolge ist der Coach der Football-Mannschaft der Universität der am besten bezahlte Beschäftigte – mit angeblich zwei Millionen Dollar im Jahr verdient er deutlich mehr als der erheblich überbezahlte Präsident des Universitätsverbundes. Angesichts der neuen Kriterien der UC scheint dies angemessen: Die Beiträge der Alumni sind schließlich weit eher durch das Sportprogramm der Universität als durch die Qualität der Ausbildung Studierender oder ihrer Beiträge zum Erkenntnisfortschritt inspiriert. Mit der

verbunden war, setzte sich diese Richtung nicht durch. Ihr Widerstand gegen den Vietnamkrieg war auf die Kritik des Kapitalismus als koloniale Kriegsmaschinerie fokussiert, aber nur ungenügend auf die Ausbeutung der Arbeiter im Inland. Daher konnten die Studierenden leicht von einer Arbeiterklasse abgespalten werden, die sich anderen Problemen gegenüber sah. In der Dämmerung des Nachkriegs-Booms war die Universität noch nicht im gleichen Maße unters Kapital subsumiert wie heute. Und die Studierenden waren nicht in gleicher Weise durch Schulden und die Verwüstungen des Arbeitsmarkts proletarisiert.
[…] Die Wirtschaftskrise der 1970er ist entstanden, um der politischen Krise der 1960er das Rückgrat zu brechen. Wenn die Wirtschaftskrise heute den kommenden Aufständen voraus geht, können wir vielleicht endlich Kooptation und Neutralisierung dieser vergangenen Kämpfe überwinden. Es wird keine Rückkehr zur Normalität geben.
Wir wollen die universitären Kämpfe bis an ihre Grenze vorantreiben. Auch wenn wir die Privatisierung der Universität anprangern, geht es uns nicht um strukturelle Reformen. Wir fordern nicht eine freie Universität, sondern eine freie Gesellschaft.
[…] Wir müssen die normale Bewegung von Körpern und Dingen unterbrechen und Arbeit und Lehre zum Stillstand bringen. Wir werden blockieren, besetzen und nehmen, was uns gehört. Wir sehen solche

Unterbrechungen nicht als Hindernisse für Dialog und gegenseitige Verständigung, sondern als das, was wir zu sagen haben, als das, wie wir zu verstehen sind. Dies ist die einzig mögliche bedeutungsvolle Position, nachdem die Krise die Interessen offen gelegt hat, die sich in der Gesellschaft grundlegend gegenüberstehen. […]

Statt von Repräsentanten geleitet zu werden, fordern wir Studierende und Arbeitende auf, sich über die Grenzen der Fächer und Berufe hinaus zu organisieren. Wir rufen Studierende, TutorInnen, Lehrbeauftragte, Lehrkörper, Verwaltungs- und Servicekräfte auf, zusammenzukommen und ihre Situation zu diskutieren. Je mehr wir miteinander sprechen und unsere gemeinsamen Interessen formulieren, umso schwieriger wird es, uns im hoffnungslosen Wettstreit um schwindende Ressourcen gegeneinander auszuspielen. […] Solche Netzwerke stärken uns nicht nur gegen Einbindung und Neutralisierung. Sie lassen uns neue Formen kollektiver Bindungen aufbauen. Diese Bindungen sind die wirkliche Grundlage unseres Kampfes.

Wir sehen uns auf den Barrikaden.
Forschen und Zerstören

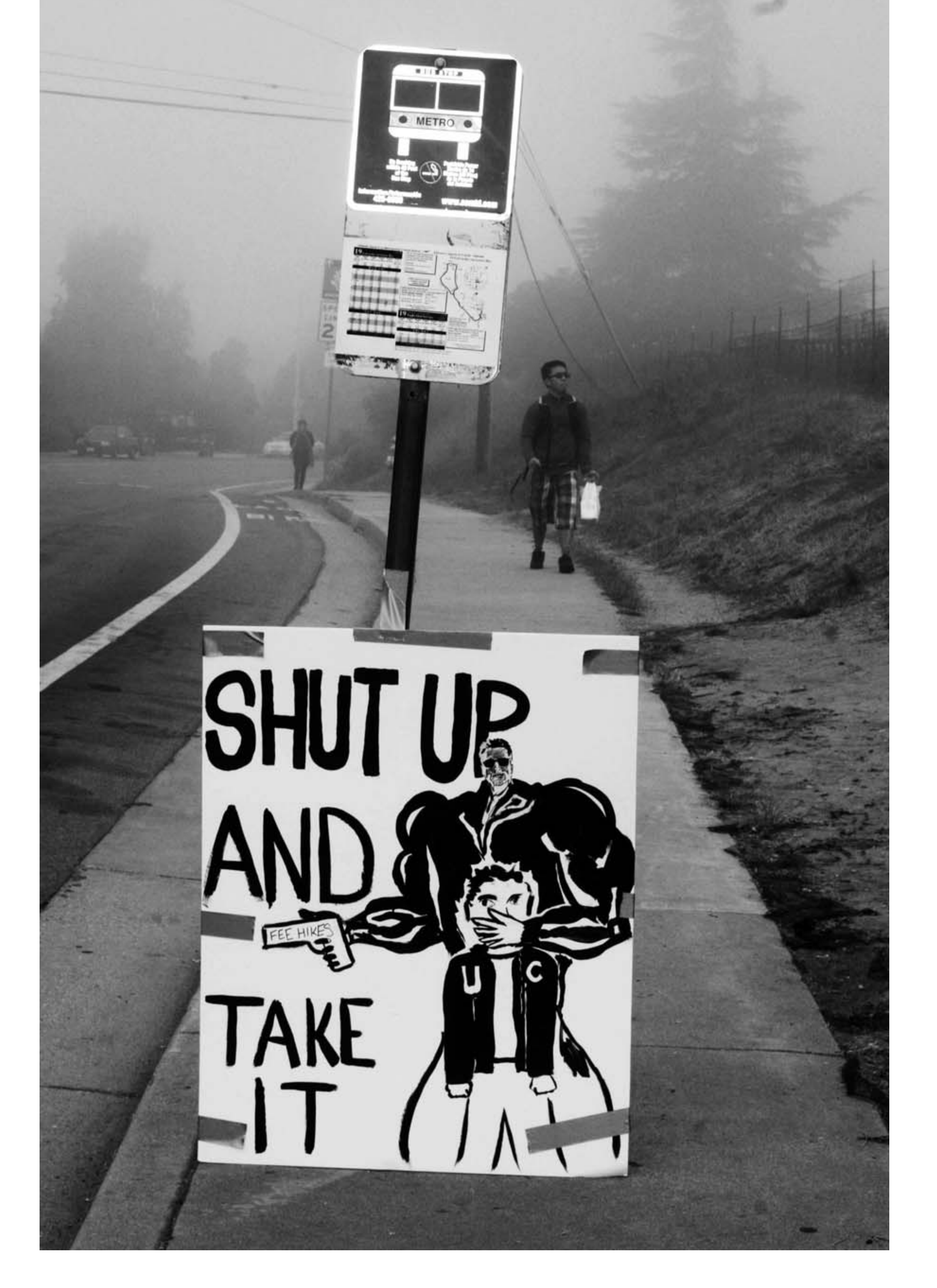
Aus dem Amerikanischen von Christina Kaindl
http://wewanteverything.wordpress.com, Stand 12.10.2009

Abnahme öffentlicher Förderung und Verschiebung auf Drittmitteleinwerbung nimmt der Druck zur Erhöhung von Studiengebühren zu. Die aktuellen Pläne werden viele KalifornierInnen aus den Universitäten drängen. Sie werden wahrscheinlich durch Studierende aus anderen Bundesstaaten ersetzt werden, deren Eltern die beträchtlich höheren Studiengebühren für externe Studierende bezahlen können.

Die Proteste wurden z.T. abgeschwächt durch die Erkenntnis, dass von den staatlichen Haushaltskürzungen viele Menschen betroffen sind, die weit verletzlicher sind als Studierende oder gar Lehrkräfte. Wenn Zuwendungen an kranke Kinder, Senioren und Arme gekürzt werden, warum sollten die Universitäten ausgenommen werden? Universitätsbeschäftigte zögerten, gegen Einkommenskürzungen zu protestieren, während die Arbeitslosigkeit in Kalifornien um mehrere Prozentpunkte anstieg.

Einige argwöhnten, dass die Universität über Ressourcen verfüge, auf die sie zurückgreifen könnte, wenn die Priorität auf dem Erhalt qualitativ hochwertiger Hochschulbildung läge. Offensichtlich war, dass die Tiefe der Krise in Kalifornien das Ergebnis einer Politik war, die mit der Verweigerung des Gouverneurs gegen Steuererhöhungen zusammenhing. Im Parlament wurde zwar Sorge, aber kein energischer Protest gegen den Umfang der Kürzung geäußert. Im Laufe des Sommers verkündete das Präsidium, dass es zu Beurlaubungen kommen werde. Gleichzeitig wurde für die Lehrkräfte Anwesenheitspflicht für alle

Santa Cruz 2009, Foto: Melissa Rachel Black


METRO
SHUT UP
AND
TAKE
IT
FEE HIKES
U
C

»Unterrichtstage« angeordnet – also alle Tage, an denen Unterricht an der Universität stattfindet. Manchen Lehrenden, vor allem auf den unteren Gehaltsstufen, bereiten die Geldeinbußen ernsthafte Schwierigkeiten. Für viele waren die politischen Interessen deutlich: Ein Einverständnis zur Beurlaubung ohne Kürzung des Arbeitsaufwandes wäre ein Signal gewesen, dass die Kürzung der staatlichen Mittel gerechtfertigt wäre.

Das Vorgehen der Universitätsleitung war eine klare Verletzung des Prinzips der gemeinsamen Verwaltung (*shared governance*). Diese kooperative Form war eine zentrale Grundlage der UC, bei der die Universität auf der Basis von Absprachen zwischen Lehrkörper und Verwaltung funktioniert und die Lehrkräfte durch den akademischen Senat das letzte Wort in Bezug auf Lehre und Forschung haben. In den letzten Jahrzehnten wurde dieses Prinzip immer wieder angegriffen. Das aktuelle Vorgehen der Universitätsleitungen zeugt von der schwindenden Fähigkeit der Lehrenden, ihre Beteiligung an den Entscheidungen durchzusetzen.

Die Lehrenden verfassten einen Protestbrief, in dem sie dazu aufforderten, die Unterrichtsräume am 24. September, dem ersten Tag des Semesters, zu verlassen. Ich selbst habe als eine der Ersten an der UC Santa Cruz den Brief unterzeichnet. Ich rechnete nicht mit nennenswerter Resonanz. Ich hielt es für einen Fehler, den Protest auf den ersten Unterrichtstag zu legen und so die Mobilisierungen zu erschweren. Doch sobald der Brief verschickt und der Aufruf veröffentlicht war, weitete sich die Unterstützung aus.

Mehr als 1 200 Lehrende der UC haben den Aufruf zur Arbeitsniederlegung unterzeichnet. Unterstützung kam auch von außerhalb der Universität, so dass ein Bündnis gebildet werden konnte und größere Aktionen, eine Bewegung gegen Privatisierung möglich erscheinen. Zuerst stimmte die UPTE, die Gewerkschaft für Facharbeiter und technische Beschäftigte, für einen eintägigen Streik am 24. September; die CUE, die Gewerkschaft der Universitätsbeschäftigten, schloss sich an. Beide Gewerkschaften kündigten für den Tag Streikposten auf den Campus an. Als nächstes unterstützte die American Association of University Professors (AAUP, die mächtigste Organisation von Lehrenden in den USA) öffentlich die Arbeitsniederlegung.

Es bildeten sich Gruppen von Studierenden, vor allem Absolventen, die den Sommer über in der Stadt blieben und die Unterstützung für die Arbeitsniederlegung organisierten. Die Studierendenschaft der gesamten UC beschloss einmütig die Unterstützung der Arbeitsniederlegung.

An jenem Tag blockierten Gewerkschaftsmitglieder die Eingänge vieler Campus, einige Lehrende kamen nicht zu ihren Klassen durch. Andere diskutierten mit ihren Klassen Probleme. An vielen Campus fanden Kundgebungen in den Mittagspausen statt (*noon rallies*), z.T. außerhalb des Campus, um nicht die Streikpostenkette der Gewerkschaft zu durchbrechen, auch wenn diese durchlässig waren und nicht dazu gedacht, den Zugang zu den Campus zu verwehren. In Berkeley beteiligten sich etwa 5 000 Menschen; die Protestveranstaltungen begannen bereits am Abend

vorher und hielten den Tag über an. Viele Teilnehmer konnten sich an nichts Vergleichbares erinnern – mit Ausnahme vielleicht der spontanen Feiern zu Obamas Wahlsieg, die die ganze Nacht über auf den Straßen Berkeleys stattfanden. Andere Kundgebungen waren kleiner, doch durch Diskussionen in den Seminaren oder Aktionen davor sind wohl an vielen Universitäten alle erreicht worden.

Die Mobilisierung geht weiter. Der Fokus liegt darauf, die Anhebung der Studiengebühren zu verhindern. Wenn das durchgesetzt würde, müssten die Verwaltungen anderweitige Finanzierungsquellen erschließen – z.B. aus den Töpfen, die für Bauvorhaben vorgesehen sind. Das würde ermöglichen, die ökonomische und ethnische Diversität der Studierendenschaft zu erhalten.

Die Krise der UC ist Teil einer größeren Krise der öffentlichen Bildung wie des Öffentlichen in Kalifornien insgesamt. Sie ist mit der Krise des Staates verbunden. Eine Bearbeitung der Krise würde eine Bewegung voraussetzen, die breiter ist als das Bündnis von Lehrenden, Studierenden und Beschäftigten. Um die politischen Grundlagen der Finanzkrise des Staates anzugehen, besonders die Zweidrittelregel, brauchen wir Bündnisse mit Gewerkschaften, linken und fortschrittlichen Kräften innerhalb der Demokratischen Partei und mit Basisorganisationen aus von den Kürzungen betroffenen Wahlkreisen. Zwei Punkte stehen einem solchen Bündnis im Weg: Erstens die weit verbreitete Überzeugung, dass Proteste zwecklos und die Kürzungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen unabwendbar sind, und dass, wer gegen Einschnitte protestiert, vor allem eigene Interessen auf Kosten anderer vertritt. Der zweite Punkt betrifft den traurigen Zustand der Bewegungen in Kalifornien wie überall in den Vereinigten Staaten. Zwar existieren viele fortschrittliche Organisationen, es mangelt aber an Verbindungen und einem ausgeprägten Sinn für gemeinsame Ziele. Dies liegt zum Teil an der Politik, die seit Jahrzehnten von linken Intellektuellen und Bewegungsaktivisten betrieben wurde: die Vorstellung von Einigkeit und die Entwicklung gemeinsamer Ziele wurde untergraben und emanzipatorische Politik allein in der Zersplitterung gesehen. Und: Die neoliberale Wirtschaftsordnung und Regierungspolitik hat seit Jahrzehnten die Gemeinschaften geschwächt, die vormals am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder anderswo bestanden. Die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Prozessen ist stark zurückgegangen. Die Gewerkschaften sind der stärkste und am besten organisierte Teil dessen, was an sozialen Bewegungen in den Vereinigten Staaten noch übrig ist, aber sie sind zu weiten Teilen mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt.

Wenn es der Protestbewegung an der UC gelingt, den Anstieg der Studiengebühren zu verhindern, würde das zeigen, dass Proteste etwas bewirken und dass Solidarität besser ist als die gemeinsame Akzeptanz von Kürzungen. Ich schätze die Chancen dafür nicht gut ein – aber ich habe mich auch schon im September geirrt, als ich dachte, dass sich niemand an den Arbeitsniederlegungen beteiligen würde. Ich hoffe, ich liege auch dieses Mal falsch.

Aus dem Amerikanischen von Jan Niggemann

OHNE MUßE NUR STILLSTAND

FRIEDERIKE KUSTER

Die aristotelische *Politik* ist die erste systematische Reflexion auf politische Verhältnisse und definiert den Menschen als politisches, staatenbildendes Lebewesen. Diese Eigenschaft teilt er mit Bienen, Ameisen und Kranichen – zum Beispiel – und unterscheidet sich damit von den unpolitischen Lebewesen. Aus der Gruppe der staatenbildenden Geschöpfe ragt der Mensch dadurch heraus, dass er, wie es heißt, ›in einem höheren Maße politisch ist‹. Dieser Umstand verdankt sich seiner Sprachbegabung. Menschen sind insofern politisch, als sie sich im Medium der Sprache aufeinander beziehen und ihre Vorstellungen über das, was nützlich und schädlich ist einerseits, gerecht und ungerecht andererseits, miteinander aushandeln und in den entsprechenden Institutionen konkretisieren und realisieren.

Anders als bei den Bienen, Ameisen oder Kranichen stellt sich also die menschlich-politische Existenzweise nicht schon naturwüchsig ein, sondern ist auf soziokulturell

geschaffene und individuell angeeignete Praxisformen angewiesen, die als zweite Natur das Verhältnis des Bürgers zu sich selbst und zu seinesgleichen ermöglichen.

Die Grundlegung der praktischen Philosophie durch Aristoteles umspannt in den Disziplinen von Ethik und Politik ein einziges großes Thema: die politische Existenz des Einzelnen und ihr Biotop, die *polis*; – eine Existenz, die man zu führen hat, und ein Biotop, das angelegt und kultiviert sein will. Denn der *bios politikos* ist im Persönlichkeitsprofil, im Intellekt und im Urteilsvermögen des Einzelnen verankert und damit angewiesen auf charakterliche Dispositionen und affektiv-rationale Kompetenzen, die wiederum erst im Rahmen von geeigneten Praxisfeldern habitualisiert werden können.

Wie genau die Relation von Menschsein und Bürgersein gelingen kann, darum kreisen alle praktisch-philosophischen Überlegungen von Aristoteles. Wie sie hingegen gründlich misslingen kann, davon handelt er an einer einzigen und auch nur wenig beachteten Stelle. Das so genannte Tyrannenkapitel des Fünften Buchs der *Politik* (1313 a35ff) formuliert Strategien einer nachhaltigen Entpolitisierung; es zeigt prägnant und recht konkret, mit welchen Mitteln die Biotope einer politischen Existenz erfolgreich trocken gelegt werden können. Dass im Rahmen der aristotelischen *Politik* überhaupt über die Erhaltungsbedingungen tyrannischer Herrschaft nachgedacht wird, scheint vordergründig einem sturen Systemwillen des Philosophen geschuldet; wahrscheinlicher ist jedoch, dass es sich dabei nicht um eine protomachiavellistisches Schrift praktikabler Machterhaltungsstrategien handelt, sondern vielmehr um die individual- und sozialpsychologische Analyse von radikal entpolitisierten Verhältnissen, den denkbar schlechtesten also, in die man geraten kann.

Die dem Tyrannen anempfohlene Entpolitisierung der Bürger zielt auf jeden Fall auf Grundlegendes: nämlich auf die intrapersonalen und interpersonalen Verhältnisse, auf den die Einzelnen in der Beziehung zu sich selbst und in seiner Beziehung zu anderen, letztlich auf die Verkümmerung und Depravation des Individuums und auf die Dissoziation bestehender Sozialverhältnisse. Beides erzeugt politische Machtlosigkeit.

Wie diese intra- und intersubjektive Diffusion zu erreichen ist, dafür werden Ratschläge erteilt: zu verfügen sind die Aufhebung von Tischgemeinschaften und politischen Genossenschaften, ein Verbot aller geselligen Vereine und zwanglosen Zusammenkünfte, nicht zuletzt die Streichung aller Arten von Bildungsveranstaltungen. Im Gegenzug ist eine sukzessive Verarmung der Bevölkerung zu betreiben, um sie mit der Sorge um den täglichen Erwerb beschäftigt zu halten, unter allen Umständen ist schließlich für die unausgesetzte Beschäftigung der Bevölkerung zu sorgen, und sei es notfalls auch, in Ermangelung besserer Ideen, durch die Anordnung von Pyramidenbau.

Diese Strategien zielen nur vermeintlich und vordergründig auf die Verhinderung von Zusammenrottung und Aufstand, sie dienen vor allem und erklärtermaßen der kalkulierten Erzeugung von Mußelosigkeit. Es ist der systematische und umfängliche Entzug von Mußemöglichkeiten, der als Hebel fungiert, mittels

Forderungen der Studierenden der Universität Wien

Demokratisierung der Universitäten:

- Unser Ziel ist die demokratische Organisation der Universitäten. Dazu gehört eine Demokratisierung der Verwaltung in einer Form, die Professor_innen, Studierende, das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal gleichberechtigt an der Entscheidungsbildung beteiligt.

Keine Ökonomisierung von Bildung:

- Wir fordern den freien Hochschulzugang und die Abschaffung ökonomischer Kriterien für den Zugang zu Bildung, welche den strukturellen Rassismus und die soziale und ökonomische Ungleichheit aufrecht erhalten, d.h. die Abschaffung aller Studiengebühren und die Aufhebung aller weiteren finanziellen Zugangsbarrieren im Bildungsbereich und zwar unabhängig von Staatsbürger_innenschaft, Alter und Dauer des Studiums.
- Schluss mit Unterfinanzierung, Wettbewerbslogik und Elitenbildung im Bildungsbereich, d.h. keine Privatisierung und kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtung und Güter.
- Die Qualität von Bildung und Lehre soll nicht durch Zugangsbeschränkungen, sondern durch ausreichende Finanzierung im Bildungssektor gewährleistet werden.
- Wir fordern die Abschaffung prekärer Dienstverhältnisse im Bildungsbereich sowie in der gesamten Arbeitswelt. D.h. keine a-typischen Beschäftigungsverhält-

dessen alle Formen politischer Depravierung erfolgreich erzeugt werden können.

Muße steht zwischen dem puren Nichtstun des Müßiggangs und der Geschäftigkeit und Hetze des zu Erledigenden. Muße steht im Gegensatz zur zweckorientierten und zielgerichteten, ergebnis- und erfolgsorientierten Tätigkeit; Muße bedeutet die Bereitstellung von Räumen, wo das Individuum sich aus der Isoliertheit der einzelnen Betätigung und aus dem Dienst am Zweck lösen kann, indem es sich sammeln kann. Muße – *scholē* – bedeutet freie Zeit, Gelegenheit zu etwas; Muße besagt auch Feste zu feiern und Freunde zu haben, sich mit Geistigem zu beschäftigen, Vorträge und Vorlesungen zu hören und dafür den entsprechenden Ort, die Schule, aufzusuchen.

Es ist trefflich beobachtet, dass die Sorge um das Lebensnotwendige und die beständige Sorge ums künftige Dasein, die umfassende Verunsicherung der Existenz, die wir heute Prekarisierung nennen, alle Mußepotenziale des Alltags absorbiert, ebenso wie jede Form von unablässiger, zu keiner Zeit an ihr Ende gelangender Beschäftigung. Aber nicht schon die *ascholia*, die Mußelosigkeit an sich ist entpolitisierend – in dem Sinne, dass man nun einfach zu rein gar nichts mehr käme und sich eben auch nicht mehr um öffentliche Angelegenheiten kümmern könnte – entpolitisierend wirken die Effekte des Mußeentzugs: nämlich ein sich einstellender umfänglicher Verlust des Vertrauens: des Selbstvertrauens und des Zutrauens zu anderen. Durch die Zerstörung von Räumen freier Kommunikation und Interaktion werden die Einzelnen zu atomisierten, geschäftigen Individuen, die sich wech-

selseitig auf argwöhnische Distanz halten. Die Felder zwischenmenschlicher Berührung und Übereinstimmung liegen brach, das Vertrauen versiegt, Misstrauen greift um sich, bereitliegende Ressentiments werden mächtig und der eine lässt sich gegen den anderen ausspielen.

In mußelosen Verhältnissen gedeiht vor allem eine allgemeine Kleinmütigkeit; denn Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen gewinnt der Einzelne jenseits der unmittelbaren Erziehungszusammenhänge im zweckfreien sozialen Umgang. *Mikropsychos* – kleinmütig – ist, wer sich selbst in seinen Möglichkeiten nicht kennenlernen kann und durch Unkenntnis der eigenen Kompetenzen und Qualitäten zu keiner Selbsteinschätzung und Selbstschätzung mehr gelangt. Die Verkümmerung des Selbstvertrauens und die durch soziale Depravierung unterbundene Schulung der Urteilskraft münden schließlich im ängstlichen Handlungsverzicht. *Mikropsychos* ist, wer sich nicht zu handeln getraut und sich nurmehr verhält. Machtlosigkeit ist nicht primär Mangel an verfügbaren Machtmitteln, sondern die Konsequenz der Subalternisierung des Einzelnen. Verlust des Vertrauens zu sich und den anderen: der für die tyrannische *polis* – die im Grunde keine *polis* mehr ist –, charakteristische soziale Verfall ist die Konsequenz des Selbstzerfalls des Einzelnen.

Wir teilen heute die antiken Parameter nicht mehr: die Trennung von Kopf und Hand in der Sklavenhaltergesellschaft und das darauf fußende elitäre Mußekonzept, auch nicht die Idee exemplarischen Menschseins in den Gestalten des *phronimos* und des Philosophen, der virtuosen Männer der Praxis und der Theorie.



Foto: Jedrzej Blaszkiewicz

nisse wie freie Dienstverträge, zeitlich befristete Verträge, Werkverträge etc. Die systematische Prekarisierung von Lehrenden und Forschenden hat Vereinzelung, Verunsicherung, Demotivierung und Konkurrenzdenken zur Folge.

- Wir fordern die Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen.
- Wir fordern die Finanzierung von Forschung und Lehre in einem Ausmaß, das die Beschaffung von Drittmitteln nicht notwendig macht.
- Wir reklamieren das Streikrecht für Student_innen und Schüler_innen.
- Wir fordern freie Bildung für alle!
- Wir fordern nicht nur einen Stopp der Ökonomisierung der Bildung!
- Wir fordern einen Stopp der Ausbeutung in allen Lebensbereichen!

Trotzdem lässt sich aus den Ratschlägen für den Tyrannen auch für Heutige noch Beunruhigendes heraushören. Es bedarf auch keines Peisistratos oder Dionyios, um Deformationen, wie sie mit der Abtötung der Muße einhergehen, konstatieren zu können. Die Vorstellung eines Stadttyrannen, der gemeinsame Mahlzeiten verbietet und Pyramidenbau verfügt, erscheint fast anheimelnd, fassbarer zumindest für mögliche Formen von Widerstand als das spätmoderne anonyme Zeitregime, das uns nachhaltig im Griff hat, indem es jedwede Form von Denken und Tun auf fristgerechte Verwertbarkeit abstellt.

Weniger unter anthropologisch-ethischer als vielmehr objektiv-sachhaltiger Rücksicht hat Niklas Luhmann schon früh in seinem Aufsatz *Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten*[1] beschrieben, wie der Druck unablässiger Beschäftigung unter einem ökonomischen Fristenregime zu Verzerrungen führt. Menschen unablässig unter der Bedingung verknappter Zeit beschäftigt zu halten, hat eine Umstrukturierung der Wertordnung und empfindliche Präferenzverschiebungen zur Folge. Mit der Vordringlichkeit der Termin- und Fristsachen setzt sich die Dringlichkeit an die Stelle der Wichtigkeit. Und es sind die selektiven Effekte des unverminderten Zeitdrucks, die das Phänomen des rasenden Stillstandes erzeugen: die Bevorzugung des Bekannten und des Bereitliegenden, der Vorrang von vorhandenen Informationen, von vertrauten Kommunikationswegen und eingefahrenen Denkbahnen, der Primat des bereits Erprobten und Probaten. Die Ideologie beschleunigter wirtschaftsförmiger Zeiteffektivität führt zur Präferenz der installierten Routinen gegenüber langfristig-innovativem und subjektiv-kreativem Handeln, zu einer »Institutionalisierung opportunistischer Wertverfolgung« (Luhmann).

Im Kern aller aktuellen Be- und Entschleunigungsdebatten steckt, dass umwegige Denkweisen nicht mehr genutzt werden. Denken im emphatischen Sinne ist aber immer umwegig, da es bekanntlich mit dem Staunen anfängt, nämlich einfache Erfahrungen umständlich betrachtet, indem es das Selbstverständliche in Klammer setzt und entplausibilisiert. Angesichts einer unablässigen Beschäftigtheit und Betriebsamkeit, wo nichts bleibt, wie es ist, obwohl sich nichts Wesentliches verändert, viel erlebt, aber nichts mehr wirklich erfahren wird, alles beredet und nichts zum Thema wird, und nicht zuletzt die öffentlichen Interventionen der Intellektuellen keinen Fokus mehr zu bilden vermögen (Habermas), muss die Kunst der Abstandnahme erneuert werden. Abstandnehmen muss sich nicht räumlich vollziehen wie ehemals im Gang der Muße vom Marktplatz zur Schule und zurück – sondern kann aktuell vor allem im Modus der Verzögerung und mittels einer Suspendierung der ökonomistisch-kapitalistischen Zeitrationalität stattfinden.

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, wie die Logik kapitalistischer Situationsdefinitionen und Entscheidungskriterien in andere Lebenszusammenhänge übertragen wurde, die umfassende Ökonomisierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereiche – und eben die Verwirtschaftlichung der Bildung. Und haben ein Bildungssystem kennen gelernt, das auf schnelle Verwertbarkeit ausgelegt ist, auf effiziente Input-Output-Zusammenhänge, auf

ein abschlussbezogenes Ausbilden, wo als nutzlos gilt, was nicht unmittelbar der Verwertung zugeführt werden kann. Wir sind Bestandteil eines Betriebs geworden, in dem zu Zwecken der Vergleichbarkeit und des ›Rankings‹, der Konkurrenz und der Messung von *workloads* systemfremd quantifiziert wird. Der Betrieb ist als ganzer der Verfristung seines Zeithorizonts unterworfen: durch terminierte Zielvereinbarungen, Evaluationen und Re-Evaluationen, Akkreditierungen und Re-Akkreditierungen; unablässig lässt er die Zeitfenster auf- und zugehen. In solchen Zusammenhängen sind Entschleunigungsoasen als Rettung vor der drohenden Sklerotisierung unverzichtbar.

Ehemals war das Studium der spätadoleszente Freiheitsraum zwischen Schule und Beruf, in dem man unsanktioniert seiner Neugier nachging und nachhing, Denkerfahrungen machte und in der Reibung an Traditionswissen auf der einen Seite und den Altersgenossen und Lehrenden auf der anderen die Persönlichkeit bildete. Man bildete einen Stand in sich, eine innere Welt und eine innere Freiheit aus.

Aus den aristotelischen Empfehlungen für den Tyrannen lässt sich *ex negativo* herauslesen, dass die Möglichkeiten individueller und kollektiver Selbstbestimmung nicht zuletzt auf gemeinschaftlich geteilte Reflexionsräume angewiesen sind, in deren Rahmen instrumentelles, zweckdienliches, funktionsgerechtes, effizientes und erfolgsorientiertes Verhalten temporär suspendiert ist. Als ein solcher Modus der Distanznahme ist die Reflexion auf Praxis angesiedelt zwischen der unmittelbaren Praxis und der reinen Kontemplation; Muße im ursprünglichen Sinne.



November 2009, Foto: flickr/unsere Uni München

Die Einrichtungen der zweiten Natur tendieren dazu, sich durch verknappenden Zwang und Routine in verfestigten Verhaltensweisen, zementierten Lebensformen und opportunistischer Kleinmütigkeit zu perpetuieren. Es geht darum, den Anschein ihrer Naturwüchsigkeit in Klammer zu setzen und einen Horizont zu eröffnen, der alternativen sozialen Erfahrungen, anderen kulturellen Codes und moralischen Ökonomien Raum zur Darstellung gibt, oder sie durch die entsprechenden Denkerfahrungen erst auf den Weg bringt.

Der Text basiert auf einem Vortrag, gehalten am 16.1.2009 zur Eröffnung des Promotionskollegs Demokratie und Kapitalismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Universität Siegen.

1 in Nikolas Luhmann: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung,* Opladen

CRISIS? – MIDLIFE-CRISIS!

BERND HÜTTNER

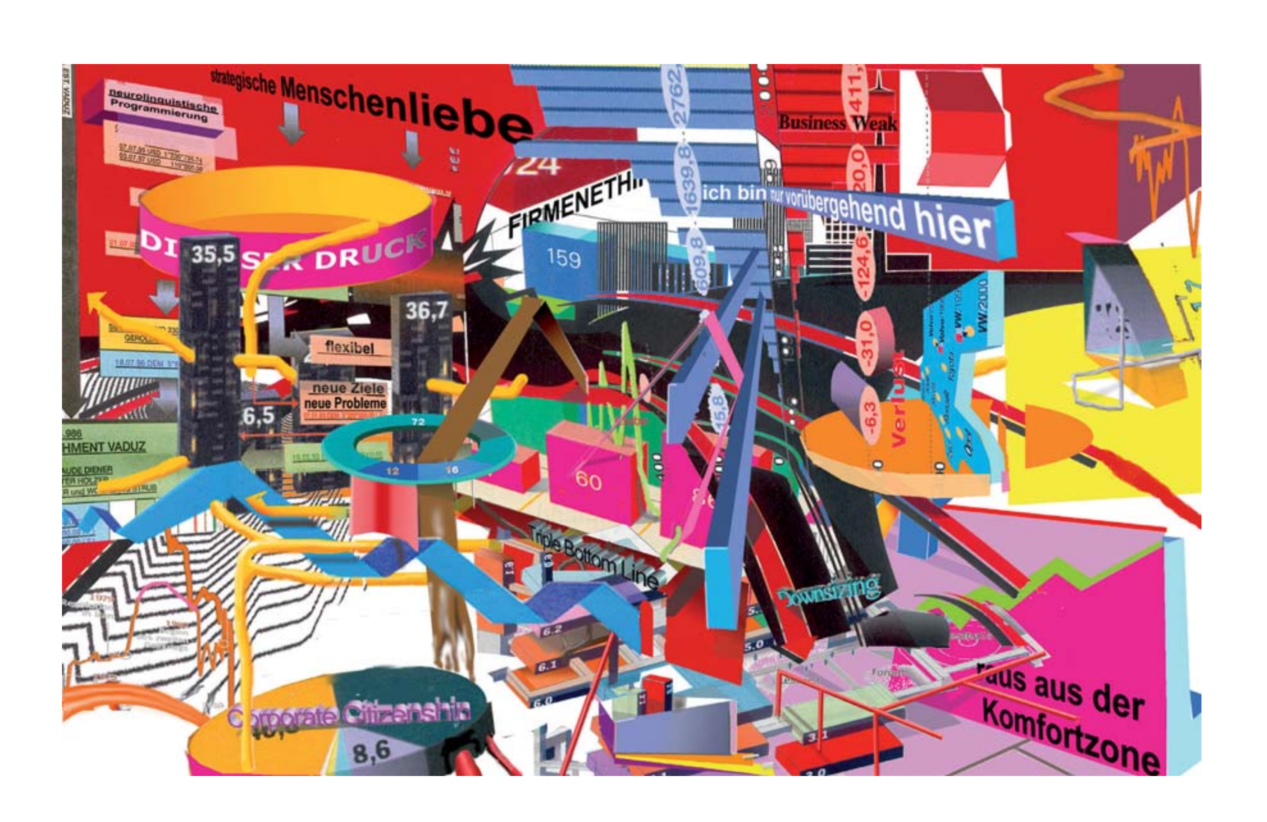
Nein, von der viel diskutierten »Krise« fühlt sich in meinem Bekanntenkreis niemand betroffen. Dort drehen sich die vertraulichen Gespräche um banale Dinge und damit um die dunkle Seite des Alltags – unabhängig davon, ob sich die Betreffenden eher als politisch verstehen oder nicht.
Die Jüngeren kämpfen mit unerfüllten Partner- oder Kinderwünschen und ihrem Berufseinstieg, mit dem akademischen Abschluss und der Transformation des im politischen Aktivismus erworbenen Wissens in eine berufliche Perspektive. Die Älteren leiden an den Problemen des Erfolgs und den Folgen ihrer beruflichen Etablierung, an den Problemen, die aus der langjährigen Beziehung oder der Existenz von Kindern herrühren. Es ist mittlerweile ein alter Hut: Die Projektförmigkeit des linken Aktivismus ist ein gutes Trainingslager für die neoliberalen Arbeitsverhältnisse und gerade die Arbeitsverhältnisse im Wissensmilieu sind von einer enormen Polarisierung gekennzeichnet. Eine kollektive Auseinandersetzung dazu gibt es kaum. Die Anstrengungen der Gegenseite, einen ab- oder anzuwerben, sind nicht so groß wie früher vielleicht einmal erwartet.
Viele leiden unter chronischen Beschwerden und Erschöpfung; Tipps über Ärzte, Krankheiten, TherapeutInnen und zur Organisation des Alltags sind heiß begehrt. Viele sagen, sie hätten das falsche studiert und, womöglich, genau kann man das ja nie sagen, den falschen Partner. Ein Drittel der Beziehungen in meinem Umfeld hat sich in den letzten Monaten aufgelöst. Viele beginnen mit Psychotherapien und entdecken, dass ihre Eltern Kriegskinder sind und sie selbst zur Generation der Kriegsenkel gehören.

Gleichberechtigungs- und postmoderne Feministinnen lassen sich angesichts der nervenden, überfürsorglichen und überängstlichen akademisch sozialisierten Mütter, die sie überall treffen, zur Aussage hinreißen, »die sollten das BaFöG zurückzahlen müssen«. Der – wie sich jetzt in der Trennungskrise herausstellt, von jeder Patriarchatsdebatte unberührte – antirassistisch engagierte Mann terrorisiert seine Exfreundin unregelmäßig nachts um vier Uhr mit hasserfüllten Anrufen. Sein Umfeld reagiert mit Schweigen – also gar nicht. Wieder andere heiraten nach fünf Jahren Fernbeziehung, ziehen zusammen – und trennen sich dann nach drei Monaten wieder. Oder die entfernte Bekannte, die ich alle zwei Jahre zufällig in dem Zug treffe, mit dem sie seit fünf Jahren wöchentlich für drei Tage zu ihrem Arbeitsplatz an einer Universität pendelt: Sie hat einen Mann, der ihr den Rücken freihält, jetzt wird sie doch endlich die ersehnte Professur erhalten, mit ihrer Familie umziehen. Jede Pore ihres Lebens ist verplant und am Schluss erzählt sie, dass sie sich oft wie der Hamster im Laufrad fühle und sich doch *auch* die Frage nach dem Sinn stelle.

Frauen werden mit Kindern alleingelassen und selbstverständlich wird der etliche Kompetenzen erfordernde Alltag mit Kindern und Erziehungsarbeit in linken Kontexten noch stärker abgewertet als im Rest der Gesellschaft. Zeitnot und die damit zusammenhängende Problematik des Setzens individueller Prioritäten nimmt großen Raum ein. Lohnarbeit, Erziehungs- und Reproduktionsarbeit, Freundschaften pflegen, Sport treiben, politisches Engagement, der Tag ist einfach zu kurz und nachts arbeiten geht irgendwann auch nicht mehr. Es ist heutzutage schwer, Ironie nicht in destruktiven Zynismus abgleiten zu lassen. Die strukturell widersprüchlichen Anforderungen des Neoliberalismus sind in die Subjekte eingeschrieben, sie zermürben *und* motivieren sie gleichzeitig. Darauf hat die Linke noch keine schlüssige Antwort gefunden. Wir sollten nie vergessen: Das Soziale ist die Potenz des Politischen, aber das Soziale ist derzeit verschüttet und deswegen dürfte es, so ist zu fürchten, auch mit dem Politischen schwierig werden.

FIT FOR FLEXPLOITATION

KÜNSTLERGRUPPE BANKLEER



bankleer widmet sich den Verknüpfungen von Wirtschaft und Fitness, der Einbindung von anarchischen und autonomen Strategien ins neue Management. Permanente Revolution im Betrieb und ewiges Wachstum, der Kampf um Autonomie und Marktführerschaft scheinen zusammenzufallen. »Schlagmatte 1+2« (2001) nehmen die Hochglanz-Version der Anrufungen ans Subjekt in den Blick, eingewoben in die schreienden Infotainment-Darstellungen des Finanzkapitalismus.

Seit der Krise liegt offen zutage, dass das Vertrauen in diese bunten Versprechen verloren ist. Dennoch leben die Menschen die Formen, in denen sie ihre Emotionen der Produktion zur Verfügung stellen und ihre Beziehungen ökonomisieren. *TRUST* (2009) zeichnet ihre Zerstörungen und Verstörungen – und Versuche von Widerstand, bedrückt von den Bergen vergangener Emanzipationen.



FALK RICHTER

TRUST

(AUSZÜGE)

DIE VIERTE GENERATION

ZUSAMMENBRUCH DES FINANZSYSTEMS IM HIGHTECH-KAPITALISMUS NACH DEM ZUSAMMENBRUCH DES SOWJETSOZIALISMUS […] ob dieses System nun ähnlich wie der Sowjetsozialismus in den nächsten 5 bis 10 Jahren verschwunden sein wird, ob es ersetzt werden wird und wenn ja, durch welches neue System. Wir steigen also etwas unsicher ins Taxi und bitten den Fahrer, das Radio lauter zu drehen, wo Judith nun gerade singt »You need more, you need more, you need more, you need more you need **LOVE**«, und gehen noch einmal unsere Notizen durch für das anstehende Meeting, zu dem alle bedeutenden Sozialwissenschaftler, Volkswissenschaftler, Philosophen, Ökologen und Systemforscher aus aller Welt eingeladen wurden, um die Frage zu klären, ob dieses bestehende System bereits im Zusammenbruch begriffen ist und wir von nun ab den Zerfall erleben werden, oder ob diese Krise eine rein zyklische Erscheinung ist, die dem System innewohnt und in von nun ab immer kürzer werdenden Abständen immer wieder auftreten wird, da unser System im Kern darauf basiert, virtuelle Werte zu schaffen und reale Werte zu verbrennen, und es immer wieder zyklisch zu Systemzusammenstößen, so genannten value clashes kommen wird, indem sich fiktionale, virtuelle Werte einfach auflösen, da sie nie bestanden haben, durch absolut nichts in der Realität abgedeckt waren und insofern einfach verschwinden, wie eine Fata Morgana, ein Drogenrausch oder eine manische Phase, die dann übergeht in die Phase der Depression, der Erschöpfung, des Sich-Ausruhens, Sich-Sammelns, des Sich-Sortierens, in der es dazu kommen kann, dass man einfach mal ein paar Jahre so daliegt, ohne zu wissen, was man will, was man kann, wer man ist, wo man einfach nur daliegt und

LIEBER OHNE
DIE FINAN

nichts tut, wie ein Praktikant, der unter den Trümmern eines eingestürzten Hochhauses, z.B. des eingestürzten Kölner Stadtarchivs liegt, oder der von einer der Dachplatten getroffen wurde, die Hartmut Mehdorn so vorsätzlich lebensgefährdend an den Berliner Hauptbahnhof hat anbringen lassen, um ein paar Euro einzusparen, die er sich dann lieber selbst überweisen wollte, und auf einen Rettungstrupp oder einen Rettungsfonds wartet, der einen aus den Trümmern befreit und wieder ans Tageslicht zurückholt, aber man wartet da und wartet und atmet erschöpft und kann sich nicht bewegen und weiß nicht mehr weiter und liegt da nur und der Schmerz nimmt zu und der Schmerz nimmt ab und niemand kommt, denn die Stadt kann sich kein Rettungsteam mehr leisten, da der etwas vorschnelle SPD-Stadtrat das ganze Geld der Stadt bei einem irgendwie leider nicht besonders gut durchdachten Cross-Border-Leasing-Geschäft mit den Anwälten von Stanley Morgan verbrannt hat, und man weiß das, man hat davon gelesen, man kapiert überhaupt nicht, wieso diese Leute, die doch einfach nur die Stadt verwalten sollen und deren Aufgabe es ist zu gucken, dass alles einigermaßen gut läuft, auf einmal wie ein Haufen durchgedrehter Jugendlicher auf Alcopops von einem amerikanischen Anwaltsbüro zum nächsten irren, um dort alles, was die Stadt so an Materialwerten zu bieten hat, in vollkommen überkomplexen, nicht mehr überschaubaren Vertragsvereinbarungen, die in ihrem Volumen die Seitenanzahl des nun bald sechsbändigen Werkes des japanisch isländischen Sozialsystemforschers Atsushi Lyngursvötsson bei weiten übersteigen und von absolut niemandem auf der Welt überhaupt je gelesen wurden, zu verkaufen, und, wie sich nun herausstellt, wieder zurückkaufen müssen für den zehnfachen Preis. Und wir fahren vorbei an einer Gruppe demonstrierender Mittfünfziger, alles Angestellte eines in finanzielle Not geratenen

DAS GELD
UNS..WEITER
ZSTRÖME...

Warenhauses, die schweigend hinter großen Bannern mit der Aufschrift »Wir sind das Herz der Innenstadt. Lasst uns nicht sterben!« auf den bevorstehenden Zusammenbruch der großen Warenhauskette hinweisen, sind leise verwirrt, da wir uns noch an Zeiten erinnern, als eben genau **GEGEN** diese als »Tempel des Konsumterrors eines unmenschlichen Schweinesystems« verschrienen Orte aggressivst mobil gemacht wurde, und unser Taxifahrer verwickelt uns in ein Gespräch darüber, ob der ehemalige Vorstandschef wohl dasselbe Motiv im Sinn hatte, wie damals die jungen Akteure der RAF, die einen großen Brandanschlag gegen dasselbe Warenhaus planten, der aber nicht annähernd so erfolgreich war wie das geschickt eingefädelte und von langer Hand geplante Zerstörungsprojekt des Vorstandschefs, der, wie unser Taxifahrer weiß, die konzerneigenen Immobilien zu Ramschpreisen an einen Fonds verkaufte, der ihm selbst gehörte, und dieselben Immobilien vom Konzern zu komplett überhöhten Preisen zurückmieten ließ, so dass der Konzern in der Folge ausblutete, während die so geschickt umgelenkten Geldströme wirklich direkt auf sein eigenes Konto flossen und er, verhofft oder unverhofft, wer weiß das schon so genau, einen weitaus größeren Beitrag zum Zusammenbruch des so genannten »Schweinesystems« geleistet hat, als die RAF es jemals zu träumen gewagt hätte. »Die Vierte Generation«, so heißt das Buch, an dem unser Fahrer arbeitet, und es stellt die gewagte These auf, dass die RAF, nach dem langen Gang durch die Institutionen nun in den Führungsetagen der Unternehmen und Finanzhäuser angekommen, das gehasste System effizient und nachhaltig untergehen lassen wird und dass der Zusammenbruch dieses Warenhauses der erste große Erfolg war. Aber wir verlassen jetzt diese Szenerie, wir wollen auch jetzt nicht gemeinsam das Buch **ZUSAMMENBRECHENDE SYSTEME** von Atsushi Lyngursvötsson





lesen, das würde den Rahmen sprengen und wir würden dieses Buch vielleicht gar nicht verstehen, und selbst, wenn wir es verstehen würden, wüssten wir nicht, was wir mit unseren Erkenntnissen anfangen sollten, wohin mit all dem Wissen? Wohin damit? Wir würden Angst haben, dass Atsushi Lyngursvötsson zu dem Schluss gekommen ist, dass dieses System, so wie wir es jetzt leben, tatsächlich in spätestens 5 Jahren eingestürzt wäre, und was würden wir dann mit dieser Erkenntnis anfangen? Uns auf ein neues System einigen? Wie sollte das gehen? Uns noch einmal alle zusammensetzen und darüber diskutieren, was wir eigentlich brauchen, was nicht, und wie ein glücklich erfüllter Lebensentwurf aussehen könnte, der auch die Menschen anderer Kontinente berücksichtigen würde, die weit davon entfernt sind, in ihrem Luxus leerzulaufen, weil sie nicht mal Wasser haben, geschweige denn Handys, Burnoutsyndrome oder Scheidungsanwälte?

LASS UNS EINFACH ALLES SO LASSEN, WIE ES IST

ES IST ZU KOMPLIZIERT, DAS JETZT ALLES ZU ÄNDERN

LASS UNS NICHT ALLES DURCHEINANDER BRINGEN

ES HAT SO LANGE GEDAUERT DAS HIER JETZT ALLES

DAS WAR SO SO

ANSTRENGEND





ICH BIN WIE GELD

Das Vertrauen ist nun einfach mal weg. Und meine Wut muss ja irgendwo hin, ich kann mir ja nicht unentwegt, wenn ich wütend bin, ein Che-Guevara-T-Shirt bei Prada kaufen und damit dann voll wütend über den Kudamm laufen, ich muss doch endlich mal Formen entwickeln, damit meine Wut in irgendetwas hineinfließen kann, bei dem ich das Gefühl habe, **SACHEN ÄNDERN SICH,** und zwar nicht immer nur Sachen, die man kaufen muss. Ich kann immer nur den ganzen Style um mich herum austauschen, mehr kann ich überhaupt nicht austauschen, ab und an kann ich mit jemand anderem meinen Körper tauschen, aber auch das geht dann immer nur ein zwei Tage, dann sucht der sich schon wieder nen anderen Körper, wieso auch nicht, diese Körper sind ja alle genormt, da kann der ja auch nen anderen Körper nehmen, der **ERKENNT JA GAR NICHT DIE DIFFERENZ** die ich hier immer versuche herzustellen **MEINE VERSUCHE DIFFERENZ HERZUSTELLEN SIND EINFACH ZU ZAGHAFT** ich müsste da mal etwas **MUTIGER VORSTOSSEN** aber ich hab mich noch nicht entschieden, ich hab **NOCH KEINE RICHTUNG GEFUNDEN** ich bleibe immer gleich und es kotzt mich an, dass ich immer gleich bleibe […] **ICH HABE KEINEN ANHALTSPUNKT** das habe ich einfach nicht **ICH BIN WIE GELD** verdammt ich bin wie Geld ich bin alles und überall und keiner kann meinen Wert einschätzen und jeden Tag muss geguckt werden, ob ich überhaupt noch was Wert bin, das wechselt nämlich jeden Tag, mein Wert, meine Beziehungen zu anderen, und dauernd laufe ich Gefahr komplett wertlos zu werden über Nacht, dauernd laufe ich Gefahr, komplett einzubrechen, **ICH BIN WIE GELD,** alle wollen mich haben und zwar ganz viel, aber ich schaffe es einfach nicht, irgendwen glücklich zu machen, auch, wenn die das immer glauben,





und ich darf überall hin, aber ich kann meinen Wert einfach nicht mehr abschätzen, weil es da keine Richtlinien mehr gibt, die lösen sich grade alle auf, **ICH BIN WIE GELD,** das ist auch was schönes, denn Geld ist überall und kennt keine Grenzen, keine Moral und keine Angst, manchmal ist es scheu, wenn es Sicherheiten garantieren soll, dann zieht es sich lieber zurück, oder wenn es einspringen soll in der Not, wenn es anderen helfen soll, dann geht es lieber, und das mach ich auch, ich bin eigentlich immer am liebsten **GANZ SCHNELL WEG** wenn es drauf ankommt, das wird mir immer alles zu riskant mit dir, mein Schatz, du bist nett und süß, aber es gibt einfach im Moment lukrativere Märkte als dich **DU WILLST EINFACH ZU VIEL** und das kann ich dir gar nicht geben, ich muss ja meine Ressourcen **SCHÜTZEN VERDAMMT NOCHMAL** jetzt hab ich mich aber hier mit meinem Pradarock in der Escadabluse verhakt **UND ALL DIESE IMAGEKONSTRUKTE** klemmen da jetzt irgendwie fest, was in diesem Trust hier alles als **ICH** fungiert, das hält ja keine Sau mehr aus, […]

DAS ANDERE MÄDCHEN

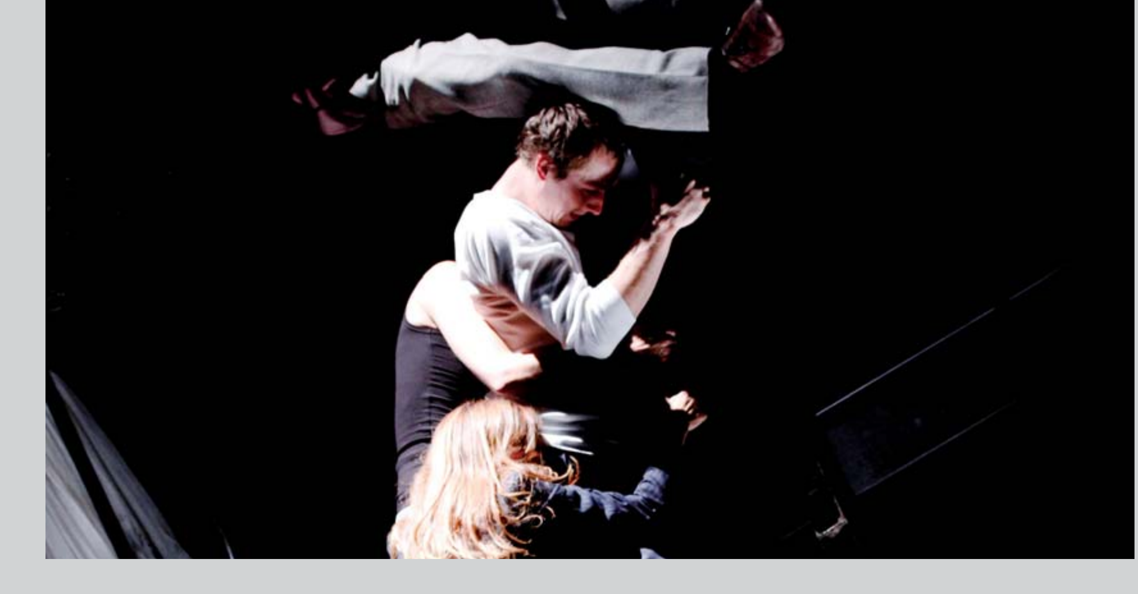
[…] eigentlich geht es mir glaub ich ganz gut, aber das weiß man ja nie so genau, ob das jetzt schon reicht, oder ob da irgendwas ist, das mir noch gar nicht bewusst ist, also […] ja, ich weiß es einfach nicht, ich kann es nicht sagen, ich suche und suche und suche, aber ich finde einfach nichts in mir, das mich wirklich, wirklich bedrücken würde, im Grunde, glaub ich, ist alles ganz gut, aber vielleicht könnten wir gemeinsam etwas finden, an dem ich arbeiten kann, irgendeine Störung oder so, irgendwas muss da ja sein, kein Mensch ist glücklich, das gibt es einfach nicht, deshalb trau ich mir da auch nicht, da muss irgendwas in mir drin sein, das […]





LANDSCHAFTEN, DIE AUF IHREN ZUSAMMENBRUCH WARTEN

[…] auf seinem schreibtisch liegen nun die letzten 14 seiten des letzten
kapitels seines buches **LEBEN IN DER KRISE KAPITEL 27: DAS GELD LEBT LIEBER OHNE UNS WEITER** Die Finanzströme und das wegflutende Ich […]
die verbankung des staates ging der verstaatlichung der banken voraus
widerstand?
was ist in der finanzdemokratie überhaupt durch die wahl beeinflussbar und
was liegt komplett außerhalb des einflussbereiches des wählers
gibt es da irgendwo eine wut
in mir
da draußen
eine notiz in der zeitung
während einer unangemeldeten demonstration lynchen chinesische arbeiter
einen der manager, die ihre fabrik in den ruin getrieben und sie arbeitslos
gemacht haben
die hatten einfach die schnauze voll
in frankreich drohen entlassene arbeiter, ihre fabrik in die Luft zu sprengen
er schaut aus dem fenster
noch ist alles ruhig
und wir werden doch immer wieder aufgefordert, uns china als vorbild zu
nehmen
warum machen wir das denn nicht endlich mal
wenn denen was nicht passt, flippen die aus und schlagen so lange auf
menschen ein, bis deren schädel zertrümmert vor ihnen liegen
die sind nicht so nett wie wir hier



ich kann doch nicht immer, wenn ich wütend bin und mir was nicht passt,
ein che-guevara-t-shirt kaufen und damit die straße auf und ab laufen. das
reicht nicht mehr, um meine ziele durchzusetzen […]
was beruhigt uns denn hier alle so, warum sind wir denn immer so unendlich
beruhigt, er stellt sich ans fenster, kinderschreie,
das geld muss weg, das soll nicht mehr wachsen oder heimlich für mich
arbeiten, das soll jetzt endlich mal **EINGETAUSCHT** werden gegen **LEBEN** […]
sie sieht kay, wie er die verlassenen golfplätze durchwandert, die sich um
spaniens küste ziehen
landschaften, die darauf warten, zusammenzubrechen
und sie sieht judith, die mit all ihrem geld in bar und ohne fondsanlagen
durch die welt reist, um herauszufinden, was dieses geld alles in bewegung
setzen kann, wenn es nicht irgendwo eingefroren rumliegt oder geparkt
wird, sondern, wenn dieses geld plötzlich auf lebende menschen trifft, die
alles dafür tun würden, um in seinen besitz zu kommen, sogar gefühle und
intensität mobilisieren
dieses geld kann viel mehr, als in einem fonds darauf zu warten,
zusammenzubrechen.
sie liegt auf dem bett ihres hotelzimmers unter ihr 16 milionen menschen
und ich weiß noch nicht, wohin ich mich von hier aus bewegen werde
alles so still hier
einmal im monat treffen sich die anleger, meist rentner aus deutschland,
den niederlanden, skandinavien und florida, und laufen gemeinsam über den
golfkurs zu dem großangelegten pavillon, dort ist ein karaokefest
niemand spielt hier golf
es würde dem rasen schaden und der wertsteigerung des objekts





entgegenwirken
niemand wohnt hier
es würde das objekt abnutzen und den wert des fonds fallen lassen
und niemand möchte hier werte fallen lassen
denn dies sind die einzigen werte, die diese menschen haben
sie schaut im internet nach fondsanbietern oder webpagespezialisten und
lädt sie zu sich ins hotelzimmer und lässt sie erzählen
von ihrem leben
ich will geschichten hören
von menschen
ich will die endlich wieder live sehen
ich hab die schnauze voll von facebook und elitesingle.de
diese scheiße hat mir mein ganzes leben kaputt gemacht
und jetzt ist das alles zusammengebrochen und niemand weiß, wo das alles ist
das ist alles weg
weil es nie da war
es wurde nur gesagt, dass es existiert […]
stefan hat das gefühl, der welt abhanden gekommen zu sein
seine freunde machen sich sorgen, denn er hat schon seit 3 tagen keine
neuen texte mehr auf sein facebookprofil gestellt
was ist denn bloß los, fällt dem auch nichts mehr ein
die meisten leute auf facebook sind einfach besser als ich: die haben die
gewitzteren, abgefahreneren sprüche, die cooleren bilder und die kennen alle
irgendwie heike makatsch und benno führmann und einige hier sind sogar
mit quentin tarantino verlinkt und ich kenne nur 20 prozent der leute, die
meine freunde sind, und das sind alles nur arbeitslose schauspieler, theater-



EINES TAGES FLIEGT ALLES IN DIE LUFT.

wissenschaftsstudenten oder meine eltern. und das gibt mir das gefühl, irgendwie ein loser zu sein.

ich muss hier unentwegt originell sein und das strengt mich ungeheuer an

ICH KANN EINFACH NICHT UNUNTERBROCHEN WITZIG UND ORIGINELL SEIN dieser performancezwang, ich muss mich hier ständig selbst bewerben mit jedem satz, den ich in diesen von anderen imagekonstrukten wimmelnden raum spreche, muss ich hier auf mich als produkt verweisen **UND DAS SCHAFF ICH EINFACH NICHT MEHR** […]

wissen sie, was busso graf von der schulenburg und sein sohn bolko sagen, die schon viele jahre in der US-forstwirtschaft tätig sind?

ganz

holz wächst unabhängig von konjunkturen und krisen.

das ist wichtig: wachstum unabhängig von krisen.

ja, und genau das kann ICH ihnen bieten.

das ist wichtig. ich hatte so viel krise in den letzten jahren, das glaubst du gar nicht. und gewachsen ist da überhaupt nichts mehr. ich meine, der mann war so erschöpft und leer, genau wie seine ganzen produkte, die er da unentwegt neu geschnürt und umverpackt und im netz vertickt hat, das musste ja alles irgendwann zusammenbrechen. der ist ja dauernd zusammengebrochen, jede nacht, hier in meinen armen, da war es nur eine frage der zeit, dass der markt ihm irgendwann mal folgt. also, ich habe einen erheblichen nachholbedarf an sehr, sehr nachhaltigen

das kann ich ihnen wirklich alles bieten. nachhaltigkeit ist mein spezialgebiet. ich bin immer sehr, sehr nachhaltig. was für ein anlagetyp sind sie denn so?

einsam

verletzbar

SYSTEM EIN
WIE SOLL

vom markt sehr, sehr enttäuscht
aber bereit, alles zu geben. […]
stefan liegt im keller zwischen den kisten seines eingestürzten bücherbords
200 secondhandwerke über widerstand und revolutionäre energien liegen
über ihm und schnüren ihm die atemwege ab
er spürt diese energien
all diese gedanken
dieser wille die verhältnisse anders zu denken
umzustürzen
neu zu strukturieren
aber er kann sich nicht bewegen
lea schaut auf den monitor
die pakete für den lebensabendfonds für 1400 luxusappartements an der
spanischen küste liegen vor ihr
sie hat all diese pakete zusammengeschnürt
geschnürt, wieder umgeschnürt, neu verpackt
wie kleine zeitbomben ticken diese kleinen pakete vor sich hin
ich wollte sprengmeisterin werden
schon als kind
nicht für gebäude
sondern für finanzprodukte
ich packte diese fondspakete zusammen verpackte sie neu und wieder neu
und versah sie mit ganz unauffälligen zeitzündern
und kein filialleiter irgendeiner bank ahnt auch nur, was in diesen paketen
drin steckt
ich wusste

NIGEN?

DAS GEHEN?

eines tages fliegt das alles in die luft
ich saß da
ganz seelenruhig
in meinem credit-suisse-büro in shanghai
und packte diese kleinen unscheinbaren pakete zusammen
die 17 prozent rendite versprachen in den ersten 6 monaten
das lösten sie auch ein
aber im siebten monat
brach alles zusammen
und diese ganzen geldgierigen schweine erstickten in der trümmerlandschaft
ihrer scheißwertlosgewordenen fondssysteme
ich hörte die röcheln
und nach hilfe schreien
und wenn die nicht so clever gewesen wären, dafür zu sorgen, dass ihre
regierungen ihnen all ihre verluste einfach wieder zurücküberweisen würden
über so genannte rettungsschirme und notfallfonds, dann wären wir diese
ganzen nutzlosen schweine endlich los
dann würden die da liegen
kraftlos
und würden um hilfe schreien
und langsam in ihrer geldgier und ihrer blödheit ersticken

 Die nächsten Aufführungen
an der Berliner Schaubühne am Lehniner Platz sind am 2. und 3. Januar 2010.
www.schaubuehne.de

DEM GESPENST MIT AUF DEN WEG GEGEBEN

KATJA KIPPING

»Das Gespenst eines neuen, schlagkräftigen Parteiprojekts links von SPD und Grünen ist aufgewacht und geht um. [...] Der politische Wert der Linken bemisst sich daran, ob sie dem Gespenst den Weg bereitet. Für die Herausbildung eines politischen Projekts, das es endlich mit der großen Koalition des gesellschaftlichen Ausverkaufs aufnehmen kann« (Rilling/Spehr 2005, 1) – so schrieben Rainer Rilling und Christopf Spehr in ihrem Text »Guten Morgen, Gespenst!« im Jahr 2005, als die ersten Verhandlungen zwischen PDS und WASG zur Gründung einer neuen Partei anliefen.

Knapp fünf Jahre später können wir bilanzieren: Dieses Gespenst hat parteipolitisch Gestalt angenommen, hat auf Bundesebene souverän die Schallmauer der Zweistelligkeit durchbrochen, ist in zwölf Landesparlamenten vertreten und bestimmt an Stammtischen und in Talkshows nicht unwesentlich die Debatte. Insofern hat es tatsächlich die Koalition des ge-

sellschaftlichen Ausverkaufs herausgefordert. Dies ist Grund zur Freude, aber alles andere als ein Grund, politisch gesehen genügsam zu werden. Denn zurecht mahnten Spehr und Rilling in ihrem Weckruf: »Das Gespenst wird uns allen noch deutlich mehr abverlangen. [...] Es braucht eine strategische Formel, die einen anderen Weg weist.« (Ebd., 5). Zu dieser strategischen Formel gehören folgende Elemente: der Kampf um Hegemonien, agonale Grenzziehungen und eine Crossover-Debatte, die alternative Entwicklungspfade auslotet sowie Transformationsprojekte befördert.

KAMPF UM HEGEMONIEN

Mit dem Konzept der Hegemonie versuchte der italienische Kommunist Antonio Gramsci, den komplexen Charakter von moderner Herrschaft zu beleuchten. Demnach muss eine Interessensgruppe, um Hegemonie zu erlangen, ihr partikulares Interesse als allgemeines Interesse erscheinen lassen. An folgendem Beispiel lässt sich diese Verallgemeinerungstaktik gut beobachten: Je schlimmer die Situation von Erwerbslosen, umso eher sind Beschäftigte zu Zugeständnissen bereit. Schon Marx wusste, dass die Reservearmee der Erwerbslosen eine wichtige Vorraussetzung für die Vermehrung des kapitalistischen Reichtums darstellt. Eine IAB-Studie (2007) hat dies aktuell bestätigt: Im Zuge von Hartz IV ist die Bereitschaft, niedrige Löhne und schlechte Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen, gestiegen. Niedrige Sozialleistungen ziehen also mit etwas Verzögerung das Lohngefüge nach unten. Insofern befördern niedrige Sozialleistungen die Verhandlungssituation der so genannten Arbeitgeber. Während die garantierte Teilhabe von Erwerbslosen an der Gesellschaft nicht nur im Interesse der Erwerbslosen, sondern gleichfalls der Beschäftigten liegt, weil sich umgekehrt hohe Sozialleistungen positiv auf die Verhandlungsposition der Erwerbstätigen auswirken.

Doch den Neoliberalen ist es gelungen, den Eindruck zu erwecken, es läge im Interesse der Beschäftigten, wenn die Sozialleistungen niedrig ausfallen. Sie haben damit ihr partikulares Interesse verallgemeinert. Wann immer über Verbesserungen bei Hartz IV diskutiert wird, erinnert ein Neoliberaler an die Beschäftigten, die ja mit ihren Steuern die Sozialleistungen bezahlen. Als ob der Lidlverkäufer oder die Sicherheitswachfrau auch nur einen Cent mehr in der Tasche hätten, wenn die Sozialleistungen noch niedriger ausfielen! Doch selbst von Erwerbslosigkeit Bedrohte haben den neoliberalen Leistungschauvinismus verinnerlicht, demzufolge nur der, dessen Leben vorrangig um kapitalistische Erwerbsarbeit kreist, eine Daseinsberechtigung habe. Daraus wächst das Bedürfnis, sich abzugrenzen von den »anderen, den faulen« Erwerbslosen. An diesem Abgrenzungsbedürfnis nach unten knüpfen leider auch gelegentlich Linke an, wenn sie die Gleichmacherei von Hartz IV kritisieren. (So wird beispielsweise kritisiert, dass Hartz IV den Facharbeiter mit dem Pförtner nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf dieselbe Stufe stelle. Eine aus Sicht des Facharbeiters verständliche Sicht, aber aus Sicht des Pförtners?) Das Abgrenzungsbedürfnis nach unten kann schnell umgemünzt werden in Zustimmung zu weiterem Sozialabbau.

Dieser Hegemonie muss die Partei Die Linke entgegentreten. Dies erfordert allerdings die Bereitschaft, gegen den Strom gesellschaftspolitischer Stimmungen zu schwimmen. Sicherlich: Bei vielen ihren Forderungen weiß die Partei die Mehrheit hinter sich, z.B. beim Rückzug aus Afghanistan. Gern beruft man sich auf eben diese Mehrheitsposition. Das ist nichts Schlechtes, aber man darf sich darin nicht zu behaglich einrichten. Eine Linke, die in der Tradition der Aufklärung steht, darf nicht die herrschenden Ressentiments bedienen, sondern muss deutlich zum Ausdruck bringen: 1) Wenn Beschäftigte zu wenig verdienen, dann deswegen, weil sie Profite und Mehrwert erwirtschaften müssen, aber nicht deshalb, weil wir aus dem Steueraufkommen ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe gewährleisten. 2) Das Grundrecht auf gesellschaftliche Teilhabe hängt nicht davon ab, ob jemand sympathisch ist. Man muss es sich nicht durch untertäniges Verhalten auf dem Amt oder auf dem Erwerbsarbeitsmarkt verdienen. Es besteht qua Existenz. Wer diese Position konsequent vertritt, stößt oft auf Widerstand. Davor darf man als Linke/r nicht zurückschrecken, denn genau hier – zwischen dem neoliberalen Leistungschauvinismus und der Position, dass jede/r ein Grundrecht auf Teilhabe besitze – verläuft eine grundlegende Grenze, die wir nicht verwässern dürfen.

AGONALE GRENZZIEHUNGEN

Nicht nur in diesem Konflikt ist das Ziehen von Grenzen notwendig. Chantal Mouffe, Theoretikerin der radikalen Demokratie, schreibt in einer Kritik am Dritten Weg der Sozialdemokratie treffend: »Heute besteht die dringende Notwendigkeit darin, die Zentralität des Politischen herzustellen. Und das erfordert, neue politische Grenzen zu ziehen, die in der Lage sind, der Demokratie einen wirklichen Impuls zu geben.« (2006, 62) Mouffe zufolge gibt es »keine radikale Politik ohne die Bestimmung eines politischen Gegners« (ebd.).

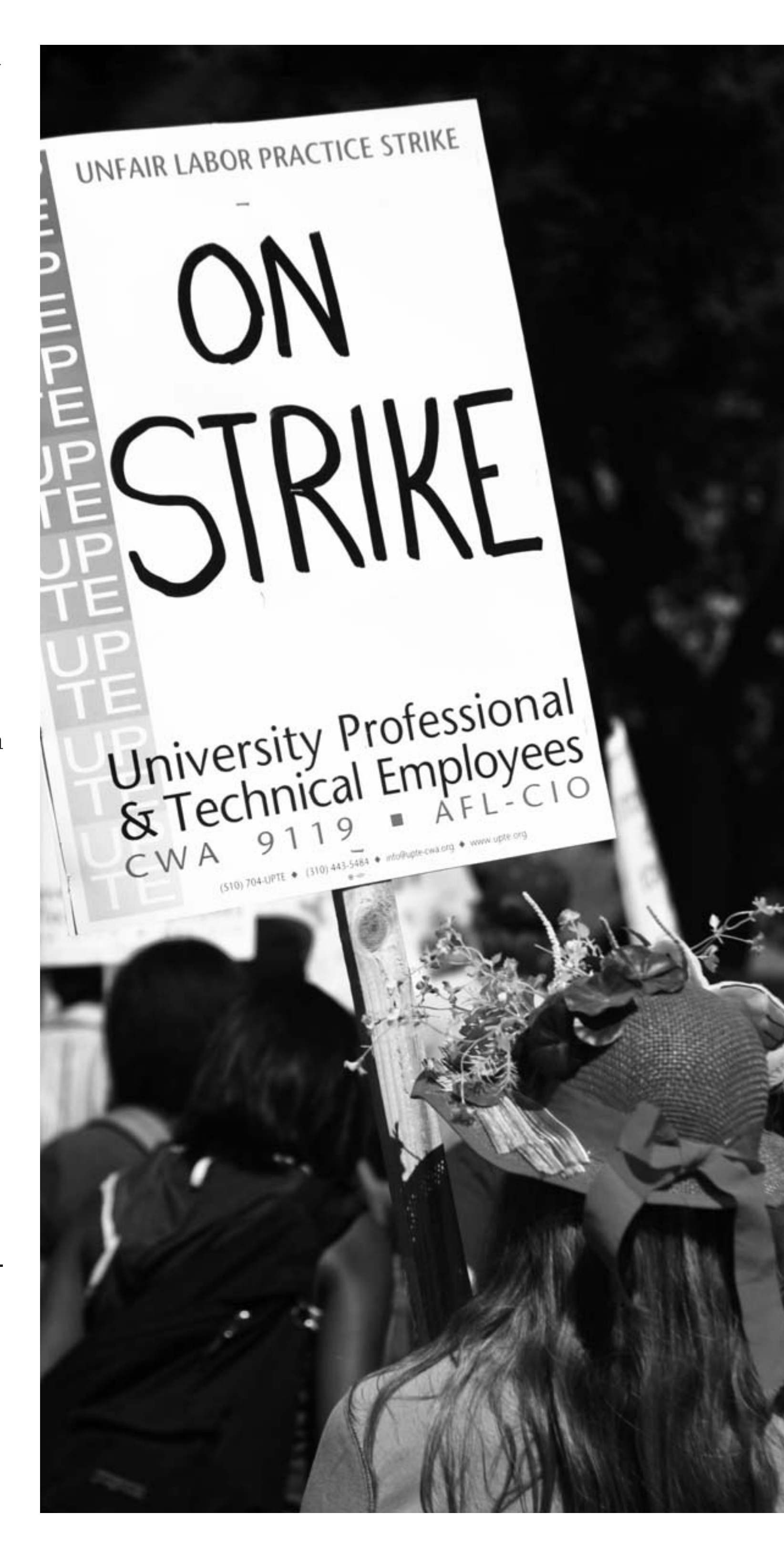
Diese Erkenntnis bestärkt uns, den in der Öffentlichkeit oft artikulierten Anspruch, die Parteien mögen sich doch nicht immer so streiten, als das darstellen, was er ist – als vordemokratisches Harmoniebedürfnis. Die klare Benennung von politischer Gegnerschaft mag manchmal unbequem sein, aber sie befördert Politisierung und kann damit zur Vitalisierung der Demokratie beitragen.

Neben dem erwähnten Agonismus zwischen Teilhabegerechtigkeit und Leistungschauvinismus gibt es weitere Grenzen, die immer wieder herausgearbeitet gehören: zu den Kräften, die den Angriff auf das Öffentliche fahren und die Weichen in Richtung Privatisierung stellen wollen – sei es beim kommunalen Stadtwerk, bei der Bahn oder bei der Rente. Gegen diejenigen, die noch vorhandene Formen des solidarischen Ausgleichs aufkündigen wollen, die in der Energiepolitik weiter auf Kohle, Erdöl und Atom setzen und dadurch mit der Bevölkerung russisches Roulette spielen. Auf eine Kategorie verdichtet: Die Grenze verläuft zwischen einer neuen gesellschaftlichen Linken und dem neoliberal-neokonservativen Block. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag beschreitet nun genau den Weg der Privatisierung, der Entsolidarisierung und der Atomlobby.

Insofern erscheint Schwarz-Gelb und die dazu gehörige Wirtschaftslobby als Verkörperung dieses neoliberal-neokonservativen Blockes. Dieser Umstand könnte die Ziehung von agonalen Grenzen erleichtern. (Es greift zu kurz, diesen Block allein auf CDU/CSU und FDP zu reduzieren. Auch parteipolitische Kräfte jenseits von Schwarz-Gelb können diesen Kurs einschlagen – man denke nur an die Agenda 2010.)

Gegen den schwarz-gelben Kurs gilt es Widerstand und Protest zu organisieren sowie grundlegende Alternativen in Anschlag zu bringen. Gegen die Privatisierungswut sollte die Linke eine Offensive für das Öffentliche (vgl. Kipping 2008) setzen, die nicht nur weitere Privatisierungen verhindert, sondern auf eine Ausweitung von öffentlichen Räumen zielt. Diese Offensive weiterzudenken führt zur Idee des Infrastruktur-Sozialismus. Das meint, dass elementare gesellschaftliche Aufgaben wie Kommunikation, Mobilität, Kultur, Bildung und Gesundheit der Warenförmigkeit entzogen werden und für alle frei zugänglich sind, z.B. in Form von kostenfreiem WLAN für alle oder einer Bahncard 100 für alle.

Die Kopfpauschale für die Krankenversicherung und die Zweiklassenmedizin verkörpern in besonderer Weise den schwarz-gelben Kurs der Entsolidarisierung. Der Sekretär mit niedrigem Einkommen soll genauso viel bezahlen wie seine Chefin. Die Alternative besteht in einer Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrem Einkommen einzahlen und die allen gleiche Gesundheitsleistung garantiert.



Santa Cruz 2009, Foto: Melissa Rachel Black

In der Energiepolitik gilt es, die Energiewende weg von monopolisierter, missbrauchsanfälliger Produktion hin zu vielen dezentralen Anlagen mit breiter Eigentumsstreuung sowie weg von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien mit aller Konsequenz zu befördern. Der konkreteste und konsequenteste Angriff auf den auf Erwerbsarbeit reduzierten Leistungschauvinismus ist das bedingungslose Grundeinkommen. Bisher ist innerhalb der Partei Die Linke nur die Sanktionsfreiheit und die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft Konsens, gestritten wird noch über die Bedürftigkeitsprüfung sowie über den Stellenwert der Erwerbsarbeit gegenüber anderen Tätigkeiten.[1] Dieses Transformationsprojekt in Verbindung mit Kämpfen zur Demokratisierung der Wirtschaft und konsequenter Arbeitszeitverkürzung hätte das Potenzial, die Machtverhältnisse grundlegend zu verschieben.[2] Die Linke sollte sich nicht mit weniger als einer grundlegenden Veränderung zufrieden geben; sie sollte die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Sonst besteht die Gefahr, dass sich das Gespenst wieder schlafen legt. Wer weiß, für wie lange.

Energiewende, Bürgerversicherung, Infrastruktur-Sozialismus, Wirtschaftsdemokratie sowie Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen sind nur einige der grundlegenden Alternativen, die gegen den Kurs des neoliberalen-neokonservativen Blocks in Stellung gebracht werden müssen. Wie kann ein solcher Politikwechsel auf den Weg gebracht werden und wer sind die Akteure? Damit stellt sich die Frage nach einem gesellschaftlichen Bündnis, einem Crossover-Prozess.

CROSSOVER JENSEITS VON LATTE MACCHIATO

Ein solcher Prozess findet bisher allerdings nur sehr zaghaft statt. Zwar wird gegenwärtig rege in den Medien über die Öffnung der SPD zur Partei Die Linke spekuliert. Zwar treffen sich gelegentlich linke, sozialdemokratische und grüne Abgeordnete in Cafés in der Nähe des Bundestages zum Latte Macchiato oder anderen Getränken. Manchmal geht es auch um konkrete Projekte, z.B. um die Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV. Doch die Medien-Debatte über Rot-Rot-Grün sowie Treffen beim Kaffee sind noch kein Crossover-Prozess.

Noch ist unklar, welche Lehren die SPD aus ihrem großen Scheitern zieht. Die bisherigen Signale deuten auf sanfte personalpolitische Symbolik ohne grundlegenden Lernprozess hin. Noch ist unklar, ob die Kurskorrekturen der Grünen im Zuge des Jamaika-Trends geopfert werden. Es ist also unsicher, ob es sich bei diesem Gespenst nicht nur um den Spuk einiger auf Sensationen ausgerichteter Medien handelt.

Zudem wird diesen Verständigungen schnell der Charakter vorweggenommener Koalitionsverhandlungen aufgedrückt, wenn gefragt wird, welche Forderungen die Partei Die Linke für eine Koalition aufgeben müsse. Positionen aufzugeben wird viele Folgen haben, z.B. dass so mancher die Partei für überflüssig erachten wird. Vorauseilender Gehorsam gegenüber einem möglichen Koalitionspartner wird ein linkes Regierungsprojekt nicht befördern.

Crossover und Regierungsbeteiligung sind nicht synonym. Sie bezeichnen eigenständige Vorgänge: Ein Crossover-Prozess

zielt auf die grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse ab und lotet mögliche Wege dahin aus. Regierungsbeteiligung kann nun ein Instrument zur Veränderung der Machtverhältnisse sein, z.B. wenn – wie in Brasilien geschehen – der partizipative Haushalt eingeführt wird. Oder wenn – wie in Berlin geschehen – die Durchführung von Volksentscheiden erleichtert wird und damit die Selbstermächtigung der Bevölkerung befördert wurde. Eine Regierungsbeteiligung kann aber auch das Gegenteil bewirken, z.B. wenn man – wie unter Rot-Grün geschehen – neoliberalen Hegemonien auf den Leim geht und Hartz IV einführt. Zwischen Vorbereitungsrunden für Regierungsbeteiligungen und einem Crossover-Prozess kann es zu Überschneidungen kommen, wenn die eine Koalition mit dem Ziel vorbereitet wird, die Machtverhältnisse grundlegend zu verändern. Aber es gibt keinen Automatismus.

Treffen zwischen Abgeordneten können Impulse für einen Crossover-Prozess setzen, aber sie können die gesellschaftliche Debatte nicht ersetzen. Insofern gilt: Der Crossover-Prozess muss jenseits des – metaphorisch gemeinten – Latte Macchiato stattfinden oder er wird nicht die notwendige Reichweite haben. Er muss auch von fortschrittlichen Kräften in Wissenschaft, Kunst und Bewegungen sowie in der publizistischen Landschaft geführt werden. Eine Crossover-Debatte soll das Nachdenken über alternative Entwicklungspfade und Transformationsprojekte forcieren und die beteiligten Akteure gegen die zu erwartenden Widerstände wappnen. Sie darf nicht der naiven Vorstellung verfallen, der Staat sei ein Fahrrad, auf das man sich nur per Ministerposten zu setzen habe und schon lasse sich problemlos umlenken. Sie muss eingebettet sein in soziale Kämpfe und von dem Wissen getragen sein, dass es gesellschaftlicher Mehrheiten und damit neuer Hegemonien bedarf, bevor eine parlamentarische Mehrheit alternative Entwicklungspfade einschlagen kann. Das ist das Gebot der Stunde.

Der Kampf um Hegemonien, die Ziehung agonaler Grenzen sowie ein gesellschaftliches Crossover – all diese strategischen Aufgaben werden die Linke in vielfältiger Weise im Großen wie im Kleinen herausfordern. Vergegenwärtigen wir uns, was in den letzten Jahren alles erreicht wurde, seit das Gespenst geweckt wurde. Was es alles noch zu erkämpfen gibt, sollte uns ansporonen. Zwar gibt es inzwischen mehr zu verlieren als rostige Ketten, aber immer noch eine Welt zu gewinnen.

LITERATUR

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit – IAB (Hg.), 2007: Hartz-IV-Reform – Impuls für den Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht Nr. 19
Kipping, Katja, 2009: *Ausverkauf der Politik: Für einen demokratischen Aufbruch,* Berlin
Mouffe, Chantal, 2006: Kann es eine ernstzunehmende Politik jenseits von rechts und links geben ? in: Christine Buchholz und Katja Kipping (Hg.): *G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über sechs Milliarden Menschen bestimmen,* Hamburg, 61–65
Rilling, Rainer, und Christoph Spehr, 2005: Guten Morgen, Gespenst! – Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Parteiprojektes. *RLS-Standpunkte,* 8/2005

1 Für eine umfassende Darstellung vgl. »Diäten light für alle« in Kipping 2009 sowie unter der Rubrik Grundeinkommen unter: www.katja-kipping.de.
2 Diese programmatische Zielrichtung kann hier nur angedeutet werden. Der demokratische Sozialismus, für den ich streite, meint die Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen gleichermaßen wie die Verfügungsgewalt über das eigene Leben.

PARTEIENLANDSCHAFT IM UMBRUCH

HORST KAHRS

Die Wählerinnen und Wähler haben am 27. September 2009 die bundesdeutsche Parteienlandschaft verändert. Erstmals seit 1994 verfügen Union und FDP wieder über eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die ›strukturelle Mehrheit‹ der Parteien ›links der Mitte‹, also die Summe der Abgeordneten von SPD, Grünen und PDS bzw. die Partei Die Linke, existiert nun auch rechnerisch nicht mehr. Ob dieser politische Umbruch nachhaltig über mehrere Wahlperioden wirkt oder bereits 2013 umkehrbar ist, hängt vom weiteren Verlauf der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, dem Agieren der Parteien und – von denjenigen Wahlberechtigten ab, die 2009 ins Lager der Nichtwähler gewechselt sind.

Mit diesen Ergebnissen strukturiert sich das Parteiengefüge neu. Die Union erzielte ihr schlechtestes Ergebnis nach 1949, die SPD landete in sechs Ländern, darunter zwei in Westdeutschland, unter 20 Prozent. Die »kleinen« Parteien wurden mit zweistelligen

Ergebnissen zu ›mittleren‹ Parteien. Noch nie war in der Bundesrepublik eine parlamentarische Partei links von der SPD so stark vertreten. Im Osten konkurriert sie mit der CDU um die Regierungsmacht.

Die deutliche Stimmenmehrheit von Union und FDP im Bundestag täuscht darüber hinweg, dass diese Regierung über die bisher geringste Verankerung unter den Wählenden wie unter allen Wahlberechtigten verfügt. Die Stimmenanteile der ›rot-rot-grünen‹ Parteien fielen zwar von zusammen 51,6 Prozent im Jahr 2005 auf jetzt 45,6 Prozent und die Anteile von Union und FDP stiegen von 45,0 Prozent auf nur 48,4 Prozent. Doch damit steht lediglich ein Drittel der Wahlberechtigten hinter der schwarz-gelben Regierung. Die gegenwärtige Stärke der neuen Regierung verdankt sich vor allem der Schwäche ihrer Gegner, nicht eigener politischer Substanz. Der Koalitionsvertrag setzt die Merkelsche Wahlkampfstrategie fort: Zuspitzungen vermeiden, die Gegner mobilisieren könnten. Über 80 Prüfaufträge sollen entsprechende Ecken und Kanten der FDP schleifen. Die neue Regierung hat keine stabile neue Mehrheit.

Eine neue Epoche christdemokratisch dominierter Mehrheiten kann aus den politischen Verwüstungen erwachsen, die die SPD hinterlassen hat. 1998 erreichte die SPD mit 20 Mio. Stimmen so viel Zustimmung wie nie zuvor. Nach elf Jahren sozialdemokratischer Regierung ist davon knapp die Hälfte geblieben. Allein zwischen 2005 und 2009 verlor die SPD weit über 6 Mio. Zweitstimmen. Im Saldo ergeben Gewinne und Verluste für die Neufindung der SPD keine klaren Signale: 1,1 Mio. Stimmen gingen an die Partei Die Linke, knapp 0,9 Mio. an die Grünen, 1,4 Mio. an Union und FDP und über 2,1 Mio. an die Nichtwähler. Dieses Wahlergebnis gibt den Richtungskämpfen in der SPD neue Nahrung, zumal durch das Agieren der Grünen die nahe liegende Rolle, sich als führende Partei in einem rot-rot-grünen Lager kurzfristig zu erneuern, zunächst gestrichen wurde.

Für die Herausbildung zukünftiger Mehrheiten wird die Wahlbeteiligung eine entscheidende Rolle spielen. Nach den bisher bekannten Zahlen hat der Zuwachs bei der Nichtwählerschaft bereits seit 2002, verstärkt bis 2009 einen zunehmend klassenspezifischen Charakter. Vor allem in Gebieten mit einem hohen Anteil von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen und Sozialtransfer-Beziehenden, mit vielen Wahlberechtigten aus Familien mit Migrationshintergrund, niedrigen Durchschnittseinkommen und Bildungsabschlüssen gibt es überdurchschnittliche Rückgänge bei der Wahlbeteiligung. Für manche Städte des Ruhrgebietes oder in den nord- und ostdeutschen Krisenregionen muss sogar von einer »Kultur der Nichtbeteiligung« gesprochen werden.

Ein Zusammenhang zwischen wachsender sozialer und gesellschaftlicher Spaltung, anhaltender Arbeitslosigkeit und Armut, sozialer Perspektivlosigkeit und Exklusion einerseits und politischer Partizipation und Repräsentation andererseits ist deutlich erkennbar, aber noch nicht durchgängig und ungebrochen. Sollten sich jedoch die sozialen Entmischungen bei der Wahlbeteiligung, wie sie bei Europawahlen, Kommunalwahlen und

manchen Landtagswahlen bereits prägend sind, auch bei Bundestagswahlen verstetigen, bekäme das politische System parlamentarischer Repräsentation einen klar ausgeprägten Klassencharakter.

Wenn nicht mehr alle wesentlichen Schichten und Klassen im parlamentarischen System vertreten sind, eine Stimme haben und Gehör finden, höhlt der demokratische Prozess auch zur Seite der Gesellschaft aus, nachdem er bereits gegenüber wirtschaftlicher Macht seine Unzulänglichkeit gezeigt hat. In der Trendenz stärkt dieser Prozess die Rechte. Gelingt es den Parteien links von der Mitte nicht, den Rückzug aus dem System der politischen Repräsentation zu stoppen und umzukehren, zerbricht das Fundament für längerfristige Mitte-Links-Mehrheiten und gesellschaftliche Reformprojekte.

Union und SPD haben ihren Zenit als massenhaft integrierende Volksparteien, die den Wahlberechtigten Richtungsentscheidungen über das gesellschaftliche Allgemeinwohl ermöglichen, überschritten. Ihren Höchststand erreichte die Union mit einem Anteil von 43,7 Prozent aller Wahlberechtigten 1976. Der Höchstwert der SPD (41,4 Prozent der Wahlberechtigten) kam 1972 zustande. Bei beiden Wahlen erreichten Union und SPD zusammen jeweils 82 Prozent aller Wahlberechtigen. Zusammen erreichten Union und SPD 1998 noch 37,5 Mio. Stimmen. Sie repräsentierten damit 76,1 Prozent der gültigen Stimmen und 61,7 Prozent der Wahlberechtigten. 2009 erreichten beide zusammen nur noch 24,6 Mio. Stimmen, das sind 56,8 Prozent der gültigen Stimmen und 39,7 Prozent der Wahlberechtigten. Die Stimmverluste verteilen sich bis 2009 auf Stimmengewinne für andere Parteien (knapp 7 Mio. Stimmen) und auf einen Zuwachs bei den Nichtwählern (gut 6 Mio.). Bei ihrem bisher schlechtesten Wahlergebnis erreichte die SPD 1949 die Stimmen von 22,2 Prozent der Wahlberechtigten; 2009 waren es nur noch 16,1 Prozent. Aber auch die Union fällt zurückt: Mit 23,6 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten erreicht sie die gleiche Verankerung in der Wahlbevölkerung wie 1949. Beachtenswert sind die Unionsverluste in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Teile von Rheinland-Pfalz und einige weitere rheinische Regionen) mit starken katholischen Sozialmilieus. Auch die Union scheint, ähnlich wie die Schröder-SPD, ›moderne‹ Politik gegen einen größeren Teil ihrer Wählerschaft durchsetzen zu müssen. Die Spannungen zwischen drängenden Modernisierungsprozessen und bewahrendem Wertkonservatismus prägte den Wahlkampf und erklärt einen Teil des Wahlerfolges der FDP. Unionsanhänger, die bei ihrer Partei die neoliberalen Zuspitzungen des Leipziger Parteitages vermissten und eine Neuauflage der CDU-SPD-Koalition verhindern wollten, sahen sich bei einer marktradikal inszenierten FDP gut aufgehoben. Gleichwohl verwundert die Höhe des FDP-Ergebnisses angesichts der tiefen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die FDP ist über die Jahre zur Ein-Punkt-Partei (»Steuern senken!«) geworden. Es scheint ihr gelungen, materielle Interessen und ideologische Einstellungen zu verbinden im verbalen Kampf gegen den »Steuerstaat«, der die »Früchte der eigenen Leistung wegsteuert«. Mit durchaus klassischen Staats-



Reichstag
Foto: flickr/ (=) (i)
MsAgentCooper

und Gesellschaftsbildern konnte sie in den kleinbürgerlich-mittelständischen Populismus, damit in neue soziale Schichten vordringen: Sie gewann in allen Sozialstrukturgruppen zwischen sieben (Selbständige, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter) und zwei (Arbeitslose) Prozentpunkte und bei den Selbständigen erreicht sie 26 Prozent. Sie gewann in allen Altersgruppen: Ihr bestes Ergebnis hatte sie bei den unter-45-jährigen Männern, hier erreichte sie bei den 25- bis 34-Jährigen sogar 20 Prozent der Stimmen – mehr als die SPD.

Die FDP besetzt das eine Ende der gesellschafts- und ordnungspolitischen Achse Staat – Markt, die zumindest in den kommenden vier Jahren die Politik prägen wird. Am anderen Ende steht die Partei Die Linke, die ihre absolute Stimmenzahl um 25 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 2005 erhöhen konnte und deren Stimmenanteil bei den Wahlberechtigten auf 8,3 Prozent anstieg. Sie hat durch das Wahlergebnis die Meinungs- und Oppositionsführerschaft in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, der Reichweite und Art und Weise staatlicher Tätigkeit, des Öffentlichen angeboten bekommen. Wie sie diese Rolle ausfüllt, wird entscheiden, ob eine mehrheitsfähige gesellschaftliche Reformbewegung gegen eine mögliche strukturelle schwarz-gelbe Mehrheit 2013 entsteht.

Bundesweit scheint die Partei Die Linke über eine Stammwählerschaft von rund 2,5 Mio. Wählerinnen und Wählern zu verfügen. Zumindest haben nach Auskunft der Wahlfor-

schung so viele, die 2005 die Linkspartei.PDS gewählt hatten, sie erneut gewählt. Umgekehrt bedeutet das, dass 1,6 Mio. Stimmen von 2005 zu anderen Parteien und den Nichtwählern gewandert sind und gleichzeitig 2,5 Mio. Stimmen neu hinzugewonnen wurden, die meisten von der SPD. Ihre Stimmengewinne machen bundesweit jedoch nur ein knappes Sechstel der Stimmenverluste der SPD aus, in den alten Ländern 22,5 Prozent. Bemerkenswert ist folgende Tendenz: Die Partei Die Linke gewinnt unterdurchschnittlich in Gebieten mit überdurchschnittlich sinkender Wahlbeteiligung. Es wird eine entscheidende Aufgabe sein, Menschen aus dem unteren sozialen Drittel der Gesellschaft, die dem politischen System eher fern stehen und zur Wahlabstinenz tendieren, gute Gründe zu liefern, zur Wahl zu gehen.

Die Partei Die Linke wird nicht bleiben können, wie sie ist. Neue Reformprojekte und rot-rote Referenzprojekte aus den Ländern sind notwendig, um 2013 die schwarz-gelbe Mehrheit angreifen zu können. Eine linke Partei in einer sozial gespaltenen Gesellschaft kann dem Gemeinwohl und damit der Gesellschaft nur dienen, indem sie offen und konsequent die partikularen Interessen der gesellschaftlich Schwächeren wahrnimmt. Stellt man Land und Partei in einen Gegensatz, wie es die SPD mit der Agenda 2010 getan hat, ist der Niedergang besiegelt. Ohne produktiven Oppositionsgeist wird auch linke Regierungspolitik zum bloßen Management der herrschenden Verhältnisse. Oppositionsgeist ist nicht das meist eher übellaunige Dagegen-Sein. Produktiv wird oppositioneller Geist mit dem Bewusstsein, dass etwas auf grundsätzliche Weise falsch läuft und dass die Dinge auf grundsätzliche Weise anders geregelt gehören – und das auch möglich ist.

Die Zeiten, in denen sich die Partei Die Linke über die Schwächen der SPD definieren konnte, sind vorbei. Ihre Rolle ist nicht die eines Medizinmannes am Krankenbett der SPD. Sie ist in eine neue gesellschaftspolitische Verantwortung gestellt. Soll es eine ›linke Reformmehrheit‹ im Lande geben, wird sich die SPD in der Tat ›neu erfinden‹ müssen. Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit zusammenzubringen, könnte ein Grundanliegen einer linken Reformmehrheit sein, deren Parteien sich nicht gegenseitig kannibalisieren.

In einem fluiden Fünf-Parteien-System, in dem die Parteien unterschiedliche, pluralistische soziale Lagen, Interessen und Lösungswege vertreten, blockieren die alten Koalitionsmodelle gemeinsame Schnittmengen für notwendige linke Reformmehrheiten. Dieses Modell besagt ja, dass Koalitionen um so wahrscheinlicher und ›machbarer‹ sind, je mehr gemeinsame Vorhaben darstellbar sind: Ähnlichkeit statt Unterscheidbarkeit, die Restmenge wird zur potenziellen Störgröße. Kooperationskonstellationen könnten jedoch auch nach dem Modell von Zahnrädern funktionieren: Welche Vorhaben greifen so ineinander, dass sie arbeitsteilig jeden Part eines solchen linken Reformprojektes in Schwung halten?

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

»Sozialpalast« Berlin 2005, Foto: Anne Steckner



POLITISCHE EFFEKTE DER FINANZKRISE

UNTERSCHIEDLICHE KAMPFBEDINGUNGEN IN DEUTSCHLAND UND GROSSBRITANNIEN

ALEXANDER GALLAS

Derzeit ist im Hinblick auf die Finanzkrise viel von Stabilisierung die Rede. Allerdings ist die Restrukturierung des Finanzsektors nicht annähernd abgeschlossen. Die ökonomische Krise hat sich zwar bislang nicht in eine umfassende politische bzw. hegemoniale Krise übersetzt. Aber das könnte sich schnell ändern, wenn den Bevölkerungen die Rechnung für die staatlichen Rettungsmaßnahmen präsentiert wird.

Es scheint, dass eine überwunden geglaubte Krisenkonstellation wiederkehrt – wenn auch unter veränderteten Bedingungen. Die Intensivierung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Metropolen ab Ende der 1960er Jahre hatte zum Zerbrechen von fordistischen Akkumulationsstrategien und zu einer Überakkumulationskrise geführt. Dieser wurde durch das Aufblähen des Finanzsektors und Nachfragestabilisierung in Form von Privat- und Staatsverschuldung begegnet (vgl. Gowan 2009, 18). Mit dem Platzen der

Finanzblase ist also die Überakkumulationsproblematik wieder da.

Nun ist die Krise zwar ein globales Phänomen, aber sie wird in vielerlei Hinsicht von national spezifischen Institutionengefügen verarbeitet. Folglich gibt es auf politischer Ebene keine einheitliche Krisenreaktionsstrategie, sondern allenfalls vorherrschende Muster. Ebenso verhält es sich mit Eingriffen von links, was die nationale Unterschiedlichkeit der Kampfbedingungen spiegelt. Gerade um die Verengung linker Politik auf den nationalstaatlichen Rahmen zu überwinden, ist es notwendig, sich die Spezifik dieser Kampfbedingungen zu vergegenwärtigen. Dabei bietet sich der Vergleich Deutschlands und Großbritanniens an. Beide gehören zu den weltweit größten Volkswirtschaften und sind EU-Mitglieder. Allerdings zeigen sich große Unterschiede – z.B. im Hinblick auf die sozioökonomische Bedeutung des Finanzsektors und den Durchsetzungsgrad neoliberaler Umstrukturierung.

KONJUNKTUREN DER FINANZKRISE

Großbritannien: Verstaatlichungen und eine schwelende politische Krise

Die Überakkumulationskrise traf auch Großbritannien – in Form von heftigen Klassenauseinandersetzungen und ›Stagflation‹. Sie bedeutete das endgültige Scheitern einer fordistischen Strategie industrieller Modernisierung. Die Labour-Regierung unter James Callaghan entschied angesichts der Währungskrise 1976, Geldwertstabilität über Nachfragestabilisierung zu stellen und handelte einen Kredit des IWF aus, der an massive Kürzungen der Staatsausgaben gebunden war (Morgan 1990, 384). Damit wurde der Versuch aufgegeben, die britische Arbeiterklasse über korporatistische Arrangements einzubinden. Es war also eine sozialdemokratische Regierung, die die ersten Schritte in Richtung einer Ordnungs- und Klassenpolitik unter neoliberalen Vorzeichen unternahm.

Nach Thatchers Wahlsieg 1979 wurde ein umfassender »neoliberaler Regimewechsel« (Jessop 2002, 85) vollzogen. Die neue Regierung implementierte eine finanzgetriebene Akkumulationsstrategie. Sie trieb die Beseitigung von Investionshindernissen und die Finanzialisierung des Alltagslebens der Bevölkerung voran. Zudem beseitigte sie Kapitalverkehrskontrollen, liberalisierte den Wertpapierhandel und den Hypothekenmarkt und privatisierte den sozialen Wohnungsbau. Damit sorgte sie für einen massiven Kapitalzufluss in die City. Die 1997 gewählte Labour-Regierung unter Tony Blair setzte in Bezug auf die Politik einer liberalen Handhabung der Finanzmärkte auf Kontinuität (Gowan 2009, 16).

Die City kontrolliert den britischen Block an der Macht bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts (Gallas 2008, 284). Resultat der neoliberalen Umstrukturierungen ist, dass die britische Wirtschaft inzwischen vollständig auf die Profitinteressen der City ausgerichtet ist (22). Zugleich hat sich der ebenfalls seit Ende des 19. Jahrhunderts anhaltende Niedergang der britischen Industrie weiter beschleunigt.

Angesichts der Abhängigkeit der britischen Wirtschaft vom Finanzsektor und der Wichtigkeit des Immobilienmarktes ist

das Land in besonderem Maße von der Krise betroffen. Im September 2007 ereignete sich in Großbritannien ein Ansturm auf die Hypothekenbank Northern Rock. Anleger verlangten die Auszahlung ihrer Guthaben, weil die Bank ein Hilfegesuch an die Bank von England gerichtet hatte. Die Regierung garantierte zunächst die Einlagen und stützte die Bank durch Staatskredit. Zudem suchte sie einen Käufer für die Bank. Als dies misslang, reagierte sie im Februar 2008 mit Verstaatlichung.

Das war die erste von zahlreichen Stabilisierungsmaßnahmen für den britischen Finanzsektor. Aktionäre von vor der Pleite stehenden Institutionen wurden enteignet, Kapital, Kreditgarantien und Gelder zur Aufrechterhaltung des Tagesgeschäfts sowie zur Auslagerung von ›Giftpapieren‹ wurden bereit gestellt. Die britische Regierung zeichnet u.a. für die weltweit teuerste einzelne Rettungsaktion verantwortlich: Sie hat 45,5 Mrd. Pfund aufgewendet, um die Royal Bank of Scotland (RBS) zu stabilisieren. Heute befinden sich nicht nur die RBS und Northern Rock in staatlicher Hand, sondern etwa die Hälfte des britischen Bankensektors – allerdings ohne dass die Brown-Regierung bislang maßgeblich Einfluss auf Geschäftsentscheidungen nehmen würde. Die Bank of England reagierte auf den Zusammenbruch des Geldverleihs zwischen Banken ähnlich wie die Fed in den USA: mit drastischen Zinsschnitten und, als keine weiteren Senkungen mehr möglich waren, mit der direkten Ausdehnung der Geldmenge durch den Ankauf von Staatspapieren.

Dennoch befindet sich die britische Wirtschaft in einer tiefen Rezession. Sie ist nun über sechs Quartale geschrumpft – ein Novum seit Beginn der Aufzeichnung von Konjunkturdaten in den 1950er Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist von 5,13 Prozent im 4. Quartal 2007 auf 7,67 Prozent im 2. Quartal 2009 angestiegen (OECD 2009). Schließlich ist die Staatsverschuldung explodiert. Man erwartet, dass sie 2013 über 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen wird (Treasury 2009).

In dieser Situation stehen der britische Block an der Macht und die Regierung vor zwei Dilemmata: Auf der Ebene der Ordnungspolitik scheint der Weg zurück zu einer finanzgetriebenen Akkumulationsstrategie verbaut. Gleichzeitig ist es angesichts der chronischen Schwäche der britischen Industrie und der Zerschlagung korporatistischer Institutionen unter Thatcher unwahrscheinlich, dass ein produktivistisch-industriezentriertes Programm Erfolg haben könnte.

Auf der Ebene der Klassenpolitik haben die Regierung der letzten 30 Jahre darauf gesetzt, dass finanzgetriebenes Wachstum Zustimmung erzeugt – nicht bloß, weil Arbeitsplätze im und um den Finanzsektor geschaffen wurden, sondern weil somit die Finanzialisierung des Alltagslebens vorangetrieben werden konnte: Es standen günstige Privatkredite bereit, die zum Kauf von Häusern und Konsumgütern aufgewendet werden konnten. Zudem hat zumindest New Labour den öffentlichen Sektor und die Transferleistungen für die Ärmsten ausgebaut. All dies lässt sich nicht ohne weiteres fortsetzen. Die Vergabe von Privatkrediten stockt. Angesichts der Explosion der Staatsverschuldung gefährden zusätzliche Staatsausgaben die Währungsstabilität und die

Kreditfähigkeit des Staats. Insofern steht wohl der weitere Ausbau der repressiven Staatsapparate bevor. Ein Regieren auf Grundlage von Repression und geringer Zustimmung in der Bevölkerung dürfte sich jedoch als schwierig gestalten. Es ist davon auszugehen, dass in Großbritannien eine umfassende politische bzw. hegemoniale Krise schwelt.

Deutschland: Krise der öffentlichen Banken und Achillesferse Exportmodell

In Deutschland konnte die Überakkumulationskrise länger institutionell abgefedert werden. Sie nahm anders als in Großbritannien die Form einer Erosion der mit fordistisch-produktivistischen Strategien verbundenen Institutionen an. Entsprechend zog die Krise Auseinandersetzungen zwischen industrieller und Finanzfraktion um die Vorrangstellung im Block an der Macht nach sich, die keine eindeutigen Ergebnisse zeitigten. Es gab Versuche, eine wettbewerbskorporatistische-exportorientierte Wachstumsstrategie zu implementieren, aber auch Liberalisierungsschritte in Richtung einer finanzgetriebenen Akkumulationsstrategie nach angelsächsischem Vorbild.

Entsprechend ist die neoliberale Umstrukturierung in Deutschland institutionell weit weniger fortgeschritten als in Großbritannien. Es bestehen nach wie vor korporatistische Institutionen wie Flächentarifverträge und betriebliche Mitbestimmung, auch wenn sie in der Erosion begriffen sind. Zudem gibt es einen öffentlichen Bankensektor, und der Immobilienmarkt entwickelt sich auf Grund zahlreicher institutioneller Regulierungen weit weniger dynamisch. Schließlich besteht weiterhin eine starke, exportorientierte Industrie. Insofern sind die Politiken der letzten Jahre, die auf den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen wie auch auf die Liberalisierung der Finanzmärkte zielen, eher als »neoliberale politische Anpassungen« (Jessop 2002, 85) denn als Ausdruck eines Regimewechsel zu sehen.

Zwar kam es zu einer Krise der Ordnungspolitik, diese hatte aber auf Grund der institutionellen Rahmenbedingungen eine niedrige Intensität. Als sich unter Schröder die Umstrukturierungen beschleunigten, führte dies nicht zur Auflösung der ordnungspolitischen Spannungen, aber zur Implosion der SPD.

Ähnlich das Feld der Klassenpolitik: Auf den Umbruch unter Schröder mit der Agenda 2010 folgte der Schlingerkurs der großen Koalition, die Schröders Richtung beibehielt, andererseits Konzessionen an die Gewerkschaften machte. Es kam sowohl zur Einführung der Rente mit 67 als auch zur Schaffung von Ansatzpunkten für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn. In Großbritannien dagegen sorgte zwar Thatchers Angriff auf die organisierte Arbeiterschaft zunächst für harte Auseinandersetzungen, führte ab Ende der 1980er Jahre aber zu einer klassenpolitischen Stabilisierung.

Diese prinzipiellen Unterschiede erklären, warum die Regierungen Deutschlands und Großbritanniens im Vorfeld des G20-Gipfels im März diesen Jahres aneinandergerieten: Die Erzielung von Wirtschaftswachstum ist in Deutschland weit weniger vom Finanzsektor abhängig. Deshalb wird Reregulierung nicht im selben Maße als Gefahr angesehen.

Die Unterschiede erklären auch das Abweichen der Verlaufsbahnen der Finanzkrise. Gerade weil es in Deutschland zu keinem neoliberalen Regimewechsel gekommen ist, gibt es immer noch einen öffentlichen Bankensektor. Die Strategien der in ihm angesiedelten Institute haben sich jedoch denen von Privatbanken angeglichen: Auch öffentliche Banken investierten im großen Stil in ›Giftpapiere‹. Im Unterschied zu Großbritannien übersetzte sich die Krise in Deutschland folglich direkt in den Staat. Es erfolgten erhebliche Stützungsleistungen für öffentliche Banken und im Fall der sächsischen Landesbank die Übernahme durch ihr baden-württembergisches Gegenüber. Angesichts der Schwierigkeiten der privaten Bankenholding Hypo Real Estate entschied die Regierung zunächst, sämtliche Spareinlagen zu garantieren, und griff dann zum Mittel der Verstaatlichung. Dank der Teilung des deutschen Bankensektors in einen privaten und einen öffentlichen Bereich ist die Situation also unübersichtlicher als in Großbritannien. Das nutzen Neoliberale insofern, als sie die Finanzkrise auf Staatsversagen zurückführen.

Daneben gibt es in Deutschland noch eine weitere ›Einbruchstelle‹ der Krise: das Exportmodell. Der Handelsbilanzüberschuss der Bundesrepublik bedeutet, dass anderswo Handelsbilanzdefizite herrschen. Die Kehrseite der deutschen Exporterlöse ist also, dass andere Länder Waren auf Pump kaufen, und diese Importe nicht durch eigene Wertschöpfung gedeckt sind. Auch in Deutschland geht Wirtschaftswachstum auf Verschuldung im großen Stil zurück – auch wenn diese anderswo stattfindet (vgl. Wolf 2008).

Während in Großbritannien die ökonomische Krise eine ordnungs- und klassenpolitische Krise ausgelöst hat, ging in Deutschland letztere ersterer voraus. Unter Strich stehen jedoch beide Länder vor dem Problem, dass sich die vorherrschenden ordnungspolitischen Ansätze vor der Wirklichkeit blamiert haben: Über Verschuldung lassen sich Nachfragelücken nicht dauerhaft schließen.

Damit erledigen sich auch die entsprechenden klassenpolitischen Strategien: Einschluss über Finanzialisierung erscheint in der jetzigen Situation genauso wenig möglich wie ein Einschluss über wettbewerbskorporatistische Einbindung. In Deutschland tritt die spezifische Schwierigkeit hinzu, dass der Staatsverschuldung auf Grundlage der Verfassung inzwischen Grenzen gesetzt sind. Obwohl die Währungs- und Kreditsfähigkeitsrisiken derzeit geringer sind als in Großbritannien, ist somit ebenso ein starker Anreiz gegeben, Staatsausgaben zu beschränken. Dies erschwert die Organisation von Zustimmung in Zukunft. In dieser Hinsicht konvergiert die Situation in beiden Ländern: auch in Deutschland schwelt eine umfassende politische bzw. hegemoniale Krise.

DISKURSIVE BEARBEITUNGSVERSUCHE AUF DER POLITISCHEN BÜHNE

Großbritannien: Haarrisse im Offizialdiskurs

In Großbritannien herrscht auf der politischen Bühne pragmatischer Aktionismus vor. Im Zentrum der Debatte stehen zumeist technische Details, nicht aber die grundsätzliche Frage, ob die Hinwendung zu einer finanzgetriebenenen Akkumulationsstrategie ein

Fehler war. Die Vormachtstellung der Londoner City bleibt hingegen unhinterfragt. Auch die Ausweitung des Marktprinzips, ein Kernbestand neoliberaler Ideologie, wird von führenden politischen Kräften weiterhin angestrebt. Es gibt entsprechend kaum Maßnahmen von Seiten der Regierung, die darauf ausgerichtet wären, eine Alternative zur bisherigen Akkumulationsstrategie zu entwickeln.

Berücksichtigt man zudem den Widerstand der Regierung Brown gegen die Regulierung von Hedge-Fonds auf EU-Ebene, relativiert sich die ideologische Bedeutung dessen, dass im Zuge der Krisenbearbeitung immer wieder auf das Instrument der Verstaatlichung zurückgeriffen wurde. So ist Verstaatlichung zwar mit der Vorstellungswelt thatcheristischer ExtremistInnen nicht vereinbar, wohl aber mit der des neoliberalen Mainstreams à la Brown. Dieser betrachtet pragmatische Kehrtwenden als Voraussetzung für den Erhalt der vorherrschenden ordnungspolitischen Linie.

Angesichts der Schwäche des britischen Bankensektors deuten sich dennoch Symptome einer politischen Krise an – in Form von ›Haarrissen‹ im Offizialdiskurs. Kritik wird vor allem von Spitzenbürokraten geübt, die unmittelbar mit Finanzmarktrestrukturierung befasst sind. Beispiele sind Mervyn King, Chef der Bank of England, und Adair Turner, Chef der Aufsichtsbehörde Financial Services Authority. King sprach sich für eine institutionelle Trennung zwischen Privatkundengeschäft und Investment-Banking aus, forderte eine umfassende Umstrukturierung des britischen Bankensektors und kritisierte die marktdominierende Stellung von lediglich vier Großbanken (2009, 7). Turner ging noch weiter. Er stellte den gesellschaftlichen Nutzen eines aufgeblähten Finanzsektors insgesamt in Frage (vgl. Inman 2009). Dies zeigt, dass auch Repräsentanten des Machtblocks erhebliche Zweifel an der vorherrschenden Ordnungspolitik haben.



Streik im öffentlichen Dienst, Brighton 2008
Foto: Hossam el-Hamalawy



Deutschland: Streit um wirtschaftspolitische Strategien

In Deutschland gibt es offenen politischen Streit um die Bearbeitung der Krise. Damit offenbart sich, dass sowohl die Führungsrolle im Block an der Macht umstritten ist, als auch, dass es keine klare ordnungspolitische Linie gibt. Es existieren zwei Hauptlager, von denen das eine ordoliberal und das andere wettbewerbskorporatistisch ausgerichtet ist.

Das ordoliberale Lager rekrutiert sich vor allem aus VertreterInnen von Union und FDP. Es kritisiert den Niedergang des Prinzips

der Haftung im Finanzsektor. Der Staat habe eine regulierende, nicht aber steuernde Rolle innerhalb der Wirtschaft einzunehmen. Im ersten Absatz des Koalitionsvertrags der neuen Regierung finden sich Anklänge an diese Linie: »Die Ordnungspolitik setzt in der Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen. Deren oberstes Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmen ihre produktiven Kräfte entfalten und ihr Eigentum sichern können.« (CDU/CSU/FDP 2009)

Das ordoliberale Lager steht für Kontinuität, weil es jene Kräfte umfasst, die im Bundestagswahlkampf 2005 noch auf ein radikal neoliberales Ticket gesetzt hatten. Dieses Lager steht der finanzkapitalistischen Fraktion im Block an der Macht am nächsten. Im Unterschied zu 2005 tritt es allerdings nicht mehr offen für die Liberalisierung von Finanzmärkten ein.

Die wettbewerbskorporatistische Strömung orientiert sich an der industriellen Fraktion im Block an der Macht. Es betont die Lenkungsfunktion staatlicher und korporatistischer Institutionen für die Wirtschaft. Im Namen der Industrie und des ›Volkes‹ wird die vermeintliche Vormachtstellung des Finanzkapitals anprangert.

So deklariert Frank-Walter Steinmeier in seinem Programmpapier *Die Arbeit von morgen*: »Unsere Wirtschaftsleistung im nächsten Jahrzehnt muss weiterhin von dem geprägt sein, was niemand so gut kann wie wir: industrielle Produktion.« Und: »Wir wollen Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen, um Deutschlands strategische Erfolgsfaktoren über die Krise hinweg zu bewahren.« Dieses Lager wird auf der politischen Bühne inzwischen durch den Mainstream der SPD vertreten, aber auch durch ›Industriepolitiker‹ im Lager der Union wie z.B. Jürgen Rüttgers.

Deutschland unterscheidet sich also von Großbritannien im Hinblick auf die Existenz offener Auseinandersetzungen. Diese sind darauf zurückzuführen, dass der neoliberale Umbau der deutschen Wirtschaftsordnung weniger weit reicht. Die mit fordistischen Strategien verknüpften Institutionen sind ebenso krisenhaft wie diejenigen, die mit Finanzialisierungsstrategien verbunden sind. Insofern haben es beide Lager relativ leicht, auf das Versagen des jeweils anderen zu verweisen.

STRATEGISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Großbritannien: Der öffentliche Sektor als Interventionsraum

Politische Interventionen von links gestalten sich in Großbritannien schwierig. Dafür gibt es zunächst zwei krisenunabhängige, institutionelle Gründe: Das Mehrheitswahlrecht und die rechtliche Einfassung von Arbeitskämpfen.

Das Mehrheitswahlrecht verschließt oppositionellen parteipolitischen Gruppierungen den Zugang zur politischen Bühne. Zugleich zentriert es die Programmatik der Hauptparteien auf eine kleine Gruppe von Wechselwählern. Auf Grund der daraus resultierenden Einhelligkeit politischer Debatten ist es auch für außerparlamentarische Akteure schwer, politischen Druck zu entfalten.

Die Kehrseite dieser Konstellation ist eine Krise der Repräsentation, also die Entkopplung

großer Teile der Bevölkerung von Parlament und Regierung. Labour regiert derzeit mit absoluter Mehrheit, obwohl die Partei bei den Unterhauswahlen 2005 lediglich 22 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten bekommen hat. Bei Europawahlen 2009 stimmte ein Drittel der Bevölkerung ab, und nur 57,1 Prozent der Stimmen gingen an die drei die politische Bühne dominierenden Parteien. Vor allem die Anbindung der weißen Arbeiterklasse an Labour scheint sich aufzulösen, wie die Erfolge der neofaschistischen British National Party bei Europa- und Kommunalwahlen in ehemaligen Industrieregionen zeigen. Damit deutet sich das Ende der Klassenkoalition hinter New Labour an, in die die organisierte Arbeiterklasse wie auch nicht-gewerkschaftliche Lohnabhängigenmilieus eingebunden waren.

Angesichts dessen stellt sich die Frage nach den Erfolgschancen einer Linkspartei (vgl. Devine/Purdy 2009). Dabei ist Skepsis angebracht. Denn es besteht bereits eine auf kommunaler und europäischer Ebene verankerte grüne Partei, und bereits erfolgte Parteigründungen von Linken sind weitgehend gescheitert. Auch Forderungen nach einer Reform des Wahlsystems (vgl. Sullivan 2009) sind zwar berechtigt, aber wenig Erfolg versprechend, weil die Dominanz der beiden größten Parteien auf ihm beruht.

Der zweite institutionelle Hindernis für Interventionen von links ist die Tatsache, dass es den neoliberalen Regierungen der letzten 30 Jahre gelungen ist, ein repressives Arbeitskampfrecht durchzusetzen, das in Westeuropa seinesgleichen sucht. Beispielsweise verfällt der Kündigungsschutz für streikende Arbeiter nach 12 Wochen. Zudem sind Ansprüche auf staatliche Transferleistungen nicht gesichert, wenn Einkommen auf Grund von Streikaktivitäten wegfällt. Die mit legaler Streikaktivität verbundenen Risiken sind also enorm. Die Kampfkraft der britischen Arbeiterklasse ist dadurch erheblich geschwächt.
Neben die institutionellen Hindernisse zur Organisation tritt die derzeitige ideologische Schwäche der britischen Arbeiterbewegung. Im Frühjahr diesen Jahres liefen zahlreiche Streiks im Bereich des Baus und der Ölraffinerien – allerdings unter dem aus dem neofaschistischen Milieu kommenden, dann von Gordon Brown übernommenem Slogan »British Jobs for British Workers«. Diese Arbeitskämpfe fanden die Unterstützung von Boulevardzeitungen und zielten auf die EU-Entsenderichtlinie, die in Großbritannien die Beschäftigung von untertariflich bezahlten EU-Ausländern ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund scheint der öffentliche Sektor als wichtigster Zielpunkt linker Interventionen. Der Umverteilungsaspekt der Bankenrettungen wird hier für die Bevölkerung spürbar werden: sowohl im Hinblick auf den Wegfall von Stellen als auch hinsichtlich der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Darüber droht der Wegfall von Transferleistungen und der Rückbau von Gesundheitsversorgung und Bildungsinstitutionen. Zudem ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Streikbereitschaft im öffentlichen Sektor nach wie vor hoch. Außerdem greifen Spaltungsmechanismen nach der EU-Entsenderichtlinie nicht. Schließlich bietet

sich auf diesem Feld auch die Möglichkeit, Kämpfe miteinander zu verknüpfen: Von der möglichen Privatisierung der Royal Mail sind nicht nur die Beschäftigten betroffen, sondern auch die NutzerInnen des Postdiensts. Es käme also darauf an, den Umverteilungsaspekt der Stabilisierungsmaßnahmen zu skandalisieren, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen zusammenzuführen und zu verhindern, dass Beschäftigte und NutzerInnen öffentlicher Leistungen gegeneinander ausgespielt werden. Das könnte dazu beitragen, eine gesellschaftliche Debatte über den Staat und sein Verhältnis zur Bevölkerung in Gang zu bringen. Dann hätte vielleicht sogar eine Debatte um das Wahlrecht eine Chance.

Deutschland: Partei und Bewegung

In Deutschland sind die Startbedingungen für linke Interventionen gegen die Krisenabwälzungspolitik und für Alternativen zum Status quo günstiger. Zunächst gibt es auf der politischen Bühne mit der Partei Die Linke eine Kraft, deren politische Identität sich aus der Gegnerschaft zur neoliberalen Ideologie speist. Sie ist offensichtlich erfolgreich darin, die VerliererInnnen der Umstrukturierungsprozesse der letzten Jahre auf ihre Seite zu ziehen.

Die Existenz einer parlamentarischen Linken ist für den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung bedeutsam, weil sie Spannungen innerhalb von SPD und Union in Bezug auf Fragen der Klassenpolitik verstärkt. Angesichts der durch Rettungsmaßnahmen gestiegenen Staatsverschuldung und der Schuldenbremse wird es unweigerlich zu Kürzungen der Staatsausgaben kommen. Das wird diejenigen in beiden Parteien auf den Plan rufen, die um Wählerabwanderung nach links besorgt sind. Die Tatsache, dass insbesondere die Union im Wahlkampf eine weniger extreme Position bezogen hat als 2005, dürfte bereits dieser Konstellation geschuldet sein. Insofern bietet sich durchaus die Möglichkeit, die neue Regierung einigermaßen in Schach zu halten.

Damit diese Rechnung aufgeht, ist es allerdings erforderlich, dass sich die Linkspartei nicht auf Grund von Machtoptionen in Distanz zu den fraglichen Bevölkerungsteilen setzt. Denn sobald sie einmal mit Sozialabbau in Verbindung gebracht wird, löst sich das Drohszenario für SPD und Union in Luft auf. Dabei offenbart sich eine Spannung, die das Projekt Linkspartei durchzieht: die zwischen Klassen- und (ostdeutscher) Volkspartei.

Die Gewerkschaften sind in Deutschland, auch abgesehen von Unterschieden in der Rechtslage, in Bezug auf Abwehrkämpfe in einer günstigeren Position als in Großbritannien. Schließlich können auch sie angesichts von Kürzungsankündigungen mit politischen Destabilisierungsszenarios drohen. Allerdings ist das Agieren schwierig, wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Dann verwandeln sich Gewerkschaftsgliederungen auf Grund bestehender korporatistischen Arrangements schnell in Agenturen des Abwicklungsmanagements.

Das Beispiel Opel zeigt zudem, dass auch in Deutschland nationalistische Mobilisierungen für Gewerkschaften eine Rolle spielen. Setzen Gewerkschaftsorganisationen auf Wett-

bewerbkorporatismus und Nationalismus, geben sie die Möglichkeiten aus der Hand, die aus der Instabilität der politischen Bindung der Lohnabhängigen an die Mainstreamparteien erwächst.

Ähnliches gilt für andere soziale Bewegungen: Gerade dann, wenn sie sich nicht isolieren und auf Spezialanliegen reduzieren lassen, haben sie eine Chance, Druck auf die Regierung zu entwickeln. Um also eine effektive Abwehrpolitik in Bezug auf die Abwälzung der Kosten der Finanzkrise auf die Bevölkerung betreiben zu können, ist es sowohl für soziale Bewegungen als auch für die Partei die Linke von zentraler Bedeutung, in Bündnissen zu agieren. Kristallisationspunkt könnte, wie in Großbritannien auch, der öffentliche Sektor sein. Bündnisse hätten einen politisierenden Effekt auf die Bewegungen, und würden gleichzeitig die Partei auf die Vertretung subalterner Interessen festlegen. Die gemeinsame Mobilisierung zu den Demonstrationen im Frühjahr diesen Jahres bietet insofern eine wichtige strategische Perspektive.

FAZIT

Der Vergleich der politischen Bearbeitung der Finanzkrise in Deutschland und Großbritannien unterstreicht, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen die europäische Linke steht. Die Kampfbedingungen unterscheiden sich erheblich, sodass die auf ihrer Grundlage zu entwickelnden Strategien voneinander abweichen müssen. Damit wird ein strukturelles Organisationsungleichgewicht deutlich: Während die Finanzfraktionen des Kapitals längst in transnationale Netzwerke eingebunden sind, agieren Parteien und soziale Bewegungen immer noch vornehmlich auf nationaler Ebene. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Kampfbedingungen besteht dazu auch keine Alternative. Dennoch sollte das Erfassen von Differenzen der erste Schritt dazu sein, zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen.

LITERATUR

CDU/CSU/FDP, 2009: *Wachstum, Bildung, Zusammenhalt: Koalitionsvertrag*, www.cdu.de/doc/pdfc/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf

Devine, Pat, und David Purdy, 2009: *Feelbad Britain and the Future of the Left*, www.redpepper.org.uk/Feelbad-Britain-and-the-future-of

Gallas, Alex, 2008: Kapitalismus ohne Bourgeoisie: Die ›Gentlemanly Association‹ und der englische Block an der Macht. In: Urs Lindner, Jörg Nowak and Pia Paust-Lassen (Hg.): *Philosophieren unter anderen: Beiträge zum Palaver der Menschheit – Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster,* 263–88

Gowan, Peter, 2009: Crisis in the Heartland: Consequences of the New Wall Street System, in: *New Left Review*, 5–29

Inman, Phillip, 2009: Finacial Services Authority Chairman backs Tax on ›Socially Useless‹ Banks, in: *The Guardian* vom 27.8.2009

Jessop, Bob, 2002: *The Future of the Capitalist State*, Cambridge

King, Mervin, 2009: *Speech to Scottish Business Organisations*, Edinburgh, http://fbkfinanzwirtschaft.files.wordpress.com/2009/10/21406275-mervyn-king-speech-break-up-banks.pdf

Morgan, Kenneth O., 1990: *The People's Peace: British History 1945–1989*, Oxford

OECD, 2009: *Harmonised Unemployment Rate*, http://stats.oecd.org/index.aspx

Steinmeier, Franz-Walter, 2009: *Die Arbeit von morgen: Politik für das nächste Jahrzehnt,* www.frankwaltersteinmeier.de/_media/pdf/Die_Arbeit_von_Morgen_navi.pdf

Stewart, Michael, 1977: *The Jekyll & Hyde Years: Politics & Economic Policy since 1964*, London

Sullivan, Willie, 2009: Too Important to leave to the Politicians, in: *Red Pepper*, www.redpepper.org.uk/Too-important-to-leave-to-the

Treasury, 2009: *Public Sector Finances Statistical Bulletin*, 20.10.2009, www.hm-treasury.gov.uk/d/public_finances_databank.xls

Wolf, Martin, 2008: Global Imbalances threaten the Survival of Liberal Trade, in: *Financial Times* vom 3.12.2008

BRASILIEN: FÜR EIN POPULARES PROJEKT

JOÃO PEDRO STÉDILE

Wir stehen erneut einer systemischen Krise gegenüber. Eine der Folgen der Krise von 1870 bis 1896 war das Aufkommen des ersten Volks- und Arbeiteraufstands, der Pariser Kommune. Die Krise von 1929 bis 1945 zog vielfältige gesellschaftliche Auseinandersetzungen nach sich und wurde erst durch den Zweiten Weltkrieg gelöst. Wenn wir uns nun wieder in einer systemischen Krise befinden, wird diese lang anhalten – fünf bis zehn Jahre schätzt der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz – und erhebliche Konsequenzen zeitigen, bevor der Kapitalismus sich erneuert und ein neuer langer Akkumulationszyklus möglich wird.

Einige unserer organischen Intellektuellen weisen darauf hin, dass diese Krise einige besondere Charakteristika aufweist. Niemand weiß, welche gesellschaftlichen Konsequenzen sie haben wird: zu Zeiten vorangegangener Krisen lebte die Mehrheit der Weltbevölkerung noch auf dem Lande, und die Produktionsweise der Bauern war nicht kapitalistisch.

Die Logik der bäuerlichen Produktionsweise folgt nicht der des Profits, sondern dem Ziel einer Produktion fürs Überleben; nur der Überschuss wird auf dem Markt verkauft. Folglich gelingt es auf Subsistenz orientierten Bauern, sich besser gegen kapitalistische Krisen abzusichern. Inzwischen leben zum ersten Mal in der Geschichte 51 Prozent der Menschheit in Städten. Wenn wir Indien und China abziehen, sind es fast 70 Prozent. Niemand vermag also die Tiefe der gesellschaftlichen Probleme zu ermessen, die eine Krise dieses Ausmaßes für die in den großen Städten lebende Bevölkerung schaffen kann.

Ein weiteres Charakteristikum ist, dass sich das Kapital internationalisiert und zentralisiert hat. Die Weltwirtschaft wird von den 500 Großunternehmen beherrscht. Die 50 größten Unternehmen verfügen über ein Bruttosozialprodukt, das das der 100 kleinsten Länder übersteigt. Die Filiale des brasilianischen Ölkonzerns Petrobrás in Bolivien verfügt über ein Bruttoprodukt, das 15 Prozent der Wirtschaftskraft Boliviens ausmacht. Das Unternehmen Vale do Rio Doce hat eine Wertschöpfung, die anderthalbmal so groß ist, wie das BIP des Bundesstaates Pará. Wer hat also mehr Macht in Pará: Die Gouverneurin Ana Júlia oder der Konzernchef Roger Agnelli? Der Machtzusammenballung des Kapitals kann politisch nur auf internationaler Ebene begegnet werden, durch ein System von Global Governance. Doch die Organe dieser Governance sind für die Krise wesentlich mitverantwortlich. Wer respektiert noch den Internationalen Währungsfond? Die Weltbank? Die Vereinten Nationen? Die UNO hat 300 Beschlüsse über Palästina, Irak etc. verabschiedet und niemand respektiert sie. Wird also die UNO das Kapital regulieren? Eine Illusion. Es besteht ein Widerspruch zwischen der internationalisierten Macht des Kapitals und einer politischen Macht, die es reguliert. Beim Fehlen einer politischen Macht kann es dazu kommen, dass sich die Krise verlängert oder dass die Lösung nur zugunsten der wirtschaftlichen Macht ausfällt, mit entsprechenden sozialen und ökologischen Folgen.

Ein Charakteristikum der Krise ist, dass im 20. Jahrhundert das Zentrum der kapitalistischen Akkumulation, des industriellen Kapitalismus, v.a. in der Automobilindustrie lag. Das Auto war die Lokomotive der Entwicklung und unzählige Aktivitäten gruppierten sich darum: von Stahlwerken und Zulieferern über den Straßen- und Städtebau bis hin zur Konsum- und Lebensweise – alles dreht sich ums Auto. Wenn ich in São Paulo zu Fuß gehen muss, werde ich wütend, weil die Fußwege nicht für Fußgänger gemacht sind, sondern damit die Autos in ihre Garagen fahren können. Welche Leidenschaft die Industriegesellschaft um das Auto herum erschaffen hat! Doch lässt sich diese Logik nicht unentwegt fortführen, die auf individuellem Verkehr basierende Lebensweise lässt sich nicht aufrechterhalten.

Die Ölvorräte gehen zur Neige, also wird auf Biokraftstoffe umgestellt. Doch wie viel landwirtschaftliche Fläche müssten wir mit Zuckerrohr bepflanzen? In São Paulo sind es schon 4 Mio. Hektar, die für jene 30 Prozent Ethanol am Gesamtverbrauch benötigt werden – Flächen, die nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion, für die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Diese

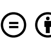
Form der Produktion stößt an die Grenzen der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen. Nicht nur landwirtschaftliche Grenzen, auch Grenzen der Förderung von Eisen, Grenzen des Transports, der Nachfrage. V.a. aber ist diese industrielle Produktionsform die Ursache der klimatischen Veränderungen unseres Planeten. Ein weiteres Beispiel aus meiner Heimat Rio Grande do Sul: In den letzten Jahren mussten wir fünf Dürreperioden überstehen. Jenes regnerische Klima, für das Rio Grande bekannt ist, gibt es nicht mehr. In 110 Gemeinden verfügen die Haushalte nicht über ausreichend Trinkwasser. Dies steht offensichtlich mit der industriellen Monokultur der Landwirtschaft, mit der zunehmend auf die Industrie, auf die Kapitalakkumulation anstatt auf den Wohlstand der Bevölkerungen ausgerichteten Produktionsweise im Zusammenhang. Dieses industrielle Modell mit der Autoindustrie im Mittelpunkt taugt nicht für einen neuen Entwicklungsschub. Brasilien wie der Rest der Welt muss umsteuern.

ÜBLICHE AUSWEGE DES KAPITALS

Wenn die Bewegungen der Arbeiterklasse ihre Interessen schützen wollen, müssen sie achtsam sein: Die Kapitalisten neigen dazu, auf Rezepte aus anderen Perioden zurückzugreifen: Zuerst zerstören sie vor der Krise überakkumuliertes Kapital, um den Weg für einen neuen Akkumulationszyklus frei zu machen. Pensionsansprüche, Arbeitsplätze, Perspektiven werden mitzerstört.

Darüber hinaus wird in der Krise die Ausbeutung der Arbeiter verschärft. Das Kapital drückt die Durchschnittsgehälter, erhöht die Arbeitszeit, verdichtet die Arbeit und stabilisiert auf diese Weise die Profitrate. Die Krise wird auch zur technischen Anpassung genutzt, um den Produktionsprozess umzubauen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen bzw. mehr Produkte in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitern herzustellen.

Auch nimmt in Krisenzeiten der Kapitaltransfer von der Peripherie ins Zentrum zu. Die Kapitalisten haben in der vorangegangenen Periode 1,5 Bio. US-Dollar in Aktien in der Peripherie investiert. Mit der Krise wurde dieses Kapital abgezogen: Seit Mitte 2008 fielen binnen eines Jahres die ausländischen Investitionen auf nur knapp 180 Mrd. US-Dollar. Ein weiterer Mechanismus der Krisenbearbeitung ist Krieg: Kapital wird zerstört, zeitgleich eröffnen sich Profitquellen. Darin liegt ein Grund für die Ausweitung kriegerischer Auseinandersetzungen und Regionalkonflikte. Der Staat ist ein wesentlicher Faktor zur Stützung und Wiederherstellung der Kapitalakkumulation. Überall wurden staatliche Ressourcen eingesetzt, um in Schieflage geratene Banken und Unternehmen, die Finanzmärkte an sich zu stabilisieren. Etwa 40 Mrd. US-Dollar der in New York hinterlegten brasilianischen Devisenreserven wurden für die Rettung von Unternehmen eingesetzt. Großzügig stellte die Regierung von Lula 10 Mrd. US-Dollar für die Aufstockung der IWF-Reserven zur Verfügung und konnte so seinen Stimmenanteil bei Entscheidungen des IWF von fünf auf sechs Prozent steigern. Eine großartige Veränderung des Kräftever-

Sao Paolo 2007, Foto: flickr/jack two  



hältnisses! Wenn diese 10 Mrd. US-Dollar in Brasilien eingesetzt würden, wie viele Häuser ließen sich bauen, wie weit ließe sich die Landreform voranbringen?

Schließlich gehört auch die private Aneignung der natürlichen Ressourcen zu den Methoden der Krisenüberwindung, eine fortwährende ursprüngliche Akkumulation wie sie Rosa Luxemburg bereits analysiert hat. Wenn die natürlichen Ressourcen wie Eisenvorkommen, Erdöl, Wälder, Wasser unangetastet in der Natur vorhanden sind, haben sie keinen Wert. Aber wenn sie angeeignet werden, wenn ein wenig menschliche Arbeit daran verausgabt und es in eine Ware verwandelt wird, erhält es einen Preis. Im Allgemeinen sind diese natürlichen Ressourcen endlich und begrenzt, womit der Preis steigt. Ein Beispiel, das uns die Arbeiter der Aracruz erklärt haben: Die Kosten für die Pflanzung und Umwandlung von Eukalyptus in Zellulosepaste (also noch kein Papier) liegen bei 70 US-Dollar pro Tonne. Vor der Krise wurde die Tonne Zellulosepaste zu 850 US-Dollar verkauft. Das ergibt eine Profitrate von 700 Prozent. Solche Profitraten wurden nicht einmal während der Sklaverei erreicht, so Celso Furtado[1].

Damals lag die mittlere Exportprofitrate in der Land- und Forstwirtschaft bei 400 Prozent. Dann kam die Krise und der Preis für die Tonne Zellulosepaste fiel auf 550 US-Dollar. Während die Produktionskosten weiterhin bei 70 US-Dollar liegen – aufgrund eben jener Aneignung der natürlichen Ressourcen, die allen zur Verfügung stehen sollten. Die Bäume gehören allen, die Eisenvorkommen, die Pré-Sal-Erdölvorkommen[2] gehören uns allen. Letztere versuchen sich Unternehmen bereits juristisch anzueignen. Aufgrund der Krise verfügen sie nicht über genügend Kapital für die Exploration und Exploitation der Vorkommen. Aber Eigentumstitel und Konzessionen werden von der Regierung großzügig vergeben.

Diese Aneignungsbewegung des Kapitals ist auch bei transgenem Saatgut gut zu beobachten. Mit juristischen Mitteln wird versucht, das Eigentum an Saatgut, das bislang Kulturerbe der Menschheit war, zu privatisieren. Das Patentgesetz erlaubt, wenn jemand eine Variante des transgenen Mais entwickelt, diese zu registrieren und dann steht da: Dieser Mais gehört Bayer, dieser Mais ist Privateigentum von Monsanto. Von dem Tag an muss jeder, der Mais anbaut, Lizenzgebühren an Monsanto, Bayer, BASF zahlen. Das Patentgesetz von 1995 war übrigens die erste Maßnahme der Regierung von Fernando Henrique[3]. Es wurde vor der Abstimmung im Kongress von der US-amerikanischen Botschaft auf Englisch an die Kongressmitglieder verteilt. Der Senator aus Paraíba hat es von der Botschaft erhalten und sich nicht einmal die Arbeit gemacht, den Gesetzesvorschlag der Amerikaner zu übersetzen. Fernando Henrique hat es schließlich mit einem Präsidialerlass durchgesetzt.

Dabei ist die Strategie der Konzentration auf Export von Primärgütern keineswegs sinnvoll: Mit Bezug auf die US-Wirtschaft ist es hier in Brasilien üblich, in der Agrarwirtschaft auf die USA als weltgrößte Exportnation zu verweisen: »Die USA sind die größte Macht der Erde und größter Exporteur von Rohstoffen, das ist unser Weg!« Dabei exportiert die

Agrarwirtschaft der USA nur 12 Prozent der eigenen Produktion, 88 Prozent versorgen den Binnenmarkt. Brasilien braucht Ernährungssouveränität und eine Rückbesinnung auf die Bedürfnisse der Menschen – noch immer gibt es Hunger.

Teile der brasilianischen Bourgeoisie, die eine subalterne Rolle als Rohstofflieferant akzeptieren, stützen auch eine subimperialistische Position. Den brasilianischen Unternehmen kommt die Rolle zu, die Märkte und Reichtümer der anderen lateinamerikanischen Länder zu erkunden und auszubeuten. Das ist die Rolle, die Eletrobrás in Bezug auf Itaipu übernimmt, die Petrobrás in Bolivien, in Ecuador einnimmt, die Odebrecht und Andrade Gutiérrez[4] in anderen Ländern einnehmen.

In den Medien wird die Krise wie ein Naturphänomen dargestellt. Die Krise hat keinen Schuldigen. Sie hätte auch vom Wetterbericht verkündet werden können: »Im Nordosten wird es Regen geben, Trockenheit im Süden und Krise dringt von Norden her in alle Landesteile vor.« Wenn also niemand etwas für die Krise kann und sie uns alle betrifft, ist die Regierung aufgerufen, etwas zu tun. Damit wird alles gerechtfertigt, z.B. die Rettung der Banken. Aber keine Sorge, vermelden die Medien, die Krise werde schnell vorübergehen. Der Staat kümmert sich – Protest wird bestraft. Jede Woche erleben wir derzeit die Repression. Vor Kurzem wurde ein Gebiet in Minas Gerais mit über hundert Familien, die dort seit zwölf Jahren lebten, geräumt. Die Militärpolizei kam mit Sondereinheiten und Bulldozern und hat alles zerstört. Ein Gericht hat in erster Instanz ein vorläufiges Urteil erlassen, weil der Landbesitzer der Banco do Brasil 70 Mio. schuldet. Kleingeld im Vergleich zur Bankenrettung! Aber für die Rettung der Existenz dieser Familien ist kein Geld vorhanden. Weshalb soviel Repression? Unsere Folgerung ist, wir – die Bewegung der Landlosen (MST) – werden vorbeugend bestraft, damit die anderen ruhig bleiben. Die Medien berichten abwertend über die MST, über Streiks der Erdölarbeiter, über Proteste gegen die Krise. Medien, Kapital und Staat reagieren mit Repression auf die Kämpfe.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE BRASILIANISCHE ARBEITERKLASSE

Die Krise kommt in einem schlechten Moment, denn wir erleben einen Niedergang der Massenbewegungen, eine politische und ideologische Niederlage der Arbeiterklasse. Wann hatten wir den letzten Generalstreik? Wann war die letzte große Demonstration? Was hat die Neoliberalisierung der Universitäten in den letzten zehn Jahren hervorgebracht? Einen Haufen leerer Köpfe, die Zerstörung von Wissen. Zu Zeiten der Diktatur waren sie ein Zentrum des Widerstands. Und heute? Die akademische Welt ist ein Spiegelbild der ungünstigen Kräfteverhältnisse. Wer spricht heute noch vom Sozialismus? Man muss schon andere Adjektive bemühen: demokratisch, pluralistisch etc. Aus der ideologischen Niederlage resultiert das niedrige politische und kulturelle Niveau unseres Volkes. Doch sind die popularen Klassen die einzige Kraft, die in der Lage ist, eine Veränderung durchzusetzen. Aber unsere Gesellschaft ist immer noch Erbin von 400 Jahren

Sklaverei. Wir sind eine kulturell, politisch verarmte Arbeiterklasse. Und das wirkt sich auf die Reaktionen aus. Die Kräfte, die sich gegen die Krise organisieren, lassen sich um drei Alternativen gruppieren: a) Die erste fordert: »Angesichts der Krise brauchen wir den Sozialismus jetzt! Es gibt innerhalb des Kapitalismus keine Lösung.« Dazu gehören Gruppen, die der PSTU nahestehen, und einige Strömungen der PSOL, die Causa Operária, einige trotzkistische Strömungen. b) Eine zweite Gruppe verteidigt Vorschläge, die wir als neokeynesianisch bezeichnen können: Senkung der Zinsen, höhere Ausgaben für öffentliche Politiken zugunsten der Armen, mehr Ausgabenprogramme für sozialen Ausgleich, eine Art von reduziertem Rooseveltschem New Deal. Gewerkschaftliche Strömungen auch innerhalb der PT, einige soziale Bewegungen und NGOs vertreten solche Programme (die meiner Ansicht nach weniger radikal sind, als Keynes selbst es war). c) Eine dritte Gruppe, zu der wir von Via Campesina zählen, vertritt eine Art populares Projekt. Wir hängen nicht der Illusion an, dass der Sozialismus bevorsteht. Wir haben keine Macht. Wir können die Kräfteverhältnisse nicht soweit beeinflussen, dass sozialistische Veränderungen möglich werden. Doch auch der Neokeynesianismus ist keine Alternative fürs Volk. Er kann das Leiden der Arbeiterklasse etwas verringern, trägt dazu bei, die Binnennachfrage zu steigern und die Profite der nationalen Bourgeoisie zu stabilisieren. Die Kräfteverhältnisse werden damit kaum verschoben. Daher brauchen wir eine Perspektive zur Sammlung stärkerer Kräfte.

ELEMENTE EINES POPULAREN PROJEKTS ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

Wie müsste ein populares Projekt aussehen, damit sich auch andere Kräfte daran beteiligen – als gemeinsame Strategie? Dafür haben wir einige eher keynesianische Elemente im Programm verankert. Aber im Wesentlichen handelt es sich im einen Widerstandsversuch im Kapitalismus, um Kräfte für eine nächste Etappe zu sammeln. Hier in Kürze unsere Punkte, um der Krise zu begegnen:

1. *Beschäftigungsgarantie für Alle*. Es geht nicht nur darum, dass der Staat eine Politik des sozialen Ausgleichs betreibt. Der Staat muss auch Arbeitsplätze in für alle sinnvollen Bereichen schaffen.

2. *Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzung*. Damit hängt die Aufstockung des Mindestlohns zusammen, der am stärksten zur Umverteilung des Einkommens in Brasilien beiträgt. Der Mindestlohns betrifft gerade die Ärmsten Brasiliens. 14 Mio. Menschen beziehen Sozialleistungen des INSS, deren Bezugsgröße der Mindestlohn ist. Eine Anhebung des Mindestlohns führt automatisch zur Anhebung der staatlichen Leistungen für diese ärmste Schicht der Arbeiter.

3. *Ein Widerstandsbündnis aufbauen*: Wir werden es nicht hinnehmen, dass soziale Rechte abgebaut werden.

4. *Abschaffung des so genannten Primärüberschusses*. Dies ist einer der zentralen wirtschaftlichen Mechanismen, mit dem die brasilianische Gesellschaft ausgebeutet wird. Die Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüs-

Prestes Maia Gebäude, das von 468 Familien besetzt ist. Sao Paolo 2005, Foto: Paul Keller



IMAGINARIO
APTO 1

sen dient allein der Bedienung von Zinsen und Schulden. Jedes Jahr werden 200 Mrd. US-Dollar von der Zentralbank direkt an private Banken und andere Gläubiger überwiesen. Mit diesen 200 Mrd. könnten wir staatliche Politiken umsetzen, um Beschäftigung für alle zu schaffen und weitere Lohnumverteilungspolitiken durchzusetzen. In Europa und den Vereinigten Staaten wächst das Defizit beständig. Weshalb also verfolgt nur Brasilien diese Politik des Primärüberschusses?

5. Unser Interesse besteht darin, diese Ressourcen auch für eine umfassende *Landreform* einzusetzen, um Arbeit und Lebensbedingungen für die Landbevölkerung zu sichern, damit sie nicht in die Städte wandern muss.

6. *Verstaatlichung des Finanzsystems*. Letzteres ist der zentrale Ort der Enteignung unseres Wohlstandes. Wenn der im Namen der Gesellschaft handelnde Staat dieses nicht kontrolliert, gibt es keinen sozialen Ausweg aus der Krise. Selbst innerhalb der kapitalistischen Logik ist es offensichtlich, dass es ohne eine staatliche Intervention oder eine stärkere Kontrolle des Finanzsystems nicht zu einer Veränderung und mehr produktiven Investitionen kommen wird.

7. *Ein umfassendes Programm zur Verteidigung der Umwelt und des Lebens der Menschen*. Wir müssen etwa die Veränderung des brasilianischen Forstgesetzes verhindern, das sonst dazu führen wird, dass die Landbesitzer[5] die noch verbliebenen natürlichen Ressourcen vernichten. Der Umfang der gesetzlich ausgewiesenen Naturschutzgebiete soll um 80 Prozent verringert werden. Die Privatisierung aller Gebiete im Amazonasgebiet von bis zu 1500 Hektar pro Person ohne die Notwendigkeit eines Besitznachweises soll ermöglicht werden. Diese Veränderung der Regulierung der Grundbesitzverhältnisse im Amazonasgebiet muss verhindert werden. Wir müssen auch die Qualität der Nahrungsmittel kontrollieren. Das Agrobusiness stellt Gift und kein Essen her. Wissenschaftler warnen uns, dass der Krebs auf dem Vormarsch ist, 80 Prozent der Erkrankungen haben ihren Ursprung in den Giften, die die Bevölkerung mit dem Essen zu sich nimmt. Es sind chemische Gifte, die im Agrobusiness überall verwendeten werden. Sie zerstören die Bakterien des Bodens, sickern ins Wasser und landen schließlich in unseren Mägen. Die Behörde für Gesundheitskontrolle Anvisa hat bei einer Stichprobe in einem Lager festgestellt: »Es gibt 20 Produkte, die nicht für den menschlichen Verzehr geeignet sind.« Doch die Produkte werden weiter verkauft. Wäre die Schlussfolgerung gewesen, dass diese 20 Produkte nicht für die Ernährung von Tieren geeignet sind, wäre es gesetzlich möglich, sie vom Markt zu nehmen. Für ein populares Programm gegen die Krise ist es nötig, diesen Irrsinn zu stoppen und entsprechende Veränderungen durchzusetzen, um das Leben der Menschen und die Natur zu schützen.

8. *Wiederaneignung der Souveränität über die strategischen Betriebe in den Bereichen Energie und Bergbau*. Eletrobrás, das sich als staatliches Unternehmen gibt, lässt seine Aktien bereits an der New Yorker Börse handeln. Dies ist auch beim brasilianischen ›Staatskonzern‹ Vale, einem der drei größten Bergbauunternehmen der Welt der Fall. Diese vermeintlichen Staatsunternehmen handeln wie Privatunternehmen. Der wichtigste Kampf um unsere

natürlichen Ressourcen wird um die riesigen Pré-Sal-Erdölvorkommen vor der Küste Brasiliens ausgetragen. Die internationalen Kapitalisten und ihre Verbündeten hier in Brasilien werden alles daransetzen, um das Recht zu erhalten, sich diese größte Erdölreserve des Planeten anzueignen.

9. Wir versuchen mit unserem Programm, hier in Brasilien eine Bewegung anzustoßen, *um Druck auf unsere Regierung auszuüben*, damit sie eine andere Position gegenüber den internationalen Regierungen einnimmt. Die Wertschätzung des IWF, der Weltbank, der G20 muss ein Ende finden. Es ist offensichtlich, dass wir einen anderen internationalen Rahmen brauchen, eine andere internationale Regierungsführung. Mit Begeisterung sehen wir die Initiative der ALBA-Länder, sie haben bereits eine alternative Währung, den Sucre, geschaffen. General Sucre war ein antikolonialistischer Kämpfer. Aber in Wirklichkeit ist SUCRE ein Akronym und steht für Sistema Unitario de Compensación Regional (einheitliches System des regionalen Ausgleichs). Die sozialen Bewegungen müssen Druck auf die Regierungen ausüben, um solche Schritte zu gehen.

Dieses populare Projekt ist kein Vorschlag des MST. Es ist ein Vorschlag, den wir in Plenarversammlungen entwickeln; auf der letzten im März waren 88 Bewegungen vertreten. Natürlich würde man gerne dem einen oder anderen Punkt Nachdruck verleihen, aber diese zehn Punkte machen eine gemeinsame Initiative aus, in der sich alle vertreten fühlen. Dies ist kein Vorschlag für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Der Sinn besteht darin, eine gesellschaftliche Debatte zu beginnen, Bewusstsein zu schaffen und Kräfte zu sammeln. Es geht darum, bei Menschen und Organisationen eine wirkliche Gemeinschaftsanstrengung hervorzurufen. Auswege aus der Krise sind nur umsetzbar, wenn wir gemeinsam einen politischen Kampf führen können. Ohne die Macht organisierter Menschen hinter sich zu haben, ist es keine Politik, dann handelt es sich nur um Ideen oder eine Doktrin. Nicht die einzelnen Punkte des Programms sind zuvörderst von Bedeutung, sondern der Prozess der Mobilisierung und Organisierung. Es ist möglich, dass kurzfristig eine Situation entsteht, in der es zu einer Wiederbelebung der Massenbewegung kommen kann, wenn die Folgen der Krise für jeden spürbar auf uns abgewälzt werden – die Massen lernen in bestimmten geschichtlichen Situationen schnell. Und die brasilianische Bourgeoisie hat kein Projekt für das Land. Dies öffnet den Raum, den die Arbeiterklasse benötigt, um eine Plattform für ein populares Projekt aufzubauen.

Aus dem Brasilianischen von Lars Stubbe und Mario Candeias

1 Brasilianischer Soziologe und Entwicklungstheoretiker, der federführend an der Entwicklung der Dependenztheorie beteiligt war (1920–2004).
2 Es handelt sich um riesige neue Erdölfunde vor der brasilianischen Küste, die unter einer mehrere Kilometer tiefen Salzschicht in über 7 000 Meter Meerestiefe liegen und um die heftige Verteilungskämpfe aufgeflammt sind.
3 Fernando Henrique Cardoso, ehemals linker Soziologe und Vertreter der Dependenztheorie, war von 1995 bis 2002 brasilianischer Präsident.
4 Große brasilianische Ingeneurs-/Industriekonglomerate
5 Stédile benutzt den umfassenderen Begriff der *ruralistas*, der die großen Agroproduzenten bezeichnet, d. Üb.

FALSCH AUFGEZÄUMT

EINE ENTGEGNUNG AUFS STRATEGIEPAPIER DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

DANIEL KREUTZ UND CHRISTOPH JÜNKE

Jede strategische Diskussion der politischen Linken muss sich der Analyse des Status quo widmen wie der Klärung der eigenen programmatischen Zielvorstellungen und der beide Aspekte verbindenden Diskussion der möglichen und notwendigen Wege vom einen zum anderen. Das Verdienst des vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) vorgelegten Papiers über »Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen« – eine Kurzfassung erschien in *Luxemburg* 1/2009 – liegt darin, dass es sich um eine solche neue strategische Diskussion der gesellschaftlichen und parlamentarischen Linken bemüht und dabei die Frage aufwirft, auf welche Weise die trotz der Weltwirtschaftskrise fortbestehende Hegemonie der maßgeblichen Akteure des Neoliberalismus aufgebrochen und durch eine neue Hegemonie von links abgelöst werden könnte.

Viele der im Papier angesprochenen Analysen und Aspekte teilen wir durchaus.

Einspruch erheben wir allerdings gegen das von den AutorInnen skizzierte strategische Projekt, das in die Orientierung auf ein »solidarisches Mitte-Unten-Bündnisses« für einen linken »Green New Deal« mündet, das sich auf Gewerkschaften und soziale Bewegungen stützen und dessen politischer Ausdruck eine rosa-rot-grüne Koalition sein soll. Mit dem Bündnis und dem Koalitionsprojekt soll die als eine wesentliche Ursache der Schwäche und mangelnden Hegemoniefähigkeit der Linken in Deutschland dargestellte Fragmentierung ihrer politischen Formationen überwunden werden. Hieran hätten nicht nur die Partei Die Linke, sondern auch SPD und Grüne ein Interesse, um aus ihrer ansonsten fortbestehenden Subalternität gegenüber dem »bürgerlichen Lager« ausbrechen und sich Regierungsoptionen diesseits von Union und FDP erschließen zu können. Da SPD und Grüne eine solche Orientierung bislang nicht verfolgen, sei es Aufgabe der Partei Die Linke, deren »Anreizstrukturen« in Richtung des Bündnisses zu verändern.

BLINDER FLECK: DIE GESELLSCHAFTLICHEN KRÄFTEVERHÄLTNISSE

Die IfG-AutorInnen reflektieren nicht, dass sowohl die tatsächlichen (»realpolitischen«) Handlungsspielräume von Regierungen, als auch der Diskurs der veröffentlichten Meinung maßgeblich durch die Kräfteverhältnisse in der Zivilgesellschaft bestimmt werden. Unter Zivilgesellschaft fassen wir hier die interessenspolitisch unterschiedlich orientierten BürgerInnen unterhalb bzw. »diesseits« der Apparate und Institutionen, d.h. der Medien, Parteien, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen.

Auch wenn Parteien und Regierungen die zivilgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit Hilfe der Medien durchaus beeinflussen können und als solche im Fokus öffentlicher Meinungsbildung stehen, so stehen sie doch in enger und abhängiger Beziehung zum grundlegenden Interessenkonflikt des Kapitalismus: dem zwischen Lohnarbeit und Kapital. Er bildet gleichsam ihren Fluchtpunkt und definiert auch im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts die zivilgesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse. Bei Strafe des Untergangs kann eine Reformregierung nie weiter gehen, als ihr zivilgesellschaftliches Unterstützerpotenzial sie zu tragen bereit ist. Der Siegeszug des Neoliberalismus war deswegen auch in Deutschland keine bloß »politische« Veranstaltung von Regierungspolitik und parlamentarischen Mehrheiten. Zivilgesellschaftliche und institutionelle Politik arbeiteten vielmehr Hand in Hand. Der zivilgesellschaftliche Vormarsch des Neoliberalismus fand nicht zuletzt – unter Nutzung auch des strukturellen Gewaltpotenzials wirtschaftlicher Macht – auf dem Gebiet der Tarifpolitik statt. Der letzte große gewerkschaftliche Kampf in Deutschland, in dem das Klasseninteresse als Interesse der Allgemeinheit in Erscheinung trat und damit eine wesentliche Voraussetzung gesellschaftlicher Hegemoniefähigkeit aufwies (der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich 1984), liegt ein Vierteljahrhundert zurück und endete in einem problematischen Kompromiss. Spätestens seitdem befinden

sich die Gewerkschaften in einer – durch die weltpolitische Entwicklung beförderten – strategischen Krise, die schließlich im »Bündnis für Arbeit« und dem Bekenntnis zur »Lohnzurückhaltung« offen hervortrat.

Vor diesem Hintergrund und ohne den ernsthaften Versuch der Gewerkschaften, mit einer glaubhaften solidarischen Gegenstrategie das Blatt zu wenden, entmutigte die Kette tarifpolitischer Misserfolge die Mitgliedschaft zunehmend und begünstigte während der 1990er Jahre den allmählichen, sich durchaus auch »von unten nach oben« vollziehenden Wandel der Sozialdemokratie zur post-sozialdemokratischen Partei der Neuen Mitte – mit wiederum verheerenden Rückwirkungen in Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Die »Lohnzurückhaltung« ließ einerseits die Finanzprobleme der Sozialversicherung anwachsen, als deren »Lösung« die Agenda-Reformen auftraten, andererseits weckte die Ebbe im Portemonnaie der ArbeitnehmerInnen deren Empfänglichkeit für Versprechungen einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge (»Lohnnebenkosten«-Debatte). *Dies* scheint uns die entscheidende Ursache zu sein auch für den Wandel von SPD und Grünen ins Gegenteil ihrer selbst.

Anders, als das IfG suggeriert (»Die Niederlage in den Deutungskämpfen antizipiert die Niederlage in den politischen und ökonomischen Kämpfen.«), haben die Neoliberalen nicht zunächst die »Deutungshoheit« errungen, um danach deren materielle Früchte zu ernten. Vielmehr bildeten beide »Ebenen« Momente ein und desselben Prozesses der Rechtsverschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Eine moderne linke Gegenstrategie wird daher nur erfolgreich sein, wenn sie den organischen Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichen und parteipolitisch-parlamentarischen Kräfteverhältnissen und die Abhängigkeit der letzteren von den ersteren in eine »Doppelstrategie« übersetzt, deren *primärer* Fokus nicht »die machtpolitisch durchsetzungsfähige Alternative« fordert (These 6) – Machtpolitik hier im landläufigen Sinne von Regierungspolitik verstanden –, sondern auf die Veränderung der zivilgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse jenseits der Institutionen gerichtet sein muss.

AGENDA 2010 UND KRIEG: HISTORISCHE ZÄSUR FÜR SPD UND GRÜNE

Dem traditionellen *common sense* folgend, SPD und Grüne dem »linken Lager« oder dem »Mitte-Links-Spektrum« zuzurechnen, sprechen die IfG-AutorInnen diese Parteien als »politische Formationen der Linken« an. So verständlich dies sein mag, um jeden sektenhaften Gestus zu meiden, so wenig lässt sich eine solche Lagerzuordnung von SPD und Grünen sachlich rechtfertigen. Vielmehr gilt es, die historische Zäsur in den gesellschaftlichen Rollen der beiden Parteien wahrzunehmen, die in ihrer Implementierung der Agenda 2010 und der Restauration des Krieges als Mittel der Außenpolitik zum Ausdruck kam und ihre Politikentwicklung seither nachhaltig prägt.

Es waren nicht nur die Schröder'schen Spitzengenossen, sondern überwältigende Parteitagsmehrheiten, die sich frontal gegen die existenziellen Interessen ihrer lohnab-

hängigen Kernwählerschaft wandten. Und es waren Parteitagsmehrheiten der Grünen, die mit der Billigung der Kriege und einer »Scharnierpolitik« zwischen SPD-»Reformern« und Union den Bruch mit der Friedensbewegung und anderen Ansätzen sozial-ökologischer Bewegungen vollzogen. Völlig zurecht erinnern Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ein ums andere Mal daran, dass »die anderen« sämtlich neoliberale Parteien seien.

Gutes Zureden von außen wird da nicht helfen: Hat eine Partei ihre sozialen und/oder politischen Wurzeln erst einmal gekappt, sind die »Brücken zurück« zerstört. Beide Parteien haben den Großteil ihrer vormaligen linken Flügel – wer sonst sollte Träger einer inneren linken Erneuerung sein? – unterwegs verloren. Die Teile, die weiterhin parteipolitisch aktiv sein wollen, haben sich in der Linkspartei versammelt. Wir kennen auch keinen historischen Präzedenzfall, der die Annahme einer möglichen »Re-Sozialdemokratisierung« der SPD rechtfertigen könnte. Bündnisse mit SPD und Grünen bleiben daher Bündnisse mit Parteien eines moderaten Neoliberalismus – und ein gemeinsames Projekt auf der gleichen Richtungsspur.

Bereits das »rot-grüne Projekt« des Realoflügels der grünen Linkspartei der späten 1980er und 90er Jahre war insoweit illusionär (und insoweit das Gegenteil von Realpolitik), als es den »Einstieg in die sozial-ökologische Transformation der Industriegesellschaft« vorrangig als *Top-down*-Projekt einer Regierungskoalition statt als Produkt eines zivilge-



Ankara, Foto: Anne Steckner

sellschaftlichen Richtungskampfes verstand. Allerdings war die SPD damals noch sozialdemokratisch, so dass es im Rückblick ungleich realistischer erscheint als ein heutiges linkes Reformprojekt von Rosa-Rot-Grün.

BEWEGUNG, PARTEI UND PARLAMENT

Die versprochene neue soziale Idee, mit der die Partei Die Linke 2005 ihren Durchbruch schaffte, ist in den letzten vier Jahren kaum nennenswert mit Leben gefüllt worden. Ob die Konzepte eines »linken Green New Deal« hier nachhelfen können, darüber sind selbst die IfG-AutorInnen offensichtlich uneins. Auf Seite 16 legen sie dies nahe, doch zwei Seiten zuvor betonen sie, dass auch der linke Green New Deal »wesentliche Züge eines Bündnisses der Bessergestellten im Rahmen einer ökologischen Modernisierung« aufweise. Wie auch immer: Allen bisherigen New-Deal-Projekten ist jedenfalls gemeinsam, dass sie Lösungen der relevanten gesellschaftlichen Probleme im Wege des Regierungshandelns und auf der Grundlage eines neuen Klassenkompromisses herbeiführen wollen. Gerade ein linkes Projekt sozial-ökologischer und demokratischer Re-Regulierung des Marktes stünde aber vor der entscheidenden Frage, wie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu Stande kommen können, unter denen sich die neoliberale Bourgeoisie zu einem entsprechenden Klassenkompromiss bereit finden könnte. Alle früheren substanziellen Fortschritte bei der Zivilisierung des Kapitalismus waren mit ernsthaften Herausforderungen der kapitalistischen Herrschaft verbunden: mit dem Aufstieg sozialdemokratischer ›Umtriebe‹ zur Zeit Bismarcks, mit der Novemberrevolution 1918/19, der totalen Legitimationskrise des Kapitalismus nach Faschismus und Krieg oder der fundamentalen Gesellschaftskritik von »1968«.

Dies bezeichnet kein Entweder-Oder, kein Ausspielen der Bewegungspolitik gegen die Parlamentsarbeit. Wohl aber geht es um eine andere Gewichtung im gemeinsamen Feld. Bezeichnet »Sozialistische Strategie« den Entwurf von Projekten eines potenziellen Regierungshandelns, scheint sie uns das Pferd von hinten aufzuzäumen. Sie muss vor allem anderen darauf setzen, dass neue solidarische Bewegungen von unten, Bewegungen kollektiver Gegenwehr zunächst, eine nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse herbeiführen, dem Pendel eine andere Richtung geben. Es geht uns dabei nicht um die Routinebeschwörung der »Wichtigkeit der sozialen Bewegungen«, sondern um eine neue kollektive Überlegung, wie Partei- und Parlamentsarbeit zum Mittel der Selbstermächtigung breiter Bevölkerungsteile werden könnten.

Ein »solidarisches Mitte-Unten-Bündnis« kann allenfalls ins Leben treten, wenn es im wirklichen Leben Gestalt annimmt, in gemeinsamer solidarischer Aktion – was die IfG-AutorInnen nur in Nebensätzen (These 6) zugestehen. Und da die von ihnen beschriebenen Schichten, auf die sich ein solches Bündnis stützen soll, wesentlich Schichtungen der lohnabhängigen Klasse sind, ergänzt um (teils »subproletarische«) prekäre Selbständige, wäre eine tragende Formierungssäule eines solchen Bündnisses die enge Verzahnung mit einer erneuerten Gewerkschaftspolitik, die den grundlegenden Daseinszweck von

Gewerkschaften wieder mit Leben füllt: die Konkurrenz der Lohnabhängigen durch Formulierung gemeinsamer (Klassen-)Interessen zu überwinden und mit dem Kampf um dieselben als Gegenmacht aufzutreten. *Gute Arbeit* in *kurzer Vollzeit* mit mehr *Zeitsouveränität* und in *sozialer Sicherheit* könnte das Themenfeld umreißen, weil es anschlussfähig ist für Interessenlagen von Ingenieuren wie von Erwerbslosen, von Beschäftigten des privaten wie des öffentlichen Sektors.

Die konsequente Vertretung von Interessen der Lohnabhängigen, Rentner und Erwerbslosen als »strukturkonservativ« und »hegemonieunfähig« zu bezeichnen, soweit sie nicht eingebunden ist in ein Bündnis mit den »sozial-libertären Mittelschichten« (IfG 2009a, 79), ist jedenfalls eher die Fortsetzung der linken Misere als ihre Überwindung. Nur ein neuer zivilgesellschaftlicher Aufbruch wird in der Lage sein, die Hegemonie der Neoliberalen in Politik und Gesellschaft wirksam zu brechen und alternative Entwicklungswege zu einer realistischen, praktikablen Option zu machen. Das politische Koordinatensystem würde insgesamt verschoben und sich damit auf die Positionierungen nicht nur einer, sondern grundsätzlich aller Parteien auswirken. Eine neue Schicht von AktivistInnen und von Menschen, die sich in der Bewegung politisierten, würde ins politische Leben eintreten und alte ›Gewissheiten‹ in Frage stellen. Soweit sich die Partei Die Linke als politische Organisation bewusster und entschiedener VorkämpferInnen sozial-ökologischer und emanzipatorischer Gesellschaftstransformation begreift, sollte sie unverzüglich beginnen, sich der Aufgaben auf dem Terrain des zivilgesellschaftlichen Kampfes systematisch anzunehmen.

So richtig es bleibt, dass große soziale Bewegungen nicht von Parteien ›gemacht‹ werden können, so falsch wäre der Glaube, die linke ›Avantgarde‹ brauche nur in den Parlamenten zu warten, bis ›sie‹ kommen, um dann ihre Früchte ernten zu können. Vielmehr ist es gegenwärtig die vornehmliche Aufgabe der Linken, zur Entfaltung sozialer Bewegung zu ermutigen, weil allein dadurch ihre politischen Konzepte – selbst wenn sie vorerst nur auf substanzielle Reformen *im* Kapitalismus zielen – in Reichweite der Umsetzbarkeit gebracht werden können. Mehr noch: Das sozialistische Thema der Überwindung der kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse fällt *insgesamt* zusammen mit dem Thema der demokratischen Selbstermächtigung der lohnabhängigen Mehrheit der Zivilgesellschaft, der Beflügelung ihres Selbstbewusstseins und der Entfaltung ihrer Selbstorganisation und Selbsttätigkeit.

LITERATUR

Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009: Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen, *kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung*, 2

Das., 2009a: Die Linke in der Krise, in: *Luxemburg*, 1, 70ff

Jünke, Christoph, 2007: Neuformierung mit Fallstricken. Die neue deutsche Linkspartei, in: *Sozialistische Hefte*, 14, 10ff

Ders., 2009: Auf dem Weg zu einem neuen Sozialismus. Das unabgegoltene Erbe der Novemberrevolution, in: *Z*, 77, 74ff

Kreutz, Daniel, 2007: Soziale Bewegungen und Gewerkschaften, in: Lars Dieckmann, Lena Ellenberger und Frank Nitzsche (Hg.), *Erneuerung des Sozialstaats in Europa, rls Manuskripte*, 72

Ders., 2007a: Über Risiken und Nebenwirkungen parlamentarischen Erfolgs am Beispiel der NRW-Grünen, in: *Sozialistische Hefte*, 15, 37ff

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

BANKLEER sind Karin Kasböck und Christoph Leitner – eine Kunstgruppe, die seit den Innenstadtaktionen 1998 in Berlin aktiv ist und dokufiktionale Filme, Videoinstallationen und Performances produziert.

FRANCO »BIFO« BERARDI führender Aktivist der italienischen Autonomia der 1970er Jahre, Mitbegründer des Magazins A/traverso (1975–1981) und von »Radio Alice«. Mitinitiator der (theorie-)politischen Kooperation zwischen den italienischen EmigrantInnen um Toni Negri und dem Kreis um Gilles Deleuze sowie Felix Guattari; V: Ethereal Shadows: Communications and Power in Contemporary Italy (2007); The Soul at Work: From Alienation to Autonomy (2009)

AMA BINEY wiss. Mitarbeiterin am Birkbeck College der University of London. Schwerpunkte: Afrikanische und karibische Geschichte, Weltgeschichte des 20. Jh.; engagiert sich im Hinblick auf Afrika für soziale, politische und ökonomische Gerechtigkeit

PATRICK BOND Direktor des Centre for Civil Society der Universität von KwaZulu-Natal, Südafrika. V: Repaying Africa for Climate Crisis: »Ecological Debt« as a Development Finance Alternative to Emissions Trading, in: S. Böhm/S. Dabhi (Hg.), Upsetting the Offset (2009)

ULRICH BRAND Dozent für Internationale Politik an der Universität Wien, Mitarb. im Graduiertenkolleg »Kapitalismus und Demokratie« der RLS; Mitglied im Wiss. Beirat von Attac und im Arbeitsschwerpunkt Soziale Ökologie der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO). V: Globalisierung, Macht und Ökonomie. Perspektiven einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie (2009, Hg. mit Eva Hartmann und Caren Kunze); Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Critical Currents 6 (2009, Hg. mit Nicola Bullard, Edgardo Lander und Tadzio Müller)

NICOLA BULLARD Mitarb. bei Focus on the Global South, Bangkok. V: Global Finance: New Thinking on Regulating Speculative Capital Markets (mit Walden Bello, 2000)

FRANK DEPPE Politologe und RLS-Vertrauensdozent, Schwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte und Politik der dt. und intern. Arbeiterbewegung, Politische Soziologie der Gewerkschaften, Europäische Integration und Internationale Politische Ökonomie. V: Der neue Imperialismus (2004); Notstand der Demokratie (Mithg. 2008)

BARBARA L. EPSTEIN Prof. für Geschichte des Bewusstseins an der University of Santa Cruz. Schwerpunkte: Soziale Bewegungen, US-Politik und -Kultur des 20. Jh., Marxismus u. Theorien des sozialen Wandels

TANJA ERNST RLS-Stipendiatin, promoviert im FB Politikwiss. an der Universität Kassel zum gesellschaftspol. Wandel in Bolivien; reg. Schwerpunkt Lateinamerika; Arbeitsgebiete: Demokratietheorie, soziale Ungleichheit und Nord-Süd-Asymmetrien. V: Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales (mit Stefan Schmalz, 2009)

ALEXANDER GALLAS Sozialwissenschaftler, Schwerpunkte: Politische Ökonomie Großbritanniens und Deutschlands; Krise, Klasse, Staat; Karl Marx und Nicos Poulantzas. V: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie (Mithg. 2006)

IAN GREER wiss. Mitarb. im Bereich vergleichende Arbeitsbeziehungen an der Leeds University, Schwerpunkte: Gewerkschaften, Workfare, Neoliberalismus. Veröffentlichungen in Capital and Class, European Journal of Industrial Relations, WSI-Mitteilungen, Politics and Society, Industrial Relations (Berkeley), British Journal of Industrial Relations, and New Technology, Work and Employment

BERND HÜTTNER Regionalmitarbeiter Bremen der RLS, Koordinator des RLS-Gesprächskreises Geschichte. V: Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (Hg. mit P. Birke und G. Oy, 2009)

CHRISTOPH JÜNKE Historiker und Publizist, Vorsitzender der Leo-Kofler-Gesellschaft. V: Sozialistisches Strandgut (2007); Der lange Schatten des Stalinismus (2007)

HORST KAHRS Sozialwissenschaftler, Leiter des Bereiches Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke.

KATJA KIPPING stellv. Vorsitzende der Partei Die Linke; Redakteurin des Magazins Prager Frühling. V: Ausverkauf der Politik (2009)

EVA KREISKY Prof. für Politologie an der Universität Wien. Schwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte, Staats- und Institutionentheorien, Politik der Geschlechterverhältnisse. V: Von der Macht der Köpfe (2000); EU. Geschlecht. Staat (mit Sabine Lang und Birgit Sauer, 2001); Arena der Männlichkeit (Mithg. 2006)

DANIEL KREUTZ Politiker und Sozialexperte, Mitglied von Attac Deutschland und des Beirates der RLS NRW. V: Grundeinkommen (mit Ulrich Busch, Joachim Bischoff und Christian Dries, 2007); Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte (mit Klaus Dräger und Annelie Buntenbach, 2000)

FRIEDERIKE KUSTER Vertr.-Prof. für Philosophie an der Bergischen Universität Wuppertal und Sprecherin des Graduiertenkollegs »Demokratie und Kapitalismus« der RLS (mit G. Bollenbeck). V: Philosophische Geschlechtertheorien (mit S. Doyé, M. Heinz, 2002), Rousseau – Die Konstitution des Privaten (2005), Figurationen: Vaterkonzepte (mit M. Heinz, 2005)

TADZIO MÜLLER Politologe und Publizist, Mitherausgeber der Zeitschrift Turbulence: Ideas for movement, V: Grüner Kapitalismus. Krise, Klima, Wachstumswahn (mit Stefan Kaufmann, im Erscheinen), aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit

ISABELLA M. RADHUBER RLS-Stipendiatin, promoviert im FB Politikwiss. an der Universität Wien, Schwerpunkte: Staatstheorie, Ressourcenpolitik, Lateinamerika und Bolivien. V: Mujeres cuidadoras de las minas en el Sumaj Orcko (2005), El poder de la tierra (2008), Investigaciones: »Die Macht des Landes« (2009)

FALK RICHTER Regisseur, Autor und Übersetzer, seit 2006 Hausregisseur an der Berliner Schaubühne. Inszenierungen u.a. am Wiener Burgtheater und am Nationaltheater Oslo. Eigene Stücke: Im Ausnahmezustand, Electronic City, Unter Eis

THOMAS SEIBERT Philosoph, Mitarbeiter bei medico international, Aktivist bei Attac und der Interventionistischen Linken, Wiss. Beirat der RLS. V: Krise und Ereignis. Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus (2009)

INGAR SOLTY Redakteur der Zeitschrift Das Argument und Doktorand am Fachbereich Politikwiss. der York University in Toronto/Kanada

JOÃO PEDRO STÉDILE führender Aktivist der brasilianischen Landlosenbewegung MST, die 1991 den alternat. Nobelpreis erhielt. V: Brava gente : el MST y la lucha por la tierra en Brasil (mit Bernardo Mançano Fernandes, 2002)

BEN TROTT Promovend an der FU Berlin, Mitherausgeber der Zeitschrift Turbulence: Ideas for movement (www.turbulence.org.uk), war im Herausgeberbeirat der achtbändigen International Encyclopedia of Revolution and Protest: 1500–Present (2009) und schreibt unregelmäßig für das Weblog »Comment is Free« des Guardian. V: wir sind überall: weltweit. unwiderstehlich. antikapitalistisch. (Mithg. 2007); Shut Them Down!: The G8, Gleneagles 2005 and the Movement of Movements (2005)

HILARY WAINWRIGHT Forschungsdirektorin am International Labour Studies Centre an der Universität Manchester und am Centre for Global Governance an der London School of Economics; Hg. der Zeitschrift Red Pepper. V: Labour, A Tale of Two Parties (1986), Reclaim the State (2003)

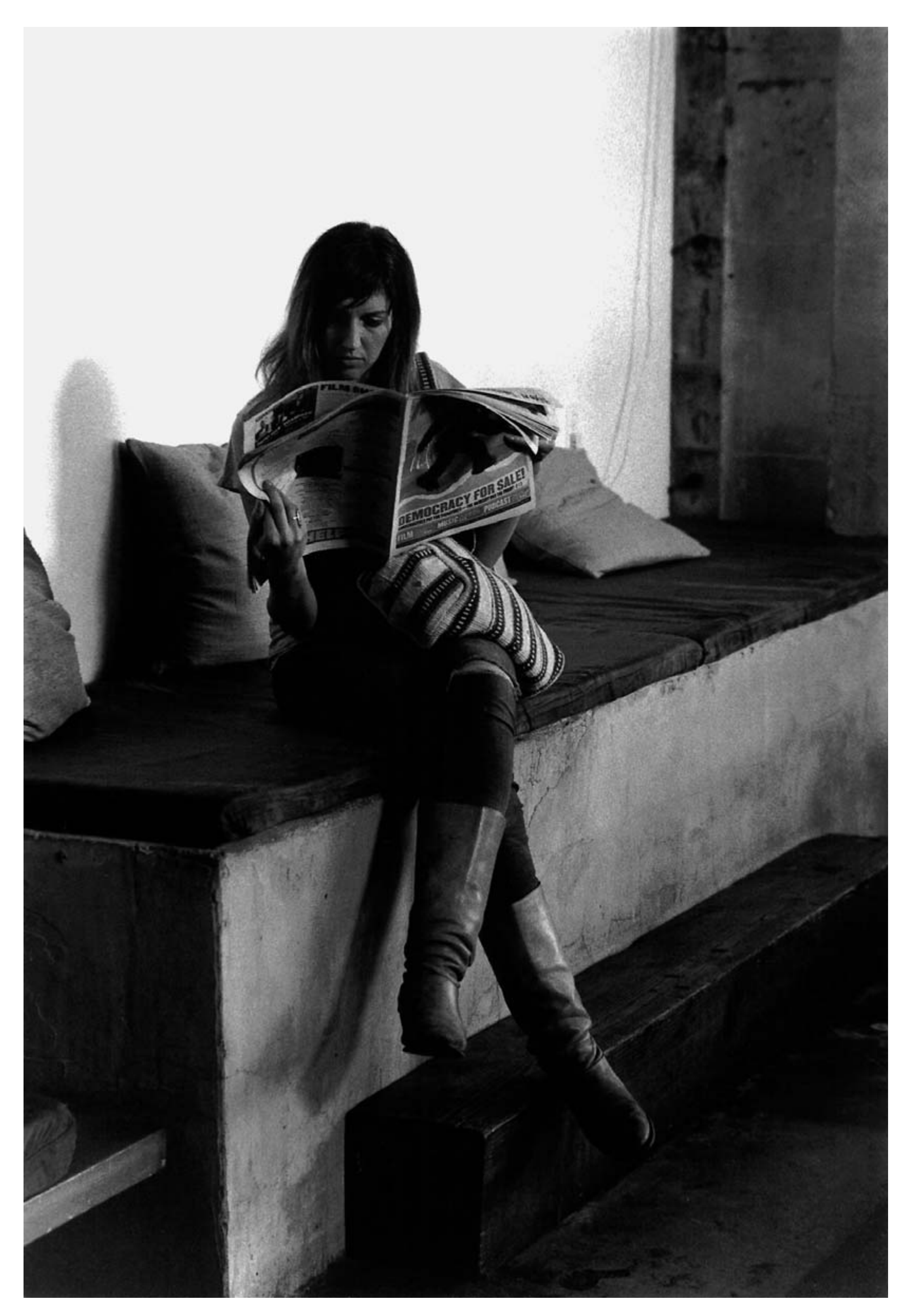


Foto: flickr/
Old Sarge